b. Fremden- und minderheitenfeindliche Aussagen und Positionen

Fremdenfeindliche Äußerungen können tatsächliche Anhaltpunkte dafür liefern, dass die Gewährleistung der Menschenwürde im Sinne von Art. 1 Abs. 1 GG für bestimmte Personengruppen außer Geltung gesetzt werden soll.

Dies liegt insbesondere bei rassistisch motivierter Diskriminierung und einer grundsätzlichen Behandlung einzelner Personen und Personengruppen wie Menschen zweiter Klasse vor.[794] Dabei kann eine kontinuierliche Agitation gegen bestimmte Personen oder Personengruppen, mit der diese pauschal diffamiert und verächtlich gemacht und dabei irrationale Ängste und Ablehnung gegenüber diesen Personen(gruppen) geschürt werden, Ausdruck eines Bestrebens sein, die Geltung der im Grundgesetz verankerten Menschenrechte für diese Teile der Bevölkerung außer Kraft zu setzen.[795] Durch eine anhaltende Pauschalisierung wird der Achtungsanspruch des Einzelnen aufgehoben und Personen und Personengruppen damit das Recht auf eine menschenwürdige gesellschaftliche Teilhabe abgesprochen.[796] Die Äußerungen müssen sich dabei jenseits einer konstruktiv-sachlichen Auseinandersetzung bewegen und in ihrer Zielsetzung kontinuierlich herabsetzend und entwürdigend sein.[797]

Kritik an der Einwanderungs- und Asylpolitik ist nicht per se verfassungsschutzrelevant. So stellt die Forderung nach einer weitgehenden Beschränkung von Zuwanderung keinen Anhaltspunkt für fremdenfeindliche Bestrebungen dar. Anders ist es allerdings zu beurteilen, wenn Äußerungen unmittelbar an die Asylbewerber und Asylbewerberinnen sowie Migranten und Migrantinnen adressiert sind und diese pauschal verächtlich machen.[798]

---

[794] Vgl. VG Berlin, Urt. v. 07.09.16, 1 K 71.15, juris, Rn. 22 m. w. Nachw.; Urt. v. 12.11.2020, 1 K 606.17, juris, Rn. 38; Jarass/Pieroth, Kommentar GG 13. Aufl. § 1 Rn. 6 und 12; VG Berlin, Beschl. v. 28.05.2020, VG 1 L 97/20, BeckRS 2020, 14940, Rn. 38 ff., bestätigt durch OVG Berlin-Brandenburg, Beschl. v. 19.06.2020, 1 S 56/20, juris, Rn. 33 ff.; vgl. zur differenzierenden Ansicht des OVG NRW Kapitel C: I: 2.

[795] Vgl. VG Berlin, Urt. v. 21.01.16, 1 K 255.13, juris, Rn. 76; Urt. v. 12.11.2020,1 K 606.17, juris, Rn. 76; Droste: „Handbuch des Verfassungsschutzrecht", 1. Aufl. 2007, S. 180.

[796] Vgl. VG Berlin, Urt. v. 21.01.16,1 K 255.13, juris, Rn. 105 f.

[797] Vgl. VG Berlin, Urt. v. 07.09.16,1 K 71.15, juris, Rn. 22 und Rn. 47.

[798] BVerfG, Urt. v. 17.01.2017, 2 BvB 1/13, juris, Rn. 721.

Fremden- und minderheitenfeindliche Aussagen und Positionen

Im Folgenden ist zu prüfen, ob die bei der AfD zum Zeitpunkt der Verdachtsfalleinstufung vorhandenen Anhaltspunkte für fremden- und minderheitenfeindliche Aussagen und Positionen[799] entfallen sind, ob sich die Anhaltspunkte in Gewicht und/oder Anzahl verdichtet haben und der Verdacht damit zur Gewissheit geworden ist oder ob der Verdacht weiter fortbesteht. In diesem Zusammenhang wird auch auf die Belege im Gutachten AfD und Teilorganisationen, S. 242 bis 302, im Folgegutachten AfD 2021, S. 296 bis 415, sowie im Folgegutachten Junge Alternative 2023, S. 98 bis 115, verwiesen. Ferner wird auf den erstinstanzlichen Beschluss des VG Köln vom 5. Februar 2024 – 13 L 1124/23 –, Rn. 267 ff., verwiesen, in welchem das Gericht im Rahmen des Eilverfahrens bestätigt hat, dass sich die bestehenden Anhaltspunkte für eine ausländer- insbesondere muslim- und islamfeindliche Agitation der JA als Teilorganisation der AfD zur Gewissheit verdichtet haben. Das OVG NRW hat zudem festgestellt, dass *„konkrete und hinreichend verdichtete Anhaltspunkte dafür vor[liegen], dass nach dem politischen Konzept der Klägerin jedenfalls Flüchtlingen und anderen Zuwanderern, deutschen Staatsangehörigen mit Migrationshintergrund und deutschen und ausländischen Staatsangehörigen islamischen Glaubens die Anerkennung als gleichberechtigte Mitglieder der rechtlich verfassten Gemeinschaft versagt werden soll."*[800], worin es eine Menschenwürdewidrigkeit sieht.

Wie sich aus den Ausführungen zum ethnisch-abstammungsmäßigen Volksbegriff ergibt, stellen die Themen „Migration" und „Flüchtlinge" zentrale Aspekte des politischen und ideologischen Denkens und Agierens der AfD dar. Migration und eingewanderte Personen werden nach zahlreichen einschlägigen Äußerungen von Seiten der AfD als existenzielle Bedrohung des – in ihrem Sinne – deutschen Volkes angesehen.

Die im Folgenden ausgewerteten Äußerungen basieren zu weiten Teilen auf einer Gegenüberstellung von autochthoner deutscher Bevölkerung auf der einen und Migrantinnen und Migranten auf der anderen Seite. Sie zeichnen ein Bild von einem bedrohten „Wir" und einem bedrohlichen „Die". Dieser vermeintliche Antagonismus wie-

[799] VG Köln, Urt. v. 08.03.2022, 13 K 208/20, juris, Rn. 333 f.
[800] OVG NRW, Urt. v. 13.05.2024, 5 A 1218/22 (AfD), juris, Rn. 199.

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung des BfV

derum findet – wie sich im Folgenden zeigen wird – seine Grundlage in dem im vorangegangenen Kapitel dargestellten ethnisch-abstammungsmäßigen Volksverständnis.

Dabei werden zunächst Äußerungen ausgewertet, die einen Zusammenhang zwischen Herkunft und Gewaltneigung herstellen (aa.), bevor auf die Thematisierung einer vermeintlich missbräuchlichen Inanspruchnahme von Sozialleistungen (bb.), die Zuschreibung okkupatorischer Absichten (cc.), die Nutzung von Katastrophenmetaphern im Zusammenhang mit Migrationsprozessen (dd.), die allgemeine Unterstellung einer kulturellen Inkompatibilität bzw. generellen Regressivität bestimmter Bevölkerungsgruppen (ee.) und die Forderung kollektiver Rückführungsmaßnahmen (ff.) eingegangen wird. Abschließend werden Aussagen untersucht, die rassistische Inhalte haben (gg.).

aa. Zusammenhang zwischen Herkunft und Gewaltneigung

Auch nach der Verdachtsfalleinstufung und deren gerichtlicher Bestätigung durch das Verwaltungsgericht Köln und das Oberverwaltungsgericht Nordrhein-Westfalen äußern sich Funktionärinnen und Funktionäre der AfD bzw. die Partei auf Bundes-, Landes- und Kreisverbandsebene in einer Weise, die immer wieder einen direkten Zusammenhang zwischen der Herkunft von Menschen und ihrer Gewaltneigung insinuieren.

Dabei spielen Äußerungen, die dem Einzelnen eine überproportionale Neigung zu Gewalt unterstellen ((1.)), teils speziell zu Straftaten, die mit Messern begangen werden ((2.)), und Äußerungen, die Migrantinnen und Migranten nicht mehr als Individuen, sondern bloß mehr als bedrohliches Kollektiv darstellen ((3.)) bzw. eine angebliche Neigung zur Begehung von Sexualstraftaten unterstellen ((4.)), und letztlich die Gleichsetzung von multikulturellen mit „multikriminellen" Gesellschaften ((5.)) eine besondere Rolle.

(1) Unterstellung einer überproportionalen Neigung zu Gewalt

In der AfD finden sich zahlreiche Äußerungen führender Funktionärinnen und Funktionäre auf Bundes- und Landesebene ebenso wie auf Kreisebene, die Migrantinnen und Migranten pauschal eine Gewaltaffinität unterstellen oder einen direkten Zusammenhang zwischen der Herkunft von Personen und der Begehung von Straftaten herstellen.

So äußerte die AfD-Co-Bundessprecherin und Co-Fraktionsvorsitzende Alice Weidel in einem am 4. Dezember 2022 auf Facebook veröffentlichten Videostatement hinsichtlich der Einbürgerung von Menschen aus dem Nahen und Mittleren Osten:

> *„Und worauf sich das auswirkt, natürlich auf die Sozialstatistiken, [...] auch auf die polizeiliche Kriminalstatistik, denn sind diese Leute einmal eingebürgert, dann tauchen sie als ausländische Staatsbürger gar nicht mehr auf. Obwohl genau diese Leute aus dem afghanischen, irakischen, syrischen Kontext eine hohe Kriminalitätsbelastung aufweisen. Ein Vielfaches von einem deutschen Staatsbürger im Übrigen. Dadurch wird auch die Kriminalstatistik verfälscht."*[801]

Die AfD-Co-Bundessprecherin Weidel schreibt Personen aus Afghanistan, Irak und Syrien eine deutlich höhere Gewaltaffinität bzw. Neigung zur Begehung von Straftaten („*ein Vielfaches*") zu als „*deutschen Staatsbürgern*", indem sie meint, „*genau diese Leute*" wiesen eine „*hohe Kriminalitätsbelastung*" auf. Weidel spricht hier im Kontext der Kriminalitätsstatistik von der vermeintlich „*um ein Vielfaches*" erhöhten Kriminalitätsbelastung, ohne zu verdeutlichen, worauf diese Annahme fußt. Die reine Feststellung einer möglichen Steigerung der Kriminalität im Zusammenhang mit gestiegener Migration ist an sich nicht verfassungsschutzrechtlich relevant. Im Gesamtkontext wird ersichtlich, dass Weidel aus Kriminalitätsstatistiken Schlüsse auf die Kriminalitätsbelastung zieht und sie mit der Herkunft der Menschen verknüpft. Dabei ist die Frage der Kriminalitätsbelastung separat zu betrachten, da diese komplexer als die der reinen Kriminalitätsstatistik ist und es sich bei letzterer lediglich um eine Tatverdächtigenstatistik handelt, bei der zudem das Anzeigeverhalten zu berücksichtigen ist.[802] Gleichwohl attribuiert die AfD-Co-Bundessprecherin hier negative Merkmale ohne weitere Substantiierung anhand einer bestimmten Herkunft. Dies soll erkennbar keinen Beitrag zur Lösung tatsächlich bestehender oder angenommener Probleme leisten, sondern die Gesamtheit der Migranten aus diesen Ländern durch pauschale Unterstellungen als grundsätzlich gefährlicher als Deutsche herabsetzen und Ablehnung hervorrufen.

Ähnlich pauschalisierend äußerte sich der stellvertretende Bundessprecher Stephan Brandner (MdB, TH) am 26. Juli 2024 gegenüber Nordafrikanern:

---

[801] Weidel, Alice: Videostatement; veröffentlicht in: Facebook-Eintrag vom 04.12.2022, Kanal: „Alice Weidel", abgerufen am 19.12.2022.

[802] Vgl. dazu etwa Bundestagsdrucksache 19/26665, Bericht der Fachkommission der Bundesregierung zu den Rahmenbedingungen der Integrationsfähigkeit, S. 72. ff.

> *„#Gewaltexplosion durch #Nordafrikaner? Da helfen #Grenzkontrollen! #deshalbAfD"*[803]

Der hessische Bundestagsabgeordnete Jan Nolte stellte in einem Tweet vom 14. Oktober 2024 Zuwanderer als *„tendenziell viel Gewaltaffiner […] als der autochthone Deutsche"* dar:

> *„Ein Problem der inneren Sicherheit ist, dass man sich aus Gründen der Political Correctness weitgehend weigert, anzuerkennen, dass wir seit Jahren massive Migration von Menschen haben, die tendenziell viel Gewaltaffiner sind, als der autochthone Deutsche. Man versucht Menschen, die ein ganz anderes Verhältnis zu Gewalt und ‚Ehre' haben, in der Familie viel öfter mit Gewalt konfrontiert sind und die oft in einem völlig anderen sozialen Gefüge leben, als der autochthone Deutsche, mit Präventions- und Repressionsinstrumenten zu begegnen, die für eine andere Gesellschaft konzipiert sind. Vorstrafen und Gefängnisaufenthalte, werden in bestimmten Parallelgesellschaften als Zeichen der Stärke gesehen. Und wer ohnehin keine normale Karriere im Arbeitsmarkt plant, den stört auch der ‚Knick' in der Vita nicht.*
>
> *Gilt so natürlich nicht für jeden, ist aber grundsätzlich ein gut beobachtbares Problem."*[804]

Zwar nimmt Nolte hier formal am Ende des Zitats vordergründig noch eine Einschränkung vor. Diese steht jedoch der Unterscheidung zwischen autochthonen Deutschen und gewalttätigen Migranten in den Kernausführungen diametral entgegen und ist als Ausnahme formuliert.

Lena Kotré (MdL BB) unterstellte in einem Tweet vom 31. Oktober 2024 ebenfalls bestimmten Migrantengruppen aufgrund ihrer Herkunft pauschal eine Neigung zu Kriminalität und Terrorismus:

> *„RACIAL PROFILING KANN LEBEN RETTEN!*
>
> *Gestern hat die Polizei in Berlin auf ihre Erfahrung gesetzt und per ‚verdachtsunabhängiger Personenkontrolle aufgrund des Erscheinungsbildes' wahrscheinlich einen Terroranschlag verhindert. Im Klartext: Sie haben einen typischen ‚2015er' ins Visier genommen.*

---

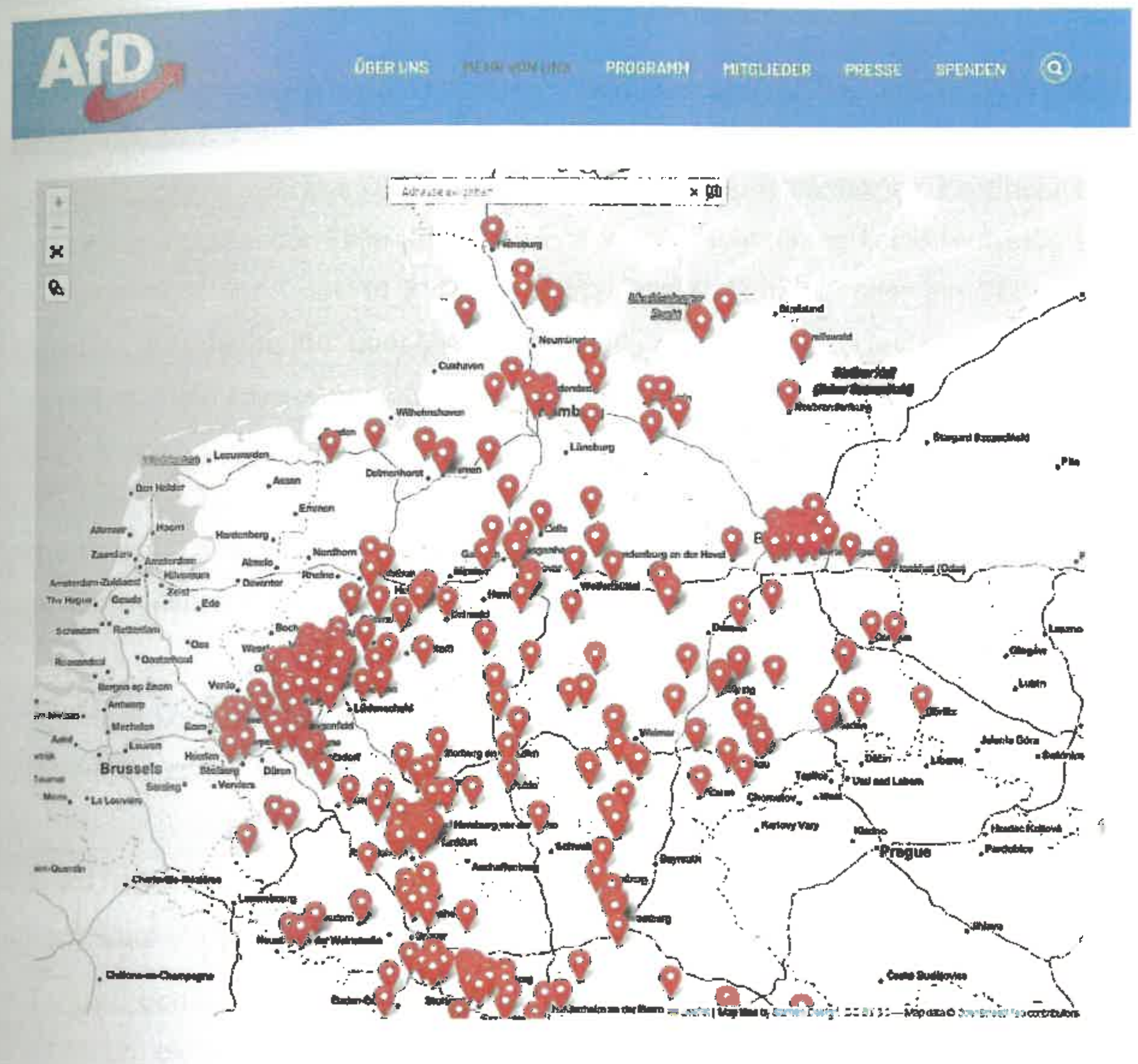
[803] Brandner, Stephan: Telegram-Beitrag vom 26.07.2024, abgerufen am 16.09.2024.
[804] Nolte, Jan: Tweet vom 14.10.2024, abgerufen am 14.10.2024.

Haben sie Asiaten oder Osteuropäer - von denen es am Bahnhof sicherlich auch genügend zur Auswahl gab - kontrollieren wollen? Nein, denn sowohl Kriminelle als auch Terroristen weisen oft ähnliche Profile auf. Die Polizei hat hier auf statistische Erkenntnisse gesetzt und Schlimmeres verhindert. Daher - Racial Profiling eignet sich zur Stärkung der inneren Sicherheit in Deutschland. Es ist doch klar, wer meist die Tätergruppen sind; was in der Politik aktuell fehlt, ist nur der Wille, die eigene Bevölkerung zu schützen."[805]

Kotré stellt hier auf Migranten arabischer und/oder afrikanischer Herkunft ab, die 2015 als Geflüchtete nach Deutschland kamen, und fordert explizit den Einsatz des sogenannten Racial Profilings und weist der Personengruppe in diesem Zuge einen abgewerteten Status zu.

Der AfD-Bundesverband warb am 23. Februar 2023 auf Facebook für den AfD-„Einzelfallticker", der Straf- und Gewalttaten, die vermeintlich von Personen mit Migrationsgeschichte begangen wurden, undifferenziert visualisiert und einen direkten Kausalzusammenhang zwischen Migration und Kriminalitätsanstieg insinuiert. Die Grafik wird von der Aussage „*Aufgrund der Vielzahl sogenannter Einzelfälle können wir hier nur einen Bruchteil darstellen*" begleitet.

[805] Kotré, Lena: Tweet vom 31.10.2024, abgerufen am 11.11.2024.



*Jetzt zählen wir mit: *Einzelfälle* ab dem 21. Februar 2023

Die in diesem Zusammenhang offenbar ironisierende Nutzung des Begriffs *„Einzelfall"* – die Grafik zeigt nämlich eine von Pins übersäte Deutschlandkarte – soll die Botschaft vermitteln, das Problem von straffällig gewordenen Migrantinnen und Migranten werde in der Öffentlichkeit willentlich verharmlost und es handele sich dabei eigentlich eher um die Regel als um Ausnahmen.[806] Das Portal findet sich auch auf der offiziellen Internetseite der AfD.[807]

Für eine Vielzahl der im „Einzelfallticker" aufgeführten Taten werden aus den als Quelle angegebenen Presseberichten allerdings keine eindeutigen Hinweise auf die Staatsangehörigkeit der mutmaßlichen Täter ersichtlich. So werden zahlreiche mit

---

[806] AfD: Facebook-Eintrag vom 23.02.2023, abgerufen am 27.02.2023.
[807] AfD: „Mehr von uns: Einzelfallticker", in: www.afd.de/einzelfallticker, abgerufen am 23.07.2024.

dem Tatmittel Messer oder durch eine Gruppe verübte Straftaten im „Einzelfallticker" aufgeführt, ohne dass sich aus dem Bezugsartikel ein Hinweis auf die Staatsbürgerschaft oder eine Migrationsgeschichte der Personen ergibt.

Einer Stichprobe aus Mai 2023 zufolge fanden sich zum damaligen Zeitpunkt bei mehr als der Hälfte der Fälle (58,69 %) in der Tatbeschreibung keine Hinweise auf die Nationalität der Täter. In 21,22 % wurden die Nationalität oder ein Status als Flüchtling, Asylsuchender oder Migrant eindeutig genannt. In den restlichen 20,32 % der aufgeführten Fälle wurde offenbar auf Grund des in der Bezugsmeldung genannten Phänotyps (z. B. *„südländisches Aussehen"*, *„dunkelhäutig"*, *„arabischer Phänotyp"*) oder der Sprache (etwa *„gebrochenes Deutsch"*, *„Akzent"*) auf eine ausländische Herkunft geschlossen. Zudem wird in einer Vielzahl der Artikel über mutmaßliche Täter gesprochen.

Teilweise werden im „Einzelfallticker" Berichte als Pin markiert, bei denen der Bezugsartikel keine Straftat behandelt, etwa eine Äußerung des hessischen Ministerpräsidenten zum Thema Migration. In einigen Fällen fehlen Quellenbelege, teilweise wurden Sachverhalte doppelt erfasst.

Am 4. Oktober 2023 veröffentlichte der AfD-Bundesverband auf Facebook einen Beitrag, in dem er den „Einzelfallticker" der Partei mit folgenden Aussagen bewarb:

> *„Seit dem 21. Februar dokumentiert die AfD in ihrem ‚Einzelfallticker' jene Straftaten, die von den etablierten Parteien permanent als ‚Einzelfälle' verharmlost werden (https://www.afd.de/einzelfallticker/). Es sind schwerwiegende Delikte, bei denen jeder weiß, dass Migranten aus dem Nahen Osten und Afrika einen erheblichen Teil der Täter ausmachen: Messerangriffe, Vergewaltigungen, bewaffnete Raubüberfälle und vieles mehr. Innerhalb von noch nicht einmal acht Monaten dokumentierte die AfD – ohne Anspruch auf Vollständigkeit – insgesamt 1000 sogenannte ‚Einzelfälle'!*
> *Schon diese Zahl verdeutlicht, dass die Beschönigungen der Massenmigrations-Ideologen nicht mehr zu ertragen sind. Ob im Schwimmbad, in der Diskothek oder in der Bahn: Überall kann es passieren, dass angeblich ‚traumatisierte' Herrschaften plötzlich ausrasten, um sich stechen und schlagen, sich an*

Frauen vergehen. […] Angesichts der täglichen ‚Einzelfälle' ist unsere Forderung klar: Grenzen schützen und Scheinflüchtlinge konsequent in ihre Heimatländer zurückschicken!"[808]

Die Kriminalität der einzelnen Flüchtlinge wird auf Migranten allgemein übertragen. So stellt die AfD hier den Großteil männlicher Flüchtlinge aus dem *„Nahen Osten und Afrika"* generell als gewalttätig und gefährlich dar und wertet sie entsprechend ab.

Zudem wird insinuiert, die von Ausländern oder Geflüchteten ausgehende Kriminalität werde von anderen Parteien verschleiert. Diese Botschaft ist auch im AfD-Grundsatzprogramm angelegt. Dieses enthält einen Abschnitt mit der Überschrift *„Einwandererkriminalität - nichts verschleiern, nichts verschweigen"*.[809] Bereits die Überschrift insinuiert, dass das Ausmaß der *„Einwandererkriminalität"* tatsächlich verschleiert und verschwiegen werde und entsprechend viel größer sei. Es wird dann ausgeführt:

> *„Millionen Menschen aus anderen Kulturkreisen ohne die für eine Integration erforderlichen Qualifikationen werden mit falschen Versprechungen nach Deutschland gelockt. In ihrer Heimat haben sie alle Brücken abgebrochen. Enttäuschte Hoffnungen auf Wohlstand bergen die Gefahr, dass viele in die Kriminalität abgleiten."*[810]

Dadurch insinuiert die Partei, dass *„viele"* dieser *„Millionen Menschen"* kriminell würden, und zeichnet dadurch bereits ein Bedrohungsszenario, das geeignet ist, generelle Ablehnung gegenüber Migranten *„anderer Kulturkreise"* hervorzurufen.

Anlässlich einer Reihe von Gewaltdelikten in deutschen Freibädern verkündete die AfD am 30. Mai 2023 auf Facebook:

> *„+++ Einzelfall der Woche: Junge Mutter im Freibad zusammengeschlagen +++ Die Freibadsaison hat noch gar nicht richtig begonnen, da wird schon wieder klar, wer zwischen Beckenrand und Liegewiese in Deutschland das Sagen hat: Nicht etwa der Bademeister, sondern gewalttätige und aggressive ‚Gruppen Jugendlicher'. […] Einmal mehr wird uns schmerzlich vor Augen geführt, dass es im Deutschland unter der Ampelregierung keine geschützten Orte mehr gibt, an denen Kinder und Familien unbeschwerte Stunden verbringen können. Ob in der Fußgängerzone, in der Schule oder eben im Freibad: Immer und überall*

[808] AfD: Facebook-Eintrag vom 04.10.2023, abgerufen am 19.10.2023.
[809] AfD-Grundsatzprogramm, S. 64.
[810] Ebd.

> *läuft man mittlerweile Gefahr, zusammengeschlagen, ausgeraubt oder sogar niedergestochen zu werden. Die einzigen Lehren, welche die Verantwortlichen in Bund, Land und Kommunen ziehen: Wir brauchen mehr Integration und stetig Nachschub an zu Integrierenden. Und dann natürlich mehr Geld, um alle zu versorgen und unterzubringen. Die CDU, die sich heute gern einen patriotischen Anstrich geben will, hat unter Merkel damit angefangen - und sie macht bis heute mit! Es sind nicht nur die immer zahlreicher werdenden Gewalttäter, die den Bürgern straflos ins Gesicht schlagen: Es sind vor allem die Vertreter der etablierten Parteien, die nichts, aber auch rein gar nichts, unternehmen, um die Menschen in diesem Land zu schützen. Das Freibad als Schmelztiegel von Migrantengewalt – es wird auch in diesem Sommer wieder von sich reden machen. Und während im vergangenen Jahr in Berlin der Klimawandel als Begründung herangezogen wurde – die Hitze würde aggressiv machen, wurde ernsthaft behauptet – gibt es für dieses Jahr eine noch viel bessere Steilvorlage: Man wird das abgeschaffte Oben-Ohne-Verbot heranziehen, um die Gewalt zu begründen und den Tätern den Kopf zu tätscheln."*[811]

Unter Verweis auf „*[a]lle sogenannten Einzelfälle*" wird des Weiteren auf die Internetseite des AfD-„Einzelfalltickers" verwiesen.

Und auch im Januar 2024 verwies die AfD wieder auf den „Einzelfallticker", diesmal in einem Tweet auf der Plattform X unter der Überschrift „*Remigration statt ‚Einzelfälle'!*", in dem sie beispielhaft durch Migranten begangene Straftaten auflistete.[812]

In einem Flyer mit dem Titel „*Migrantengewalt in Deutschland. Wir geben deutschen Opfern einen Namen!*" äußerte der hessische AfD-Bundestagsabgeordnete Uwe Schulz:

> *„In den Jahren der politisch gewollten steigenden Zuwanderung aus kulturfremden Ländern nach Mitteleuropa steigen die Kriminalitätsraten in erschreckender Weise. Messermorde, Gruppenvergewaltigungen, Rohheitsdelikte sind ungebremst auf dem Vormarsch."*[813]

---

[811] AfD: Facebook-Eintrag vom 30.05.2023, abgerufen am 05.06.2023.
[812] AfD: Tweet vom 10.01.2024, abgerufen am 10.01.2024.
[813] Schulz, Uwe: Flyer „Migrantengewalt in Deutschland. Wir geben deutschen Opfern einen Namen!", ohne Datum.

Im Folgenden merkt Schulz relativierend an, dass „*Migranten […] nicht pauschal gewalttätig*" seien, der „*Umfang von Migrantenkriminalität […] sich jedoch nicht auf ‚Einzelfälle' reduzieren*" lasse. Insbesondere die Auswahl der Delikte und der von Schulz insinuierte kausale Zusammenhang mit der Zuwanderung aus „*kulturfremden Ländern nach Mitteleuropa*", lässt diese als rückständig und archaisch erscheinen.

Das vermeintliche Problem der „*kulturfremden*" Migranten, auf welche Gewaltdelikte zurückzuführen seien, thematisierte auch Birgit Bessin (zum damaligen Zeitpunkt MdL, seit 2025 MdB, BB) in einem Facebook-Beitrag:

> *„Nein zu #Kinderehen, (Gruppen)#Vergewaltigungen, #Genitalverstümmelung…Schluss mit der Unterdrückung von Frauen durch unkontrollierte #Massenmigration aus mittelalterlich anmutenden Gesellschaften von kulturfremden Menschen!"*[814]

Mariana Harder-Kühnel (zum damaligen Zeitpunkt MdB, HE) ging in ihrer Pauschalisierung von Migranten in ihrer Rede auf dem „Politischen Ascherfreitag" der AfD Rhein-Berg am 16. Februar 2024 in Kürten (NW) noch weiter und tätigte folgende Aussagen:

> *„Massenmigration bedeutet explodierende Kriminalität, Zerstörung unseres Sozialstaates, Import fremder Konflikte in unser Land, migrantische Clanbildung, niedrigere Löhne durch Lohndumping, steigende Mieten und Immobilienpreise durch Wohnraummangel. Und das neue Staatsangehörigkeitsrecht, das verewigt diese Entwicklung. Und genau das ist nicht in unserem Interesse, liebe Freunde. […] Sonst wird Deutschland zu einem Kalifat und wir wollen kein Kalifat. Wir wollen ein Deutschland, das deutsch bleibt, liebe Freunde."*[815]

Ähnliche Aussagen tätigten auch Miguel Klauß (MdL BW)[816] und der Landesverband der AfD Schleswig-Holstein[817].

Martin Reichardt, AfD-Bundestagsabgeordneter, Beisitzer im AfD-Bundesvorstand und sachsen-anhaltischer AfD-Landesvorsitzender, äußerte sich in einem Facebook-Eintrag vom April 2023 folgendermaßen:

---

[814] Bessin, Birgit: Facebook-Eintrag vom 15.12.2023, abgerufen am 04.01.2024.
[815] Harder-Kühnel, Mariana: Rede am 16.02.2024; veröffentlicht in: www.youtube.com am 22.02.2024, Kanal: „PI-NEWS TV", abgerufen am 23.02.2024.
[816] Klauß, Miguel: Telegram-Beitrag vom 25.02.2024, abgerufen am 28.02.2024.
[817] AfD Schleswig-Holstein: Facebook-Eintrag vom 12.03.2024, abgerufen am 22.03.2024.

> *„Einer handlungsunfähigen und migrationsgeilen Regierung haben wir es zu verdanken, dass mittlerweile sogar die Spielplätze unserer Kinder nicht mehr die sorglosen und friedvollen Orte sind, die sie eigentlich sein sollten. Migrantengewalt scheint genauso grenzenlos wie die Verantwortungslosigkeit derer, die die Grenzen Deutschlands nicht schützen wollen. Unsere Bürger und vor allem unsere Kinder werden schutzlos denen ausgesetzt, die unseren Rechtsstaat nicht respektieren und Integration verweigern. Sichere Grenzen bedeuten Rechtsstaatlichkeit, Ausgewogenheit und Sicherheit für unsere Bürger und unsere Kinder!“*[818]

Die Äußerungen Reichardts werten mit der Verwendung des Kompositums „*Migrantengewalt*“, die er zudem als „*grenzenlos*“ beschreibt, eine ganze Personengruppe ab; Migranten werden pauschal als gefährlich dargestellt.

Zuvor hatte Martin Reichardt bereits in einem Facebook-Beitrag vom 25. November 2022 geschrieben:

> *„Gewalt gegen Frauen: Unsere feministische Außenministerin macht sich seit Wochen stark für Frauenrechte im Iran, sie steht fest an der Seite der Demonstranten. Aber genauso, wie ihr ihre deutschen Wähler egal sind, so wenig interessiert sie, dass die Gewalt gegen Frauen in Deutschland seit 2015 dramatisch zugenommen hat. […] Die Gründe für die Rückkehr primitiver Frauenverachtung liegen auf der Hand: Wir haben eine Masseneinwanderung aus Regionen in denen Frauen wie Dreck behandelt werden. Sie sind verfügbare Sklavinnen, Menschen zweiter Klasse, die man im Kindesalter zwangsverheiraten kann, die man auch mal aus Gründen der Ehre ermorden darf.“*[819]

Der Bundesschatzmeister Carsten Hütter (MdL SN) mahnte im Oktober 2022 auf Facebook, der „*Traum von den goldenen Fachkräften*“ habe sich „*längst aufgelöst in einer Spur aus Blut und Tränen*“. Hütter schrieb:

> *„Lieber täglich 500 Abschiebungen als täglich 50 Messerattacken! Und wieder hat ein Migrant in einer deutschen Stadt wahllos Menschen getötet: Am Dienstag erstach ein Somalier zwei Männer in Ludwigshafen und verletzte einen weiteren schwer. […] Unsere Bürger haben schon so viel für Flüchtlinge*

---

[818] Reichardt, Martin: Facebook-Eintrag vom 01.04.2023, abgerufen am 04.04.2023.
[819] Reichardt, Martin: Facebook-Eintrag vom 25.11.2022, abgerufen am 18.10.2023.

hergeben müssen, die sich im Nachhinein als Gewalttäter entpuppten: Geld, Wohnraum, Essen - und immer wieder ihr Leben. Der Traum von den goldenen Fachkräften hat sich längst aufgelöst in einer Spur aus Blut und Tränen. […] Fangen wir endlich an, solche Leute in großem Stil abzuschieben. Und dabei sollte nicht gelten ‚Im Zweifel für den Angeklagten', sondern im Zweifel für unser Land und unsere Bürger!"[820]

Die AfD Passau (BY) verbreitete den Eintrag ebenfalls auf Facebook.[821]

Mit dieser Aussage verunglimpfen Hütter und die AfD Passau Flüchtlinge pauschal als gefährlich und suggerieren, sie bedeuteten nur Gewalt und Trauer für Deutschland. Deshalb seien sie konsequent abzuschieben und zwar im Interesse Deutschlands bzw. der deutschen Bürgerinnen und Bürger, gegebenenfalls auch ohne rechtsstaatliche Verfahren.

Die damalige stellvertretende AfD-Bundessprecherin und hessische Bundestagsabgeordnete Mariana Harder-Kühnel schrieb in einem Facebook-Beitrag vom Oktober 2022:

> *„Wir brauchen endlich eine Abschiebeoffensive. Deutschland darf nicht länger Hort psychisch auffälliger ‚Einzeltäter' sein, die offensichtlich tickende Zeitbomben sind, sondern muss die Sicherheit der Bürger in den Vordergrund rücken. Das sind wir vor allem den vielen Opfern der Migrationspolitik seit 2015 schuldig."*[822]

Auch diese Aussage eines damaligen Mitglieds des Bundesvorstands der AfD überspitzt die von Migranten begangenen Straftaten in extremer Weise. Deutschland wird infolge der Migrationspolitik der letzten Jahre als „*Hort psychisch auffälliger ‚Einzeltäter'*" beschrieben. Dies könne nur durch eine „*Abschiebeoffensive*" geheilt werden, sodass der Eindruck entsteht, es handele sich bei entsprechenden Tätern um ein Massenphänomen bei Flüchtlingen; dies unterstreicht Harder-Kühnel durch die ironisierende Nutzung der Anführungszeichen beim Wort „*Einzeltäter*". Diese Aussage ist geeignet, in der Gesellschaft eine grundsätzlich ablehnende Haltung gegenüber dieser Bevölkerungsgruppe hervorzurufen und den Wunsch zu wecken, sie von der gesellschaftlichen Teilhabe auszuschließen.

---

[820] Hütter, Carsten: Facebook-Eintrag vom 19.10.2022, abgerufen am 17.10.2023.
[821] AfD Passau: Facebook-Eintrag vom 20.10.2022, abgerufen am 21.10.2022.
[822] Harder-Kühnel, Mariana: Facebook-Eintrag vom 19.10.2022, abgerufen am 17.10.2023.

Paul Timm, AfD-Landtagsabgeordneter aus Mecklenburg-Vorpommern, schrieb im Januar 2023 auf Facebook:

> *„Zuwanderergewalt: ‚Afrikanischer Phänotyp' zündet Haare von Frau an! + + + In Rostock zündete ein junger Mann mit offenbar afrikanischer Herkunft in einer Straßenbahn die Haare einer Frau an. Der Täter bleibt flüchtig, die Frau blieb, bis auf die angesengten Haare, unverletzt. Gott sei Dank! Die Bürger in MV werden immer öfter Opfer von Zuwanderergewalt. Viele der Asylbewerber, Zuwanderer und Passdeutsche mit Migrationshintergrund sind entweder nicht fähig oder nicht willens, sich zu integrieren. Die Bundes- wie Landesregierung tut: Nichts. Stattdessen werden immer mehr Menschen aus kulturfremden Ländern wortwörtlich importiert. […] Wohlgemerkt: es geht nicht um Ukrainer, welche unserer Kultur in weiten Teilen nahe sind. Es geht um Kopftuch-Apologeten, Messermänner und neuerdings auch Brandstifter aus den islamisch geprägten Ländern der Erde. […] Die Forderungen sind klar. Grenzen dicht - Überprüfung des Aufenthaltsstatus - Remigration. Wir, die AfD, ist die einzige Partei, welche dies fordert."*[823]

Timm nutzt die beschriebene Straftat, um ein allgegenwärtiges Bedrohungsszenario der „*Zuwanderergewalt*" zu zeichnen. Er suggeriert, dass die Gesamtkriminalität durch den Zuzug von Personen aus bestimmten Kulturräumen steigt, die er als „*kulturfremd*" beschreibt. In entindividualisierender Weise kategorisiert Timm Personen nach ihrer Herkunft, bezeichnet sie als „*Kopftuch-Apologeten [und] Messermänner*" und wertet sie so pauschal ab. Durch die Nutzung des Wortes „*Passdeutsche*" bringt er zudem ein völkisches Verständnis zum Ausdruck.

Der damalige nordrhein-westfälische AfD-Bundestagsabgeordnete Roger Beckamp äußerte:

> *„Sommer, Sonne, Badespaß. Wie schon in den Wochen zuvor kam es auch am vergangenen Sonntag zu einer Massenschlägerei in einem Freibad in Berlin-Neukölln. Dabei sollen mehrere Kinder andere Badegäste mit Wasserpistolen bespritzt haben. Das Ganze eskalierte in der Warteschlange einer Rutsche. Nachdem sich eine junge Frau gegen die übergriffigen Kinder zu Wehr setzte,*

---

[823] Timm, Paul: Facebook-Eintrag vom 22.01.2023, abgerufen am 23.01.2023. (Doppelverwendung des Belegs aus Kapitel E. I. 1. a. aa.)

mischte sich ein mittelalter Mann ein, der ihr kurzerhand das Nasenbein mit einer Wasserpistole brach. Hach, diese südländische Lebensfreude!"[824]

„Südländern" wird häufig klischeehaft (aber positiv konnotiert) eine besondere Lebensfreude zugeschrieben. Diesem positiv konnotierten Vorurteil stellt Beckamp mit seinem Zitat die Zuschreibung einer pauschalen, herkunftsbedingten besonderen Gewaltneigung entgegen.

Der damalige JA-Landesvorsitzende Alexander Wiesner (MdL SN) veröffentlichte am 17. Juli 2023 auf Instagram folgende Grafik, die ebenfalls Migranten allein für Gewalt in Schwimmbädern verantwortlich macht:



[825]

Anlässlich eines BILD-Artikels mit dem Titel „Box-Training zum ‚Schutz für deutsche Bürger'. AfD-Jugend rüstet sich für Straßenkampf" äußerte Beckamp am 8. August 2023 auf Telegram:

„Notwehr und Nothilfe werden immer wichtiger in einem Land, in dem sich immer weniger gut und gerne leben lässt. Eine Silvester-Nacht 2016 und ständige

[824] Beckamp, Roger: Facebook-Eintrag vom 30.06.2022, abgerufen am 04.07.2022.
[825] Wiesner, Alexander: Instagram-Story vom 17.07.2023, abgerufen am 18.07.2023.

Übergriffe vorwiegend durch junge orientalische und afrikanische Migranten sollen der Vergangenheit angehören, allein weil diese ‚jungen Männer' wissen, dass dies nicht mehr hingenommen wird. Selbstbewusstsein ist mehr denn je notwendig, um sich gegen linke und migrantische Gewalt zu wehren, zum Schutz aller Deutschen und aller anderen Einheimischen, gerade auch der rechtschaffenen Migranten, die besonders unter diesen ‚jungen Männern' zu leiden haben."[826]

Matthias Helferich (zum damaligen Zeitpunkt fraktionsloser MdB und AfD-Mitglied, seit 2025 Mitglied der AfD-Bundestagsfraktion, NW) bezeichnete Migranten pauschal als Gefahr für autochthone Deutsche:

> *„Der von Hauptschulen in Problembezirken oder Hauptbahnhöfen zur Dämmerung bekannte Hass von Migranten gegen ethnische, autochthone Deutsche findet hier keinerlei Erwähnung."*[827]

In einem weiteren Instagram-Beitrag vom 23. März 2023 bezeichnete Matthias Helferich junge Migranten als häufiges „*Sicherheitsrisiko*":

> *„Nach der Bluttat von Freudenberg, bei der die 12-Jährige Luise F. mutmaßlich von zwei gleichaltrigen Schulkameradinnen mit mehreren Messerstichen ermordet wurde, wird Deutschland von einer weiteren Gewalttat unter Jugendlichen erschüttert Doch statt in diesem Fall Ross und Reiter klar zu benennen, eröffnet die bundesdeutsche Öffentlichkeit in üblicher Manier eine Scheindebatte um die Herabsetzung des Strafmündigkeitsalters. Ähnlich der hauptsachlich von Migranten ausgelösten Silvesterkrawalle, als man ein allgemeines Böllerverbot forderte, wird auch hier die Problemstellung bewusst verkürzt. wenn auch grundsätzlich eine Herabsetzung vonnöten wäre. Denn zahllose Gewaltdelikte, Silvesterkrawalle, Angriffe auf Lehrer und Kriminalstatistiken machen klar: junge Migranten sind häufig ein Sicherheitsrisiko."*[828]

Die AfD Nordrhein-Westfalen veröffentlichte auf Twitter (mittlerweile: X) eine Grafik, die Schutzsuchende ebenfalls pauschal als gewalttätig darstellte:[829]

---

[826] Beckamp, Roger: Telegram-Beitrag vom 08.08.2023, abgerufen am 08.08.2023.
[827] Freilich: „Alibaba und die vierzig Rassismen" vom 20.03.2023, in: www.freilich-magazin.de, abgerufen am 20.03.2023.
[828] Helferich, Matthias: Instagram-Eintrag vom 23.03.2023, abgerufen am 29.03.2023.
[829] AfD NRW: Tweet vom 10.07.2023, abgerufen am 10.07.2023.



In einem Tweet vom 23. Januar 2023 stellte die hessische Europaabgeordnete der AfD Christine Anderson folgende These auf:

> *„In #Schweden eskaliert die Bandenkriminalität. Töten oder getötet werden ist das Motto im kriminellen #Migranten-Sumpf. #Stockholm ist nur die Blaupause dessen, was #Deutschland und der #EU droht, wenn #Migration ohne Grenzen fortgesetzt wird."*[830]

Selbst wenn die Bandenkriminalität in Schweden zum Großteil von Migrantinnen und Migranten ausginge, rechtfertigt dies jedoch nicht die pauschale Darstellung, wonach diese allgemein einem „*Sumpf*" zugeordnet werden. Migration wird dabei als rein destruktiver Eskalationsprozess beschrieben, an dessen Ende die existenzielle Frage „*[t]öten oder getötet werden*" stehe.

Eugen Schmidt (zum damaligen Zeitpunkt MdB, NW) postulierte in einem Telegram-Beitrag, dass die als autochthon wahrgenommene Bevölkerung zur „*Minderheit im eigenen Land*" werde, und meint, Schulen mit einen hohen Anteil von Migranten würden zu „*Keimzellen von Kriminalität und Islamismus*":

> *„Die Deutschen werden zur Minderheit im eigenen Land. In den Grundschulen unseres Landes zeichnet sich ein erschreckendes Bild: In 994 der insgesamt 2787 Grundschulen in NRW sind Kinder mit Migrationshintergrund in der Mehrheit! [...] Diese Entwicklung ist die Folge einer völlig fehlgeleiteten Migrations-*

[830] Anderson, Christine: Tweet vom 23.01.2023, abgerufen am 24.01.2023.

> *und Demographiepolitik, schulen, die eigentlich zur Förderung von Bildung da sind, werden immer mehr zu Orten, an denen kulturelle Konflikte ausgetragen werden und Gewalt den Alltag prägt. Sie werden zu Keimzellen von Kriminalität und Islamismus. […] Was es nun braucht ist eine entschiedene Kehrtwende in der Migrationspolitik. Illegal eingereiste Sozialmigranten müssen abgeschoben oder an der Einreise nach Deutschland gehindert werden. Zudem muss sich die Bundesregierung für eine familienfreundliche Politik einsetzen, um die Geburtenraten wieder auf ein erforderliches Niveau zu heben. Erst dann kann das Gleichgewicht wiederhergestellt und die nationale Identität auf Dauer bewahrt werden.“*[831]

Schmidt verunglimpft hier eine ganze Personengruppe, indem er Schulen, die einen hohen Anteil von Schülerinnen und Schülern mit Migrationsgeschichte haben, zu „*Keimzellen von Kriminalität und Islamismus*“ erklärt und insofern bereits migrantischen Kindern und Jugendlichen perspektivisch einen Hang zu Delinquenz und Extremismus unterstellt.

Michael Adam, Bundesvorstandsmitglied der Christen in der AfD, veröffentlichte im Januar 2023 einen Text mit dem Titel „Der kulturfremde Deutsche – Ein Rechtsproblem“. Darin schrieb Adam in Bezug auf die Gewalttat eines deutschen Täters mit Migrationsgeschichte:

> *„An dieser Stelle sei ein tagesaktuelles und sehr trauriges Beispiel der Folge der Kulturfremdheit einiger deutscher Staatsbürger angeführt: Ein 17-jähriger, kulturfremder Deutscher erstach vor einigen Tagen seine Lehrerin mit einem Messer, weil er sich von ihr ungerecht behandelt fühlte. Diese Tat war und ist mit der deutschen Kultur in mehrfacher Hinsicht nicht vereinbar: Die offenkundig sinnlose Tötung von Menschen widerspricht dem christlichen Menschenbild, dessen Wertekanon zu den Grundlagen unserer abendländisch geprägten deutschen Kultur gehört. Auch sind gewaltsame Auseinandersetzungen unter der Verwendung von Messern der deutschen Kultur fremd und erscheinen der Mehrheitsgesellschaft zu Recht (noch) als abstoßend. Nicht zuletzt ist die Gewalt gegen Frauen in unserer Kultur mit Recht geächtet. All dies scheint dem*

[831] Schmidt, Eugen: Telegram-Beitrag vom 04.08.2022, abgerufen am 15.08.2022.

kulturfremden deutschen Täter nicht bekannt gewesen zu sein oder wahrscheinlicher: Es war ihm egal."[832]

Diese Ausführungen belegen ebenfalls eine fremdenfeindliche Haltung. Zwar ist es verfassungsschutzrechtlich nicht relevant, für restriktivere Einbürgerungsvoraussetzungen einzutreten und die tatsächlichen oder vermeintlichen Probleme bzw. Gefahren zu thematisieren, die von nicht integrierten und integrationsunwilligen Personen ausgehen können. Adam wertet hier aber einen straffällig gewordenen deutschen Staatsangehörigen mit Migrationsgeschichte zum „*kulturfremden deutschen Täter*" ab. Er suggeriert in seinen Ausführungen, die Begehung einer vergleichbaren Straftat durch einen ethnischen Deutschen sei undenkbar, und insinuiert zugleich, die Ermordung von Lehrerinnen und Gewalt gegen Frauen seien in anderen Kulturen pauschal akzeptiert. Damit steigert Adam die formulierte „*Kulturfremdheit*" zu einer Wesensfremdheit und mithin einer pauschalen Inkompatibilität von Zuwanderern mit einer konstruierten, ethnisch-kulturell definierten deutschen Identität hin.

Die Junge Alternative Sachsen veröffentlichte im Zusammenhang mit Ausschreitungen beim Eritrea-Festival 2023 in Gießen (HE) einen Beitrag zu dem Thema und schrieb:

> *„Wir erleben die Barbarisierung Deutschlands. Der deutsche Michel, der Regenbogenflaggen schwenkt, Angst vor 0,5 Grad wärmerer Luft hat und von gebärenden Männern schwadroniert, ist den Neu-Kulturen hilflos ausgeliefert. #Gießen ist nur der Anfang."*[833]

Entsprechende Narrative werden auch auf Kreisebene rezipiert:

Der AfD-Kreisverband Baden-Baden/Rastatt (BW) teilte etwa am 3. Juli 2023 einen Facebook-Eintrag der AfD-Bundestagsabgeordneten Beatrix von Storch (MdB, BR):

> *„+++ Frankreich brennt und die Ampelregierung will weiter Migrantengewalt importieren +++ [...] Die Bürger in Deutschland wollen keine französischen Zustände, sondern ein normales, friedliches Leben wie unsere polnischen Nachbarn – ohne No-Go-Areas und ohne Gewaltimport aus Afrika."*[834]

---

[832] Adam, Michael: Facebook-Eintrag vom 13.01.2023, abgerufen am 03.02.2023. (Doppelverwendung des Belegs aus Kapitel E. I. 1. a. aa.)
[833] Junge Alternative Sachsen: Facebook-Eintrag vom 13.07.2023, abgerufen am 19.07.2023.
[834] AfD KV Baden-Baden/Rastatt: Facebook-Eintrag vom 03.07.2023, abgerufen am 11.07.2023.

Der AfD-Kreisverband Esslingen (BW) teilte einen Facebook-Beitrag der baden-württembergischen AfD-Bundestagsabgeordneten und damaligen Beisitzerin im AfD-Bundesvorstand Christina Baum, in dem sie in fremdenfeindlicher Diktion die Ausschreitungen nach dem Tod eines 17-jährigen Franzosen aufgreift, der während einer Polizeikontrolle erschossen wurde und dessen Tod in zahlreichen französischen Städten Proteste hervorrief, bei denen es auch zu gewaltsamen Ausschreitungen kam:

> *„Besorgter Blick nach Frankreich: Droht uns in Deutschland ein Bürgerkrieg? Angesichts der aktuellen massiven Ausbrüche an Migrantengewalt in Frankreich müssen wir uns fragen, ob solche bürgerkriegsähnlichen Zustände nicht auch bei uns künftig drohen können. Die vorsätzlich forcierte Massenmigration nach Deutschland bei gleichzeitiger ebenso vorsätzlicher Demontage unserer Wirtschaft wird in absehbarer Zeit zwangsläufig zu eskalierenden Verteilungskämpfen führen. Da eine Integration kulturfremder Bevölkerungen in dieser Größenordnung nicht leistbar und damit illusorisch ist und von der herrschenden Klasse auch gar nicht mehr angestrebt wird, werden die Verteilungskämpfe entlang der ethnokulturellen Bruchlinien der Parallelgesellschaften und der einheimischen Bevölkerung erfolgen. Kombiniert mit der zunehmenden Erosion der öffentlichen Sicherheit und den wachsenden No-Go-Areas für deutsche Polizisten braut sich in unserem Land ein explosives Gemisch zusammen, das sich eines Tages entladen wird. Wenn wir hier nicht schleunigst das Ruder um 180° herumreißen und eine umfassende, humane Remigration illegaler und nichtintegrierbarer Migranten in Gang setzen, sind die schrecklichen Szenen in Frankreich auch bei uns nur eine Frage der Zeit.“*[835]

Baum zeichnet hier ein Bild, wonach die *„vorsätzlich forcierte Massenmigration“* von *„Migrantengewalt“* begleitet und letztlich in Verteilungskämpfen enden werde. Diese Aussage zielt darauf ab, Zuwanderer pauschal als aggressiv und bedrohlich darzustellen und Ängste zu schüren. Die Forderungen schließlich nach einer völligen Umkehr in der Sicherheits- und Einwanderungspolitik (*„180°“*) sowie einer *„umfassende[n]“* Remigration *„nichtintegrierbarer Migranten“* stehen im Gegensatz zu einem differenzierenden, individuelle Gegebenheiten berücksichtigenden Vorgehen, stellt

---

[835] AfD – Alternative für Deutschland, Kreisverband Esslingen: Facebook-Eintrag vom 04.07.2023, abgerufen am 11.07.2023.

doch die Integrationsunfähigkeit nichteuropäischer Einwanderer für die Bundestagsabgeordnete Baum in der Gesamtschau ihrer Äußerungen eine unumstößliche Prämisse dar.

Auch die Junge Alternative Altmark (ST) benannte explizit nicht-weiße Männer pauschal als besonders gewaltaffin. In ihrer Instagram-Story veröffentlichten sie folgende Grafik, in der sie als Verantwortlichen für Gewalt in Deutschland einen nicht-weißen Mann „aufdeckt"[836]:



Der damalige Europaabgeordnete Maximilian Krah (mittlerweile MdB, SN) behauptete in einem Interview mit dem Deutschland-Kurier am 4. Januar 2023, dass die Ausschreitungen in der Silvesternacht 2022/23 auf die fehlerhafte Asyl- und Migrationspolitik seit 2015 zurückzuführen seien:

> *„Nein, es waren nicht Kevin, Rico und Ronny, die in der Silvesternacht in Düsseldorf, Köln, Berlin und anderswo Polizisten mit Feuerwerkskörpern beschossen und die Innenstädte deutscher Städte in bürgerkriegsähnliche Zustände getaucht haben. Es waren Ali Baba und die vierzig Räuber. Was wir hier erleben,*

[836] Junge Alternative Altmark: Instagram-Story vom 10.01.2023, abgerufen am 10.01.2023.

ist nicht schlechter Umgang mit Feuerwerkskörpern. Es sind die Folgen von Einwanderung. Seit 2015 wissen wir, was auf uns zukommt."[837]

Krah suggeriert, Straftaten gegen und Angriffe auf Rettungs- und Feuerwehrkräfte seien kennzeichnend für das Verhalten von Migranten arabischer Herkunft in deutschen Städten und gleichsam die natürliche Folge der Migrationspolitik seit dem Jahr 2015. Krah bedient sich hier zudem eines degradierenden Sprachgebrauchs, indem er von *„Ali Baba und die vierzig Räuber"* spricht.

Ähnliche rhetorische Mittel verwendet auch Roger Beckamp (zum damaligen Zeitpunkt MdB, NW). Auf Instagram äußerte er über die Silvesternacht 2022:

> *„Lebensrealität der meisten Einheimischen: Massenmigration bedeutet nicht gemütliches Beisammensein bei Schach und Wein! [...]*
> *Berlin, 31. Dezember 2022, 23:54 Uhr: Der 38-jährige Kurt, der das ganze Jahr über im Schichtdienst arbeitet, um seine Familie durchzubringen, freut sich schon seit Langem auf ein friedliches Neujahrfest. Doch als er draußen die Lage erkundet, wird er statt feiernder Familien und Feuerwerke von Macheten-Mutombo und Böller-Bilal überrascht, die gerade Sprengkörper auf die Feuerwehr werfen."*[838]

Die Alliteration im Hinblick auf Waffen in Verbindung mit stereotypen Namen von Einwanderern wirken stark komplexitätsreduzierend und schreiben Menschen aus afrikanischen Kulturkreisen eine Gewaltaffinität zu.

Die damalige stellvertretende AfD-Bundessprecherin und hessische Bundestagsabgeordnete Mariana Harder-Kühnel schrieb in einem Facebook-Beitrag vom Januar 2023:

> *„Migrantenkrawalle an Silvester: Wer verharmlost, macht sich mitschuldig! +++ Was längst klar war, wird nun auch offiziell bestätigt: Die Silvesterkrawalle gingen in der Hauptsache von Migranten aus. [...] Im Gegenteil ist die ‚Party- & Eventszene', als die die Ansammlung von gewaltbereiten Migranten schon im Jahr 2020 von der Stuttgarter Polizei verharmlosend bezeichnet wurde, seit 2015 in Deutschland zur alltäglichen Bedrohung geworden. Und auch an Silvester kommt es jeweils seit 2015 in steigender Zahl zu Vorfällen, bei denen*

---

[837] Krah, Maximilian: Kommentar zur Silvesternacht; veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „Deutschland Kurier", abgerufen am 04.01.2023.
[838] Beckamp, Roger: Instagram-Beitrag vom 20.11.2023, abgerufen am 20.11.2023.

> *ganze Straßenzüge in Flammen aufgehen und Einsatzkräfte bedroht, verletzt oder regelrecht gejagt werden. […] Wo von ‚Feierwütigen' oder pauschal ‚Jugendlichen' gesprochen wird, die die Bürger bedrohen, verweigert man sich der abermals ersichtlich werdenden Realität, dass die Migrations- und Integrationspolitik vollends gescheitert ist. Statt Böllerverboten brauchen wir harte Strafen für die Täter, eine Abschiebungsoffensive und zuvörderst einen vollumfänglichen Schutz unserer Grenzen, statt Asylbewerber auch noch selbst ins Land einzufliegen. Nur so stellen wir sicher, dass unkontrollierbare Zustände vermieden werden. Denn schon jetzt lässt sich prognostizieren: Handelt die Politik nicht, werden die Gefahren für die Bürger immer größer. Wer sich dieser Erkenntnis verweigert, macht sich mitschuldig."*[839]

Sofern die Aussage eine strengere Migrationspolitik fordert, ist dies verfassungsschutzrechtlich nicht zu beanstanden. Allerdings stellt Harder-Kühnel hier einen monokausalen Zusammenhang zwischen Migration und einer vermeintlich stetig steigenden Unsicherheit in Deutschland her. Denn sie behauptet, dass eine Politik, die ihre Forderungen nach einer Abschiebeoffensive bzw. einem *„vollumfänglichen Schutz"* der Grenzen nicht nachkomme, automatisch zu immer größer werdenden Gefahren für Bürger führen werde. Diese Aussage ist durch diese pauschale Darstellung von Migrantinnen und Migranten zumindest geeignet, eine generell ablehnende Haltung gegenüber diesen hervorzurufen.

Der sachsen-anhaltische AfD-Co-Fraktionsvorsitzende und stellvertretende AfD-Landesvorsitzende Oliver Kirchner forderte am 3. Januar 2023 als Konsequenz auf die Ausschreitungen in der Silvesternacht:

> *„Zu feige die Täter klar beim Namen zu nennen, dieses Staatsfernsehen. Es waren kriminelle Zuwanderer, denen unser friedliches Zusammenleben vollkommen egal ist. Wir brauchen kein bundesweites Böllerverbot, sondern ein bundesweites Einreiseverbot für diese illegalen Armuts-, Wirtschafts- und Sozialeinwanderer. Vor allem aber brauchen wir drakonische Strafen und eine Abschiebeoffensive für solche Typen. Schluß mit der Verharmlosung dieser Straftaten gegen unsere Ordnungskräfte. Wenn ich schon höre, es wären gruppendynamische Prozesse nach zwei Jahren Pandemie. Schwachsinn! Es sind nicht*

[839] Harder-Kühnel, Mariana: Facebook-Eintrag vom 03.01.2023, abgerufen am 17.10.2023.

integrierbare Zuwanderer! Also, abschieben, abschieben, abschieben lautet die Botschaft.“[840]

Kirchner führt die Ereignisse an Silvester ebenso monokausal auf Migrationsprozesse zurück. Er bezeichnet die migrantischen Täter pauschal als *„Armuts-, Wirtschafts- und Sozialeinwanderer“* und setzt damit letztere mit Straftätern gleich. Seine Forderungen nach einem *„bundesweiten Einreiseverbot“* und Abschiebungen sind vor diesem Hintergrund allgemein auf alle *„Armuts-, Wirtschafts- und Sozialeinwanderer“* zu beziehen.

Die AfD Hamburg-Wandsbek (HH) äußerte sich ebenfalls zu den Vorfällen in der Silvesternacht:

> *„Einreise- statt Böllerverbot! […] In Berlin herrschte in der Silvesternacht Anarchie. Es war ein erster Vorgeschmack auf das künftige Alltagsleben in den deutschen Großstädten. Denn obwohl Behörden und Presse eisern schweigen, wenn es um die konkrete Benennung der Täter geht, sprechen die unzähligen Videos jener Nacht Bände: Es sind junge gewaltbereite Männer mit südländischem Aussehen, die kaum Deutsch sprechen.“*[841]

Der Eintrag zeichnet ein dystopisches Bild der postmigrantischen Gesellschaft, das vor allem durch Gewalt und Rücksichtslosigkeit geprägt ist. Auch diese Aussage schürt Ängste gegenüber männlichen Migranten und diffamiert diese im Kern als kriminell und gewalttätig.

Solche pauschal negativen Werturteile, die Ausländer bzw. Migranten wegen ihrer Abstammung als kriminell und als unerwünschte, nicht integrierbare Menschen zweiter Klasse darstellen, belegen eine ausländer- und fremdenfeindliche Einstellung, zumal wenn sich keine gegenläufigen positiven oder auch nur neutralen Äußerungen zu dieser Personengruppe finden, die geeignet wären, die ausländerfeindliche Einstellung zu widerlegen.[842] Dem steht auch nicht entgegen, dass es sich bei den zuvor genannten Äußerungen um solche handelt, die sich auf konkrete Gewaltexzesse bezogen. Bei spontanen, als Reaktion auf eine konkrete Gewalttat abgegebenen Äuße-

---

[840] Kirchner, Oliver: Facebook-Eintrag vom 03.01.2023, abgerufen am 03.01.2023.
[841] AfD Hamburg-Wandsbek: Facebook-Eintrag vom 02.01.2023, abgerufen am 16.01.2023.
[842] Siehe auch OVG NRW, Beschl. v. 08.07.2009, 5 A 203/08, juris, Rn. 6; VG Düsseldorf, Urt. v. 04.12.2007, 22 K 1286/06, juris, Rn. 135 ff.

rungen kann es sein, dass vereinzelt zu generalisierenden Verantwortungszuschreibungen und gruppenbezogenen erniedrigenden Bezeichnungen gegriffen wird, die mit etwas zeitlichem Abstand nicht in gleicher Form verwendet worden wären und weder sichere Rückschlüsse auf die Grundhaltung der betreffenden Person zulassen noch repräsentativ für die Gesamtpartei sind.[843] Bei dem Beitrag von Beckamp fehlt es bereits aufgrund des Ablaufs mehrerer Monate an einer solchen zeitlichen Nähe zu den Ereignissen. Insgesamt fügen sich inhaltlich alle Beiträge in die in diesem und auch im folgenden Unterkapitel aufgezeigte Gesamtdiktion ein, dass Migranten vor dem Hintergrund einer behaupteten kulturellen Inkompatibilität vermehrt zu Gewaltdelikten neigten.

(2) Nutzung von Begriffen wie „Messermigration"

Die AfD bzw. ihre Funktionärinnen und Funktionäre bringen in ihren Aussagen zudem fortgesetzt und verallgemeinernd Personen mit Migrationsgeschichte mit dem in abfälliger Weise verwendeten Präfix „Messer" in Verbindung. Seit der Verdachtsfalleinstufung ist weiterhin eine hohe Frequenz von entsprechenden Beiträgen zu verzeichnen. Das in den nachfolgend dargestellten Aussagen verwendete Kompositum „Messermigration" stellt in herabwürdigender Weise eine direkte Korrelation zwischen Migrationsprozessen und der Zunahme von Straftaten mit Stichwaffen her. Bei einem systematischen Sprachgebrauch in diesem Sinne ist die Schwelle hin zu einer die Menschenwürde verletzenden Pauschalisierung überschritten, da die Äußerungen in ihrer Zielsetzung kontinuierlich herabsetzend und entwürdigend sind.

In einem Facebook-Post vom 7. März 2023 sprach der AfD-Bundesverband etwa von „*Messermigration*":

> *„Die Politiker von Union und Ampelparteien mögen noch so viele Nebelkerzen zünden: Auf unserer Seite www.einzelfallticker.de kann sich jeder selbst ein Bild davon machen, wie die Kriminalitätslage in den deutschen Städten ist. Täglich kommt es zu Gewalttaten, täglich werden Menschen zu Opfern. […]*
>
> *Heute streiten sie es ab: Die CDU hat die Messermigration erfunden!"*[844]

Zudem wurde auf der Facebook-Seite des AfD-Bundesverbands am 30. Januar 2023 folgender Beitrag veröffentlicht:

---

[843] OVG NRW, Urt. v. 13.05.2024, 5 A 1218/22, juris, Rn. 234.
[844] AfD: Facebook-Eintrag vom 07.03.2023, abgerufen am 19.10.2023.

„Deutlicher hätten der Berliner Senat und die ebenfalls verantwortliche Bundesregierung kaum zeigen können, dass sie keinerlei Interesse an der Abschiebung von Messerstechern, Vergewaltigern und sonstigen Verbrechern haben: Berlin schließt sein Abschiebe-Terminal am Flughafen BER. […] Berlins regierende Bürgermeisterin Franziska Giffey (SPD) und ihr weltfremder Berliner Senat machen unser Land Schritt für Schritt immer unsicherer."[845]

Auf dem zum Post gehörigen Bild ist zudem zu lesen:

„Wenn sich Messerangriffe verdoppeln, müssen sich Abschiebungen vervielfachen!"[846]

Die AfD fordert hier, bei einer Häufung von Straftaten durch ausreisepflichtige Migranten die gesamte Personengruppe in Mithaftung zu nehmen und vorbeugende Abschiebungen durchzuführen.

Der Bundesschatzmeister Carsten Hütter[847] (MdL SN) und Edgar Naujok[848] (MdB, SN) teilten den Beitrag des AfD-Bundesverbands auf Facebook. Der damalige JA-Bundesvorsitzende und AfD-Bundesvorstandsmitglied Hannes Gnauck (BB) teilte diese Aussage ebenfalls in seiner Instagram-Story.[849]

René Springer (MdB, BB) veröffentlichte am 14. Juni 2023 einen Beitrag mit folgendem Wortlaut:

„Das effektivste Mittel gegen gewalttätige Übergriffe in Zügen ist kein #Messer-Verbot, sondern #Remigration!"[850].

Der AfD-Bundesverband sprach in einem Facebook-Beitrag vom 5. Oktober 2023 von *„Messerkriminalität"* und in einer dazugehörigen Grafik von *„Messer-Migration"*:

„Messerkriminalität: Migrantengruppen sind zum Teil 244 mal gefährlicher als Deutsche!
Wenn auf Deutschlands Straßen Messer gezückt werden, dann gibt es neben dem klingenschwingenden ‚Einmann' meistens noch einen oder mehrere genauso durchtriebene Täter. Nämlich die, welche die Gewalttat zu verschleiern

---

[845] AfD: Facebook-Eintrag vom 30.01.2023, abgerufen am 31.01.2023.
[846] Ebd.
[847] Hütter, Carsten: Facebook-Eintrag vom 01.02.2023, abgerufen am 02.02.2023.
[848] Naujok, Edgar: Facebook-Eintrag vom 31.01.2023, abgerufen am 03.02.2023.
[849] Gnauck, Hannes: Instagram-Story vom 31.01.2023, abgerufen am 31.01.2023.
[850] Springer, René: Facebook-Eintrag vom 14.06.2023, abgerufen am 26.06.2023.

suchen! Weil die Ampelregierung und ihre nachgeordneten Behörden den Bürgern die blutigen Folgen ihrer Massenmigration nicht zumuten – und damit ihr eigenes Scheitern offenbaren – wollen, wird die Nationalität der Täter nicht flächendeckend erfasst. Und erst recht nicht veröffentlicht. Genauso wie das Ausmaß der Messergewalt.

[...] Rechnet man die Täter auf den jeweiligen Bevölkerungsanteil herunter, erfährt man: Von Hunderttausend Deutschen liegt der Anteil von Messerangreifern rechnerisch bei 0,9. Bei Türken liegt er bei vier, bei Rumänen bei sechs, bei Polen bei sieben und bei Syrern schon bei 10,8. Noch gefährlicher sind laut den Zahlen Iraker und Iraner, die 14, beziehungsweise 18 mal so oft ein Messer zücken. Von 100.000 Afghanen greifen statistisch 20 zum Messer, ähnlich oft wie Eritreer. Noch niedriger liegt die Hemmschwelle bei Marokkanern (30), Somaliern (40), Tunesiern (131) und Algeriern (221)!

Wenn man bedenkt, dass die meisten der Täter überhaupt nicht in Deutschland sein dürften, kann man nur zum Schluss kommen: Abschieben schafft Sicherheit – und rettet Leben!" [851]

In einer dazugehörigen Grafik forderte die AfD: „*Sicherheit statt Messer-Migration!*"[852]



Denselben Text veröffentlichte der AfD-Bundesverband am 5. Oktober 2023 auch auf der Internetseite des Mitgliedermagazins AfD Kompakt. [853]

[851] AfD: Facebook-Eintrag vom 05.10.2023, abgerufen am 19.10.2023.
[852] Ebd.
[853] AfD Kompakt: „Messerkriminalität: Migrantengruppen sind zum Teil 244 mal gefährlicher als Deutsche!" vom 05.10.2023, in: https://afdkompakt.de, abgerufen am 08.12.2023.

Gereon Bollmann (MdB, SH) forderte in einem Facebook-Beitrag vom 20. Juni 2024:

> *„Stoppt die Messer-Migration!*
>
> *Ungereimtheiten in den offiziellen Zahlen zur Messer-Kriminalität: Ist alles noch viel schlimmer?*
>
> *Die Messer-Kriminalität in Deutschland explodiert. Dies ist inzwischen ein offenes Geheimnis. Selbst die offiziellen Polizeistatistiken sprechen Bände, so daß die dramatische Entwicklung nicht unter den Tisch gekehrt werden kann. […]*
>
> *Der #AfD-Abgeordnete Gereon Bollmann, Mitglied im Rechtsausschuss des Deutschen Bundestages, erklärt dazu:*
>
> *‚Die heimtückischen Messerattacken der vergangenen Tage haben das Problem dieses Deliktbereichs einmal mehr verdeutlicht. Die Statistiken sprechen Bände, die Realität noch viel mehr: der exorbitant hohe Anstieg von Messerangriffen ist unmittelbar mit der ausufernden Masseneinwanderung seit 2015 verbunden. Deshalb muss und kann es nur heißen: Schützt die Bürger unseres Landes! Stoppt die Messer-Migration!'“*[854]

Der AfD-Bundesverband nahm in einem Facebook-Post vom 6. März 2023 Bezug auf den „Einzelfallticker“ der Partei und schrieb dazu:

> *„Die sogenannten ‚Einzelfälle' zeigen den dramatischen Zustand der öffentlichen Sicherheit! […]*
>
> *Durch diese Auflistung zeigen sich die traurigen Alltagsfolgen der Buntheits-Ideologie.“*[855]

Eine Grafik enthielt zudem folgenden Aussage:

> *„Messer-Wahnsinn in der Hauptstadt - und an vielen anderen Orten!“*[856]

---

[854] Bollmann, Gereon: Facebook-Eintrag vom 20.06.2024, abgerufen am 24.09.2024.
[855] AfD: Facebook-Eintrag vom 06.03.2023, abgerufen am 19.10.2023.
[856] Ebd.



Am 7. August 2024 schrieb der AfD-Bundesverband auf Facebook:

> *„Es ist eindeutig erkennbar: Die unkontrollierte Massenmigration führt zu explodierender Messergewalt und zu einer Brutalisierung unseres Alltags. Ob in der Charité, ob in Köln auf der Straße oder in den Diskotheken und U-Bahnen: Unser Alltag entspricht nicht mehr den Verhältnissen in einem normalen Land des Friedens. Wir müssen deshalb endlich handeln: Die AfD wird die Massenmigration stoppen und Messertäter mit ausländischer Staatsbürgerschaft sofort abschieben!"*[857]

Damit stellt der Bundesverband erneut eine unmittelbare Kausalität zwischen Migration und einer *„Brutalisierung unseres Alltags"* insgesamt her und suggeriert, eine undifferenzierte Abschiebepraxis könne zur Wiederherstellung sozialen Friedens beitragen.

Jan Wenzel Schmidt (MdB, ST) teilte am 18. Juni 2024 auf Facebook eine Grafik von COMPACT mit der Überschrift *„Fußball-EM im Messer-Terror"*. Dazu schrieb er:



> *„Fußball-EM: Messer-Alptraum statt Sommermärchen*
>
> *Es hat sich seit dem Sommermärchen von 2006 etwas spürbar in Deutschland verändert. Es ist nicht mehr das friedliche Land, in dem*

[857] AfD: Facebook-Eintrag vom 07.08.2024, abgerufen am 10.09.2024.

die Welt ausgelassen bei Freunden feiert. Die Masseneinwanderung machte aus Deutschland ein Land des Messerterrors.

Compact hat alle bisher bekannten ‚Einzelfälle' aufgelistet. Wie lang wird diese Liste am Ende sein?"[858]

Ähnlich des AfD-„Einzelfalltickers" dokumentiert der Deutschland-Kurier auf dessen Internetseite seit Mitte 2024 Straftaten in Deutschland mit Stichwaffenbezug[859]. Der AfD-Kreisverband Erding (BY) warb am 13. Juni 2024 auf Facebook für die Seite mit der Überschrift „*Messerkarte von heute*" und sprach in diesem Zusammenhang unter anderem von der „*Messer-Republik Deutschland*":

> „*‚Messerkarte von heute': Alle 20 Minuten blitzt in Deutschland eine Klinge auf! Der blutige Messer-Terror von Mannheim hat den Vorhang heruntergerissen, hinter dem linksgrüne Masseneinwanderungs-Ideologen zu verbergen suchen, was nicht mehr zu verbergen ist: Jeden Tag werden in Deutschland nach Expertenschätzungen 60 teils lebensgefährliche und manchmal tödliche Messerangriffe verübt, wird ein Mensch schwer verletzt oder bedroht. Etwa alle 20 Minuten blitzt irgendwo in Deutschland eine Klinge auf. Der Deutschland-Kurier dokumentiert das tägliche Geschehen ab sofort in der ‚Messerkarte von heute'. [...] Seit 2022 gibt es vom Bund nur noch Angaben zu Messerangriffen bei Raub, gefährlicher und schwerer Körperverletzung. Öffentlich wird damit nur ein teilweiser Ausschnitt der deutschen Messer-Realität.*"[860]

Dem Beitrag wurde folgende fremdenfeindliche Bilddarstellung des Deutschland-Kuriers angehängt:[861]

---

[858] Schmidt, Jan Wenzel: Facebook-Eintrag vom 18.06.2024, abgerufen am 21.06.2024.
[859] Deutschland-Kurier: „Messerkarte von heute: Alle 20 Minuten blitzt in Deutschland eine Klinge auf!" vom 12.06.2024, in: www.deutschlandkurier.de, abgerufen am 08.10.2024.
[860] AfD KV Erding: Facebook-Eintrag vom 13.06.2024, abgerufen 26.06.2024.
[861] Ebd.



Diese kontinuierliche Agitation, etwa durch die Nutzung von Aussagen wie *„blutige Folgen der Massenmigration“* oder *„Messer-Wahnsinn“*, die nicht zumindest auch differenzierend auf Migranten hinweist, die hier friedlich leben, ist geeignet, die mit den Botschaften adressierte Personengruppe der Migranten pauschal als gefährlich darzustellen und als per se gewalttätig abzuwerten.

Die AfD-Bundessprecherin Alice Weidel (MdB, BW) erklärte im März 2023 auf Facebook:

> *„Messertaten & Migration stünden in keinem Zusammenhang, so Hessens CDU-Ministerpräsident Boris Rhein. Realitätsferner geht es nicht: Es war seine #CDU, die 2015 die Grenzen für die Täter von heute geöffnet hat, und die die Voraussetzungen für die Migrationspolitik der Ampel schuf.“*[862]

Indem Weidel Rhein in diesem Zusammenhang vorwirft, realitätsfern zu sein, behauptet sie im Umkehrschluss, es gebe eine direkte Kausalverbindung zwischen Migration und *„Messertaten“*. Tatsächlich wurden Taten unter der Nutzung von Messern

[862] Weidel, Alice: Facebook-Eintrag vom 07.03.2023, abgerufen am 16.10.2023.

in den letzten Jahren von Migranten begangen. Insofern ist die Herstellung des Zusammenhangs an sich noch nicht verfassungsschutzrechtlich relevant. Der Bezug auf die Öffnung von Grenzen *„für die Täter"* ist aber geeignet, in der Gesamtschau mit Aussagen des Bundesverbands und auch von Weidel selbst, wonach es eine *„unkontrollierte Massenmigration"* gebe, den Eindruck zu erwecken, als handele es sich bei den migrierenden Menschen massenweise um *„Täter"*.

Am 9. Juli 2023 veröffentlichte COMPACT TV ein Interview mit der AfD-Co-Bundessprecherin Alice Weidel (MdB, BW). Diesem waren folgende Äußerungen zu entnehmen:

> *„Messerkriminalität zum Beispiel. Es ist uns in unserer Kultur völlig unbekannt. Das gab es nicht. Das Phänomen gibt es bei uns nicht. Das gibt es in den Kulturkreisen in Afrika und im Nahen Osten, um es mal ganz klar zu sagen. Und wenn Sie diese Leute aus gewaltbereiten Gesellschaften in ihr Land lassen, die auf eine freiheitlich… Ich sag jetzt auch mal eine gleichberechtigte – Frauen und Männer sind hier gleichberechtigt – auf eine Gesellschaft stoßen, die diese Werte teilt. Ja, dann kommt es zu einem Clash, Clash of Cultures. […] Ich glaube, dass das umkehrbar ist, wenn die AfD möglichst schnell jetzt in Regierungsverantwortung kommt."*[863]

Weidel behauptet hier, Straftaten mit Stichwaffen seien primär kulturinduzierte Praktiken von Personen aus afrikanischen Staaten und dem Nahen Osten, während die Begehung solcher Straftaten durch Deutsche unüblich und völlig *„unbekannt"* sei. Weidel führt in verunglimpfender Weise ferner aus, dass Personen aus *„gewaltbereiten Gesellschaften"* mit den hiesigen freiheitlich-demokratischen Strukturen überfordert seien und weiterhin ihre vermeintlich regressiven und kriminellen Praktiken ausübten. Sie folgert insofern, dass nicht einzelne Individuen aufgrund ihrer individuellen Sozialisation gewalttätig seien. Vielmehr ergebe sich der Kriminalitätsgrad von Personen aus deren Herkunft und kultureller Prägung.

Björn Höcke (MdL TH) äußerte sich in seiner Rede zum Wahlkampfabschluss der AfD Thüringen am 31. August 2024 in Erfurt (TH) in ähnlicher Weise:

---

[863] Weidel, Alice: „Alice Weidel: Das große Interview zum AfD-Sommer!", vom 09.07.2023; veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „COMPACTTV", abgerufen am 10.07.2023. (Doppelverwendung des Belegs aus Kapitel E. I. 1. a. bb.)

„Und dann hört man in den Talkshows, wir brauchen mehr Polizisten, wir brauchen ein Messerverbot. Nein, liebe Freunde, das Messer ist nicht das Problem, der Messermann ist das Problem. Stell mir mal vor, ja, meine Kinder, meine Buben, die sind mit Schnitzmessern in den Wald gegangen, um sich Pfeil und Bogen zu schnitzen. Jeder Pfadfinder hat ein Messer an der Seite und trägt es mit Stolz. Wir Deutschen haben kein Problem, mit dem Messer sorgsam umzugehen. Das Problem ist, dass die Kartellparteien Millionen haben einwandern lassen, die aus archaischen Kontexten kommen, wo das Recht des Stärkeren gilt, wo das Faustrecht und das Messerrecht gilt. Und das war vorherzusehen. Das Desaster war ein Desaster mit Ansage. Das war verantwortungslose Politik in Reinform. Nochmal, nicht das Messer ist das Problem, der Messermann. Und der muss in Größenordnung dieses Land verlassen.“[864]

Der im Oktober 2024 aus der AfD ausgetretene damalige Bundestagsabgeordnete Dirk Spaniel (BW) veröffentlichte am 7. August 2024 auf seiner Internetseite einen Artikel mit der Überschrift „*Und täglich grüßt der Messermann*“ mit folgendem Wortlaut:

„Und täglich grüßt der Messermann
Das Messer als Vorbote des zivilisatorischen Zusammenbruchs […]
Die kulturelle Bereicherung und Vielfalt der Gewalt lässt und erschaudern. […]
Und der Haifisch, der hat Zähne
Und die trägt er im Gesicht
Und Mohammed, der hat ein Messer
Doch das Messer sieht man nicht.“[865]

Spaniel verbindet in seiner Umdeutung von Bertolt Brechts „*Moritat von Mackie Messer*“ den männlichen Vornamen Mohammed, der aufgrund seiner muslimischen Konnotation mit einer bestimmten ethnisch-kulturellen Abstammung bzw. mit einem Migrationskontext in Verbindung gebracht wird, mit dem zeitgeschichtlichen Phänomen der Messerkriminalität. Er schreibt damit einer ganzen Menschengruppe in fremdenfeindlicher Weise eine Täteridentität zu, was mit dem Prinzip der Menschenwürde nicht vereinbar ist.

---

[864] Höcke, Björn: Rede auf Wahlkampfveranstaltung in Erfurt am 31.08.2024; veröffentlicht in: www.youtube.com am 31.08.2024, Kanal: „AfD TV“, abgerufen am 02.09.2024.
[865] Spaniel, Dirk: „Und täglich grüßt der Messermann“ vom 07.08.2024, in: https://dirkspaniel.de, abgerufen am 07.08.2024.

Auch der Bundesverband der Jungen Alternative äußerte sich in ähnlicher Weise. Als Reaktion auf den Tweet eines CSU- und Junge Union-Mitglieds, der die von der JA erstellten Aufkleber mit der Aufschrift „*Black knives matter*" und „*Es ist okay, weiss zu sein*" kritisierte, schrieb der Bundesverband:

> „*Wer es nicht in Ordnung findet, weiß zu sein, und wer die importierte Messerkriminalität nicht ansprechen will (weil die eigene Partei sie ja selbst zu verantworten hat), der ist Christdemokrat. Wir sind zum Glück echte deutsche Patrioten mit Mut zur Wahrheit.*"[866]

Die JA Nordrhein-Westfalen schrieb in einem Tweet vom 29. November 2022:

> „*Keine Lust auf Messer-Alis? Wir auch nicht! Jetzt Mitglied der Jungen Alternative werden Wir machen noch Politik für Deutsche.*"[867] [868]

Der stellvertretende AfD-Bundessprecher Stephan Brandner veröffentlichte am 8. März 2023 auf Facebook eine Grafik mit folgenden Aussagen:

> „*Messermigration? Nicht mit der AfD!*
> *Das neue Jahr ist erst wenige Wochen alt und schon waren die Zeitungen voll von Schlagzeilen zu Messermorden und -angriffen. […] Wir alle wissen, dass diese Entwicklung verhältnismäßig neu ist. Vor 2015 hat das Messer als Tatmittel, wie es in der offiziellen Statistik heißt, wohl kaum eine Rolle gespielt. Jahrelang mussten wir als AfD darum kämpfen, dass die Statistik der Messerattacken überhaupt durch offizielle Stellen geführt wird. denn nur, wenn umfassende Kenntnisse vorhanden sind, lassen sich die Ursachen der Messerattacken überhaupt bekämpfen. Sogenannte ‚Junge Männer' aus dem Ausland, die angeblich nach Schutz und Frieden in Deutschland suchen, den sie in ihrer Heimat nicht finden konnten, sorgen sogar in unserem ruhigen und beschaulichen Ostthüringen für Angst und Schrecken. […] Mit Angst in den Zug einzusteigen, weil man an die schrecklichen Morde von Brokstedt denken muss? Erinnerungen an das verheerende Messergemetzel von Gera, das einen jungen Mann für immer ge-*

[866] Junge Alternative: Tweet vom 04.03.2023, abgerufen am 17.03.2023.
[867] JA Nordrhein-Westfalen, Tweet vom 29.11.2022, abgerufen am 17.03.2023.
[868] Vgl. dazu auch VG Köln, Beschl. v. 05.02.2024, 13 L 1124/23, juris, Rn. 298.

zeichnet hat? An mir gehen diese Schlagzeilen nicht spurlos vorbei. Die Grenzen müssen kontrolliert und geschützt werden und nicht jeder darf ungehindert in unser Land, in unsere Sozialsysteme einwandern.“[869]

Dazu schrieb Brandner:

> *„Ehrlicher Kampf gegen #Messerkriminelle: #nurAfD!“*[870]

Am 4. April 2023 forderte Brandner auf Facebook eine *„umfassende Abschiebekultur“* im Rahmen von *„wirksameren Maßnahmen gegen die Messerstraftaten.“*[871]

Das Bundesvorstandsmitglied Martin Reichardt (MdB, ST) erklärte im September 2023 auf Facebook:

> *„Der Begriff ‚Einzelfall‘ bekommt unter der aktuellen Regierung eine neue traurige Bedeutung. Auch wenn sich die Tat im Juni dieses Jahres ereignet hat, zeigt sie nur einmal mehr wie die Sicherheit auf deutschen Straßen zu definieren ist - nämlich als unsicher. Dank weltfremder, von Ideologie getriebener Willkommenskultur, die darauf ausgerichtet ist ein Land, unser Land, von innen heraus zu zerstören.“*[872]

In der beigefügten Grafik war die Rede vom *„Messermann von Trier“*.[873]

Der baden-württembergische Co-Landessprecher Emil Sänze (MdL BW) schrieb am 19. September 2024 auf Facebook:

> *„Der Deutsche wird aus dem öffentlichen Raum gestochen!‘ – Emil Sänze Co-Landesvorsitzender Baden-Württemberg über den jüngsten Angriff in Althengstett […] ‚[…] Nirgends ist mehr Sicherheit, überall sind Messermänner. Das aufdringliche Diversitätsmarketing der Lebensmittelkrämer, Modisten oder BWegt-Mobilitäts-Dienstleister, ja staatlicher Stellen, sehe ich als gewissenlos, opportunistisch, bedrückend und verantwortungslos. Die Realität sehen wir doch. Das tägliche mediale Aufdrängen und brutale Vergewaltigen der Normalität erinnert mich fast schon an das ‚Einheitlichkeitsmarketing‘ derjenigen Leute, die der Gesellschaft vor 90 Jahren, der Politik liebedienernd, in Geltungs-*

---

[869] Brandner, Stephan: Facebook-Eintrag vom 08.03.2023, abgerufen am 17.10.2023.
[870] Ebd.
[871] Brandner, Stephan: Facebook-Eintrag vom 04.04.2023, abgerufen am 17.10.2023.
[872] Reichardt, Martin: Facebook-Eintrag vom 05.09.2023, abgerufen am 18.10.2023.
[873] Ebd.

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung des BfV

und Profitsucht einen vermeintlichen Norm-Typus aufgenötigt haben. [...] Anstatt friedlichen Andersdenkenden mit maskierten Polizisten und Geheimdienstschnüffelei Angst einjagen zu wollen, sollen sich Herrschaften Strobl, Faeser und Kollegen der erschütternden täglichen Gewaltorgie zuwenden. Sie sollen diesen Vorgang mit aller staatlichen Autorität beenden, der sich verblüffend schnell und buchstäblich zu einer Eroberung des öffentlichen Raumes durch migrantisch-stämmige junge Gewalttäter auswächst, unter aktivem Rückzug des einheimischen Elements, das von seinem Staat ganz einfach nicht mehr geschützt wird. Es wird zum verschüchterten Zuschauer und dann dem Faustrecht der Zuwanderer respektive -sprösslinge überlassen.“[874]

Am 20. Oktober 2022 thematisierte Nicole Höchst (MdB, RP) auf Facebook den durch einen muslimischen Somalier begangenen Messerangriff in Ludwigshafen (RP) und schrieb hierzu:

„Beinahe täglich sind Opfer von migrantischen Metzeleien und (Massen-) Vergewaltigungen zu beklagen, während wir immer die gleiche Leier von eingebildetem Rassismus und Islamophobie hören.“[875]

In einem dazugehörigen Kommentar sprach sie zudem von einer *„grassierende[n] Vergewaltigungs- und Metzelmordepidemie“*.[876]

Alexander Wiesner (MdL SN) bezeichnete Deutschland in einem Facebook-Eintrag vom 14. Juni 2024 als *„Messerland“*:

[874] Sänze, Emil: Facebook-Eintrag vom 19.09.2024, abgerufen am 03.04.2025.
[875] Höchst, Nicole: Facebook-Eintrag und dazugehöriger Kommentar vom 20.10.2022, abgerufen am 24.10.2022.
[876] Ebd.

> *„Innerhalb weniger Tage wurden im ganzen Land Menschen von Migranten mit Messern angegriffen und teils lebensgefährlich verletzt. Das sind die Folgen einer katastrophalen Migrationspolitik! Wir brauchen eine konsequente Remigrations-Kampagne!"*[877]



Eine beigefügte Kachel enthielt Schlagzeilen über stattgefundene Messerstraftaten und den als blutig stilisierten Schriftzug *„Messerland Deutschland"*.

Norbert Kleinwächter (zum damaligen Zeitpunkt MdB, BB) äußerte sich am 23. Juli 2024 auf Facebook vergleichbar:

> *„Messerland Deutschland*
> *Es vergeht kein Tag mehr, an dem kein Messermann in Deutschland wütet. Jetzt hat es Berlin getroffen.*
> *Nur Polizei-Schüsse konnten schlimmeres verhindern - Verhältnisse wie in einem Bürgerkriegsland, die wir so früher nur aus schlechten Filmen kannten.*
> *Beenden wir diese miese Kino-Vorführung und lassen wir den Vorhang für Ampel und Altparteien fallen. Ohne Applaus und ohne Zugabe. Es reicht!"*[878]



Dazu veröffentlichte er die abgebildete Grafik.

Der brandenburgische AfD-Landtagsabgeordnete und Beisitzer im AfD-Bundesvorstand Dennis Hohloch veröffentlichte einen Tweet mit Messer-Symbolen sowie folgendem Inhalt:[879]

[877] Wiesner, Alexander: Facebook-Eintrag vom 14.06.2024, abgerufen am 29.07.2024.
[878] Kleinwächter, Norbert: Facebook-Eintrag vom 23.07.2024, abgerufen am 30.07.2024.
[879] Hohloch, Dennis: Tweet vom 26.01.2023, abgerufen am 30.01.2023.



🔪 Du kann nicht mehr Zug fahren,
🔪 du kannst nicht mehr einkaufen,
🔪 du kannst nicht mehr zur Schule,
🔪 du kannst nicht mehr spazieren,
🔪 du kannst nicht mehr in die Stadt,
🔪 du kannst nicht mehr auf den Weihnachtsmarkt,

🩸 ohne vllt. abgestochen zu werden.

Nur wenige Tage später äußerte das Bundesvorstandsmitglied Dennis Hohloch (MdL BB) sich in einem Facebook-Eintrag ähnlich:

> *„Die Bundesregierung schließt das #Abschiebe-Terminal am Flughafen BER. Man kontrolliert nicht, wer kommt. Man lässt jeden rein. Man schiebt Straftäter nicht ab. Man toleriert Messermänner. Man nimmt Tote in Kauf.“*[880]

Hohlochs Tweets suggerieren, dass man bei der Ausführung zahlreicher alltäglicher Aktivitäten innerhalb des öffentlichen Raums einer latenten und ständigen Gefährdung ausgesetzt sei, Opfer eines Messerangriffs zu werden. Er konstruiert damit insofern ein Bedrohungsszenario, als er tatsächliche Taten solcher Ausprägung instrumentalisiert und als omnipräsente Bedrohung illustriert. Hohloch erwähnt im erstgenannten Tweet zwar nicht direkt, dass die Gefahr von Migrantinnen und Migranten ausgehe. In der Gesamtschau seiner Aussagen wird jedoch deutlich, dass er Migrantinnen und Migranten undifferenziert und pauschal mit stichwaffenbezogenen Straftaten in Verbindung bringt.

In der Rechtsprechung ist bereits wiederholt entschieden worden, dass eine solch pauschale und undifferenzierte Betrachtung, die letztlich allen (männlichen) Migranten Gewaltbereitschaft unterstellt, diese unter Verletzung der Menschenwürde böswillig verächtlich macht.[881] Gleichwohl äußern Funktionärinnen und Funktionäre der AfD sich immer wieder in einer solchen Weise:

Der damalige Bundestagsabgeordnete Roger Beckamp (NW) erklärte etwa am 12. August 2022 in einem Tweet apodiktisch, die Anzahl der *„Messerstraftaten“* durch

---

[880] Hohloch, Dennis: Facebook-Eintrag vom 30.01.2023, abgerufen am 30.01.2023.
[881] Vgl. etwa OVG Berlin-Brandenburg, Beschl. v. 13.05.2019, OVG 3 S 33.19, juris, Rn. 13 f.; OVG RLP, Beschl. v. 26.04.2019, 2 B 10639/19, juris, Rn. 10; OVG NRW, Beschl. v. 26.04.2019, 5 B 543/19, juris, Rn. 28; OVG NRW, Urt. v. 13.05.2024, 5 A 1218/22, juris, Rn. 233 f.

den Zuzug von Migrantinnen und Migranten aus afrikanischen Staaten und dem Nahen Osten steige signifikant:

> *„Einwanderung aus Afrika und dem Orient = Messerstraftaten = Tote und Verletzte = Angst im öffentlichen Raum“*[882]

Damit werden pauschal alle Migranten aus afrikanischen Staaten und dem *„Orient“* ohne Weiteres als messerstechende Gewalttäter stigmatisiert.

Der rheinland-pfälzische AfD-Bundestagsabgeordnete Bernd Schattner schrieb im Oktober 2022 auf Facebook:

> *„Es ist gefährlich geworden in Deutschland. Messerangriffe gehören quasi zur Tagesordnung. Kandel. Würzburg. Ludwigshafen. Zwei Menschen mussten gestern ihr Leben geben, weil unsere Regierung stur an der Politik der offenen Grenzen festhält. Wer seine Grenzen nicht kontrolliert, riskiert den Import tickender Zeitbomben! […] Es wirkt, als habe sich Deutschland an Messermorde gewöhnt.“*[883]

Schattner äußerte sich in ähnlicher Weise auch in einem Facebook-Eintrag vom 7. November 2022:

> *„Messerangriff Nummer? Ich vermag es nicht zu sagen. Es sind einfach zu viele. Zigtausende Messerangriffe in den letzten Monaten und Jahren. […]. Die Barbarei tobt und Polizei und Medien sehen vorsätzlich angestrengt weg. Man mag sich gar nicht vorstellen, was diese Menschen im Falle eines längeren Stromausfalls, eines Blackouts, anrichten, wenn Polizei und Rettungskräfte nicht gerufen werden können… Zum Schutz unserer Bürger und zur Wahrung unserer Identität dürfen wir uns nicht damit abfinden, dass das jetzt die neue Kultur ist, mit der wir bereichert werden sollen. Diese Abschlachtungsszenen dürfen keine Normalität werden. Die Bundesregierung muss endlich dafür sorgen, dass es für kriminelle Ausländer keinerlei Anreize mehr gibt zu uns zu kommen. Harte Strafen müssen schnell und konsequent durchgesetzt werden - die Kuscheljustiz gegenüber Ausländern muss ein Ende haben.“*[884]

---

[882] Beckamp, Roger: Tweet vom 12.08.2022, abgerufen am 15.08.2022.
[883] Schattner, Bernd: Facebook-Eintrag vom 19.10.2022, abgerufen am 26.10.2022.
[884] Schattner, Bernd: Facebook-Eintrag vom 07.11.2022, abgerufen am 14.11.2022.

Die scheinbar differenzierende Eingrenzung der Forderungen auf *„kriminelle Ausländer"* am Ende der Aussage kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass Schattner tatsachenwidrig von *„zigtausende[n]"* Messerangriffen im Zusammenhang mit Zuwanderern spricht und meint, die neue, durch sie importierte *„Kultur"* sei eine tobende *„Barbarei"*. Durch die polemische Ausdrucksweise zielt die Aussage darauf ab, irrationale Ängste und infolgedessen Ablehnung gegenüber Migrantinnen und Migranten zu schüren.

Der sächsische Landtagsabgeordnete und Generalsekretär des sächsischen Landesverbands Jan Oliver Zwerg äußerte in diesem Kontext am 26. Juni 2021:

> *„Messermänner! Merkel hat sie reingeholt."*[885]

Der Beitrag wurde von Facebook gesperrt. Zwerg verwies hierauf in einem neuen Beitrag und veröffentlichte darin auch einen Screenshot des Ursprungsposts.

Andreas Harlaß forderte am 8. Juli 2021 auf Facebook einen Stopp des *„Mord-Import[s]"*[886] und verunglimpft damit Migranten pauschal als Mörder.

Der damalige Vorsitzende der Jungen Alternative Sachsen Alexander Wiesner (MdL SN) veröffentlichte auf Facebook eine Grafik mit einem Messer und der Aufschrift

> *„Hier eine Zusammenfassung der ‚kulturellen Bereicherung' von Migranten seit 2015".*[887]

Er kommentierte dies mit den Worten:

> *„Und damit meinen wir nicht lecker Ethno-Food und auch nicht syrischen Damaststahl."*[888]

Wiesner bezeichnet damit alle Migranten pauschal als gewalttätig.

René Springer (MdB, BB) teilte am 31. Juli 2024 einen Tweet von Dennis Hohloch (Bundesvorstandsmitglied und MdL BB) mit folgendem Inhalt:

> *„#SPD und #Grüne erzählen*
> *Grundschulkindern im Landtag, wie ‚toll' und ‚schön' #Massenmigration ist und dass es so wichtig ist, ‚tolerant' und ‚bunt' zu sein.*
> *Ich werde immer dagegen halten.*

---

[885] Zwerg, Jan Oliver: Facebook-Eintrag vom 26.06.2021, abgerufen am 09.07.2021.
[886] Harlaß, Andreas: Facebook-Eintrag vom 08.07.2021, abgerufen am 13.07.2021.
[887] Wiesner, Alexander: Facebook-Eintrag vom 09.08.2023, abgerufen am 10.08.2023.
[888] Ebd.

Nichts ist bunt und schön an Messermännern, Islamisierung, Vergewaltigungen und Bürgergeldbetrügern."[889]

Enxhi Seli-Zacharias, Mitglied der AfD-Landtagsfraktion in Nordrhein-Westfalen, tätigte in einem Interviewbeitrag bei „Hallo Meinung" vom 27. Dezember 2022 folgende Äußerung:

> *„[I]m Kern spricht man nicht an, dass wir eine Gewaltfantasie in einigen Kulturen haben, die durch das Messer […] unterstrichen wird. Darüber reden wir nicht offen."*[890]

Seli-Zacharias schreibt Menschen aus *„einigen Kulturen"* in entindividualisierender Weise pauschal negative Eigenschaften zu. Sie behauptet, dass es in bestimmten Gesellschaften *„Gewaltfantasie[n]"* gebe. Insofern konstruiert sie eine pauschale und essenzielle Neigung zu Straftaten mit Stichwaffen von ganzen Personengruppen und verletzt deren Menschenwürde.

Der AfD-Kreisverband München (BY) veröffentlichte am 26. Juli 2022 einen Beitrag mit folgendem Text:

> *„Regensburger ICE-Messer-Migrant angeklagt: Psychose-Märchen hat ausgedient! Von den etablierten Medien regelrecht totgeschwiegen, hat die Bundesanwaltschaft mittlerweile Anklage gegen den ‚Flüchtling' erhoben, der am 6. November 2021 in einem ICE zwischen Regensburg und Nürnberg ein Blutbad angerichtet hatte. […] Dieser Fall nährt massiv die Zweifel an vielen Geschichten über angeblich psychisch Kranke, die uns von etablierten Politikern und Medien in solchen Fällen erzählt werden. Dass sich nachher etwas anderes herausstellt, ist sicher kein ‚Einzelfall'. Welcher ist der nächste? Der Messermann von Würzburg zum Beispiel, der sich bis heute nicht verantworten musste?"*[891]

Am 10. August 2022 schrieb die AfD München (BY) auf Facebook einen Text, in dem sie die Zahlen der von Migrantinnen und Migranten mit Messern begangenen Straftaten erörtert und die Politik für die *„erodierende Sicherheitslage"* verantwortlich

---

[889] Springer, René: Retweet eines Tweets vom 31.07.2024, abgerufen am 01.08.2024.
[890] Seli-Zacharias, Enxhi: Interviewbeitrag vom 27.12.2022; veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „Hallo Meinung", abgerufen am 02.01.2023.
[891] AfD-Kreisverband München: Facebook-Eintrag vom 26.07.2022, abgerufen am 28.07.2022.

macht; diesen Beitrag ergänzte sie mit einer Grafik, in der der Begriff „*Messer-Epidemie*" verwendet wird.[892]

Jan Petersen-Brendel, Vorsitzender des AfD-Regionalverbands Flensburg-Schleswig (SH), äußerte sich am 11. Dezember 2022 wie folgt:

> „*Wer CDU/CSU. SPD, Grün Linke und FDP wählt öffnet den Messermördern die Grenzen*"[893]

Marvin Weber, Sprecher des AfD-Stadtverbands und Vorsitzender der AfD-Stadtratsfraktion Paderborn (NW), schrieb am 12. August 2022 auf Telegram:

> „*Messermigration beenden – Innere Sicherheit wiederherstellen. Schützt unsere Mitbürger! […] Tägliche Messerstechereien, Morddrohungen gegen Islamkritiker, die nur mit massiven Polizeischutz durchs Leben kommen und ein heutiges Messerattentat auf einen islamkritischen Autor in New York komplettieren die falsche Migrationspolitik von westlichen Eliten. […] Wir werden die Messermigration aus aller Herren Länder stoppen, die Grenzen schützen und kriminelle Straftäter bestmöglich abschieben! […] Der tägliche Messerterror muss sofort beendet werden!*" [894]

Ähnlich lesen sich Bezugnahmen auf die Messerattacke in Brokstedt (SH) am 25. Januar 2023, bei der ein staatenloser Palästinenser in einem Regionalzug mehrere Fahrgäste mit einem Messer verletzte. Zwei Personen erlagen ihren schweren Stichverletzungen.

Sebastian Wippel (MdL SN) äußerte sich in einem Facebook-Eintrag vom 15. Februar 2023 zur Tat:

> „*Brokstedter Messermann: Immer mehr Verfehlungen treten zutage - und das ist nur die Spitze des Eisbergs! Das Ausmaß des staatlichen sowie Behördenversagens im Falle des Brokstedter Messermanns nimmt kein Ende: Seit der blutigen Metzelei in einem Regionalzug von Kiel nach Hamburg im vergangenen Januar vergeht kein Tag, an welchem nicht neue Enthüllungen menschlichen Versagens zutage treten. […] Brokstedt ist ein Symbol geworden - ein*

---

[892] AfD München: Facebook-Beitrag vom 10.08.2022, abgerufen am 17.07.2023.
[893] Petersen-Brendel, Jan: Facebook-Eintrag vom 11.12.2022, abgerufen am 19.01.2023.
[894] Weber, Marvin: Telegram-Beitrag vom 12.08.2022, abgerufen am 18.08.2022.

Symbol dafür, was passiert, wenn ein dekadenter und linksideologisch-globalistisch geprägter Staat über seine Belastungsgrenzen hinweg die eigene Identität aufgibt und zum Einwanderungszentrum der gesamten arabischen und afrikanischen Welt wird."[895]

Wippel nutzt hier die konkrete Gewalttat und das mögliche Behördenversagen im Umgang mit dem Täter zur pauschalen Ablehnung bzw. Abwertung aller Migrantinnen und Migranten aus dem arabischen und afrikanischen Raum.

Die AfD Schleswig-Holstein zitierte in einem Facebook-Eintrag am 26. Januar 2023 aus einer Äußerung des Bundestagsabgeordneten (SH) und Mitglieds des Bundesschiedsgerichts Gereon Bollmann und veröffentlichte diese auf ihrem Facebook-Kanal:

> „*Zum Mehrfachmord im Regionalexpress in Schleswig-Holstein erklärt der AfD-Bundestagsabgeordnete Gereon Bollmann: Es ist genau die verfehlte Einwanderungs- und Integrationspolitik der Regierenden, die für diese und ähnliche Bluttaten mitverantwortlich zeichnen. […] Die ausufernde Messergewalt in diesem Land ist importiert und eine direkte Folge der Masseneinwanderung kulturfremder Asylbewerber.*"[896]

Bollmann veröffentlichte am 26. Januar 2023 einen weiteren Facebook-Eintrag zur Messerattacke in Brokstedt (SH). Abermals betonte er, dass Straftaten mit Stichwaffen „*importiert*" seien:

> „*Palästinensischer Messerstecher läuft Amok: Importierte Messergewalt wird totgeschwiegen! Eine Bluttat erschüttert Schleswig-Holstein. Tatort Regionalexpress: Zwei Tote, sieben Verletzte. Das ist die verheerende Bilanz der Bluttat im Regionalexpress RE 70 auf der Strecke Kiel-Hamburg.*"[897]

Steffen Janich, AfD-Bundestagsabgeordneter aus Sachsen, forderte in einem Facebook-Eintrag vom 26. Januar 2023 „*NEIN zur Messermigration*" und fügte dem Eintrag folgendes Bild an.[898]

---

[895] Wippel, Sebastian: Facebook-Eintrag vom 15.02.2023, abgerufen am 20.02.2023.
[896] AfD Schleswig-Holstein: Facebook-Eintrag vom 26.01.2023, abgerufen am 27.01.2023.
[897] Bollmann, Gereon: Facebook-Eintrag vom 26.01.2023, abgerufen am 27.01.2023.
[898] Janich, Steffen: Facebook-Eintrag vom 26.01.2023, abgerufen am 30.01.2023.



Hugh Bronson, Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses für die AfD, schrieb im Januar 2023 auf Facebook:

> *„Zur Messerattacke in Regionalzug in Brokstedt: Staatenloser Wiederholungstäter aus Palästina tötet zwei Fahrgäste. Während die Kartellparteien Anteilnahme heucheln, setzen sich die Tötungsdelikte auch 2023 unvermindert fort. Grenzschutz statt Messermigration“*[899]

Ähnlich veröffentlichte der Landesvorsitzende des sächsischen AfD-Landesverbands Jörg Urban (MdL SN) in einem Facebook-Beitrag vom 27. Januar 2023 eine Grafik mit der Aufschrift *„Deutschland wird zum Land der Messerkultur“*. Dazu schrieb er Folgendes:

> *„Die schreckliche Attacke in einem Regionalzug zwischen Hamburg und Kiel hat ihren Weg in den medialen Mainstream gefunden. Doch der Doppelmord des mehrfach vorbestraften Migranten ist nur ein kleiner Teil eines fundamentalen Problems. Ob im Supermarkt, auf Spielplätzen, in der Tiefgarage oder in unseren Innenstädten - seit 2015 hat eine Kultur der Gewalt fast überall in Deutschland Einzug erhalten.“*[900]

Die skizzierten Aussagen von Funktionärinnen und Funktionären sowie Verbänden der AfD stilisieren Migrantinnen und Migranten pauschalisierend als aggressive Subjekte, die sich feindlich gegen die autochthone Bevölkerung richten. Sie werden in Gänze als Gefahr für die Bevölkerung dargestellt. Die Verwendung von Begriffen wie

---

[899] Bronson, Hugh: Facebook-Eintrag vom 26.01.2023, abgerufen am 27.01.2023.
[900] Urban, Jörg: Facebook-Eintrag vom 27.01.2023, abgerufen am 30.01.2023.

„Messerkultur" und „Messermigration" unterstellt über den Täter von Brokstedt hinausgehend dessen Herkunftskultur in Gänze eine Affinität zu Gewalttaten mit Stichwaffen. Dadurch wird die die diesem Kulturkreis angehörige Gruppe verunglimpft.

Die Messerattacke eines 27-Jährigen aus Eritrea im Dezember 2022 im baden-württembergischen Illerkirchberg dient ebenfalls als Bezugspunkt, um ein allumfassendes Bedrohungsszenario durch Migrantinnen und Migranten zu zeichnen. Bei der Attacke wurden zwei Schülerinnen schwer verletzt, ein 14-jähriges Mädchen verstarb. Diese Gewalttat nahm Martin Reichardt (MdB, ST) zum Anlass, am 7. Dezember 2022 auf Instagram gegen *„Messerkräfte"* (statt „Fachkräfte") und *„Messermänner"* zu agitieren. Er veröffentlichte folgende Grafik:



Dazu schrieb Reichardt:

> *„Wie oft müssen wir das noch lesen? Es ist ein absolut sinnloses #Verbrechen an einem jungen #Mädchen, das einfach auf dem Weg zur #Schule war. Ece Sarigül ist nur 14 Jahre alt geworden. Ermordet von einem Mann aus #Eritrea. Dem überlebenden Mädchen wurde auch ihr Leben genommen, denn sie wird ihr ganzes Leben mit den Folgen dieses Verbrechens zu kämpfen haben. Das Geschrei bei Politikern und in den #Medien war 2018 groß, als Alice Weidel von ‚Messermännern' sprach. Der Täter ist einer dieser ‚Messermänner'."*[901]

Der Vorsitzende der AfD-Fraktion im Landtag Mecklenburg-Vorpommern Nikolaus Kramer veröffentlichte am 6. Dezember 2022 einen Facebook-Eintrag, in dem er bezugnehmend auf die Messerattacke in Illerkirchberg von *„Messermännern"* sprach:

[901] Reichardt, Martin: Instagram-Post vom 07.12.2022, abgerufen am 08.12.2022.

„Schon wieder tötet ein Asylbewerber einen unschuldigen Menschen, ein 14-jähriges Mädchen, das nur zur Schule gehen wollte. [...] Statt harter, konsequenter Bestrafung und Abschiebung erörtern unsere Innenexperten im Bund ein Gesetz zur einfacheren Einbürgerung, welches es Messermännern noch leichter macht, schwere Straftaten auf deutschem Boden zu verüben. Schämen Sie sich dafür!“[902]

Bernd Schattner (MdB, RP) äußerte sich anlässlich des Messerangriffs in Illerkirchberg (BW) in einem Facebook-Beitrag vom 7. Dezember 2022 über den angeblichen Versuch der Bundesregierung, das *„unangenehme Thema ‚Messermänner‘“* aus den Medien zu verdrängen.[903]

Die AfD-Bundestagsabgeordnete und seinerzeitige Beisitzerin im AfD-Bundesvorstand Christina Baum äußerte sich in einem Telegram-Beitrag vom 20. Dezember 2022 zur Tat in Illerkirchberg und betonte die vermeintlich von Asylsuchenden ausgehende generelle Gefahr für Deutsche. Eine beigefügte Grafik enthielt die Worte *„Folgen der Ersatzmigration. Grausame Verbrechen mit unzähligen Toten und Schwerverletzten“*.[904] Im Hintergrund der Grafik waren sogenannte Stolpersteine mit den Namen durch Migranten getöteter Opfer zu sehen:



Dazu schrieb Baum:

> *„Eigentlich sollte der Schulweg ein sicherer Ort sein. Für die junge #Ece war es der Weg in ihren Tod. Obwohl bekannt war, dass die Migranten des dortigen Asylheims die Schüler belästigen, wurde nichts unternommen. Das junge Mädchen musste die desaströse #Migrationspolitik von #Politikern, die Männer aus*

[902] Kramer, Nikolaus: Facebook-Eintrag vom 06.12.2022, abgerufen am 07.12.2022.
[903] Schattner, Bernd: Facebook-Eintrag vom 07.12.2022, abgerufen am 08.12.2022.
[904] Baum, Christina: Telegram-Beitrag vom 20.12.2022, abgerufen am 21.12.2022. (Doppelverwendung des Belegs aus Kapitel E. I. 1. a. bb.)

> *archaischen, frauenverachtenden Kulturen nicht nur ‚willkommen heißen' sondern auch noch mit einer Rundum-Vollversorgung ins paradiesische #Deutschland einladen, mit ihrem Leben bezahlen. Diese #Ersatzmigration muß ein Ende finden, damit wir in Deutschland wieder in Sicherheit leben können."*[905]

Mit im Boden verlegten kleinen Gedenktafeln, sogenannten Stolpersteinen, soll an das Schicksal der Menschen erinnert werden, die durch das NS-Regime verfolgt, ermordet oder vertrieben wurden. Baum rekurriert dabei auf das Narrativ des Großen Austauschs, indem sie das Synonym „*Ersetzungsmigration*" verwendet. Das von ihr gezeichnete Bild angeblicher Migrationsfolgen wie „*Grausame[n] Verbrechen mit unzähligen Toten*" ist dazu geeignet, eine ganze Personengruppe zu verunglimpfen und diese in Gänze als Gefahr wahrzunehmen.

Auch Maximilian Krah (zum damaligen Zeitpunkt Bundesvorstandsmitglied und MdEP, mittlerweile MdB, SN) äußerte sich in mehreren Tweets im Dezember 2022 zur Tat in Illerkirchberg (BW) und spottet in fremdenfeindlicher Diktion, bei den Zugewanderten handele es sich um „*Fachkräfte für […] Messerstechen*":

> *„Es wandern Millionen Fachkräfte ein, aber eben keine Fachkräfte für Arbeit, sondern für Sozialhilfe und Messerstechen."*[906]

Zudem postete er:

> *„#Illerkirchberg beweist erneut: Masseneinwanderung ist Messereinwanderung."*[907]

Diese pauschal diffamierende Darstellung zielt darauf ab, eine grundsätzliche Angst und Ablehnung gegenüber Migrantinnen und Migranten zu schüren.

Der AfD-Kreisverband Kleve (NW) veröffentlichte im Juni 2022 einen Beitrag von ihrem Mitglied Adolf Frerk, in dem dieser den regierenden Parteien unterstellt, politische Oppositionelle wie im Nationalsozialismus zu kriminalisieren, wohingegen „*migrantische Messerstecher*" bewusst verschont blieben:

> *„Wer im Dritten Reich Kritik an den Mächtigen übte, wirkte ‚zersetzend' und wurde aus dem Verkehr gezogen. Manchmal erhielt der ‚Zersetzer' gnadenhalber einen Jagdschein', d. h. er wurde für unzurechnungsfähig erklärt und blieb*

---

[905] Ebd.
[906] Krah, Maximilian: Tweet vom 03.12.2022, abgerufen am 05.12.2022.
[907] Krah, Maximilian: Tweet vom 05.12.2022, abgerufen am 07.12.2022.

unbehelligt. Diese Praxis gibt es heutzutage nur noch für migrantische Messerstecher."[908]

Durch die unkommentierte Veröffentlichung des Beitrags machte sich der Kreisverband die Aussagen Frerks zu eigen. Mit dem Konnex „*migrantische Messerstecher*" wird abermals Migrationsgeschichte (auch deutscher Staatsbürger) und Gewalt durch Stichwaffen in einen Ursächlichkeitszusammenhang gestellt und behauptet, den Tätern würden Privilegien im Rahmen der Strafverfolgung zuerkannt.

Mitglieder der AfD kommentierten in den sozialen Medien ebenfalls einen Polizeieinsatz am 8. August 2022 in Dortmund. Dabei wurde ein 16-jähriger Senegalese von einem Polizisten erschossen:

Christine Anderson, hessisches Mitglied des Europaparlaments, kommentierte diesen Vorfall in Dortmund etwa in einem Tweet vom 15. August 2022:

> *„Ein marxistisches System erkennt man daran, daß es die Kriminellen verschont und den politischen Gegner kriminalisiert. (A. Solschenizyn) Marxistisches System? Lächerlich! [Deutschland-Flagge] ist noch besser. Wir verehren Kriminelle! Jetzt alle zusammen: ‚Messerstecher Lives Matter'!"*[909]

Der damalige nordrhein-westfälische AfD-Bundestagsabgeordnete Roger Beckamp bezeichnete den 16-jährigen Senegalesen in einem Telegram-Beitrag vom 15. August 2022 diffamierend als „*Messermann*" und „*Messer-Senegalesen*":

> *„Hinter jedem Messermann steht ein Politiker, der ihn eingeladen hat. In jedem normalen Rechtsstaat würde es Unterstützung und Dankbarkeit für den Polizisten geben, der den Messer-Senegalesen gestoppt und damit Dortmund geschützt hat. In der heutigen Bundesrepublik läuft das natürlich anders"*[910]

Der Landesverband der JA Sachsen teilte diese Social-Media-Kachel des AfD-Politikers Roger Beckamp und kommentierte dies mit:

> *„Hinter jedem Messermann steht ein Politiker, der ihn eingeladen hat. Die Bunten messern stets mit!"*[911]

---

[908] AfD-Kreisverband Kleve: „Deutschland am selbstgewählten Ende – eine schonungslose Analyse" vom 16.06.2022, in: www.afd-kleve.de, abgerufen am 23.06.2022.
[909] Anderson, Christine: Tweet vom 15.08.2022, abgerufen am 22.08.2022.
[910] Beckamp, Roger: Telegram-Beitrag vom 15.08.2022, abgerufen am 15.08.2022.
[911] Junge Alternative Sachsen: Facebook-Eintrag vom 16.08.2022, abgerufen am 17.08.2022.

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung des BfV

Hierdurch wird nicht nur eine von Migrantinnen, Migranten und Geflüchteten ausgehende Drohkulisse gezeichnet, sondern dies wird verbunden mit dem Vorwurf, die Verantwortung für die (vermeintlichen) Straftaten läge auch bei den anderen Parteien bzw. der Regierung.[912]

Maximilian Krah (zum damaligen Zeitpunkt Bundesvorstandsmitglied und MdEP, mittlerweile MdB, SN) teilte Beckamps Beitrag ebenfalls.[913]

In einem Facebook-Beitrag der AfD-Landtagsfraktion Baden-Württemberg vom 29. August 2024 war zudem die Rede von „*importierter*" Gewalt und „*alimentierten Messermännern*":

> „*Schluss mit importierter Kriminalität. Schluss mit alimentierten Messermännern, die unsere Frauen und Töchter als Freiwild im Freibad sehen. Und vor allem: Schluss mit den Ausreden der Landes- und Bundesregierung. Wir können die Grenzen schließen. Wir schulden es der nachfolgenden Generation, sonst wird es in der Tat die letzte deutsche Generation sein.*"[914]

Anlässlich eines Messerangriffs auf zwei Kinder in Duisburg (NW) verbreitete Dirk Brandes (Beisitzer im Bundesvorstand und MdB, NI) am 29. Februar 2024 auf Facebook eine Bildkachel mit folgender Aufschrift:

> „*Duisburg. Messer-Mann attackiert Kinder. Wenige Meter weiter wird ‚gegen Rechts' demonstriert.*"[915]

Im Juni 2024 griff Brandes den Begriff „*Messer-Mann*" in einem Facebook-Video erneut auf, während er sich abwertend über eine öffentliche Polizeiübung in Hannover (NI) zum Umgang mit bewaffneten Personen äußerte. Die in hiesigem Video dargestellte Polizeiübung wurde dabei grafisch mit folgendem Textbeitrag unterlegt:

> „*Der typisch weiße MesserMann FINDE DEN FEHLER! Die Polizei Hannover zeigt in einer an Lächerlichkeit grenzenden Show, wie sie mit einem ‚Messermann' fertig wird. Der böse ‚Messerstecher' ist WEISS, MÄNNLICH, heißt*

---

[912] So feststellend: VG Köln, Beschl. v. 05.02.2024, 13 L 1124/23, juris, Rn. 300 f.
[913] Krah, Maximilian: Retweet eines Tweets vom 14.08.2022, abgerufen am 23.08.2022.
[914] AfD-Landtagsfraktion Baden-Württemberg: Facebook-Eintrag vom 29.08.2024, abgerufen am 10.09.2024.
[915] Brandes, Dirk: Facebook-Eintrag vom 29.02.2024, abgerufen am 16.09.2024.

'MATZE' und befolgt artig alle Befehle. Geht's eigentlich noch unrealistische.???"[916]

Das Video kommentierte Brandes mit folgendem ironischen Wortlaut:

> *„Matze - der typische Messer-Mann..."*[917]

Brandes deutet mit seinen Äußerungen an, dass der in der Polizeiübung dargestellte Tätertypus – ein weißer Mann deutscher Herkunft – nicht nach realistischen Kriterien ausgewählt worden sei, da Messerangreifer seiner Auffassung nach typischerweise nicht-weiße Migrantinnen und Migranten seien.

Der AfD-Landesverband Sachsen teilte am 27. Januar 2023 auf Facebook eine Grafik des Deutschland-Kuriers mit Bildern eines blutigen Messers und der Aufschrift *„Migration. Ein ganz ‚normaler Monat' in Deutschland: Das Messer-Tagebuch"*. Dazu schrieb die AfD:

> *„Im Schnitt 50 Mal am Tag klappt irgendwo in #Deutschland ein #Messer auf, sticht immer öfter ein ‚#Einzelfall' mit nicht selten tödlichen #Folgen zu."*[918]

Der sächsische Landtagsabgeordnete Jörg Urban[919] und der AfD-Kreisverband Landkreis Leipzig[920] (SN) teilten den Beitrag.

Roger Beckamp (zum damaligen Zeitpunkt MdB, NW) verfasste am 16. Mai 2022 einen Facebook-Eintrag mit einer Grafik, in der er seine wahrgenommene Divergenz von medial postulierten „*Einzelfällen*" und tatsächlich Daten darstellt:

> *„Man kennt es: Sogenannte Geflüchtete messern in der Öffentlichkeit Mitmenschen nieder und schnell steht fest: Es liegt kein religiöses oder politisches Tatmotiv vor. Es handelt sich auf KEINEN Fall um einen Terrorakt! Im Gegenteil - der Täter ist psychisch krank und im Grunde genommen auch nicht voll schuldfähig."*[921]

Dazu veröffentlichte er folgende Grafik:

---

[916] Brandes, Dirk: Videobeitrag; veröffentlicht in: Facebook-Eintrag vom 28.06.2024, Kanal: „Dirk Brandes - Für Niedersachsen im Bundestag", abgerufen am 16.09.2024.
[917] Ebd.
[918] AfD-Landesverband Sachsen: Facebook-Eintrag vom 27.01.2023, abgerufen am 30.01.2023.
[919] Urban, Jörg: Geteilter Facebook-Eintrag vom 27.01.2023, abgerufen am 30.01.2023.
[920] AfD-Kreisverband Landkreis Leipzig: Geteilter Facebook-Eintrag vom 28.01.2023, abgerufen am 30.01.2023.
[921] Beckamp, Roger: Facebook-Eintrag vom 16.05.2022, abgerufen am 25.05.2022.



Durch die ironische Darstellung („*Es liegt kein religiöses oder politisches Tatmotiv vor. Es handelt sich auf KEINEN Fall um einen Terrorakt!*") stellt Beckamp die in diesen Fällen genannten soziologischen und psychologischen Ursachen für Tötungsdelikte mit Stichwaffen in Frage und impliziert, dass diese primär auf die Herkunft der Täter zurückzuführen seien. Weiterhin suggeriert er durch die genutzte Grafik, es handele sich bei derartigen Straftaten nicht um die vielfach medial beschriebenen „Einzelfälle", sondern um ein permanent auftretendes migrationsinduziertes Massenphänomen. Mit der Verwendung des Wortes „*sogenannte*" wird zudem die individuelle Schutzwürdigkeit infrage gestellt und Flucht und Vertreibung als Migrationsmotive werden verzerrend banalisiert.

Roland Ulbrich (zum damaligen Zeitpunkt MdL SN) veröffentlichte als Reaktion auf einen Brandanschlag auf eine Asylunterkunft in Bautzen (SN) am 28. Oktober 2022 eine Pressemitteilung auf Facebook, in welcher er in fremdenfeindlicher Weise von „*bestialische[n] Macheten-Killer[n]*" schrieb:

> *„Aus Hass Häuser anzuzünden, weil man Geflüchtete nicht in seiner Nähe haben möchte, ist zutiefst primitiv und menschenverachtend', ereiferte sich Schuster weiter - ganz im Duktus der Gutmenschen-Gesellschaft, die sogar bestialische Macheten-Killer zum schuldunfähigen ‚Schutzsuchenden' verklärt."*[922]

Ähnlich argumentierte der AfD-Bundesverband abermals in einem Facebook-Beitrag vom 19. April 2023:

[922] Ulbrich, Roland: Facebook-Eintrag vom 30.10.2022, abgerufen am 02.11.2022.

„Das ‚beste Deutschland'? Nur für Vergewaltiger und Messerstecher [...] Im ‚besten im besten Deutschland, das es jemals gegeben hat' - wie Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier es gern nennt- sind Übergriffe auf Frauen längst Normalität geworden. Wer allein im Dunkeln draußen unterwegs ist, wird für bestimmte Männer schlichtweg zu Freiwild. Allein in München gab es laut Statistik im vergangenen Jahr nahezu täglich eine Vergewaltigung. Und auch bundesweit explodieren die Zahlen: Von fast 30.000 sexuellen Nötigungen und Vergewaltigungen in 2021 auf 37.000 im vergangenen Jahr. Wie zynisch ist es da, dass Steinmeier gerade Ex-Kanzlerin Merkel die höchste Auszeichnung für ihre vermeintlichen Verdienste um unser Land ans Revers geheftet hat? Sie war es, die 2015 die Schleusen für Scharen von jungen Männern geöffnet hat, deren größtenteils archaisches Rollenverständnis und primitives Frauenbild hier nicht einmal ansatzweise her passt. Und dieser Zustrom hält an. Es wird freilich schwieriger, den Deutschen diese Männer noch als Bereicherung zu verkaufen. Wir von der AfD fordern deshalb nicht nur die sofortige Abschiebung von straffällig gewordenen Migranten, sondern auch den sofortigen Stopp weiterer Zuwanderung. Und bis dahin werden wir das Ausmaß von sexualisierter oder Messergewalt öffentlich machen."[923]

Die Aussagen des AfD-Bundesverbands stellen einen direkten statistischen Zusammenhang zwischen Migrationsprozessen und dem Anstieg von Gewalt- und Sexualstraftaten her. Migrantinnen und Migranten stilisiert der AfD-Bundesverband als Gefahr für die Bevölkerung und versieht sie ausschließlich mit negativen Zuschreibungen. Der AfD-Bundesverband zeichnet undifferenziert ein Bild, in dem Migranten, die hier als „*Vergewaltiger und Messerstecher*" benannt werden, ein angenehmes Leben führten – denn sie lebten im ausschließlich für sie „*besten Deutschland*" –, während die autochthone, insbesondere weibliche Bevölkerung bei Eintritt der Dämmerung zu Freiwild für sie werde. Auch durch diese Aussage wird eine ganze Personengruppe pauschal herabgewürdigt.

Der bayerische AfD-Bundestagsabgeordnete Peter Felser veröffentlichte ebenfalls einen Facebook-Post mit fremdenfeindlichem Inhalt:

„Massenschlägereien und Messerangriffe – Meldungen aus dem ‚besten Deutschland aller Zeiten' Was die verantwortlichen Politiker aus unserem Land

[923] AfD, Facebook-Eintrag vom 19.04.2023, abgerufen am 19.07.2023.

gemacht haben ist unverzeihlich. Kaum ein Tag vergeht, an dem man nicht von neuen Messerangriffen, sexuellen Gewalttaten oder Prügeleien lesen kann. Zum Profil der Täter muss man hier Garnichts sagen. Die Kriminalstatistiken des Bundes sprechen für sich. Allein im Jahr 2022 ist die Gewaltkriminalität um fast 20 Prozent gestiegen. Der Anteil an Ausländern unter den Tatverdächtigen lag bei fast 40 Prozent! Ob ein Migrationshintergrund bei ‚deutschen' Tatverdächtigen vorliegt, wird von der Statistik nicht erfasst. [...] Im Bunten Deutschland gehören solche Meldungen inzwischen zum Alltag. Auf diese Gewaltspirale in den deutschen Innenstädten kann es nur eine Antwort geben: harte Strafen und Abschiebungen."[924]

Der permanente Anstieg von Gewaltkriminalität ist für Peter Felser monokausal auf die Zuwanderung zurückzuführen.

In der Gesamtschau sind die Äußerungen und Verlautbarungen der AfD, die die Verwendung von diffamierenden Begriffen wie „Messerzuwanderung" oder „Messermigranten" beinhalten, in Wortwahl, Diktion und Inhalt erkennbar darauf gerichtet, Asylsuchenden, Geflüchteten und Migrantinnen und Migranten ihre Menschenwürde (Art. 1 Abs. 1 GG) abzusprechen. Ungeachtet dessen, dass es sich bei einigen der vorstehenden Äußerungen um Reaktionen auf brutale Gewalttaten handelt, sind diese nicht als spontane, emotionale Entgleisungen anzusehen. Vielmehr belegen diese angesichts ihrer Häufigkeit sowie der bewusst abgewogenen, strategisch motivierten Verwendung die vorherrschende parteiliche Ausrichtung.

(3) Entindividualisierende Darstellung von Migranten als aggressiv-gewalttätiges Kollektiv

Die in ähnlicher Weise entindividualisierende Darstellung von Migranten als aggressiv-gewalttätiges Kollektiv zeigt sich in zahlreichen weiteren Äußerungen der AfD.

Allgemein aggressives Kollektiv

In einigen Äußerungen tritt die fremdenfeindliche Ansicht zutage, Zugewanderte oder Flüchtlinge stellten ein generell aggressives Kollektiv dar. Eine solche pauschale Zu-

[924] Felser, Peter: Facebook-Eintrag vom 21.04.2023, abgerufen am 17.07.2023.

weisung der Verantwortung für *„Messer-Morde und rohe Gewalt“* stellt sämtliche Migrantinnen und Migranten unter Generalverdacht und macht deutlich, dass ein friedliches Zusammenleben für aussichtslos gehalten wird.[925]

Im März 2023 warf der AfD-Bundesverband der Bundesregierung etwa vor, *„reihenweise deutsche Pässe an die Täter“* verschenken zu wollen, um die Straftäter dann als Deutsche aufführen zu können:

> *„Statt wirksam Kriminalität zu bekämpfen, holt sie [Anm.: die Bundesinnenministerin] immer weitere potenzielle Straftäter ins Land und lässt sie sich hier austoben - zum Schaden der Bürger und zum Schaden unserer Kinder. Viele von ihnen können schon lange nicht mehr unbehelligt zur Schule gehen, werden von Altersgenossen drangsaliert, gedemütigt und mittlerweile sogar kaltblütig ermordet.“*[926]

Das autochthone deutsche Volk wird angesichts dieser Argumentation in doppelter Hinsicht zum Opfer stilisiert, während die Gruppe der Migranten pauschal als *„potenzielle Straftäter“*, die sich in Deutschland austobten, herabgewürdigt wird.

Enrico Komning, AfD-Bundestagsabgeordneter aus Mecklenburg-Vorpommern und Beisitzer im dortigen AfD-Landesvorstand, antwortete in einem Gespräch mit dem Internetsender AUF1 vom 30. Januar 2023 auf die Frage nach seiner Position zu privatem Waffenbesitz und zur Verschärfung der bestehenden Waffengesetze mit Ausführungen zu den Ereignissen in der Silvesternacht:

> *„Die Ursache von Amokläufen, von Messerattacken, Angriffen auf Polizei oder eben auch Schutz- und Rettungskräfte: Das ist Gewalt durch Migranten. Das muss man auch ganz klar beim Namen nennen. Und da wird auch letztlich keine Einschränkung des Waffenrechtes helfen, diese Gewalt letztlich zu reduzieren. Stattdessen ist es aus meiner Ansicht besser, nicht nur an den Symptomen herumzudoktern, sondern der Ursache auf den Grund zu gehen. Und die Ursache ist eben die, dass wir hier gewalttätige Migranten in Deutschland haben, die schlichtweg nicht abgeschoben werden. […] Einerseits haben wir nach wie vor einer Politik der offenen Grenzen, dass quasi jeder, der weltweit unterwegs ist, einfach zu uns kommen kann, hier die Hand heben muss und einfach nur ‚Asyl‘*

[925] OVG NRW, Urt. v. 13.05.2024, 5 A 1218/22, juris, Rn. 234.
[926] AfD: Facebook-Eintrag vom 27.03.2023, abgerufen am 19.07.2023.

sagen muss, dann ein wahrscheinlich dauerhaftes Bleiberecht hier erhält. Da wird eben tatsächlich die Ursache dieser Migrantengewalt nicht nur nicht erkannt, sie wird auch nicht angesprochen und erst recht nicht verhindert. Wir müssen also dafür Sorge tragen, dass die Migranten, die hier nach Deutschland gekommen sind und die sich strafbar gemacht haben, und ich rede da nicht nur von Gewalttaten, sondern ich rede von Strafbarkeit jeglicher Art, wenn sie sich also gegen unser Rechtssystem wenden, dann müssen diese Täter unverzüglich abgeschoben werden. […] Ja, zum zweiten kommt, wie gesagt, dann die Entwaffnung der Bürger dazu. Also offensichtlich geht es der Innenministerin darum, dass man die Deutschen, das deutsche Volk, das angestammte Volk hier in Deutschland in eine Art Wehrlosigkeit gegenüber Gewaltmigranten treiben will.“[927]

Im zweiten Teil des Zitats fordert Komning die Abschiebung straffällig gewordener Migranten. Diese differenzierende Forderung ist für sich genommen verfassungsschutzrechtlich nicht zu beanstanden. Ein Anhaltspunkt für eine fremdenfeindliche Position liegt aber in der Eingangsthese, wonach „*die Ursache*“ für die genannten schweren Gewaltdelikte gewalttätige Migranten seien. Diese These wird im Folgenden mit der Auffassung verbunden, wonach die Bundesinnenministerin durch die geplante Waffenrechtsreform „*die Deutschen, das deutsche Volk, das angestammte Volk hier in Deutschland*“ entwaffnen wolle. Diese Entwaffnung solle die „*angestammten*“ – im Subtext als durchweg friedfertig dargestellten – Deutschen in eine „*Art Wehrlosigkeit gegenüber Gewaltmigranten*“ treiben. In der Gesamtschau lässt sich die Aussage so verstehen, dass Migranten ursächlich für schwere Gewalttaten seien und autochthone Deutsche demgegenüber stets in der Verteidigungshaltung und entsprechend auf Waffenbesitz zwecks Verteidigungsmöglichkeit angewiesen seien. Diese Botschaft ist geeignet, Migrantinnen und Migranten – da sie eben „*angestammten*“ Deutschen als elementare Bedrohung gegenübergestellt werden – erstens als nicht zum deutschen Volk zugehörig zu kennzeichnen und zweitens als gewaltbereites Kollektiv darzustellen. Dies suggeriert, dass Aggressivität und Gewalttätigkeit in der Natur von Personen mit Migrationsgeschichte lägen und ein friedfertiges oder gar unbeschwertes Miteinander somit schlicht unmöglich sei. Die Aussagen sind

[927] AUF1: „Enrico Komning: ‚Die Bürger müssen sich mit Waffen schützen können“ vom 30.01.2023, in: https://auf1.tv, abgerufen am 17.02.2023.

damit geeignet, in der Bevölkerung Ängste und Ablehnung gegenüber Migrantinnen und Migranten zu schüren.

Eine ähnliche Implikation stellte auch die AfD-Fraktion im Landtag Brandenburg auf, indem sie in einer am 29. August 2024 abgehaltenen Sondersitzung zum Messerangriff in Solingen (NW) einen Entschließungsantrag einbrachte, in dem die Landesregierung aufgefordert wurde, *„ein Betretungsverbot öffentlicher Veranstaltungen für Asylantragsteller, Asylberechtigte, ukrainische Kriegsflüchtlinge sowie vollziehbar ausreispflichtige, geduldete und subsidiär schutzberechtigte Ausländer zu erlassen"*[928].

Eine solche Forderung wäre zwar nicht bereits mit Blick auf das Versammlungsgrundrecht des Art. 8 GG problematisch, da dieses ein Deutschengrundrecht darstellt. Gleichwohl wäre von der Umsetzung entsprechender Vorhaben die allgemeine Handlungsfreiheit der betroffenen Personengruppen in diskriminierender Weise eingeschränkt. Mit der Forderung wird zum Ausdruck gebracht, dass pauschal alle genannten Personen unerwünscht und von gesellschaftlicher Teilhabe aufgrund ihres Status jedenfalls partiell ausgeschlossen werden sollen. Dabei wird unterstellt, die Maßnahmen seien notwendig, um die übrige (deutsche) Bevölkerung vor den von den Ausländerinnen und Ausländern ausgehenden Gefahren zu schützen.

Oliver Kirchner, stellvertretender AfD-Landesvorsitzender Sachsen-Anhalt und einer der AfD-Fraktionsvorsitzenden im Landtag von Sachsen-Anhalt, äußerte auf einer Demonstration am 5. Dezember 2021:

> *„Ich will, dass es so wird wie früher, vor 2015. Ohne Vergewaltigungen, die wir uns importiert haben, ohne Drogen, die wir uns importiert haben, ohne Messerkriminalität, die wir uns importiert haben, und ohne Terroranschläge, die hier in diesem Land kein Mensch braucht. […]*
> *Mit der Zuwanderungspolitik haben sie uns unsere Sicherheit genommen, unsere Arbeit und unsere Zukunft, weil es nämlich Verteilungskämpfe geben wird bei den Arbeitnehmern. Sie nehmen uns die Freude. Sie nehmen uns die Würde und sie nehmen uns die Freiheit und die Sicherheit in unserem eigenen Land. Nehmen wir ihnen unser Vertrauen! Lasst uns für dieses Land alles tun, um es*

[928] AfD-Landtagsfraktion Brandenburg: „Entschließungsantrag der AfD-Fraktion", Drucksache 7/10150.

> *zu einem Besseren zu verändern. Ich bin bereit dafür, wenn auch ihr dafür bereit seid, für unsere Heimat, für unser Volk, für unsere Zukunft in unserem Land!"*[929]

Entsprechend hatte sich Kirchner auch bereits in Reden am 21. August 2021 in Senftenberg (BB)[930] und am 7. September 2021 in Hennigsdorf (BB) geäußert.[931]

Hier werden Zugewanderte in abwertender Weise als allgemein bedrohliches Kollektiv dargestellt, das nicht nur zu einer Verschlechterung der gesamten Lebensumstände der Deutschen führe, sondern auch allein ursächlich für die Zunahme von Straftaten wie etwa Vergewaltigungen sei. Zwar kann der Zusatz *„die wir uns importiert haben"*, den Kirchner hier bei der Aufzählung der Delikte jeweils nutzt, so gemeint sein, dass er nur wieder ohne die zusätzlich durch Zugewanderte begangene Delikte leben möchte. In der Gesamtschau – insbesondere im Zusammenhang mit der Behauptung, mit der Zuwanderungspolitik habe man *„uns unsere Sicherheit genommen"* – ist die Aussage aber zumindest auch so zu verstehen, dass diese Straftaten und die damit einhergehende Unsicherheit eben erst mit der Migration aufgetreten seien. Diese unsachliche Darstellung zielt darauf ab, Migranten kollektiv als ablehnungswert zu kennzeichnen.

Am 19. August 2024 lud Rainer Rothfuß (MdB, BY) auf seinem YouTube-Kanal das Video eines Vortrags von Gabrielle Mailbeck (AfD-Bezirksrätin in Schwaben und Bundestagskandidatin für den Wahlkreis Augsburg, BY) zum Thema „Die Herausforderungen in der Migrationspolitik" hoch. Mailbeck hielt den Vortrag laut Videobeschreibung am Vortag in Rothfuß' Wahlkreisbüro und erklärte darin:

> *„Wir stehen momentan vor einer Überdosis an Migranten und Migration in diesem Land. Und wir alle wissen, dass eine Überdosis zum Tod führen kann. Wie viele Tote haben wir bereits zu beklagen? Wie viele Messerattacken haben wir erlebt? Wie viele Opfer haben sie nicht überlebt? Wir haben viel mehr Messermänner in unserem Land, als wir denken. Und traurigerweise sind sie überall da, wo wir sind, wo wir mit unseren Kindern sind. […] Und wir haben eher, ich glaube, das Gefühl, dass wir etwas verlieren und wir letztendlich, das deutsche*

---

[929] Kirchner, Oliver: Redebeitrag am 05.12.2021 in Frankfurt (Oder); veröffentlicht in: www.facebook.com am 05.12.2021, Kanal: „AfD Brandenburg", abgerufen am 06.12.2021.
[930] Kirchner, Oliver: Redebeitrag am 21.08.2021 in Senftenberg; veröffentlicht in: www.facebook.com vom 21.08.2021, Kanal: „AfD Brandenburg", abgerufen am 28.12.2021.
[931] Kirchner, Oliver: Redebeitrag am 07.09.2021 in Hennigsdorf; veröffentlicht in: www.facebook.com am 08.09.2021, Kanal: „AfD Brandenburg", abgerufen am 08.09.2021.

Volk, uns eigentlich fremd im eigenen Land fühlen, oder? Weil ganz ehrlich, der Hans und der Dieter, wenn sie streiten, sie werden sich nicht gegenseitig abstechen. Das machen wir nicht. Sie werden vielleicht zu einem Biergarten gehen und das Ganze, ja, das Ganze dort diskutieren, ein Bierchen trinken. Das machen wir nicht. So etwas machen wir nicht, weil wir Anstand haben. […] Und wir, liebe Freunde, wir sind diejenigen, die die Rechte, Gesetze und Pflichten hier in unserem Land bestimmen. Wir sind diejenigen, die darüber entscheiden, was passiert. Und hier sind wir. Wir sind die einzigen, die die Remigration vollziehen. […] Eine neue veröffentlichte Statistik des Bundeskriminalamtes zeigt, dass speziell seit 2019 die Mordfälle durch Marokkaner um 110 Prozent und Tunesier um 67 Prozent gestiegen sind. Diese Gruppen begehen in Deutschland statistisch an jedem sechsten Tag einen Mord. […] Wir wollen entweder gut integrierte Menschen aber sowas brauchen wir nicht und wir müssen darüber sprechen. Und wir als AfD sprechen es laut aus: Remigration schützt Leben und das ist keine Schande. Das müssen wir laut sagen. Remigration schützt Leben!"[932]

Dirk Brandes (Beisitzer im AfD-Bundesvorstand und MdB, NI) verbreitete am 5. August 2024 ein Video auf Facebook, das durch eine bildhafte Gegenüberstellung von *„Deutschland mit TALAHONS"* im Vergleich zu einem Deutschland *„ohne TALAHONS…."* Migrantinnen und Migranten ebenfalls als ablehnungswert stilisiert.

Die erste im Video gezeigte Bildzusammenstellung (*„Deutschland mit TALAHONS"*) enthält ausnahmslos Darstellungen von jungen migrantischen Männern als vermeintlich aggressiv-gewalttätiges Kollektiv[933]:

---

[932] Mailbeck, Gabrielle: Vortrag „Die Herausforderungen in der Migrationspolitik"; veröffentlicht in: www.youtube.com am 19.08.2024, Kanal: „Dr. Rainer Rothfuß - Mediathek", abgerufen am 19.08.2024.

[933] Brandes, Dirk: Videobeitrag; veröffentlicht in: Facebook-Eintrag vom 05.08.2024, Kanal: „Dirk Brandes - Für Niedersachsen im Bundestag", abgerufen am 16.09.2024.



Die zweite stilistisch geschönte Bildcollage hingegen („*ohne TALAHONS*") zeigt weiße Familien und Kinder mit blonden Haaren bei der Ausübung ihrer Freizeitaktivitäten:[934]

[934] Ebd.



Torben Braga (zum damaligen Zeitpunkt MdL, seit 2025 MdB, TH) veröffentlichte am 26. August 2024 auf X ein Video, das mit dramatischer Musik hinterlegt ist und in emotionalisierender Weise einen Zusammenschnitt von Bildern mit großen Gruppen nicht-weißer Menschen, dem Anschlag auf den Breitscheidplatz in Berlin, weiteren Gewalttaten sowie betenden Muslimen zeigt. Beendet wird das Video mit dem Zitat „Wir schaffen das" der ehemaligen Bundeskanzlerin Angela Merkel. Braga schrieb dazu:

> „*Die Wetteraussichten: [drei Messer-Emojis]*"[935]

Der Beitrag wurde durch den Beisitzer im Landesvorstand Robert Teske (mittlerweile MdB, TH) geteilt.

---

[935] Teske, Robert: Videobeitrag; veröffentlich in: Tweet vom 24.08.2024, Kanal: „RobertTeskeHB", abgerufen am 08.11.2024.







Nicole Höchst, AfD-Bundestagsabgeordnete aus Rheinland-Pfalz und stellvertretende Landesvorsitzende der AfD Rheinland-Pfalz, warnte in einem Facebook-Eintrag vom 10. November 2022 vor „*feindlichen Fremden*":

> *„Deutschland hat/wir haben kein Problem mit wie auch immer gearteter Fremdenfeindlichkeit, wir haben ein Problem mit feindlichen Fremden und einer Regierung, die zu Toleranzerzwingungszwecken mittlerweile über 1 Milliarde Euro aufwendet'. […] Umgekehrt wird ein Schuh draus: wer bemäntelt, verharmlost und das Problem von sich weg weist, liefert in Wahrheit die Bürger ihren Schlächtern aus."*[936]

[936] Höchst, Nicole: Facebook-Eintrag vom 10.11.2022, abgerufen am 11.12.2022.

Höchst agitiert hier in verunglimpfender Weise gegen Migrantinnen und Migranten, indem sie diese kollektiv als *„Schlächter"* denunziert.

In ähnlicher Weise bezeichnete der sächsische Landtagsabgeordnete Sebastian Wippel am 31. Oktober 2022 auf Facebook Geflüchtete als *„Krieger"*:

> *„In Dresden stach ein 23 jähriger Syrer einen Fahrkartenkontrolleur der Verkehrsbetriebe nieder, sodass dieser hätte zu Tode kommen können. Was ist das für eine Einstellung? So benehmen sich keine Flüchtlinge, sondern Krieger! Dieser so genannte ‚Schutzbedürftige' gehört abgeschoben und das schnellstens!*
> *Die Politik hätte schon längst Konsequenten aus der seit 2015 anhaltenden Gewalt ziehen müssen. Macht sie aber nicht, weil der edle Fremde grundsätzlich gut ist und nur wenige geistesgestörte Ausnahmen auffällig werden. Allerdings müssten selbst Menschen mit dieser naiven Einstellung langsam zu der Erkenntnis kommen, dass aus bestimmten Weltregionen offenbar überdurchschnittlich viele dieser Geisteskranken kommen, und das es besser wäre die eigene Bevölkerung diesem Risiko nicht auszusetzen."*[937]

Im Rahmen der Europawahlversammlung der AfD am 29. Juli 2023 äußerte die Europaabgeordnete Christine Anderson (HE) in ähnlicher, Zuwanderer pauschal verunglimpfender Weise in ihrer Rede:

> *„Die Angriffe auf Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, auf unsere nationale, kulturelle, gar sexuelle Identität, die bestialische Körper- und Genitalverstümmelung unserer Kinder, der Raub und die Destabilisierung unserer Heimat durch den millionenfachen Import von ‚purem Gold' werden inzwischen auf allen Ebenen aller Regierungs- und Nicht-Regierungsinstitutionen vorangetrieben."*[938]

In sarkastischer Weise greift Anderson mit der Wendung *„pure[s] Gold"* eine Äußerung des früheren Präsidenten des Europäischen Parlaments Martin Schulz aus dem Jahr 2016 auf, um ihre größtmögliche Verachtung für Geflüchtete zum Ausdruck zu bringen und deren – aus ihrer Sicht gesteuerten – *„millionenfachen Import"* als maximalen Schaden für Deutschland darzustellen.

---

[937] Wippel, Sebastian: Facebook-Eintrag vom 31.10.2022, abgerufen am 02.11.2022.
[938] Anderson: Christine: Redebeitrag vom 29.07.2023; veröffentlicht in: www.youtube.com am 29.07.2023, Kanal: „AfD TV", abgerufen am 30.07.2023.

Siegbert Droese (ehemals sächsischer Bundestagsabgeordneter, seit Juni 2024 MdEP) kommentierte im November 2023 einen Medienbericht über Bemühungen des Bundesverteidigungsministers, Bundeswehrsoldatinnen und -soldaten für den Dienst in Litauen zu gewinnen, folgendermaßen:

> *„Das sollte sich jeder deutsche Soldat gut überlegen. Die Familie womöglich schutzlos zu Hause und vom Migranten-Mob bedroht. Und ‚Prämien' die kaum noch was wert sind,(Inflation). Man sucht Kanonenfutter für fremde Interessen."*[939]

Dennis Klecker (MdL BW) verbreitete am 24. Oktober 2023 auf Facebook ein Kurzvideo der AfD-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg mit dem Titel *„Migrationskrise: Die Wende gibt es nur mit uns!"*[940] In dem Videobeitrag werden lediglich drei kurze Szenen dargestellt. Das Ausgangssetting zeigt eine Alltagsszene einer vermeintlich phänotypisch deutschen Familie in ihrem Garten. Unterlegt ist diese Szenerie mit dem Text *„Unsere Heimat ..."*. Sodann wechselt das Bild zu einem Ausschnitt, der mehrere Boote mit einer großen Anzahl von Asylsuchenden auf dem Meer zeigt, akustisch von den Schreien einer wütenden Menge begleitet und um das Textfragment *„... ist bedroht"* ergänzt. Das Video endet mit einem Ausschnitt, der mutmaßlich Ausschreitungen junger, nicht-weißer Männer in einer westlichen Großstadt zeigt.[941]

Das damalige Bundesvorstandsmitglied Christina Baum (MdB, BW/ST)[942], die Landtagsabgeordneten Hans-Jürgen Goßner (BW)[943] und Miguel Klauß (BW)[944], der Gemeinderat Günter Geng (BW)[945] sowie die AfD-Fraktion im Kreistag Ortenaukreis

[939] Droese, Siegbert: Tweet vom 07.11.2023, abgerufen am 22.11.2023.
[940] AfD-Fraktion im Landtag Baden-Württemberg: Video „Migrationskrise: Die Wende gibt es nur mit uns!"; veröffentlicht in: www.youtube.com am 05.11.2023, Kanal: „AfD-Fraktion Baden-Württemberg", abgerufen am 25.04.2024.
[941] Klecker, Dennis: Facebook-Eintrag vom 24.10.2023, abgerufen am 25.01.2024.
[942] Baum, Christina: Videobeitrag; veröffentlicht in: Telegram-Beitrag vom 25.10.2023, Kanal: „Klartext von Dr. Christina Baum", abgerufen am 17.11.2023.
[943] Goßner, Hans-Jürgen: Videobeitrag; veröffentlicht in: Telegram-Beitrag vom 25.10.2023, Kanal: „Hans-Jürgen Goßner MdL", abgerufen am 17.11.2023.
[944] Klauß, Miguel: Videobeitrag; veröffentlicht in: Telegram-Beitrag vom 25.10.2023, Kanal: „Miguel Klauß MdL BaWü", abgerufen am 17.11.2023.
[945] Geng, Günter: Videobeitrag; veröffentlicht in: Facebook-Eintrag vom 25.10.2023, Kanal: „Günter Geng", abgerufen am 25.01.2024.

(BW)[946] teilten das Kurzvideo im Nachgang in den sozialen Netzwerken. Damit zeichnen sie ein umfassendes Bedrohungsszenario im Hinblick auf die ethnisch deutsche Familie, deren Existenz durch Migranten gefährdet werde.

Lena Kotré (MdL BB) veröffentlichte am 13. September 2024 ein Video auf Instagram, das einen sogenannten Kubotan[947], auf dem Wahlwerbung für ihre Person im Landtagswahlkampf abgedruckt war, abbildet. Begleitend dazu schrieb sie:

> *„**Seid wehrhaft – mit dem offiziellen, limitierten Kubotan von Lena Kotré!***
> *Während die Regierung den Opfern von Gewalt lächerliche Handlungsempfehlungen gibt, wie etwa anzufangen zu tanzen, zu singen oder sich krank zu stellen, setzen wir auf echte Sicherheit. In meinem Video präsentiere ich euch den **originalen ‚Lena Kotré Kubotan'** - der persönliche Begleiter für mehr Selbstschutz.*
> *Denn echte Sicherheit gibt es nur mit der AfD! Gemeinsam sorgen wir für ein sicheres Brandenburg!*
> ***Jetzt ansehen und wehrhaft werden!***"*[948]

Ein Presseartikel zu dem Sachverhalt thematisierte ebenfalls weitere Äußerungen der Landtagsabgeordneten Kotré. So habe sie in Reaktion auf den islamistischen Anschlag in Solingen ein Betretungsverbot für Geflüchtete bei öffentlichen Veranstaltungen gefordert und plane eine private *„Abschiebe-Industrie"* mit *„Container-Knästen"*.[949] Diese Forderungen pauschalisieren nicht nur alle Geflüchtete als potenziell gewalttätig und islamistische Attentäter, sondern degradieren diese auf menschenfeindliche Weise, indem sie sie mit Objekten auf eine Ebene stellen, die industriell in Containern abgeschoben werden sollen.

Falko Keller, AfD-Mitglied im Stadtrat der Stadt Aschaffenburg (BY), bezeichnete am 27. Juni 2021 auf Facebook pauschal die Migrantinnen und Migranten, die 2015 nach Deutschland einreisten, als Gewalttäter und „Sozialschmarotzer":

---

[946] AfD-Fraktion im Kreistag Ortenaukreis: Videobeitrag; veröffentlicht in: Facebook-Eintrag vom 25.10.2023. Kanal: „AfD-Fraktion im Kreistag Ortenaukreis", abgerufen am 25.01.2024.
[947] Bei einem Kubotan handelt es sich um eine Waffe für den Nahkampf in verschiedenen Kampfkünsten.
[948] Kotré, Lena: Videobeitrag; veröffentlicht in: Instagram-Eintrag vom 13.09.2024, Kanal: „lena_kotre_afd", abgerufen am 19.09.2024.
[949] T-Online: „AfD-Politikerin verteilt Waffen als Wahlkampfgeschenke" vom 19.09.2024, in: www.t-online.de, abgerufen am 19.09.2024.

„Unsere Regierung hat gegen den Willen vieler Deutscher all diese Illegalen einreisen lassen. Die Bundesregierung wollte diesen angeblich in großer Not befindlichen Menschen helfen. Was ist der Dank? Sie töten, vergewaltigen, stehlen, schlagen unsere Kinder, schmarotzen sich durch unser Sozialsystem. [...] Immer wieder sind es die Unschuldigen, die von den Illegalen getötet werden.“[950]

Der damalige Vorsitzende der Jungen Alternative Sachsen, Alexander Wiesner (MdL SN), veröffentlichte in einer Instagram-Story[951] folgende Karte, die pauschal Migranten aus dem afrikanischen Raum als Straftäter verunglimpfte, indem sie die Länderkennzeichnungen durch Begriffe ersetzt, die vermeintlich in den Medien zur Beschreibung von Straftätern verwendet werden, um deren Herkunft zu verklausulieren:



„Masseneinwanderung“ als zentrale Ursache einer vermeintlich allgemeinen Gewalteskalation

In zahlreichen Verlautbarungen der AfD wird zudem der Begriff der „Masseneinwanderung“ bzw. „Massenmigration“ gewählt, um die Ursache von verschiedenen Problemen, insbesondere einem vermeintlichen Anstieg von Gewalt, zu benennen.

[950] Keller, Falko: Facebook-Eintrag vom 27.06.2021, abgerufen am 30.07.2021.
[951] Wiesner, Alexander: Instagram-Story vom 27.07.2023, abgerufen am 27.07.2023.

Auf der Internetseite des Mitgliedermagazins AfD Kompakt forderte die AfD am 27. November 2023: *„Frauen schützen, Abschiebungen durchsetzen"* und führte aus:

> *„Ein als ‚Flüchtling' nach Deutschland eingereister Syrer würgte eine 78-jährige Frau und tötete sie beinahe. Obwohl er beim polizeilichen Zugriff dann auch noch Widerstand leistete, ließ die zuständige Staatsanwältin ihn laufen und führte ihn nicht einem Haftrichter vor. Das Ergebnis: Nur einen Tag später vergewaltigte der 25-jährige Syrer eine andere Frau.*
> *Derartige Taten sind mit ihrer unfassbaren Brutalität zum Alltag in Deutschland geworden. Die etablierten Parteien, die von ihrer Migrationsbegeisterung nicht lassen können, reden verharmlosend von ‚Einzelfällen' und leugnen weiterhin den Zusammenhang zwischen der Massenmigration und der Jagd auf Frauen."*[952]

Die AfD-Co-Bundessprecherin und baden-württembergische Bundestagsabgeordnete Alice Weidel äußerte etwa in einem Tweet vom 7. Januar 2023:

> *„Unkontrollierte Masseneinwanderung importiert Gewalt, Kriminalität und destabilisiert die Aufnahmegesellschaft. Unser Rechtsstaat, unsere Art zu leben und unsere Werte sind ernsthaft in Gefahr."*[953]

Mit diesem Tweet verwies Weidel auf einen von ihr verfassten Gastkommentar für die JUNGE FREIHEIT. Darin führte sie aus:

> *„Die Silvester-Krawallnacht mit bürgerkriegsähnlichen Zuständen und staatlichem Kontrollverlust insbesondere in Berlin hat schonungslos die tiefe Verachtung bestimmter Migrantenmilieus gegenüber unserem Staat offengelegt. […] Von den allein in Berlin festgenommenen 145 Gewalttätern waren laut Polizei 100 Ausländer, rund die Hälfte davon Afghanen und Syrer. Viele der 45 deutschen Staatsbürger dürften zudem einen Migrationshintergrund haben. Diese Zahlen machen nicht nur die Folgen einer verantwortungslosen Politik der offenen Grenzen deutlich, sondern auch das Scheitern der Integrationspolitik. Unsere Art zu leben, ist in Gefahr. Unkontrollierte Masseneinwanderung importiert Gewalt, Kriminalität und destabilisiert die Aufnahmegesellschaft. Unser Rechtsstaat, unsere Art zu leben und unsere Werte sind ernsthaft in Gefahr und es*

---

[952] AfD Kompakt: „Festgenommener Syrer vergewaltigt direkt nach Freilassung junge Frau!" vom 27.11.2023, in: https://afdkompakt.de, abgerufen am 08.12.2023.

[953] Weidel, Alice: Tweet vom 07.01.2023, abgerufen am 12.01.2023.

wird allerhöchste Zeit, die Dinge jenseits politisch korrekter Sprach- und Denkverbote beim Namen zu nennen: Das realitätsfremde Experiment eines ideologiegetriebenen Multikulturalismus ist gescheitert.“[954]

Diese Aussage beinhaltet auf den ersten Blick eine verfassungsschutzrechtlich nicht zu beanstandende pointierte Kritik an der Migrationspolitik und eine kritische Auseinandersetzung mit einem möglichen Anstieg der Kriminalität in den letzten Jahren. Bei näherer Betrachtung stellt Alice Weidel hier aber nicht nur darauf ab, dass unter Zuwanderern auch Gewalttäter bzw. Kriminelle sind – dies ist bei lebensnaher Betrachtung sicher zutreffend –, sondern sie stellt auf die Herkunft gewisser Migranten ab (*„Afghanen und Syrer“*) und insinuiert, diese missachteten per se *„unser[en] Rechtsstaat“*. Migration habe daher eine Destabilisierung – so der Subtext – der bisher friedlichen Lebensart zur Folge. Diese Botschaft zielt im Kern darauf ab, Zuwanderer kollektiv als Problem und ablehnungswert zu stigmatisieren.

Am 18. September 2023 äußerte Weidel (MdB, BW) zudem:

> *„Deutsche Frauen und Mädchen gelten inzwischen als Freiwild für enthemmte Männerhorden. Eine Bundesregierung, die vollständig darauf verzichtet, Kontrolle auszuüben und unter deren ‚Führung‘ solche Taten praktisch folgenlos bleiben, macht diese ekelhaften Zustände erst möglich.“*[955]

Der AfD-Bundesverband teilte diesen Beitrag.[956]

Auch der Bundestagsabgeordnete Matthias Helferich (zum damaligen Zeitpunkt fraktionsloser MdB und AfD-Mitglied, seit 2025 Mitglied der AfD-Bundestagsfraktion, NW) nahm am 5. Dezember 2022 auf Twitter Bezug auf den Vorfall in Illerkirchberg. In diesem Rahmen bezeichnete er die Regierung aufgrund ihrer *„Politik der Massenzuwanderung“*, die er als Ursache für von Geflüchteten begangene Gewalttaten sowie terroristische Bedrohungen und Anschläge in Deutschland darstellte, als *„Feind“*:

> *„Schulkinder, die von einem Afrikaner abgeschlachtet werden, Gruppenvergewaltigungen in U-Bahnstationen, Terrorwarnungen auf Weihnachtsmärkten:*

---

954 JUNGE FREIHEIT: „Deutschland braucht eine Zeitenwende in der Migrationspolitik“ vom 07.01.2023, in: www.jungefreiheit.de, abgerufen am 12.01.2023.
955 AfD: Retweet eines Tweets vom 18.09.2023, abgerufen am 12.12.2023.
956 Ebd.

Wer weiterhin in der Politik für Massenzuwanderung eintritt, ist nicht Mitbewerber, er ist Feind.“[957]

Maximilian Krah (zum damaligen Zeitpunkt AfD-Bundesvorstandsmitglied und MdEP, mittlerweile MdB, SN) teilte diesen Beitrag und drückte so seine Zustimmung aus.[958]

Am 9. Dezember 2022 wiederholte Helferich auf Facebook:

> „*DARUM sind die Altparteien der FEIND!*“

Im dazugehörigen Video bekräftigte er seine zuvor geäußerte Auffassung noch einmal und wertete die Migrationspolitik der Bundesregierung als „*politische Aggression gegen das eigene Volk*“:

> „*Ja vor allen Dingen ging's darum, dass ich ja in einem Tweet im Kontext des Mädchen-Mordes von Illerkirchberg die Politiker und die Teile der politischen Klasse, die weiterhin sich für eine ungebremste Massenzuwanderung stark machen. Und das auch im Kontext dieser Bluttaten – dass ich die als ‚politische Feinde' bezeichnet habe und es abgelehnt habe die als ‚politische Mitbewerber' zu sehen. Und das hab ich auch nochmal bekräftigt. […] Dass das keine normalen politischen Mitbewerber sind, sondern es sind politische Feinde. Weil sie ihre politische Aggression auch gegen das eigene Volk, wozu auch gut integrierte Migranten gehören, richten. Und das hab ich nochmal klargestellt und bekräftigt.*“[959]

Der AfD-Bundesverband sprach in einem Facebook-Beitrag vom 26. April 2023 von „*Kriminalitäts-Import*“:

> „*Jetzt also doch: Duisburger Messerangriff war offenbar islamistischer Terroranschlag! […] Vor diesem Hintergrund darf der Verweis auf vermeintliche psychische Probleme nicht länger als Ausrede fungieren, um die islamistische Bedrohung und die Folgen der Masseneinwanderung zu vertuschen. Die Bluttat von Duisburg ist vielmehr ein weiterer Beweis dafür, dass die Massenzuwanderung endlich gestoppt werden muss. Doch sämtliche etablierte Parteien ein-*

---

[957] Helferich, Matthias: Tweet vom 05.12.2022, abgerufen am 12.12.2022.
[958] Krah, Maximilian: Retweet eines Tweets vom 05.12.2022, abgerufen am 07.12.2022.
[959] Helferich, Matthias: Videostatement; veröffentlich in: Facebook-Eintrag vom 09.12.2022, Kanal: „Matthias Helferich MdB", abgerufen am 12.12.2022.

schließlich der in Nordrhein-Westfalen regierenden CDU treiben den Kriminalitäts-Import immer weiter voran. Ein Ende dieser Entwicklung gibt es also nur mit der AfD!"[960]

Am 25. November 2023 behauptete Jörg Urban (MdL SN) auf Facebook, die *„Altparteien"* importierten Hass und Gewalt, wobei er offenließ, ob dies willentlich oder aufgrund von Unvermögen geschehe:

> *„‚Wir wollen Weiße abstechen' - das rief einer der 20 jungen, mit Messern bewaffneten Migranten, die bei einem Dorffest im französischen Crepol einen 16-Jährigen ermordeten und 16 weitere Personen verletzten. Es ist der vorläufige Höhepunkt einer Stimmungsmache gegen weiße Menschen, die sich in Europa breitmacht. Ob ‚Black Lives Matter'-Aktivisten, die historische Denkmäler zerstören oder Medien und Wissenschaftler, die die europäische Geschichte auf ihre dunklen Seiten reduzieren wollen - sie alle schüren rassistischen Hass gegen Menschen mit weißer Hautfarbe, Einen Hass, der zum Morden bereit ist. Es gilt jetzt unsere Bürger zu schützen. Gegen die anti-weißen Hassprediger, egal ob Black Lives Matter oder linke Ideologen, muss konsequent vorgegangen werden. Migranten mit rassistischen Einstellungen müssen unverzüglich abgeschoben werden. Die deutsche Politik muss die Sicherheit ihrer Bürger gewährleisten. Und nicht wie die Altparteien Hass und Mord in unser Land importieren."*[961]

Mit der Nutzung des Wortes *„importieren"* in diesem Zusammenhang insinuiert Urban, die Regierung hole gezielt *„Hass und Mord"* nach Deutschland.

AfD-Co-Bundessprecher Tino Chrupalla (MdB, SN) äußerte in seiner Rede während einer Wahlkampfveranstaltung des Berliner AfD-Landesverbands am 10. Februar 2023:

> *„Die CDU ist der größte Produzent von Unsicherheit in diesem Land. Kanzlerin Merkel hat unsere Sicherheit 2015 mit der Grenzöffnung dauerhaft beschädigt. Fast 2 Millionen Asylbewerber sind damals in unser Land geströmt. Die Folgen sind immer noch desaströs und auch noch nicht abgeändert worden. Jeder 50. Einwohner, aber jeder 5. Messerangreifer ist Zuwanderer, das bedeutet, um das*

[960] AfD: Facebook-Eintrag vom 26.04.2023, abgerufen am 19.10.2023.
[961] Urban, Jörg: Facebook-Eintrag vom 25.11.2023, abgerufen am 04.12.2023.

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung des BfV

Zehnfache überrepräsentiert. In Berlin nehmen Messerangriffe jedes Jahr zu. Welche schrecklichen Schicksale hinter solche Taten stecken, das müssen wir mittlerweile in ganz Deutschland sehen. Einige Bespiele: In Würzburg – ein Somalier tötet drei Frauen; Illerkirchberg – ein Eritreer tötet die 14-jährige Ece, also ein Schulkind auf dem Schulweg. So was hätte man sich vor zehn Jahren in Deutschland niemals vorstellen können. Und wir wollen uns an diese Dinge niemals gewöhnen, das darf nicht Tagespolitik werden."[962]

In einem Tweet vom 8. Juni 2023 schrieb Maximilian Krah (zum damaligen Zeitpunkt Bundesvorstandsmitglied und MdEP, mittlerweile MdB, SN):

> *„#Annecy Wir erleben eine Invasion schrecklicher Wilder. Und es sind die Linken und die Netten, die ihnen die Tore öffnen und damit unsere Kinder, Frauen und Schwache ausliefern. Masseneinwanderung ist tödlich!"*[963]

Der damalige stellvertretende Bundesschatzmeister und damalige Bundestagsabgeordnete Harald Weyel kommentierte die mediale Berichterstattung zu Gewalttaten in Freibädern folgendermaßen:

> *„Anbaden' bedeutet heutzutage halt ‚Anschlagen' (jedenfalls in #EU-#BRD-Migratopia)… ;(("*[964]

Der Bundesschriftführer Dennis Hohloch (MdL BB) schrieb im Juli 2023 auf Facebook:

> *„Politiker wie Olaf #Scholz, Robert #Habeck oder Christian #Lindner fördern durch ihre illegale #Massenmigration schlimmste Gewaltverbrechen. Mittlerweile sind 56% der #Straftäter von Gruppenvergewaltigungen #Ausländer. Über die Hälfte der misshandelten und missbrauchten Frauen hätte dieses Schicksal ohne jene Politiker nicht durchleben müssen. Zudem ist von einer hohen Dunkelziffer auszugehen; geschweige von den Tätern, die bereits 2014/15 illegal in unser Land kamen und mittlerweile die Staatsbürgerschaft geschenkt bekommen haben."*[965]

---

[962] Livestream zur Wahlkampfveranstaltung des AfD-Landesverbands Berlin in Berlin; veröffentlicht in: Facebook-Eintrag vom 10.02.2023, Kanal: „Alternative für Deutschland Landesverband Berlin – AfD Berlin", abgerufen am 02.03.2023.
[963] Krah, Maximilian: Tweet vom 08.06.2023, abgerufen am 09.06.2023.
[964] Weyel, Harald: Tweet vom 06.06.2023, abgerufen am 18.10.2023.
[965] Hohloch, Dennis: Facebook-Eintrag vom 20.07.2023, abgerufen am 18.10.2023.

Dazu postete Hohloch eine Grafik mit folgender Aussage:

> *„Gruppenvergewaltigung: wir haben ein Problem mit bestimmten Kulturkreisen!"*[966]

Mittels herabwürdigender Begriffe bzw. bedrohlicher Beschreibungen wie *„Messerzuwanderung"*, *„Islamistischer Bedrohung"*, *„Produzent von Unsicherheit"*, *„Verhöhnung"* durch Geflüchtete, die *„immer wieder"* durch *„erschreckende Gewaltverbrechen"* auffielen, und *„Massenmigration schlimmster Gewaltverbrechen"* werden Ausländer pauschal als Kriminelle und Gewalttäter dargestellt.

Auch die Junge Alternative Sachsen sprach von *„tödliche[r] illegaler Massenmigrationspolitik"*:

> *„Die Gruppe der Zuwanderer – Asylbewerber, Schutzberechtigte, unerlaubt aufhältige und Geduldete – war 2021 für 44 Prozent aller Tötungs- und 37 aller schweren Gewaltdelikte verantwortlich, obwohl sie nur etwa zwei Prozent der Bevölkerung ausmacht. Unter Delikten wie schwerer Körperverletzung, Raub, Mord und Totschlag lag der Anteil von ‚Nicht-Deutschen' bei den Tatverdächtigen bei 55,5 Prozent.*
> *Und da sind die eingebürgerten Alis, mit und ohne Doppelpass noch gar nicht eingerechnet. Sind wir doch mal ehrlich, ohne die tödliche, illegale Massenmigrationspolitik der antideutschen Altparteien stände unser Land sehr viel besser da. Einen Großteil der Kriminalität gäbe es dann gar nicht.*
> *Deshalb lautet die Devise: Grenzen sichern, Festung Europa und Abschieben, Abschieben, Abschieben!"*[967]

Eva Maria Schneider-Gärtner, AfD-Landtagsabgeordnete in Mecklenburg-Vorpommern[968], veröffentlichte am 9. Juni 2022 auf ihrer Facebook-Seite ein Bild mit der Aufschrift *„ARMENIER RAST MIT AUTO IN MENSCHENMENGE – UNSERE GEDANKEN SIND BEI DEN OPFERN DER BERLINER AMOKFAHRT"*. Im dazugehörigen Text äußerte Schneider-Gärtner:

> *„Diese Tat erschüttert uns zutiefst und macht uns fassungslos. Vor allem die üblichen Reaktionen in Politik und Medien, welche die grausame Amokfahrt ei-*

---

[966] Ebd.
[967] Junge Alternative Sachsen: Facebook-Eintrag vom 01.02.2023, abgerufen am 22.02.2023.
[968] Im April 2023 trat Schneider-Gärtner auf der AfD-Fraktion aus.

nes Täters mit Migrationshintergrund mit einer vermeintlichen ‚psychischen Erkrankung' zu relativieren versuchen und den unmittelbaren Zusammengang mit einer unkontrollierten Masseneinwanderung systematisch verleugnen."[969]

Durch die Verwendung des Wortes „*vermeintlich*" negiert Schneider-Gärtner eine psychische Erkrankung des Täters und behauptet, die Tat stehe in einem „*unmittelbaren Zusammenhang*" mit der „*unkontrollierten Masseneinwanderung*". Dies insinuiert, dass entsprechende Taten die unweigerliche Folge von Migration seien, da Migrantinnen und Migranten – wohl aufgrund ihrer Herkunft – zu entsprechenden Handlungen neigten.

Auch der Bundestagsabgeordnete Enrico Komning aus Mecklenburg-Vorpommern wurde in einem Presseartikel mit der Aussage zitiert, dass „*Masseneinwanderung*" massive negative Folgen für die Sicherheit der autochthonen Bevölkerung habe:

> *„Die CDU war es nämlich, die das Asylrecht missbraucht und es zu einem Instrument der Masseneinwanderung gemacht hat, vor allem der Masseneinwanderung von Gewaltkriminalität und Terror."*[970]

Diese Äußerung zielt darauf ab, Zuwanderer mindestens mehrheitlich („*vor allem*") als Gewalttäter und Terroristen darzustellen.

Am 10. Juli 2021 fand in Memmingen (BY) eine Wahlkampfveranstaltung statt, auf der die bayerische Landtagsabgeordnete Katrin Ebner-Steiner als Rednerin auftrat. In ihrem Redebeitrag äußerte sie sich in fremdenfeindlicher Weise:

> *„Ja, liebe Freunde, es waren Rote und Grüne, die Lohndumping in Deutschland zur neuen Normalität gemacht haben, und Union und FDP haben mitgemacht und dieses System weitergegeben. EU-Freizügigkeit, Westbalkanregelung, EU und UN Migrationspakt und natürlich Merkels-Millionenheer oft Un- und Geringqualifizierter setzen den Arbeitsmarkt weiter unter Druck. […] Statt uns Bürger zu gängeln, sollten Söder, Laschet, wie sie denn alle in ihrem bequemen Regierungssesseln heißen, endlich damit anfangen, unsere Frauen und Mädchen vor Mord, Totschlag und Gruppenvergewaltigungen durch Migranten zu schützen. Ja, vielleicht sollten sie endlich damit anfangen, die Wahrheit anzuerkennen. Dass ihre Politik der offenen Grenzen nichts anderes ist als die größte*

---

[969] Schneider-Gärtner, Eva Maria: Facebook-Eintrag vom 09.06.2022, abgerufen am 10.06.2022.
[970] Nordkurier: „Grevesmühlen: Flüchtlingskrise - heftiger Zoff zwischen Amthor und Komning" vom 02.02.2023, in: www.nordkurier.de, abgerufen am 07.02.2023.

> *Katastrophe der deutschen Nachkriegsgeschichte. Denn mittlerweile ist es vielfach nachgewiesen, dass wir von Anfang an Recht hatten: Hätten die Regierenden da oben in Berlin auf uns gehört, dann hätten wir vielleicht viele Tausende Menschenleben retten können. […] Der Moslem, der in Würzburg Johanna, Christiane und Steffi – und diese Namen sind nicht nur Namen, sie stehen für eine Geschichte und es hätte genauso gut zum Beispiel meine Mutter treffen können, ihre Tochter oder ihre Großmutter – diese drei Frauen wurden totgestochen und mehrere Menschen wurden schwer verletzt. Und dieser Moslem war nichts anderes als ein Merkel-Flüchtling. In Deutschland werden heute Menschen mit Beilen und Samurai-Schwertern getötet und Kinder vor Züge gestoßen. Aber wir sollen das alles hinnehmen als kleine Nebeneffekte, einer angeblich positiven Entwicklung. Denn laut den Regierenden brauchen wir ja Migration für unseren Arbeitsmarkt.*"[971]

In ihrem Beitrag schreibt Ebner-Steiner Migranten und Asylsuchenden in pauschalisierender Weise einen starken Hang zu schwersten Gewalttaten zu und zeichnet das Szenario einer permanenten, erheblichen Bedrohungssituation für deutsche („*unsere*") Frauen und Mädchen. Ohne jede empirische Datengrundlage unterstellt sie in diffamierender Absicht, mit einer restriktiven Migrationspolitik nach Vorstellung der AfD wären „*vielleicht viele Tausende Menschenleben*" gerettet worden.

Die AfD Vorpommern-Rügen (MV) veröffentlichte im Juli 2022 folgenden Beitrag:

> „*Heute vor drei Jahren ist der achtjährige Leo Stettin in Frankfurt von einem Eritreer ermordet worden. Der Mann ohne Aufenthaltserlaubnis hat den kleinen Jungen vor einen fahrenden ICE gestoßen und sein Leben am 29. Juli 2019 brutal ausgelöscht. Der Tod des kleinen Leo Stettin ist nur eines der unzähligen traurigen Schicksale, die allesamt den Folgen der ungezügelten Massenmigration zum Opfer gefallen sind und von der politischen Führung unverändert billigend in Kauf genommen werden. Ein angemessenes und würdevolles Gedenken bleibt den deutschen Opfern ausländischer Täter durch die Gesellschaft leider viel zu oft verwehrt. Daher ist es unsere Pflicht, diese Aufgabe zu übernehmen und immer wieder daran zu erinnern, wie hoch der Preis für offene*

[971] Ebner-Steiner, Katrin: Redebeitrag am 10.07.2021 in Memmingen; veröffentlicht in: www.youtube.com am 11.07.2021, Kanal: „Politwelt", abgerufen am 12.07.2021.

Grenzen ist und welche Gefahr die multikulturelle Utopie für Leib und Leben bedeutet."[972]

Dem Beitrag ist eine Grafik beigefügt, die den damaligen Kreissprecher Dario Seifert (mittlerweile MdB, MV) zeigt und die folgende Forderung enthält:

> *„Gedenktag für all die unzähligen Todesopfer der unkontrollierten Massenmigration einführen!"*

In den Ausführungen des AfD-Kreisverbands Vorpommern-Rügen wird ein Bedrohungsszenario gezeichnet, wonach es permanent (*„nur eines der unzähligen traurigen Schicksale"*) zu Tötungsdelikten von Zuwanderern an der autochthonen Bevölkerung komme. In den skizzierten Verlautbarungen wird der als massenhaft bezeichnete Zuzug von Migrantinnen und Migranten überwiegend mit dem Import schwerer Gewaltkriminalität gleichgesetzt. Dabei wird eine polemisierende Ausdrucksweise gewählt, die geeignet ist, in der Bevölkerung Ängste und Vorurteile zu schüren.

Tötungsdelikte als direkte Folge von „Masseneinwanderung"

Eine Steigerung der bisherigen Verlautbarungen ist die Darstellung, wonach die sogenannte Masseneinwanderung unabdingbar Tötungsdelikte zur Folge habe.

Auf der Internetseite des Mitgliedermagazins AfD Kompakt schrieb die AfD am 22. November 2023:

> *„Migranten richten in Frankreich gezielt Blutbad unter Weißen an. Die Saat dafür gedeiht auch hier!*
> *Weil sie Weiße hassen, haben 20 junge Migranten in Frankreich ein Blutbad angerichtet. In Crépol einer ländlichen Gemeinde südlich von Lyon, überfielen die Männer, die extra dafür aus einer 17 Kilometer entfernten Plattenbausiedlung angereist waren, eine Feier und gingen mit Messern auf ihre Opfer los. […]*
> *Der Fall wurde offenbar tagelang von den französischen Medien und der Politik verschwiegen. Kein Wunder - passt er doch so gar nicht in das Bild, welches seit Jahren von vermeintlich ‚Schutzsuchenden' gezeichnet wird.*
> *Wie lange wird es noch dauern, bis so etwas auch in Deutschland passiert? Dass ‚Gruppen junger Männer' Jagd auf Frauen machen, um sie zu vergewaltigen, geschieht hier laut Statistik bereits zwei Mal täglich. Dass solche Täter*

[972] AfD Vorpommern-Rügen: Facebook-Eintrag vom 29.07.2022, abgerufen am 01.08.2022.

dann auch mit Tötungsabsichten losziehen, wird nur eine Frage der Zeit sein. […] Es wird Zeit für die blaue Wende – denn mittlerweile geht offensichtlich schon ums nackte Überleben!"[973]

Der damalige Beisitzer im AfD-Bundesvorstand und Europaabgeordnete Maximilian Krah (mittlerweile MdB, SN) behauptete in mehreren Tweets aus dem Jahr 2023, dass „*Masseneinwanderung*" töte.[974]

Nach gleichem Muster schrieb er am 28. Juni 2023 auf X (ehemals Twitter):

> *„Masseneinwanderung ist Messereinwanderung."*[975]

Diese Behauptung wiederholte Krah mehrmals.[976]

Auf der Internetseite des Mitgliedermagazins AfD Kompakt verlautbarte die AfD am 17. Oktober 2023:

> *„Dabei wissen wir nicht erst seit den Anschlägen in Brüssel und Berlin: Grenzschutz, Abschiebungen und konsequente Remigration retten Menschenleben! Dieser simple Sachverhalt hat sich immer und immer wieder bestätigt. Wir werden deshalb als AfD weiterhin auf eine Migrationswende drängen, weil wir uns an die Alltäglichkeit des islamistischen Terrors nicht gewöhnen dürfen!"*[977]

Das Bundesvorstandsmitglied Martin Reichardt (MdB, ST) schrieb im September 2022 auf Facebook:

> *„Heute vor fünf Jahren wurde Marcus Hempel getötet, er wurde 30 Jahre alt. Er ist Tod, weil ein Syrer, dessen Alter nie festgestellt wurde mehrfach auf ihn eingeprügelt hat. […] Solche Taten sind im Jahre 2022 alltäglich und sind, wenn überhaupt eine Meldung im Lokalteil wert. Die Täter, oft illegale und kulturfremde Flüchtlinge haben in Deutschland eines sehr schnell gelernt: Taten, für die sie in ihren Herkunftsländern viele Jahre oder lebenslang in die finstersten Gefängnislöcher eingesperrt würden, schützen sie sogar vor der Abschiebung.*

---

[973] AfD Kompakt: „Migranten richten in Frankreich gezielt Blutbad unter Weißen an. Die Saat dafür gedeiht auch hier!" vom 22.11.2023, in: https://afdkompakt.de, abgerufen am 08.12.2023.
[974] Krah, Maximilian: Tweet vom 29.01.2023, abgerufen am 30.01.2023. Tweet vom 09.02.2023, abgerufen am 09.02.2023. Tweet vom 21.02.2023, abgerufen am 23.02.2023. Tweet vom 30.05.2023, abgerufen am 01.06.2023.
[975] Krah, Maximilian: Tweet vom 28.06.2023, abgerufen am 30.06.2023.
[976] Krah, Maximilian: Tweet vom 09.07.2023, abgerufen am 17.07.2023. Tweet vom 19.08.2023, abgerufen am 31.08.2023.
[977] AfD Kompakt: „Terror in Brüssel: Tunesischer Islamist erschießt zwei Fußballfans!" vom 17.10.2023, in: https://afdkompakt.de, abgerufen am 08.12.2023.

[...] Szenen von Straftätern, die lachend und feiernd mit Freunden und Familie den Gerichtsaal verlassen, während die Angehörigen der Opfer noch gebrochen im Saal sitzen, haben sich in unser Gedächtnis eingebrannt. Heute, am Todestag von Marcus Hempel gedenken wir der oft namenlosen Opfer von Vergewaltigungen und tätlichen Angriffen. Ihnen wurde ihre Zukunft, ihre Leben, ihre Kindheit genommen. Justitia trägt in Deutschland keine Augenbinde mehr. Justitia schaut sich die Angeklagten vorher genau an. Kommt der Täter aus einem Land mit einer archaischen und Kultur, dann erhalten die Täter mit hoher Sicherheit einen Migrantenbonus. Heute am Todestag vom Marcus Hempel dürfen wir nie vergessen: Mitverantwortlich für die Taten sind die Befürworter der tödlichen Politik der offenen Grenzen.
Ohne ihre tödliche Toleranz würde Marcus noch leben!
Ohne ihre tödliche Toleranz hätten alle Opfer eine Zukunft, ein Leben.“[978]

Sofern Reichardt hier versucht, empfundene Ungerechtigkeiten im Justizsystem zu beschreiben, ist dies noch nicht an sich fremdenfeindlich, auch wenn dies schon in sehr polemischer Weise erfolgt. Bei der Beschreibung derer, die „*lachend und feiernd*“ den Gerichtssaal verlassen, begrenzt er seine Aussage aber noch auf die Personen, die angeklagt wurden. Reichardt nutzt jedoch im Übrigen bei seiner Beschreibung den Begriff der „*kulturfremden*“ Flüchtlinge aus „*archaischen Strukturen*“ und bilanziert, es gebe eine „*tödliche[n] Politik der offenen Grenzen*“, eine „*tödliche Toleranz*“. In dieser Verbindung ist die Äußerung geeignet, die Menschen aus Syrien und vergleichbaren, hier nicht näher aufgezählten, Kulturkreisen als grundsätzlich mit den deutschen Werten inkompatibel und generell aggressiv-gewalttätige Gruppe darzustellen, vor der man sich eigentlich nicht schützen könne; denn die Ursache für die Delikte, so die Botschaft, liegt in der Herkunft oder der Kultur der Menschen begründet. Nur eine Grenzschließung könne im Umkehrschluss diese „*tödliche Politik*“ beenden. Hierin liegt eine massiv pauschalisierende und abwertende Beschreibung von Geflüchteten.

Im November 2022 schrieb Reichardt dann:

„An jedem dritten Tag wird in Deutschland eine Frau ermordet. An jedem einzelnen Tag werden im Durchschnitt zwei Mädchen oder Frauen in Deutschland

[978] Reichardt, Martin: Facebook-Eintrag vom 29.09.2022, abgerufen am 18.10.2023.

> *von Männergruppen vergewaltigt. Jeder zweite Tatverdächtige hat keine deutsche Staatsangehörigkeit. Am häufigsten kommen die Männer aus islamischen Ländern: Afghanistan, Syrien, Irak. Diese Taten werden verharmlost, als Einzelfälle abgetan, die Nationalität der Täter nicht mehr erwähnt. Die Gründe für die Rückkehr primitiver Frauenverachtung liegen auf der Hand: Wir haben eine Masseneinwanderung aus Regionen in denen Frauen wie Dreck behandelt werden. Sie sind verfügbare Sklavinnen, Menschen zweiter Klasse, die man im Kindesalter zwangsverheiraten kann, die man auch mal aus Gründen der Ehre ermorden darf. […] Die Sicherheit von Frauen im öffentlichen Raum ist schon lange nicht mehr gewährleistet. Aber auch die Opfer häuslicher Gewalt kommen aus den genannten frauenfeindlichen Kulturraum. […] Es sind die Regierungen der letzten Jahre, die mit ihrer falschen und tödlichen Toleranz, die archaische Vorstellungen und die Unterdrückung der Frau millionenfach nach Deutschland holen.“*[979]

In einer dazugehörigen Grafik war die Rede von *„Importierte[r] islamische[r] Frauenverachtung“*[980].

Auch hier ist Reichhardt nicht an einer konstruktiv-sachlichen Auseinandersetzung mit kulturellen Unterschieden oder der Begehung von Straftaten durch Geflüchtete interessiert. Vielmehr stellt er Ausländer, insbesondere aus islamischen Ländern, pauschal als frauenverachtende und sich an Frauen vergehende Gruppe dar.

Im September 2023 befürwortete Jörg Urban (MdL SN) in einem Facebook-Eintrag die Einrichtung einer Gedenkstelle für *„Opfer von importierter Gewalt“*:

> *„Im vergangenen Oktober ermordete ein 26-jähriger Somalier im rheinland-pfälzischen Ludwigshafen zwei deutsche Männer im Alter von 20 und 35 Jahren. Der Stadtrat beschloss nun, dass eine Gedenkstelle für die beiden Opfer von importierter Gewalt errichte werden soll.*
> *Ich begrüße diese Entscheidung: Ein offener Umgang mit den politisch vermeidbaren Gewalttaten, die mittlerweile in ganz Deutschland zu beklagen sind, ist wichtig. Doch an viel zu vielen Orten können sich Bürger und Angehörige der Opfer nicht gegen die Altparteien-Vertreter durchsetzen, die die Konsequenzen ihrer Migrationspolitik verschleiern wollen. Mit der AfD ist klar: Die Opfer des*

[979] Reichardt, Martin: Facebook-Eintrag vom 25.11.2022, abgerufen am 18.10.2023.
[980] Ebd.

Gesellschaftsexperiments der offenen Grenzen dürfen nicht vergessen werden. Es muss ein würdiges Andenken an sie geschaffen werden. Genauso wichtig ist es aber, aus den vielen tragischen Fällen die richtigen politischen Schlüsse zu ziehen: Remigration, Festung Europa und sichere Grenzen!"[981]

Paul Timm (MdL MV) veröffentlichte im Dezember 2022 auf Facebook einen Jahresrückblick. Darin schrieb er unter anderem:

> *„Auch sieben Jahre nach dem Beginn des Asylansturmes auf Deutschland haben wir jeden Tag mit Asylbewerbern, kriminellen Ausländern und Abzuschiebenden zu kämpfen. Deutschland hat keinen Platz mehr. Der Berliner Görlitzer Park ist ein Drogenparadies für nigerianische Mafiosi. Der Schweriner Marienplatz ist Schauplatz von Messerstechereien unter Ausländern. Vergewaltigungen und Tötungsdelikte durch Ausländer sind zur tragischen Normalität_geworden. Der Mord in Illerkirchberg an einem 14-jährigen Mädchen markiert einen weiteren Grabstein der irren Zuwanderungspolitik, welcher die CDU damals den Weg geebnet hat und die linke Ampel freudig weiterführt."*[982]

Durch die Verwendung der Begriffe „*jeden Tag*" und „*tragische Normalität*" suggeriert Timm, dass Straf- und Gewalttaten von Zugewanderten üblich seien. Indem er betont, dass der Mord an einem 14-jährigen Mädchen in Baden-Württemberg ein „*weitere[r] Grabstein der irren Zuwanderungspolitik*" sei, stellt er in polemisierender Weise einen signifikanten Kausalzusammenhang zwischen Migration und Tötungsdelikten her.

Am 13. Dezember 2022 agitierte der baden-württembergische AfD-Bundestagsabgeordnete Martin Hess auf Telegram gegen Asylsuchende:

> *„Das Land hat sich verändert. Drastisch. Man erkennt es kaum wieder. #Asylbewerber stechen Passanten nieder, vergewaltigen und ermorden junge Frauen und legen Innenstädte in Schutt und Asche."*[983]

Hess nimmt hier persiflierend Bezug auf eine Aussage der Vizepräsidentin des Deutschen Bundestags, Katrin Göring-Eckardt (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), die diese auf der 39. Bundesdelegiertenkonferenz in Halle (Saale) im November 2015 tätigte. Göring-Eckardt thematisierte in ihrer Rede die Aufnahme von Geflüchteten in

---

[981] Urban, Jörg: Facebook-Eintrag vom 21.09.2023, abgerufen am 26.09.2023.
[982] Timm, Paul: Facebook-Eintrag vom 27.12.2022, abgerufen am 23.01.2023.
[983] Hess, Martin: Telegram-Beitrag vom 13.12.2022, abgerufen am 22.12.2022.

Deutschland und stellte dar, dass dies zu Änderungen der Gesellschaft führen werde. Sie führte aus, dass sich Deutschland ändern werde, *„und zwar drastisch. Und ich sag euch eins, ich freu mich drauf!"* Diese Aussage wurde in der Vergangenheit vielfach von extremistischen Protagonisten verwendet, um die 2015 beginnende sogenannte Willkommenskultur zu verunglimpfen. Durch die Aussage, das Land habe sich *„drastisch"* verändert, und die Aufreihung von Delikten, die durch Zugewanderte begangen worden seien, impliziert Hess hier, dass der Zuzug von Geflüchteten seit 2015 insbesondere Gewalt- und Tötungsdelikte zur Folge gehabt habe. Damit stilisiert er Asylsuchende als Straftäter und schreibt ihnen auf Grundlage ihrer Herkunft eine extreme Gewaltneigung zu.

Marvin Neumann, ehemaliger Co-Vorsitzender der Jungen Alternative, der zwei Wochen nach seiner Wahl aus der AfD austrat nachdem fremdenfeindliche Tweets von ihm bekannt wurden, veröffentlichte als Reaktion auf einen Beitrag der Publikation JUNGE FREIHEIT, in dem es um ein durch zwei Männer nigerianischer und irakischer Herkunft verübtes Tötungsdelikt zum Nachteil einer Ukrainerin in einer Flüchtlingsunterkunft ging, folgenden Tweet:

> *„Krampfhaft ‚farbenblinder', vermeintlich humanitärer Liberalismus tötet."*[984]

Andreas Harlaß, Pressesprecher der AfD Sachsen und der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag sowie ehemaliger Bundestagswahlbewerber, forderte am 8. Juli 2021 auf Facebook einen Stopp des *„Mord-Imports"*:

> *„Hallo CDU! Stoppt den Mord-Import sofort!"*[985]

Mit dieser Aussage wird Migration pauschal als *„Mord-Import"* bezeichnet und alle Migranten werden mindestens als potenzielle Mörder verunglimpft.

Diese Unterstellung verbreitete Birgit Bessin (zum damaligen Zeitpunkt MdL, seit 2025 MdB, BB) anhand eines Facebook-Beitrags vom 26. Januar 2023 in ähnlicher Weise:

> *„‚Fachkräfte des Todes' haben in Deutschland nichts zu suchen!"*[986]

---

[984] Neumann, Marvin: Tweet vom 16.03.2022, abgerufen am 17.03.2022.
[985] Harlaß, Andreas: Facebook-Eintrag vom 08.07.2021, abgerufen am 13.07.2021. (Doppelverwendung des Belegs aus Kapitel E. I. 1. b. (2))
[986] Bessin, Birgit: Facebook-Eintrag vom 26.01.2023, abgerufen am 31.01.2023.

Mit diesem Begriff deutet Bessin in sarkastischer Weise an, dass durch die Migration nicht etwa ein bestehender Fachkräftemangel behoben, sondern vielmehr tödliche Gewalt importiert würde.

Vergleichbar äußerte sich Norbert Kleinwächter (zum damaligen Zeitpunkt MdB, BB) in einem Tweet vom 14. Mai 2024, in dem er von „*Macheten-Fachkräfte*[n]" sprach:

> „*#Bandenkrieg mit Machete!*
> *Das Video einer #Massenschlägerei in Leipzig offenbart, wer dabei war: Augenscheinlich keine ethnischen Sachsen. Die Polizei hatte das zuvor verschwiegen. So wird das letzte Vertrauen in den Staat zerstört: Keine Sicherheit mehr auf der Straße und die Hintergründe unter den Tisch fallen lassen. Dabei ist die Lösung offenkundig: #Täter identifizieren und in ihre Heimat abschieben. Denn Macheten-Fachkräfte wollen wir nicht!*"[987]

Der hessische AfD-Landtagsabgeordnete Frank Grobe nahm in einem Facebook-Eintrag vom 11. August 2022 Bezug auf den Fall eines Messerangriffs auf einen Mitarbeitenden einer hessischen Ausländerbehörde:

> „*Nach den Hitzewellen kommt jetzt der Messersommer? Nur waren Hitze im Sommer vor 2015 schon normal.*"[988]

Mit dem Verweis auf 2015 spielt Grobe auf die Migrationsentwicklung an und behauptet, dass Straftaten mit Stichwaffen vor dem Zuzug von Geflüchteten ab 2015 nicht so präsent oder jedenfalls nicht „*normal*" gewesen seien; seit dem Zuzug – so die implizite Botschaft – seien Straftaten, die mit Stichwaffen begangen werden, „*normal*". Mit der Verwendung des Kompositums „*Messersommer*" stellt Grobe zudem dezidiert einen direkten Bezug zwischen Migration und der Zunahme entsprechenden Straftaten her. Auch die Verknüpfung von exogenen Gefahren wie „*Hitzewellen*" und einem angeblich migrationsinduziertem „*Messersommer*" ist geeignet, Ängste und Ablehnung gegenüber Migrantinnen und Migranten hervorzurufen.

Der damalige sächsische AfD-Landtagsabgeordnete Roland Ulbrich äußerte sich am 9. Dezember 2022 auf Facebook wie folgt:

---

[987] Kleinwächter, Norbert: Tweet vom 14.05.2024, abgerufen am 22.05.2024.
[988] Grobe, Frank: Facebook-Eintrag vom 11.08.2022, abgerufen am 18.08.2022.

„Die Welt von Frauen ist enger geworden - auf der Straße, beim Joggen, beim Ausgehen, in der U-Bahn. Jetzt kann man Kinder offenbar nicht mal mehr gefahrlos zur Schule gehen lassen. Weil sich sogenannte Asylanten, deren illegales Eindringen in unser Land von den Systemparteien bejubelt und befördert wird, immer öfter als Zeitbombe entpuppen. Tausende Menschen wurden seit 2015 von vermeintlich ‚Schutzsuchenden' vergewaltigt, erschlagen, erstochen, zerstückelt, vor einen Zug gestoßen. Jetzt ist die 14jährige Ece Sarigül aus Illerkirchberg tot, ihre 13jährige Freundin liegt schwerverletzt im Krankenhaus. Der Tatverdächtige: ein 27jähriger Asylbewerber aus Eritrea, der den Mädchen auf dem Schulweg auflauerte und mit einem Messer auf sie einstach. Und die Polizei hat nichts Eiligeres zu tun, als vor einem ‚Generalverdacht' gegenüber Asylanten zu warnen. ‚Warum warnt sie nicht vor illegaler Einwanderung von Männern mit einem mittelalterlichen Frauen- und Menschenbild?"[989]

Ulbrich verwendet für Asylsuchende die pejorative Bezeichnung „*Asylanten*", was ohne Weiteres noch nicht verfassungsschutzrelevant wäre, negiert aber durch die zusätzliche Verwendung des Wortes „*sogenannte*" pauschal deren Schutzwürdigkeit. Mit seinen polemischen Aussagen konstruiert Ulbrich ein migrationsinduziertes Bedrohungsszenario seit 2015, nach dem Migranten für die autochthone Bevölkerung ein unkalkulierbares, nahezu überall und jederzeit auftretendes („*Tausende Menschen*", „*Zeitbomben*") Risiko für Leib und Leben darstellten, und schürt durch die verzerrende Darstellung irrationale Ängste.

Der AfD-Kreisverband Friedrichshain-Kreuzberg (BR) kommentierte am 8. Februar 2023 auf Twitter (mittlerweile umbenannt in X) einen Fremdbeitrag, der die Auszeichnung der ehemaligen Bundeskanzlerin Angela Merkel mit dem UNESCO-Friedenspreis für die Aufnahme von mehr als 1,2 Millionen Migranten im Jahr 2015 thematisiert. Darin verunglimpfte der Kreisverband Angela Merkel als „*Vernichtungsmaschine*" und impliziert damit, ihre Migrationspolitik habe zur vielfachen „*Vernichtung*" geführt.[990]

[989] Ulbrich, Roland: Facebook-Eintrag vom 09.12.2022, abgerufen am 16.12.2022.
[990] AfD-Kreisverband Friedrichshain-Kreuzberg: Tweet vom 08.02.2023, abgerufen am 10.02.2023. (Doppelverwendung des Belegs aus Kapitel E. I. 1. a. bb.)

Neben der Asyl- und Migrationspolitik des Kabinetts Merkel III ist auch die gegenwärtige Politik der Koalition aus SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Projektionsfläche für verfassungsschutzrechtlich relevante Positionen innerhalb AfD. Gegenstand sind dabei vor allem Kritik an zu geringen Rückführungszahlen von illegal aufhältigen Migrantinnen und Migranten sowie die Herausstellung der Abnahme der Sicherheit in Deutschland durch den anhaltend hohen migrationsbezogenen Zuzug.

In einem Facebook-Eintrag vom 28. Januar 2023 schrieb der AfD-Bundesverband:

> *„+++ Wir gedenken der Opfer der Migrationspolitik! +++Es sind furchtbare Schicksale, die sich hinter der zynischen Propaganda-Vokabel ‚Einzelfall' verbergen: In immer kürzeren Abständen lesen wir von Morden und Gewaltverbrechen durch Migranten. Es ist zur ‚Normalität' geworden, was niemals normal hätte werden dürfen."*[991]

Hier ist es natürlich nicht zu beanstanden, dass die AfD Opfern von Straftaten gedenkt, die durch Migranten begangen wurden. Auch ist es an sich nicht verfassungsfeindlich, eine mögliche Korrelation zwischen einer gelockerten Migrationspolitik und steigenden Gewaltverbrechen („*Morde und Gewaltverbrechen*") aufzuzeigen und diese Politik zu kritisieren. Allerdings führt die AfD an, es komme *„[i]n immer kürzeren Abständen"* zu Straftaten durch Zugewanderte, und behauptet, Morde und andere Gewaltverbrechen seien zur *„Normalität"* geworden. Dadurch zeichnet die AfD das Bild eines durch die Anwesenheit von Migrantinnen und Migranten gänzlich unsicheren Deutschlands, denn diese Unsicherheit sei nun der Normalzustand. Dadurch wird ein direkter Zusammenhang von *„Masseneinwanderung"* und Schwerstkriminalität hergestellt, ohne dass es sich dabei um eine sachlich-konstruktive Kritik an Entwicklungen handelt. Vielmehr werden Migranten primär als straffällig werdendes Kollektiv betrachtet.

Diesen imaginierten Zusammenhang griff der AfD-Bundesverband erneut in einem Facebook-Eintrag vom 9. Juli 2024 anlässlich eines Brandes in einer Asylunterkunft in Niedersachsen auf:

> *„Brandstiftung durch ‚Flüchtling': 1 Toter, 20 Verletzte, 2 Polizisten in Klinik! […] Der Vorfall verdeutlicht das enorme Gefahrenpotenzial, welches mit der unkontrollierten Massenmigration einhergeht: Für Polizisten, für Frauen – und letztlich*

[991] AfD: Facebook-Eintrag vom 28.01.2023, abgerufen am 19.07.2023.

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung des BfV

> *für die gesamte Bevölkerung. Wenn nicht gehandelt wird, dann wird es nach dem islamistischen Mordanschlag auf einen Polizisten in Mannheim und der tödlichen Explosion in Buchholz noch viele weitere Polizeibeamte geben, deren Leben auf dem Altar der Migrations-Ideologie geopfert wird. Das darf nicht passieren! Wir müssen endlich die Anreize zur Massenmigration abstellen, unsere Grenzen schützen und straffällige sowie illegale Migranten unverzüglich abschieben."*[992]

Indem er das Wort „*Flüchtling*" in Anführungszeichen setzt, spricht der AfD-Bundesverband Geflüchteten überdies legitime Fluchtursachen und generell ihre Schutzwürdigkeit ab.

Im September 2024 sprach die AfD auf X (ehemals Twitter) von einem migrationsinduzierten „*Höllensommer*":

> *„Der ‚Höllensommer', den wir derzeit in Deutschland erleben, hat nichts mit dem Klima zu tun. Freibäder sind zu Angsträumen geworden, Messerattacken an der Tagesordnung, während die etablierten Parteien wegschauen."*[993]

Darunter veröffentlichte sie einen Bildbeitrag, auf welchem der Arm eines nicht-weißen Mannes mit einem blutverschmierten Messer dargestellt ist:[994]



[992] AfD: Facebook-Eintrag vom 09.07.2024, abgerufen am 10.09.2024.
[993] AfD: Tweet vom 07.09.2024, abgerufen am 30.09.2024.
[994] Ebd.

Oliver Kirchner, Landtagsabgeordneter aus Sachsen-Anhalt, postulierte in einem Facebook-Eintrag vom 23. Juli 2022 bezugnehmend auf Migrantinnen und Migranten, die Bundesregierung habe *„Kriminalität und Terrorismus“* nach Deutschland gebracht:

> *„Ganz weltoffen haben sie Kriminalität und Terrorismus ins Land geholt. Ohne jegliche Kontrolle, illegal und verfassungsgefährdend.“*[995]

Dieser Beitrag lässt sich in der Gesamtschau so interpretieren, dass damit nicht gemeint ist, dass unter den Migrantinnen und Migranten auch Personen seien, die Straftaten und gar Terrorakte begingen. Naheliegender ist in der Gesamtschau mit den sonstigen Äußerungen Kirchners, etwa die zur Silvesternacht (vgl. unter (1)) oder zu *„importierten“* Straftaten (vgl. (a)) die Interpretation, wonach Kirchner Zuwanderer vor allem als Kriminelle und Terroristen sieht. Die uneingeschränkte Aussage, die die Migrationspolitik durch das ironisierende Attribut *„ganz weltoffen“* als naiv oder eher noch als billigende Inkaufnahme von Gewalt und Terror erscheinen lässt, ist jedenfalls geeignet, irrationale Ängste und eine ablehnende Haltung gegenüber Zuwanderern hervorzurufen.

Jeannette Auricht[996], Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses, und Thomas Röckemann[997] (von Juni 2017 bis Juni 2022 und seit März 2025 MdL NW) teilten den Beitrag.

Die AfD Hamburg-Eimsbüttel (HH) postete im Januar 2023 auf Facebook einen Pressebericht über eine mutmaßlich durch einen Asylsuchenden verübte Gewalttat und schrieb dazu:

> *„Syrer. (Wird wie immer von vielen Medien unterschlagen) […] Die Hamburger brauchen mittlerweile Schutz vor Schutzsuchenden.“*[998]

Der seinerzeitige bayerische AfD-Europaabgeordnete Bernhard Zimniok nahm in einem Facebook-Eintrag vom 5. September 2022 den Angriff im Rahmen des Christopher-Street-Days in Münster zum Anlass, die Wiederholung solcher Vorfälle zu betonen:

---

995 Kirchner, Oliver: Facebook-Eintrag vom 23.07.2022, abgerufen am 01.08.2022.
996 Auricht, Jeannette: geteilter Facebook-Eintrag vom 23.07.2022, abgerufen am 01.08.2022.
997 Röckemann, Thomas: geteilter Facebook-Eintrag vom 23.07.2022, abgerufen am 01.08.2022.
998 AfD Hamburg-Eimsbüttel: Facebook-Eintrag vom 09.01.2023, abgerufen am 16.01.2023.

„Der Täter des auf dem Christopher Street Day in Münster ermordeten ‚Transmanns' Malte C. wurde gefasst. Es handelt sich um einen tschetschenischen Asylbewerber, der der Polizei wegen Gewaltdelikten bereits bekannt war. […] Erneut hat die Asyl- und Migrationspolitik der Linksgrünen also ein Opfer gefordert. […] Fakt ist: Die linksgrüne Migrations- und Asylpolitik tötet. Immer und immer wieder."[999]

Auch bei diesen Aussagen besteht die Verfassungsschutzrelevanz nicht darin, dass Probleme angesprochen werden, die möglicherweise in Folge von Migrationsbewegungen aufgetreten sind. Fremdenfeindlich ist die undifferenzierte Schlussfolgerung, wonach Migration – denn diese ist die Folge der beanstandeten *„linksgrünen Migrations- und Asylpolitik"* – *„immer und immer wieder"* töte bzw. das pauschale Zuschreiben einer Gefahr, die von Schutzsuchenden ausgehen soll. Dadurch werden Migranten insgesamt in diffamierender Weise als lebensgefährliches Kollektiv dargestellt.

Matthias Helferich (zum damaligen Zeitpunkt fraktionsloser MdB und AfD-Mitglied, seit 2025 Mitglied der AfD-Bundestagsfraktion, NW) äußerte im Oktober 2022:

> *„Wie keine andere Fraktion tragen die Konservativen mit ihrem doppelten Spiel die Verantwortung für die katastrophale Migrationspolitik und ihre tragischen Folgen: Mord, Vergewaltigung und Terror."*[1000]

Die Aussage Helferichs ist durch das pauschalisierend-polemische Schüren von Vorurteilen dazu geeignet, Ressentiments gegen Migranten zu verstärken.

Ähnlich postuliert Karl-Heinz Turban, stellvertretender Vorsitzender im Bezirksverband Berlin Tempelhof-Schöneberg, in einem Facebook-Eintrag vom 19. Oktober 2022, auf dessen Hintergrund Totenköpfe zu sehen sind:

> *„Mit inkompatiblen ‚Kulturen' unser Land zu fluten, endet tödlich…"*[1001]

Der Vorsitzende der AfD-Stadtratsfraktion Paderborn (NW) Marvin Weber schrieb ebenfalls in pauschal verächtlich machender Weise im Juli 2022 auf Telegram, Frauen würden durch Zuwanderern aus *„den barbarischsten und kriminellsten Regionen der Erde"*, die er als *„tickende Zeitbomben"* beschreibt, vergewaltigt und ermordet, Männer *„gemessert"*:

[999] Zimniok, Bernhard: Facebook-Eintrag vom 05.09.2022, abgerufen am 06.09.2022.
[1000] Helferich, Matthias: Facebook-Eintrag vom 13.10.2022, abgerufen am 17.10.2022.
[1001] Turban, Karl-Heinz: Facebook-Eintrag vom 19.10.2022, abgerufen am 21.10.2022.

„Wie viele deutsche Frauen sollen noch vergewaltigt und ermordet, wie viele deutsche Männer noch gemessert werden, bis die #ichbinhier-Weltverbesserer merken, dass sie hier durch ihre bunte Willkommenspolitik für die barbarischsten und kriminellsten Regionen der Erde, dem Brandherden aus Islamismus, Terrorismus, Gewaltkriminalität und Feindschaft zu Freiheit und Demokratie, in denen ein Menschenleben kaum etwas zählt sondern nur das Recht des Stärkeren, dass jeder einzelne, der hier illegal über 100 sichere Länder ins Sozialstaatsparadies mit ewigem historischen Nazikomplex und Bücklingssyndrom der falschen Toleranz eingewandert ist, so schnell wie möglich abgeschoben gehören? Wie viel tickende Zeitbomben wollen Sie in der Nachbarschaft denn erdulden? Dürfen wir Deutschen nicht mehr in Frieden, Sicherheit und Wohlstand leben? Sind wir das ewige schuldige Volk, das aus historischer Rachegelüste einiger Weniger nun jeden Tag aufs Neue bereichert und demnächst fremd im eigenen Land werden soll? […] Selten habe ich solche verfassungsfeindliche Entscheidungen dieser gekauften Deutschenfeinde an der Spitze gesehen wie 2015, aber die bunte Resettlement-Regierung, setzt noch einen drauf und macht Deutschland zur weltweiten Beutekolonie Germanistan. Selten, habe ich in der Nachkriegszeit eine schändlichere, staats- und kulturzersetzendere Politik gegen das eigene Volk gesehen als heutzutage."[1002]

Weber stellt Migration und Schwerstkriminalität nicht nur in einen unmittelbaren Zusammenhang, der Zuwanderer menschenwürdewidrig diffamiert, sondern rekurriert dabei auch auf ein im Rechtsextremismus häufig verwendetes Argumentationsmuster. Die vermeintliche Anfälligkeit für die *„todbringende Migration"* führt er nämlich in revisionistischer Anspielung auch auf die Aufarbeitung des Nationalsozialismus zurück, denn Deutschland werde nicht zuletzt wegen seines *„ewige[n] historischen Nazikomplex[es]"* und der Wahrnehmung als *„das ewige schuldige Volk"* zur *„weltweiten Beutekolonie Germanistan"*.[1003]

[1002] Weber, Marvin: Telegram-Beitrag vom 19.07.2022, abgerufen am 26.07.2022. (Doppelverwendung des Belegs aus Kapitel E. I. 1. a. bb.)
[1003] Siehe dazu auch Kapitel E. I. 1. a. bb. (2).

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung des BfV

(4) Negative Zuschreibung einer Neigung zu Sexualverbrechen

In der AfD finden sich häufig auch Äußerungen, die bei (männlichen) Migranten insbesondere auch eine Neigung zu Sexualdelikten insinuieren. Jene werden – vor allem, wenn eine Herkunft aus dem arabischen und afrikanischen Raum angenommen wird – als triebgesteuerte Subjekte stilisiert.

Die Europaabgeordnete Christine Anderson (HE) beschrieb in einem Tweet vom 27. Mai 2022 etwa:

> *„Nach Gruppenvergewaltigungen ändert #Spanien das Gesetz: Sexuelle Handlungen brauchen künftig die ausdrückliche Zustimmung aller Beteiligten. ‚Nur Ja heißt Ja' - das hält #Migranten wie in #Deutschland sicher nicht auf!"*[1004]

Anderson bringt mit ihrer Aussage zum Ausdruck, dass Migranten sich auch von einer Verschärfung der Gesetze nicht von strafbaren Handlungen abhalten lassen würden. Ihre Aussage suggeriert in einer eine ganze Personengruppe diffamierenden Weise, delinquentes Verhalten von Zuwanderern sei auf deren Herkunft zurückzuführen.

Maximilian Krah (zum damaligen Zeitpunkt Beisitzer im AfD-Bundesvorstand und MdEP, mittlerweile MdB, SN) veröffentlichte am 4. Oktober 2023 auf Facebook ein Video, in welchem er folgende Aussage tätigte:

> *„Gruppenvergewaltigungen gehören in Deutschland mittlerweile zum Alltag. Berlin, Görlitzer Park erst letzte Woche. Und gleichzeitig will der von der CDU geführte Senat immer noch mehr Afghanen direkt ins Land holen, obwohl es genau diejenigen sind, die am wenigsten damit umgehen können, dass hier in Deutschland Frauen selbstbewusst sind, sich alleine durch die Stadt bewegen, einen eigenen Willen haben. Typisch CDU. Sie hat die Grenze geöffnet und sie will noch weitere Probleme ins Land holen. Gruppenvergewaltigungen gab es früher in Deutschland nicht. Gruppenvergewaltigung darf es in Deutschland nicht geben. Deshalb ist es wichtig, die Grenzen zuzumachen, Sexualstraftäter konsequent abzuschieben und vor allen Dingen die Parteien abzustrafen, die dafür gesorgt haben, dass unser schönes Vaterland zum Shithole verkommt."*[1005]

[1004] Anderson, Christine: Tweet vom 27.05.2022, abgerufen am 07.06.2022.
[1005] Krah, Maximilian: Videostatement; veröffentlicht in: Facebook-Eintrag vom 04.10.2023, Kanal: „Dr. Maximilian Krah", abgerufen am 04.04.2024.

Krah verunglimpft damit Zugewanderte pauschal als Gewalttäter und Sexualverbrecher.

Der AfD-Bundesverband veröffentlichte am 28. Mai 2024 folgenden Tweet:

> *„Berlin: 111 Gruppenvergewaltigungen im Jahr – Abschiebungen sind Frauenschutz! […] Mit der unkontrollierten Massenmigration wird der Horror, der jetzt schon zum Alltag gehört, weiterhin importiert. Die etablierten Parteien opfern Frauen und Mädchen auf dem Altar ihrer ideologischen Verblendung. Wir nehmen diesen Dauerzustand nicht hin und kämpfen für die Wiederherstellung von Sicherheit und Normalität in unserem Land! Wer sich an Frauen und Mädchen vergeht, dem muss sofort die Tür gewiesen werden. Abschiebungen und geschützte Grenzen sind deshalb die beiden wichtigsten Maßnahmen, die für den Schutz der Opfer ergriffen werden müssen!“* [1006]

Mit der Formulierung *„Horror, der jetzt schon zum Alltag gehört“* wird ein Bild einer Dauergefahr für Frauen im öffentlichen Raum gezeichnet, das unmittelbar auf Migration beruhe. Ungeachtet einer jedenfalls teilweise real existierenden Gefährdungslage werden andere Ursachen hierfür ausgeblendet.

Dennis Hohloch, AfD-Bundesschriftführer und brandenburgischer AfD-Landtagsabgeordneter, wandte sich in einem Facebook-Beitrag vom 16. November 2021 gegen die zusätzliche Aufnahme von Flüchtlingen und stellte hierbei Migranten pauschal als potenzielle Gewalttäter dar:

> *„Wir brauchen keine sicheren Häfen, sondern sichere Städte ohne Gruppenvergewaltigungen und Messerangriffe!“* [1007]

Der Landesverband der JA Sachsen schrieb am 11. Oktober 2022 auf Facebook:

> *„Wer schützt unsere Mädchen, wer schützt die Bevölkerung? Jedenfalls nicht dieser Linksstaat. Dieser ist ein Eldorado für Ficki Ficki Fachkräfte und Kriminelle aller Art. Statt Vergewaltiger, Mörder und Drogendealer zu verfolgen und wegzusperren, werden lieber Andersdenkende und Spaziergänger verfolgt. […] Zeit das die AfD in die Regierung kommt, den Rechtsstaat wieder herstellt und*

[1006] AfD: Tweet vom 28.05.2024, abgerufen am 16.07.2024.
[1007] Hohloch, Dennis: Facebook-Eintrag vom 16.11.2021, abgerufen am 19.01.2022.

für Ordnung sorgt. Das Volk hat etwas besseres Verdient als die linke Willkür und Rechtlosigkeit.“[1008]

Hierdurch wird nahegelegt, dass männliche Ausländer aus sexuellen Gründen oder zur Begehung von Straftaten nach Deutschland kämen.[1009]

Auch Alexander Wiesner, Mitglied des sächsischen Landtags und damaliger Vorsitzender der JA Sachsen, prangerte in einem Facebook-Beitrag *„frauenfeindliche und antisemitische Auswüchse“* auf Grund von *„importierten Heerscharen von überwiegend männlichen Einwanderern aus problematischen Gesellschaften“* an:

> *„*Goldstücke sorgen für zwei Einzelfälle pro Tag* […] Das Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe durch Asyl-Migranten Alltag sind, ist das erschreckende Ergebnis einer verfehlten Politik. Die Duldung von No-go-Areas befeuert diesen verachtenswerten Zustand zudem. Die medial gepriesene ‚feministische‘ Außenpolitik ist ein Wunschdenken der linken Politkamarilla, welche in Realität Wirtschaftsflüchtlingen aus aller Herren Länder nur zum weiteren Zuzug ins Schlaraffenland BRD animiert. Festzuhalten bleibt, dass die frauenfeindlichen und antisemitischen Auswüchse hierzulande das Ergebnis von importierten Heerscharen von überwiegend männlichen Einwanderern aus problematischen Gesellschaften seit 2015 ist.“*[1010]

Wiesner rekurriert hier persiflierend auf eine Rede des SPD-Politikers Martin Schulz aus dem Jahr 2016 in Heidelberg (BW), in der dieser sagte, dass das, was Geflüchtete nach Deutschland brächten, *„wertvoller als Gold“* sei. Wiesner bezeichnet Migrantinnen und Migranten in seinen Ausführungen ironisch-abwertend als *„Goldstücke“*, was in diesem Zusammenhang als diffamierend zu interpretieren ist.[1011] Darüber hinaus sind die Äußerungen Wiesners verunglimpfend, weil sie männliche Migranten als triebgesteuerte und gewalttätige Subjekte stilisieren. Sie dienen letztlich dazu, Ängste gegenüber der Gruppe männlicher Migranten zu schüren.

Am 14. Mai 2021 veröffentlichte der Co-Vorsitzende der Gruppierung Christen in der AfD und zu dem Zeitpunkt sächsische Bundestagsabgeordnete Ulrich Oehme auf

---

[1008] Junge Alternative Sachsen: Facebook-Eintrag vom 11.10.2022, abgerufen am 17.03.2023.
[1009] So feststellend: VG Köln, Beschl. v. 05.02.2024, 13 L 11224/23, juris, Rn. 294.
[1010] Wiesner, Alexander: Facebook-Eintrag vom 03.06.2022, abgerufen am 07.06.2022.
[1011] Vgl. auch LG Bremen, Urt. v. 20.06.2019, 7 O 1618/18, juris, Rn. 61; OLG Hamm, Beschl. v. 15.09.2020, I-29 U 6/20, 29 U 6/20, juris, Rn. 174 f.; LG Koblenz, Urt. v. 21.04.2020, 9 O 239/18, juris, Rn. 187.

Facebook einen Eintrag, in dem er die Vergewaltigung einer 17-Jährigen durch fünf Männer mit Migrationsgeschichte thematisiert, plakativ als *„Afro-Gruppenvergewaltigung"* bezeichnet und den Vorwurf erhebt:

> *„Presse verleugnet afrikanische Wurzeln der Täter ‚aus gutem Hause'"*

In dem Eintrag schrieb Oehme wörtlich:

> *„Afro-Gruppenvergewaltigung einer 17jährigen - Deutsche Presse schützt Nationalität der Täter. Einzig die ‚BZ' Berliner Zeitung (Springer) nennt am 12.05.2021 die Täternamen der brutalen Gruppenvergewaltigung eines 17jährigen Mädchens. Es waren ‚fünf Männer aus der afrikanischen Community. Alle geboren in Deutschland, alle aus gutem Hause.' Wie andere deutsche Medien gibt selbst die amtliche Deutsche Presseagentur die Nationalität der Täter nicht preis. Weil das so bequem ist, gibt die Justiz des Landes Berlin keine eigene Mitteilung dazu heraus, sondern bringt unkommentiert die anonymisierte Meldung der dpa. Doch ‚BZ' macht aus den Namen der Verbrecher keinen Hehl: ‚Million A. (20) ist Deutsch-Nigerianer. Oluwatobi Az. (20) Deutsch-Sierraleone. Jermaine G. (20) Deutsch-Togoer. Tita N. (21) Deutsch-Kameruner. Jermaine Az. (20) hat keine zweite Staatsangehörigkeit'."*[1012]

Obgleich also die fünf Tatverdächtigen die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen und vier von ihnen eine zweite, afrikanische Staatsangehörigkeit haben, stellt Oehme in seinem Eintrag einzig auf die ethnische afrikanische Herkunft der Männer ab. Indem er die Tat als *„Afro-Gruppenvergewaltigung"* bezeichnet, äußert sich Oehme in einer Weise, die den Eindruck erwecken kann, es bestehe ein kausaler Zusammenhang zwischen der ethnischen Herkunft der Tatverdächtigen und dem Verbrechen selbst.

Die damalige stellvertretende AfD-Bundessprecherin und hessische Bundestagsabgeordnete Mariana Harder-Kühnel schrieb im März 2024 auf Facebook:

> *„Deutschland wurde zu einem Multikulti-Versuchslabor transformiert, in dem Frauen immer öfter Freiwild sind! Mittlerweile haben 46 % der Frauen in Deutschland Angst davor, vergewaltigt zu werden.*
> *[...] Frauen wollen keine Märchen über Multikulti als Bereicherung hören!"*[1013]

[1012] Oehme, Ulrich: Facebook-Eintrag vom 14.05.2021, abgerufen am 14.05.2021.
[1013] Harder-Kühnel, Mariana: Facebook-Eintrag vom 16.03.2024, abgerufen am 19.03.2024.

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung des BfV

Fabian Küble, der zum damaligen Zeitpunkt Beisitzer im JA-Bundesvorstand war und zudem für die AfD dem Stadtbezirksbeirat Plauen (SN) angehört, kommentierte am 13. November 2024 online die mediale Schlagzeile „Immer mehr Sexualstraftaten! Grüne fordern Bahn-Waggons nur für Frauen" folgendermaßen:

> *„Wie wäre es mit Waggons nur für Deutsche? Das würde das Problem ebenfalls effektiv lösen und würde darüber hinaus nicht nur die Frauen, sondern auch deutsche Männer schützen. #RemigrationJetzt #FestungEuropa"*[1014]

Auch Oliver Kirchner (MdL ST) schrieb in einem Facebook-Post vom 24. Februar 2023 in fremdenfeindlicher Weise:

> *„#Fachkräfte kommen nicht mit dem Schlauchboot über das Mittelmeer, sie zerlegen keine Innenstädte, sie vergewaltigen keine Frauen, sie kassieren kein Bürgergeld, sie stoßen keine Frauen und Kinder vor Züge, sie verüben keine Terroranschläge und sie stechen nicht wahllos auf ihre Aufnahmegesellschaft ein. Richtige Fachkräfte verlassen Deutschland, jeden Tag, jede Woche und jedes Jahr, und zwar deutsche Fachkräfte. Diese Entwicklung ist zu stoppen und zwar sofort. #AfD #AfDLSA #Asylmissbrauch."*[1015]

Die Bundestagsabgeordnete Nicole Höchst (RP) äußerte in einem Facebook-Post vom 16. März 2023 sehr ähnlich:

> *„Fachkräfte kommen nicht mit dem Schlauchboot, zerlegen keine Innenstädte, vergewaltigen keine Frauen und kassieren kein Bürgergeld. Echte Fachkräfte verlassen Deutschland jedes Jahr. Zu Tausenden!"*[1016]

Am 1. März 2023 veröffentlichte Karsten Hilse (MdB, SN) einen Livestream auf seinem Facebook-Kanal, in welchem er zusammen mit dem Bundesvorstandsmitglied Martin Reichardt (MdB, ST) Fragen der Zuschauer beantwortete. Bei der Thematisierung der aktuell steigenden Flüchtlingszahlen führte Hilse aus:

> *„Ähnlich wie eine Statistik, eine Kriminalstatistik, dass dort auch überdimensioniert prozentual, bestimmte Bevölkerungsgruppen vertreten sind. [...] Ich sage jetzt mal zwanzig Prozent vielleicht Migranten in Deutschland und der prozentuale Anteil zumindest an Gewaltverbrechen ist also bedeutend höher, als diese*

[1014] Küble, Fabian: Tweet vom 08.07.2024, abgerufen am 10.07.2024.
[1015] Kirchner, Oliver: Facebook-Eintrag vom 24.02.2023, abgerufen am 14.03.2023.
[1016] Höchst, Nicole: Facebook-Eintrag vom 16.03.2023, abgerufen am 20.03.2023.

> *zwanzig Prozent. Gruppenvergewaltigungen gab es vor 2015 gab es praktisch nicht. Und dort ist also der Anteil an Migranten oder Menschen mit Migrationshintergrund eben aus einem bestimmten Kulturkreis kommend, überdimensional hoch."*[1017]

In einem Facebook-Eintrag vom 5. September 2024 äußerte er sich erneut zu Gruppenvergewaltigungen:

> *„Die Statistik beweist, dass es vor allem Invasoren aus fremden Kulturkreisen sind, die diese menschenverachtenden Verbrechen begehen."*[1018]

Sebastian Wippel (MdL SN) veröffentlichte folgenden Text am 15. Januar 2024 auf Facebook:

> *„Missbraucht, vergewaltigt, vergessen: Tausende sexuelle Übergriffe durch Migranten seit dem Jahre 2015!*
> *Wieder einmal schlägt die grauenhafte Gruppenvergewaltigung einer deutschen Frau hohe Wellen: Trotz der Versprechen des Berliner Senates, den Görlitzer Park sicherer werden zu lassen, vergingen sich hier erneut mehrere nichtdeutsche Männer an einer jungen Frau. Diesmal zur Silvesternacht. Bereits im Juni kam es hier zuletzt zu einer Gruppenvergewaltigung, die von Behördenseite - wohl aufgrund des politischen Drucks - über Wochen hinweg verschwiegen wurde, Eine Frau, ein trauriges Schicksal - und damit eine von vielen, die seit dem Jahre 2015 Opfer sexueller Gewalt durch Männer aus dem arabischen und afrikanischen Raum geworden ist. […] Auch hier in Sachsen werden sexuelle Übergriffe beispielsweise in Schwimmhallen und Freibädern überwiegend von Ausländern begangen. […] Und bei all diesen Zahlen gilt wie immer: Deutsche Staatsbürger mit Migrationshintergrund werden nicht extra kriminalstatistisch erfasst und kommen somit hierbei noch oben drauf, was das Bild der Überrepräsentation bei Sexualdelikten weiter nach oben schießen ließe. […] Die Gründe für solche Zahlen sind vielfältig: Patriarchalische, frauenfeindliche Strukturen aus den Heimatländern, der Stellenwert von (auch sexueller) Gewalt, der in diesen Gesellschaften viel stärker ausgeprägt ist als in Deutschland, aber*

[1017] Hilse, Karsten: Livestream mit Martin Reichardt vom 01.03.2023; veröffentlicht in: www.facebook.com am 01.03.2023, Kanal: „Karsten Hilse", abgerufen am 03.03.2023.
[1018] Hilse, Karsten: Facebook-Eintrag vom 05.09.2024, abgerufen am 09.09.2024.

auch die ausbleibende Kontrolle darüber, wer durch unser deutsches Sozialsystem motiviert unsere Grenzen passiert. Die Jahre haben gezeigt: Massenmigration lockt in der Menge nicht hochgebildete, gut ausgebildete und gut situierte Individuen an, sondern überwiegend Glücksritter ohne Befähigung und Eignung, dieses Land voranzubringen. Dass sich hierunter dann auch Kriminelle mischen, überrascht nicht, macht die Einzelschicksale vieler tausender deutscher Frauen dadurch aber nicht weniger tragisch."[1019]

Gerhard Vierfuß (von September 2020 bis Dezember 2022 Landesschiedsrichter der AfD Niedersachsen) verwendete in einem Tweet vom 23. August 2022 den verunglimpfenden Hashtag „*Rapefugees*".[1020] Den Terminus verwendete ebenfalls Sören Schwarzer, ehemaliger Beisitzer im Bundesvorstand der Jungen Alternative, in einer Instagram-Story.[1021]

Die AfD Düsseldorf (NW) verbreitete am 18. März 2023 auf Telegram einen Beitrag von Martin Sellner. Darin hieß es:

> *„Erst hieß es es kommen nur ‚Gastarbeiter'. Dann hieß es, sie werden sich integrieren und nur ihre ‚Hautfarbe' sei anders. Wen das störe, der sei Rassist. Jetzt haben wir Islamisierung, Ehrenmorde, jeden Tag Gruppenvergewaltigungen und arabische Straßenschilder. Noch in Düsseldorf, bald auch bei dir."*[1022]

Sebastian Koch, AfD-Kreisvorsitzender in Sachsen-Anhalt, griff im Juni 2022 auf Facebook einen Presseartikel über Übergriffe von deutschen Jugendlichen mit Migrationsgeschichte am italienischen Gardasee auf und schrieb:

> *„Offene Grenzen und Toleranz. Mir kann so etwas nicht passieren - ich habe ein stereotypisches Gedankengut in mir und denke immer wenn ich so ne Meute sehe, dass die eh nur randalieren und Frauen begrabschen bis hin zu einer Gruppenvergewaltigung, weshalb ich sofort beim ersten Anschein von schwarzen Wolken am Horizont weggefahren wäre. Man fragt sich bei solchen Meldungen immer wieder, warum so viele Menschen Ressentiments entwickeln..."*[1023]

[1019] Wippel, Sebastian: Facebook-Eintrag vom 15.01.2024, abgerufen am 22.01.2024.
[1020] Vierfuß, Gerhard: Tweet vom 23.08.2022, abgerufen am 23.08.2022.
[1021] Schwarzer, Sören: Instagram-Story vom 24.08.2022, abgerufen am 24.08.2022.
[1022] AfD Düsseldorf: Telegram-Beitrag vom 18.03.2023, abgerufen am 23.03.2023.
[1023] Koch, Sebastian: Facebook-Eintrag vom 15.06.2022, abgerufen am 05.07.2022.

Koch behauptet in abwertend generalisierender Weise, „*begrapschen*“ und „*Gruppenvergewaltigung[en]*“ seien typische Verhaltensmuster von Migranten und entsprechend erwartbar.

Auch der schleswig-holsteinische Bundestagsabgeordnete Gereon Bollmann stellte Gruppenvergewaltigungen in einem Facebook-Post vom Juni 2024 als Delikte dar, die „*in früheren Zeiten bei uns so gut wie unbekannt*“ gewesen seien:

> *„Wie in einem Kriegsgebiet: In den letzten 10 Jahren fast 7000 Gruppenvergewaltigungen in Deutschland*
> *Deutschland hat seit längerem ein Problem mit Gruppenvergewaltigungen. […]*
> *Der Anteil nichtdeutscher Tatverdächtiger bei Gruppenvergewaltigungen liegt bei 48 Prozent –also weit über dem Ausländeranteil von 16,43 Prozent. Tatverdächtige aus Syrien, Afghanistan, dem Irak und der Türkei sind überdurchschnittlich oft vertreten. Hier sind noch nicht einmaldiejenigen Täter mit Migrationshintergrund eingerechnet, die in der Statistik als ‚deutsche‘ Tatverdächtige gelten. […]*
> *Die ausufernde Masseneinwanderung hat Gruppenvergewaltigungen zur traurigen Realität in Deutschland werden lassen. Dabei zählt als Gruppenvergewaltigung jedes dieser abscheulichen Verbrechen, an dem mindesten drei Männer beteiligt sind – ein Delikt, das in früheren Zeiten bei uns so gut wie unbekannt war, und an dessen seelischen Folgen die Frauen meist ihr Leben lang furchtbar leiden. Unser Land ähnelt immer mehr einem Kriegsgebiet: ob Gruppenvergewaltigungen, Messerkriminalität oder Gewaltverbrechen – die multikulturelle Gesellschaft hat die innere Sicherheit erodieren lassen. Wir als AfD fordern daher die konsequente Abschiebung straffällig gewordener Ausländer und härtere Strafen für Gruppenvergewaltigungen. Auch muss der Masseneinwanderung nach Europa und insbesondere nach Deutschland ein Riegel vorgeschoben und die Grenzen ohne Kompromisse verteidigt werden. Deutsche Frauen dürfen kein Freiwild sein, sondern müssen geschützt werden!“*[1024]

Eine beigefügte Grafik enthielt die Aussage:

> *„7000 Gruppenvergewaltigungen in 10 Jahren*

[1024] Bollmann, Gereon: Facebook-Eintrag vom 11.06.2024, abgerufen am 18.06.2024.

Zuvor unbekannte Verbrechen traurige Realität in Deutschland durch Masseneinwanderung"[1025]

Seit der Verdachtsfalleinstufung werden vonseiten der AfD, ihrer Mandatsträgerinnen und Mandatsträger sowie ihren Verbänden Vergewaltigungen bzw. Gruppenvergewaltigungen in vielen Äußerungen als Besonderheit migrantisch geprägter Sexualstraftaten herausgestellt. Damit wird ein bedrohliches Bild gezeichnet, nach dem Angehörige der autochthonen Bevölkerung einem Kollektiv aus triebgesteuerten, animalischen Migranten gegenüberstehen. In der Gesamtschau beinhalten die vorbenannten Aussagen eine pauschale Diffamierung und Verächtlichmachung von insbesondere männlichen Migranten als Gewalt- und Sexualstraftäter. Die Aussagen dienen jeweils dazu, irrationale Ängste gegenüber einer ganzen Personengruppe zu schüren.

(5) Assoziation von multikulturell geprägten Gesellschaften mit Gewalt und Kriminalität

Ein weiteres Agitationsfeld der AfD ist die verzerrende Darstellung multikultureller Gesellschaften als schädlich und dysfunktional. Eine multikulturell geprägte Gesellschaft wird seitens der AfD fortgesetzt als gleichbedeutend mit einer Überfremdung Deutschlands und als Gegenteil einer stabilen Gesellschaftsordnung beschrieben. Sie wird als Gegenentwurf zu einer *„über Jahrhunderte gewachsene[n] Vertrauensgemeinschaft"*[1026] stilisiert. Diese Agitation dient ebenso dazu, negative gesellschaftliche Entwicklungen simplifizierend und tatsachenwidrig als ausschließlich oder überwiegend migrationsinduziert darzustellen.

Dies kann etwa an Äußerungen des damaligen Europaabgeordneten und Bundesvorstandsmitglieds Maximilian Krah (mittlerweile MdB, SN) exemplifiziert werden. So äußerte er in einem Interview mit dem Deutschland-Kurier:

> *„Ein Land, das offen für alle ist, ist nicht ganz dicht. Ein Land, das jeden hereinnimmt, importiert so viele Probleme, dass es nicht mehr imstande ist, seiner alltäglichen Aufgaben zu lösen. […] Oder wir erkennen, dass diese Entwicklung schädlich ist, dass diese Einwanderung nicht nützt, sondern schadet. Dass sie*

[1025] Ebd.

[1026] Höcke, Björn: Rede auf Wahlkampfveranstaltung in Erfurt am 31.08.2024; veröffentlicht in: www.youtube.com am 31.08.2024, Kanal: „AfD TV", abgerufen am 02.09.2024; Vgl. Kapitel E. I. 2. c.

aus Deutschland Bunt-Land macht und dass Bunt ein Synonym ist für eine Müllhalde. Dass multikulturell multikriminell ist.“[1027]

Hier bedient sich Krah eines herabwürdigenden Vokabulars, indem er eine multikulturelle Gesellschaft als *„Müllhalde“* und per se *„multikriminell“* bezeichnet. Die Äußerungen diffamieren eine ganze Personengruppe im Kern als kriminell und minderwertig (*„Müll“*).

Die Verbindung von Multikulturalismus als *„multikriminell“* wiederholte Krah auch zu einem späteren Zeitpunkt. In einem am 3. Juli 2023 auf TikTok veröffentlichten Video sagte er:

> *„Multikulturell ist multikriminell. Seit Tagen brennen die französischen Vorstädte und jetzt greift es auch auf Brüssel über. Es sind Einwanderer und Einwandererkinder aus dem Nahen Osten und Nordafrika, die hier Rabatz machen, weil es Ärger mit der Polizei gibt. Das ist kein Vorwurf an sie selbst, es ist ein Vorwurf an die, die sie hergeholt haben. Sie sind hier fremd, sie kommen mit der Rechtsordnung nicht klar und dem geben sie Ausdruck. Jeder ist da am besten, wo er hingehört. Einwanderung funktioniert nicht. Niemand ersetzt fehlende Kinder eines Volkes. Dieses Volk stirbt aus. Wir wollen nicht aussterben, also brauchen wir keine Einwanderung, sondern Kinder. Denn Einwanderung ist multikulti und multikulturell ist multikriminell.“*[1028]

Diese Behauptung wiederholte er auch in weiteren Beiträgen.[1029]

Thorsten Weiß, Mitglied des Abgeordnetenhauses Berlin, stellte in einem Tweet vom 1. Oktober 2024 die multikulturelle Gesellschaft ebenfalls als *„multikriminell“* dar:

> *„Die #Migrantenquote soll Status als multikulturelle Gesellschaft zementieren. Dass diese auch immer multikriminell ist, wird in Kauf genommen. Messerterror, Vergewaltigungen. Belästigungen, explodierende Kriminalität sind akzeptable Begleiterscheinungen. Deshalb nur noch #AfD!“*[1030]

[1027] Krah, Maximilian: Interview; veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „Deutschland Kurier“, abgerufen am 04.01.2023.
[1028] Krah, Maximilian: Videostatement; veröffentlicht in: TikTok-Eintrag vom 03.07.2023, Kanal: „maximilian_krah“, abgerufen am 04.07.2023.
[1029] Krah, Maximilian: Tweet vom 12.11.2023, abgerufen am 13.11.2023. Tweet vom 16.08.2022, abgerufen am 17.08.2022. Tweet vom 04.01.2023, abgerufen am 10.01.2023. Tweet vom 24.07.2023, abgerufen am 25.07.2023.
[1030] Weiß, Thorsten: Tweet vom 01.10.2024, abgerufen am 25.10.2024.

In einem Wahlkampfvideo zur Landtagswahl in Thüringen vom 24. August 2024 äußerte der Beisitzer im Landesvorstand Robert Teske (mittlerweile MdB, TH) im Hinblick auf die Gewalttat in Solingen (NW):

> *„Was wir Deutschen wirklich wollen, ist es, nicht mehr abgestochen zu werden. Wir wollen nicht zum Freiwild in unserem Land werden. Über die Bluttat von Solingen ist jetzt schon viel geschrieben worden. So viele Worte will ich darüber gar nicht mehr verlieren. Eins zeigt sie noch mal deutlich: Multikulturelle Gesellschaften werden zwangsläufig zu multikriminellen Gesellschaften. Liebe Thüringer, ihr habt am 01.09. die Wahl. Höcke oder Solingen. AfD oder Massenzuwanderung. AfD oder Zerfall der inneren Sicherheit. Wählt weise!“*[1031]

Der Bundestagsabgeordnete Enrico Komning (MV) postulierte in einem Facebook-Eintrag vom 7. Dezember 2022, dass es sich bei Multikulturalität um eine Ideologie handele, die *„menschen- und gesellschaftsfeindlich“* sei:

> *„Kein Menschenleben mehr für rot-grüne MultiKulti-Träume! Wieder einmal trifft es Unschuldige, in diesem Fall zwei Mädchen, wieder einmal wird seitens der Systemmedien alles versucht, die Umstände der Tat zu verschweigen oder wenigstens zu verschleiern. […] Für ihre menschen- und gesellschaftsfeindliche Multi-Kulti Ideologie instrumentalisieren Altparteien und Systemmedien seit Jahren die unzähligen Opfer krimineller Migranten. Der Preis, den die beiden Mädchen in Illerkirchberg bezahlt haben - die eine mit ihrem Leben, die andere mindestens mit ihrer Gesundheit – ist endgültig zu hoch.“*[1032]

Komning behauptet, das Zusammenleben in einer multikulturell geprägten Gesellschaft in Deutschland führe zwangsläufig zu *„unzähligen unschuldigen Opfern“*. Eine solche multikulturell geprägte Gesellschaft stellt er – aufgrund pauschal als kriminell bezeichneter Migranten – als gefährlich dar.

Dimitrios Kisoudis, Grundsatzreferent der AfD-Bundestagsfraktion und damaliger Referent von Bundessprecher Tino Chrupalla (MdB, SN), äußerte sich im Rahmen seiner Wahlbewerbung für die Europawahlliste auf der AfD-Europawahlversammlung am 30. Juli 2023 in Magdeburg (ST) verunglimpfend gegenüber *„afro-amerikanischen“* Menschen in Deutschland:

[1031] Teske, Robert: Videobeitrag; veröffentlich in: Tweet vom 24.08.2024, Kanal: „RobertTeskeHB“, abgerufen am 08.11.2024.
[1032] Komning, Enrico: Facebook-Eintrag vom 07.12.2022, abgerufen am 07.12.2022.

„Deutschland gehört nicht zum Westen und Deutschland gehört nicht zum Osten. Deutschland ist das Herz von Mitteleuropa und muss zwischen Westen und Osten vermitteln. […] Und solange wir das nicht erkennen, solange taumeln wir weiter besinnungslos unter der Regenbogenfahne. Solange knien wir nieder vor einem afro-amerikanischen Drogendealer und stammeln ‚Black lives matter'! Schluss damit, wir wollen wieder aufrecht gehen! Europas Zukunft heißt nicht ‚Multikulti' und ‚Melting Pot', sondern Stolz auf das Eigene und Multipolarität."[1033]

Der Landtagsabgeordnete Sebastian Wippel (SN) stellte in einem Facebook-Eintrag vom 6. Dezember 2022 die Messerattacke im Dezember 2022 im baden-württembergischen Illerkirchberg ebenfalls als Ergebnis einer „*bunte[n] Multikultopie*" dar:

„Eritreer sticht zwei Mädchen in Illerkirchberg nieder, eines verstirbt- Die nächsten Opfer von Massenmigration und Asylindustrie! […] Das ist das beste Deutschland aller Zeiten, von welchem politisch und medial immer wieder geschwärmt wird. Das ist die bunte Multikultopie, die wir uns alle gefälligst für die Zukunft zu wünschen haben. Und vor allem: Das ist der nächste ‚Einzelfall', der auf das Konto derjenigen geht, die seit dem Jahre 2015 die ungehemmte Massenmigration in unser Land vorantreiben und gutheißen."[1034]

Wippel stellt den Zuzug von Schutzsuchenden ab 2015 als Ausgangspunkt für eine lineare und unausweichliche Entwicklung dar, in der Tötungsdelikte, so insinuiert es die Aussage „*[d]ie nächsten Opfer von Massenmigration und Asylindustrie*" in Verbindung mit dem in Anführungszeichen gesetzten Wort „*Einzelfall*", Teil der neuen Normalität würden.

Die AfD Kulmbach (BY) verbreitete am 8. Februar 2024 einen rassistischen Beitrag auf Facebook mit folgendem Wortlaut:

„Wenn ein Hund jemanden beisst, ist die ganze Rasse böse. Wenn 1.000 Gäste messern oder vergewaltigen, sind das alles Einzelfälle."[1035]

In dieser Äußerung kommt zum Ausdruck, dass die AfD Kulmbach Migrantinnen und Migranten eine pauschale Neigung zu Kriminalität unterstellt und die Bezeichnung

---

[1033] Kisoudis, Dimitrios: Redebeitrag auf der Europawahlversammlung am 30.07.2023 in Magdeburg; veröffentlicht in: www.youtube.com, abgerufen am 01.08.2023.
[1034] Wippel, Sebastian: Facebook-Eintrag vom 06.12.2022, abgerufen am 08.12.2022.
[1035] AfD Kulmbach: Facebook-Eintrag vom 08.02.2024, abgerufen am 26.06.2024.

entsprechender Straftaten als „*Einzelfälle*" grundsätzlich ablehnt. Zudem entmenschlicht sie Migrantinnen und Migranten durch den Tiervergleich.

Martin Reichardt (MdB, ST) schrieb im Januar 2023 auf Twitter (heute: X):

> *„Die linke Utopie des friedlichen Multikulturistan wurde schon 2015 in Köln vergewaltigt! In Berlin hat sie #Silvester2022 gebrannt! Immer waren die Haupttäter importierte Kriminelle!"*[1036]

Reichardt verwendet den Neologismus „*Multikulturistan*" als Synonym für die Gesamtheit gesellschaftlicher Negativentwicklungen, wobei er mit der Bezeichnung „*importierte Kriminelle*" zudem suggeriert, Zuwanderer oder jedenfalls ein Großteil von ihnen seien per se delinquent.

Am 2. Dezember 2022 fand in Zwickau (SN) eine von der AfD organisierte Demonstration unter dem Motto „Zwickau heizt ein!" statt. Der AfD-Co-Landessprecher Björn Höcke (MdL TH) äußerte in seinem Redebeitrag Folgendes:

> *„Die innere Sicherheit erodiert nicht erst seit gestern, sondern schon seit Jahrzehnten. […]. Aber die innere Sicherheit zerfällt auch, weil dieses Land seit den 60er Jahren, beginnend in Westdeutschland, zielgerichtet multikulturalisiert worden ist. […]. Und dann haben wir seit 2015 nochmal 3,5 Millionen Zuwanderer aus außereuropäischen Kontexten hinzubekommen, die wiederum nicht unsere Werte leben können oder leben wollen. […] Gruppenvergewaltigung, Messermorde […] das ist die neue Normalität im besten Deutschlands aller Zeiten. […] Nicht jeder Zuwanderer ist ein Krimineller, aber mit Blick in die Polizeistatistiken […] kann ich zusammenfassen, dass die Multikulturalisierung Deutschlands die Multikriminalisierung Deutschlands nach sich gezogen hat."*[1037]

Für Höcke ist „*Multikulturalisierung*" ein zielgerichteter Prozess der regierenden Parteien zur Destruktion organisch gewachsener, homogener Strukturen. Zwar sagt Höcke ausdrücklich, nicht jeder Zuwanderer sei auch kriminell; die Darstellung, wonach millionenfache Migration aus „*außereuropäischen Kontexten*" dazu geführt habe, dass „*Gruppenvergewaltigung, Messermorde*" die „*neue Normalität*" seien, impliziert

[1036] Reichardt, Martin: Tweet vom 03.01.2023, abgerufen am 03.01.2023.
[1037] Höcke, Björn: Redebeitrag vom 02.12.2022 in Zwickau; veröffentlicht in: www.youtube.com am 02.12.2022, Kanal: „Der blaue Kanal", abgerufen am 05.12.2022.

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung des BfV

aber die gegenteilige Botschaft, wonach doch der erhebliche – nämlich der die Normalität prägende – migrantische Teil zur Begehung von schweren Sexual- und Körperverletzungsdelikten neige. So zieht er dann auch die Schlussfolgerung, die *„Multikulturalisierung“* habe die *„Multikriminalisierung“* Deutschlands nach sich gezogen. Für Höcke sind zudem 3,5 Millionen Migranten aus außereuropäischen Kontexten integrationsunwillig oder integrationsunfähig, also von ihrem Wesen her nicht in der Lage, sich zu integrieren. Diese Aussage zielt darauf ab, Zugewanderte als gefährliches Kollektiv zu begreifen, dessen man sich erwehren müsse.

Am 5. Dezember 2022 teilte Maximilian Krah (zum damaligen Zeitpunkt Bundesvorstandsmitglied und MdEP, mittlerweile MdB, SN) einen Beitrag des damaligen thüringischen AfD-Landtagsabgeordneten René Aust (seit 2024 MdEP). Darin stellt dieser einen hohen Grad an ethnischer Homogenität als Bedingung für Sicherheit dar:

> *„Höhere Diversität ist mit erheblich mehr Konflikten verbunden. Diese Konflikte werden häufiger mit Gewalt ausgetragen. ‚Weltoffene'/Bunte Gesellschaften sind schwach, ungleich und gewalttätig.“*[1038]

Krah nutzt hier ein rhetorisches Stilmittel. Zunächst behauptet er, dass höhere Diversität mit erheblich mehr Konflikten verbunden sei. Dies konkretisiert er dann in einer die Bedeutung bereits steigernden Weise, indem er – zunächst ohne eine personelle Zuschreibung – in den Raum stellt, diese Konflikte würden häufiger mit Gewalt ausgetragen. Erst im letzten Satz beschreibt er diverse Gesellschaften dann als pauschal *„schwach, ungleich und gewalttätig“*. Hier wäre es rein wörtlich möglich, dass Krah meint, alle Teile dieser Gesellschaften seien schwach, ungleich und gewalttätig. Im Kontext seiner sonstigen Aussagen, in denen er etwa behauptet, Folgen der Migration seien Ausschreitungen, die von Migranten ausgingen (vgl. (1)), Migranten seien *„Fachkräfte für Messerstecherei“* (vgl. (2)) und *„Masseneinwanderung töte“* (vgl. (b)) ist es aber näher liegend, dass er meint, die einheimische Bevölkerung sei schwach und die Migranten, die zur Diversität der Gesellschaft führten, seien gewalttätig.

Weiterhin äußerte sich Maximilian Krah (zum damaligen Zeitpunkt Bundesvorstandsmitglied und MdEP, mittlerweile MdB, SN) wie folgt:

[1038] Krah, Maximilian: Retweet eines Tweets vom 05.12.2022, abgerufen am 07.12.2022.

„Es geht nicht um illegale #Einwanderung, es geht nicht um qualifizierte Einwanderung. Es geht darum, dass Einwanderung generell ein gefährliches Konzept ist, weil es zu unabsehbaren kulturellen und sozialen Verwerfungen führt. Einwanderung muss auf Ausnahmefälle beschränkt sein."[1039]

Die obigen Aussagen belegen, dass eine Veränderung der Bevölkerungsstruktur hin zu einer multikulturellen Gesellschaft aus Sicht von Funktionärinnen und Funktionären der AfD nicht nur zum Nachteil der einheimischen Deutschen erfolgt, sondern für diese geradezu existenzbedrohend ist. So wird neben dem „*Import*" schwerster Straftaten auch der Niedergang der Gesellschaft bis hin zur „*Auslöschung*" des deutschen Volkes prognostiziert. In Konsequenz wird Zugewanderten damit in herabwürdigender Weise unterstellt, vernichtende Folgen für Deutschland zu haben.

bb.Vorwurf einer aktiven missbräuchlichen Inanspruchnahme von Sozialleistungen

Weiterhin können aus den Äußerungen und Verlautbarungen von Funktionärinnen und Funktionären sowie Verbänden der AfD pauschalisierende Vorwürfe einer missbräuchlichen Inanspruchnahme von Sozialleistungen durch Zugewanderte herausgearbeitet werden. Die polemisch vorgebrachte Kritik an einer vermeintlichen Ausnutzung und deshalb zu befürchtenden Überforderung des Sozialsystems entfaltet dabei noch keine verfassungsschutzrechtliche Relevanz. Die Grenze ist überschritten, sofern die Vorwürfe in einer derart pauschalisierenden Weise vorgebracht werden, dass hierdurch Migrantinnen und Migranten in ihrer Gesamtheit verunglimpft und mithin erheblich abgewertet werden.

Der AfD-Bundesverband warnte in einem Facebook-Beitrag vom 7. Juli 2023 in diesem Sinne etwa vor einem „*Ausverkauf des Landes*":

> *„50.000 Anträge auf ‚Chancen-Aufenthalt' – Nur wir können den Ausverkauf des Landes stoppen! Wer sich nur lange genug der Abschiebung entzieht, wird am Ende belohnt und darf bleiben. Das ist der Kern des sogenannten Chancen-Aufenthaltsgesetzes der Ampelregierung, das seit Jahresanfang in Kraft ist. […] Und das Beste: Der Antrag einer Person reicht, um die ganze Großfamilie in ‚Germoney' unterzubringen. Es ist unglaublich, wie die Ampelregierung unsere*

[1039] Krah, Maximilian: Tweet vom 21.04.2023, abgerufen am 24.04.2023.

Heimat verramscht! […]. Wer hier Einwohner werden will, muss einfach nur warten und die Hand aufhalten."[1040]

Eine dazugehörige Grafik enthielt die Aussage:

„Bereits 50.000 Anträge auf unbeschränkten Aufenthalt: Blitzabschiebung statt Chancenaufenthalt!"[1041]

Diese Darstellung stellt das kritisierte Gesetz zunächst falsch dar. Im Gesetz wird der Nachzug der „*Kernfamilie*" geregelt, nicht von „*Großfamilien*"; auch die Behauptung, man müsse in Deutschland bloß mehr „*warten und die Hand aufhalten*", trifft so nicht zu, denn das Gesetz fordert, dass gewisse Ziele erreicht werden müssen. Die Darstellung der wohl bewusst verzerrt wiedergegebenen Änderungen im Aufenthaltsrecht differenziert zudem nicht zwischen etwa Geflüchteten, die legitime Fluchtgründe haben, und solchen, die möglicherweise gezielt und ohne Asylgrund nach Deutschland migrieren, um das hiesige Sozialsystem zu nutzen. Die Äußerung unterstellt Migrantinnen und Migranten pauschal eine missbräuchliche Inanspruchnahme der Sozialleistungen und wertet die gesamte Personengruppe als Kollektiv, das Deutschland gezielt ausnutze, ab. Mit der Aussage, die Migrationspolitik „*verramsche*" „*unsere Heimat*" behauptet der Bundesverband, Deutschland werde zu billig an Ausländer, unter anderem ausländische „*Großfamilien*", verkauft und sendet somit jedenfalls implizit die Botschaft, es werde zu einer Umkehr der Mehrheitsverhältnisse kommen und Ausländer würden künftig die „*Eigentümer*" Deutschlands sein.

Auf der Internetseite des Mitgliedermagazins AfD Kompakt wurde am 5. September 2023 im Hinblick auf die Asylpolitik folgende Aussage veröffentlicht:

„Dass sich an dieser Entwicklung nichts ändern wird, solange die Ampel regiert, zeigte uns die vergangene Woche erneut: Im Zusammenhang mit der Bürgergeld-Erhöhung werden auch alle Geldleistungen für Asylbewerber zum Januar 2024 um 12 Prozent erhöht. Deutlicher hätte man die Einladung zur massenhaften Einwanderung in die Sozialsysteme kaum aussprechen können. Gleichzeitig werden unsere Rentner mit Armutsrenten abgespeist, unsere Straßen

[1040] AfD: Facebook-Eintrag vom 07.07.2023, abgerufen am 19.10.2023.
[1041] Ebd.

und Schulen dem Verfall preisgegeben und unsere Arbeitnehmer mit Inflation und CO2- Besteuerung in die Verarmung getrieben."[1042]

Eine beigefügte Grafik enthielt die Aussage:

> *„Asylzahlen explodieren: Remigration statt noch mehr Asylchaos!"*[1043]

Geflüchteten wird damit pauschal ihr Fluchtgrund abgesprochen, indem suggeriert wird, ihre Zuwanderung sei rein wirtschaftlich motiviert. Gleichzeitig wird ihnen die Verantwortung für relevante gesellschaftlich-politische Probleme zugeschrieben.

Die AfD-Co-Bundessprecherin und Bundestagsabgeordnete Alice Weidel (BW) behauptete in einem Facebook-Eintrag vom 16. Dezember 2022, dass die *„deutschen Sozialsysteme"* mit Migrantinnen und Migranten *„geflutet"* würden:

> *„Herr Stamp steht auf verlorenem Posten in einer Regierung, die alles tut, um irreguläre Migration nach Deutschland und in die deutschen Sozialsysteme zu ermuntern und anzuheizen, die mit der Verramschung der deutschen Staatsbürgerschaft vollendete Tatsachen schafft und großzügig Aufenthaltstitel an Migranten verteilt, die von Rechts wegen längst hätten gehen müssen.[…] Trotz millionenfacher Netto-Einwanderung herrscht Arbeitskräftemangel, die mit nicht integrationsfähigen Migranten gefluteten Sozialsysteme stehen vor dem Kollaps, und die innere Sicherheit löst sich in einem Klima der alltäglichen Migrantengewalt und der Terrorisierung der Bevölkerung durch angebliche ‚Schutzsuchende' auf. Der Kippunkt, hinter dem eine Korrektur dieser unhaltbaren Verhältnisse nicht mehr möglich ist, steht unmittelbar bevor."*[1044]

Weidel negiert durch die Verwendung des Wortes *„angebliche"* und der Anführungszeichen bei *„Schutzsuchende"* die individuelle Schutzwürdigkeit von Geflüchteten. Sie stellt Zugewanderte hier im Gegenteil in Gänze als mannigfaltige Gefahr dar: einerseits für den Bestand und die Funktionsfähigkeit der Sozialsysteme, andererseits für die bisher vermeintlich noch existierende Sicherheit. Weidel stilisiert Migrantinnen und Migranten damit per se als Bedrohung.

[1042] AfD Kompakt: „Asylanträge in Europa: Anstieg um 28 Prozent!" vom 05.09.2023, in: https://afd-kompakt.de, abgerufen am 08.12.2023.
[1043] Ebd.
[1044] Weidel, Alice: Facebook-Eintrag vom 16.12.2022, abgerufen am 12.01.2023.

Eugen Schmidt (zum damaligen Zeitpunkt MdB, NW) beschrieb in einem Telegram-Beitrag den vermeintlich quantitativen Anstieg von „*Sozialmigranten*" innerhalb weniger Monate:

> *„Die Zahl der Sozialmigranten, die in das gelobte Land Deutschland strömen, ist in den letzten Monaten sprunghaft angestiegen. […] Hinzu kommen noch rund 1 Millionen Flüchtlinge aus der Ukraine, von denen viele echten Schutz suchen, einige aber leider aktiven Sozialtourismus betreiben und sich am Selbstbedienungsladen der Bundesrepublik bereichern […] Während Millionen Deutsche in diesem Winter vermutlich frieren müssen, werden die Migranten wieder von der Bundesregierung voll versorgt. Deshalb machen sich täglich tausende kulturfremde Menschen über den Balkan auf den Weg in die Bundesrepublik. […] Die Grenzen müssen endlich dichtgemacht werden, unser Grenzschutz muss massiv verstärkt werden. […] Wir müssen von einem Sozialparadies für Nicht-Schutzbedürftige zu einer Asylwüste werden – Festung Europa!"*[1045]

Zwar differenziert Schmidt in seinen Aussagen zwischen schutzbedürftigen Geflüchteten und Migrantinnen und Migranten, die Sozialleistungen missbräuchlich in Anspruch nähmen. Dennoch zeichnet er im Verlauf seiner Ausführungen ein Szenario, nach dem „*Millionen Deutsche*" während des Winters wegen Energieknappheit frieren müssten, wohingegen „*Migranten*" vollumfängliche Sozialleistungen erhielten, und schürt damit gezielt Unmut gegenüber dieser Personengruppe.

Maximilian Krah (zum damaligen Zeitpunkt Bundesvorstandsmitglied und MdEP, mittlerweile MdB, SN) teilte am 20. September 2023 folgenden Tweet:

> *„Die 250.000 ‚Schutzsuchenden', die dieses Jahr in unser Land kommen, sind zu einem nicht geringen Teil eigentlich Schatzsuchende."*[1046]

Die AfD-Landtagsfraktion Bayern schrieb am 28. Juni 2023 auf Facebook:

> *„Austausch der Bevölkerung schreitet rasant voran. - Qualifizierte Deutsche wandern aus, während doppelt so viele Migranten unseren Sozialstaat stürmen […] Wer genauer hinschaut erkennt jedoch, dass vor allem die Nettozuwanderung aus muslimischen Ländern wie Syrien, Afghanistan und der Türkei extrem*

[1045] Schmidt, Eugen: Telegram-Beitrag vom 18.10.2022, abgerufen am 18.10.2022.
[1046] Krah, Maximilian: Retweet eines Tweets vom 20.09.2023, abgerufen am 25.09.2023.

> *angestiegen ist. Bei der Zuwanderung aus EU-Staaten sind Rumänien, Polen und Bulgarien die Spitzenreiter. Auffallend ist dass eine große Anzahl qualifizierter Fachkräfte Deutschland den Rücken kehren, Gleichzeitig kamen mehr als doppelt so viele Menschen aus fremden Ländern zu uns, welche vor allem die Vorzüge des deutschen Sozialstaates genießen wollen. So kann es nicht weitergehen! Dieser Austausch der deutschen Bevölkerung durch immer mehr Sozialhilfebezieher muss endlich gestoppt werden. Nur die AfD-Fraktion setzt sich im Bayerischen Landtag gegen die Überfremdung unseres Landes und die Zerstörung des Sozialstaates ein. Die Lösung heißt Remigration und Abschiebung nicht berechtigter Migranten!"*[1047]

Der AfD-Kreisverband Dachau (BY) teilte den Beitrag im Nachgang. [1048]

Die bayerische AfD-Landtagsfraktion rekurriert hier auf das Narrativ des Großen Austauschs und postuliert, dass hochqualifizierte Deutsche das Land verließen, während vornehmlich geringqualifizierte Migrantinnen und Migranten nach Deutschland kämen. Dabei werden diese Personen mit der metaphorischen Beschreibung, wonach sie den Sozialstaat *„stürmten"* und zuzögen, um *„vor allem die Vorzüge des deutschen Sozialstaates [zu] genießen"*, als bedrohliches Kollektiv dargestellt, das im Ergebnis zerstörerische Auswirkungen für die autochthone deutsche Bevölkerung (*„Austausch der deutschen Bevölkerung durch immer mehr Sozialhilfebezieher"*) habe.

Der Bundestagsabgeordnete Karsten Hilse (SN) äußerte bei einer Gedenkveranstaltung des AfD-Kreisverbands Bautzen (SN) zum 70. Jahrestag des Volksaufstandes in der DDR auf dem Marktplatz in Pulsnitz (SN):

> *„Und da kommen natürlich bei denen, bei dem Rest, kommen natürlich auch die dazu, die noch nie in unsere Sozialsysteme eingezahlt haben, die also zuhauf, zu Hunderttausenden jährlich nach Deutschland kommen, sich aber nicht beteiligen wollen an unserer Gesellschaft. Die wollen unsere Kultur nicht, sich an unsere Kultur nicht anpassen, nicht an unsere Traditionen anpassen und so weiter und so fort, sondern sie kommen nur her, um sich in die soziale Hänge-*

[1047] AfD-Landtagsfraktion Bayern: Facebook-Eintrag vom 28.06.2023, abgerufen am 17.07.2023. (Doppelverwendung des Belegs aus Kapitel E. I. 1. a. bb.)
[1048] Ebd.

matte zu legen, und ab und zu zücken sie ein Messer und stechen irgendjemanden von uns ab. Und das muss natürlich auch aufhören. Und wir als AfD sind die einzig ernstzunehmende Partei, die dafür kämpft, dass die Migrationskrise endlich beendet wird. Wir brauchen eine Abschiebeinitiative.“[1049]

Hilse konstruiert in verunglimpfender Weise sämtliche Migrantinnen und Migranten als passive, integrationsunwillige und kriminelle Subjekte, die ausschließlich nach Deutschland kämen, um von Sozialleistungen zu leben („*Soziale Hängematte*“), „*ab und zu*“ Tötungsdelikte zu begehen, weshalb er deren Aufenthalt in Deutschland mittels einer „*Abschiebeinitiative*“ beenden möchte.

Dirk Spaniel (zum damaligen Zeitpunkt MdB, BW) veröffentlichte am 9. Oktober 2023 einen Tweet mit folgendem Wortlaut:

> *„Keine Sorge liebe deutsche Mitbürger, weitere Hunderte von antisemitischen Sozialbetrügern sind dank der Ampel auf dem Weg nach #Deutschland...*
> *Das ändert sich erst, wenn die #AfD eine #Regierung stellen kann. Dazu braucht sie qualifizierte Mehrheiten!“*[1050]

Der Co-Landessprecher der AfD Thüringen, Björn Höcke (MdL TH), zog im Lichte der Messerattacke in Brokstedt (SH) in einem Facebook-Eintrag vom 26. Januar 2023 die Schutzwürdigkeit von Geflüchteten in Zweifel:

> *„Die Morde im RE 70 von Kiel nach Hamburg. Sie kommen als ‚Schutzsuchende‘, sie bleiben als Straftäter. […] Versprochen wurden uns ‚Fachkräfte‘, bezahlen tun wir überwiegend Sozialtouristen, die darüber hinaus viel zu oft eine Gefahr für unsere Gesellschaft, ja – mit Blick auf die letzten Silvesterkrawalle – sogar für die Stabilität des Staates sind. […] Klar ist: Mit dem Staatsversagen schreitet der Staatsverfall voran.“*[1051]

Auch hier wird die Schutzbedürftigkeit von Geflüchteten durch die Verwendung von Anführungszeichen generell infrage gestellt – sie werden als Sozialtouristen bezeichnet, die eine Gefahr für die nunmehr selbst angeblich schutzbedürftige autochthone Bevölkerung darstellten.

[1049] Hilse, Karsten: Rede anlässlich des 70. Gedenktages des DDR-Volksaufstandes bei der Veranstaltung des KV Bautzen in Pulsnitz am 17.06.2023; veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „Frank Chruschtschow“, abgerufen am 19.06.2023.
[1050] Spaniel, Dirk: Tweet vom 09.10.2023, abgerufen am 17.11.2023.
[1051] Höcke, Björn: Facebook-Eintrag vom 26.01.2023, abgerufen am 30.01.2023.

Der sächsische Landtagsabgeordnete Jörg Urban teilte auf Facebook einen Beitrag des sächsischen AfD-Landesverbands, in dem ebenfalls ein Zusammenhang zwischen einer vermeintlich finanziell motivierten Migration und dem Narrativ des Großen Austauschs hergestellt wird:

> *„Bestandserhaltungs-Migration = Volksaustausch? Dresden 2022. Heute kamen die ersten Sozialsystem-Migranten - alles junge Männer aus den bekannten und vorrangig islamischen Asylherkunftsländern - in der neuen ‚Asylunterkunft' […] an. […] Wir brauchen einen sofortigen Aufnahmestopp für unsere Landeshauptstadt und die klare Ansage an die Landesregierung, sofort mit massiven Abschiebungen zu beginnen."*[1052]

Diese Aussage lässt – durch die pauschale Formulierung „*Sozialsystem-Migranten – alles junge Männer*" den Schluss zu, dass bestimmte Bevölkerungsgruppen systematisch rückgeführt werden sollen, unabhängig von ihrer individuellen und vom Gesetz festgelegten Schutzbedürftigkeit. Denn es erscheint unwahrscheinlich, dass es sich bei allen Personen, auf die Urban hier Bezug nimmt, tatsächlich um männliche Migranten ohne anerkannte Asylgründe handelte. Indem aber alle als solche bezeichnet werden und sie alle von „*massiven Abschiebungen*" betroffen sein sollen, zielt Urban hier auf eine grundsätzliche Schlechterstellung einer bestimmten Bevölkerungsgruppe aufgrund ihrer Herkunft ab.

Auch in folgenden Äußerungen wird Migrantinnen und Migranten – jedenfalls aus bestimmten Regionen – pauschal eine proaktive, integrationswillige Lebensweise ab- und dafür eine gezielt missbräuchliche Inanspruchnahme der Sozialleistungen zugesprochen:

Der damalige Beisitzer im Bundesvorstand und Europaabgeordnete Maximilian Krah (mittlerweile MdB, SN) schrieb in einem Tweet vom 20. August 2023:

> *„Die Sozialkassen finanzieren die Migranten – und locken deshalb umso mehr an. Die Deutschen werden im eigenen Land ausgeplündert, um die Einwanderung zu bezahlen, die ihnen Wohlstand und Heimat nimmt."*[1053]

Daniel Halemba (MdL BY) erklärte am 1. November 2024 auf X:

[1052] Urban, Jörg: Facebook-Eintrag vom 15.12.2022, abgerufen am 16.12.2022. (Doppelverwendung des Belegs aus Kapitel E. I. 1. a. bb.)
[1053] Krah, Maximilian: Tweet vom 20.08.2023, abgerufen am 31.08.2023.

> *„Migration aus Nahost / Afrika ist ein Nettoverlust für uns. Das weiss jeder. Wir dürfen uns jetzt nicht nur um viele Alte, sondern auch um viele versorgungshungrige Migranten kümmern. Die Einwanderung hat unsere Probleme noch verschlimmert."*[1054]

Migrantinnen und Migranten aus den genannten Regionen werden hier besonders herausgegriffen und auf ihre Kostenverursachung reduziert, womit ihnen der Fluchtgrund impliziert verallgemeinernd abgesprochen wird.

Auf dem politischen Aschermittwoch am 22. Februar 2023 in Osterhofen (BY) hielt der bayerische AfD-Landesvorsitzende Stephan Protschka (MdB, BY) eine Rede mit folgendem Inhalt:

> *„Und wenn wir keine Festung Europa nicht hinbekommen, dann müssen wir eine Festung Deutschland bauen, meine Damen und Herren. Das ist unser Land und es muss jedem bewusst sein. […] Aber liebe Syrer, geht doch nach Hause. […] Wir haben seit 2015 einen Zuwachs von über vier Millionen Menschen. Wir können keinen Fachkräftemangel mehr haben. Was ist denn 2015 gekommen: Raketenwissenschaftler, Ärzte, Mediziner, Krankenschwestern und was ist alles gekommen… Ingenieure. Wo sind die ganzen Leute? Keiner will arbeiten von denen. […] Sollte es vielleicht so weit kommen wie in Lörrach – Lörrach ist Ihnen ein Begriff, Baden-Württemberg – da werden Mieter aus städtischen Wohnungen rausgeworfen, um für die Migranten Platz zu machen. Die Deutschen müssen Platz machen, damit die Migranten Platz haben. Ist das unser Land? Wollen wir das? Ich will so was nicht, meine Damen und Herren. [Rufe aus Publikum: ‚Abschieben!'] Das ist eine …– ja, Abschieben ist die einzige Möglichkeit! […] Die Leute, die im Café sitzen und auf Eure Kosten Kaffee trinken, das sind die sogenannten Flüchtlinge. Nein, stopp – Fachkräfte hat man sie früher noch genannt. Das sind die Fachkräfte, die wissen, wie man vom Arbeitsamt, vom Sozialamt Geld bekommt. Aber die wissen nicht, wie ein Hammer oder Fäustling ausschaut, schon gar nicht, wie der Schraubenzieher oder wie Arbeit ausschaut."*[1055]

[1054] Halemba, Daniel: Kommentar zum Tweet vom 01.11.2024, abgerufen am 03.11.2024. (Doppelverwendung des Belegs aus Kapitel F. I. 1. a.aa.)

[1055] Protschka, Stephan: Redebeitrag auf dem politischen Aschermittwoch am 22.02.2023 in Osterhofen; veröffentlicht in: www.youtube.com am 22.02.2023, Kanal: „Deutschland Kurier", abgerufen am 28.02.2023.

Bernhard Zimniok (zum damaligen Zeitpunkt MdEP, BY) wird auf der Facebook-Seite der AfD im EU-Parlament am 8. Juni 2023 folgendermaßen zitiert:

> *„+ + + Horrorplan: Ganze EU soll zu Multikulti-Shithole werden! + + +*
>
> *Kürzlich hat das EU-Parlament in einem beispiellosen antidemokratischen Akt mehrere Berichte zum Migrationspakt ohne Debatte positiv beschieden. Illegale Migration und Familiennachzug sollen erleichtert werden, die Kommission mehr Befugnisse erhalten, Abschiebungen erschwert werden. Wohin das führt, stellt Bernhard Zimniok unmissverständlich klar: ein Multikulti-Shithole!“*[1056]

Matthias Moosdorf, AfD-Bundestagsabgeordneter aus Sachsen, schrieb auf Facebook in massiv abwertender Weise am 3. Januar 2023:

> *„Deutschland auf dem Weg zum Shithole-country. Fachkräfte, das Gold aus den Schiffen, sucht man hier vergebens.“*[1057]

Der Begriff *„Shithole-country“* zur Beschreibung des aus Zuwanderung resultierenden Folgezustands ist in besonderer Weise herabwürdigend und diffamiert Migrantinnen und Migranten als minderwertige Menschen.

Am 14. Januar 2023 wurde auf dem YouTube-Kanal „Kanal Schnellroda“ eine Folge der Gesprächsreihe „Am Rande der Gesellschaft“ veröffentlicht. Als Gast war Maximilian Krah (zum damaligen Zeitpunkt Bundesvorstandsmitglied und MdEP, mittlerweile MdB, SN) eingeladen. Er äußerte bezugnehmend auf Afrikaner und Menschen aus dem Mittleren Osten:

> *„Sie sind deshalb da, weil sie anstrengungslos Geld bekommen durch den Sozialstaat und sie sind hier da, weil sie eine gewisse sexuelle Libertinage und auch eine strafrechtliche Libertinage in Anspruch nehmen.“*[1058]

Eine pauschale Stigmatisierung von Zugewanderten als *„Plünderer des Sozialstaats“* tätigte Björn Höcke (MdL TH) am 2. Dezember 2022 während einer Demonstration unter dem Motto „Zwickau heizt ein!“ in Zwickau (SN):

[1056] AfD im EU-Parlament: Facebook-Eintrag vom 08.06.2023, abgerufen am 27.07.2023.
[1057] Moosdorf, Matthias: Facebook-Eintrag vom 03.01.2023, abgerufen am 13.01.2023.
[1058] Krah, Maximilian: Folge 33 der Gesprächsreihe „Am Rande der Gesellschaft“; veröffentlicht in: www.youtube.com am 15.01.2023, Kanal: „Kanal Schnellroda“, abgerufen am 16.01.2023.

„Es beschädigt unser Volksvermögen […] unsere Sozialversicherungssysteme einfach für Millionen unqualifizierte Zuwanderer zu öffnen, die direkt in die Sozialversicherungssysteme einwandern, sie also mehr oder weniger zur Plünderung freizugeben. Und das vor allen Dinge vor dem Hintergrund, dass Millionen Alte, die dieses Land aufgebaut haben […] in Altersarmut versinken."[1059]

Der AfD-Bundesschatzmeister Carsten Hütter (MdL SN) behauptete in einem Facebook-Post vom Februar 2023 eine vermeintliche „*Verdrängung*" deutscher Mieter zugunsten von „*vermeintlichen Flüchtlingen*":

> *„Der Wahn, Migranten aus aller Welt hierzulande ein Nest auf Steuerzahlerkosten zu bauen und dafür die eigenen Bürger mit Füßen zu treten, hat damit einen neuen, traurigen Höhepunkt erreicht. […] Die Verdrängung von Mietern zugunsten von vermeintlichen Flüchtlingen gewinnt System. Dass es auch die Schwächsten trifft, ist besonders bitter. Denn die rausgeworfenen Senioren haben dieses Land mit aufgebaut - und sie haben den Wohlstand erarbeitet, der nun von der Ampel und ihren Mittätern so großzügig an andere verschenkt wird."*[1060]

Die AfD-Co-Bundessprecherin Alice Weidel (MdB, BW) schürte mit einem Facebook-Post vom 31. März 2023, in dem sie angeblich zunehmende „*Verteilungskämpfe und soziale[n] Verwerfungen*" als Folge der deutschen Migrationspolitik anprangerte, Ablehnung gegenüber Zugewanderten.[1061]

Am 19. Juli 2022 veröffentlichte der AfD-Kreisverband Erding (BY) einen Beitrag mit folgendem Text:

> *„Auf der Balkanroute sollen sich aktuell etwa 45.000 Menschen befinden, so die österreichische Kronenzeitung. In Serbien, knapp 10 Kilometer vor der ungarischen Grenze, kam es zu einem bemerkenswerten Einsatz einer Anti-Terror-Einheit: Etwa 40 Migranten wurden festgenommen und entwaffnet. Ein Arsenal von automatischen Sturmgewehren, Pistolen, Messern, Macheten, Munition sowie Rauschgift und gefälschte Pässe wurden sichergestellt. Ist dieses*

[1059] Höcke, Björn: Redebeitrag vom 02.12.2022; veröffentlicht in: www.youtube.com am 02.12.2022, Kanal: „Der blaue Kanal", abgerufen am 05.12.2022.
[1060] Hütter, Carsten: Facebook-Eintrag vom 28.02.2023, abgerufen am 17.10.2023.
[1061] Weidel, Alice: Facebook-Eintrag vom 31.03.2023, abgerufen am 16.10.2023.

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung des BfV

Equipment notwendig, um sich auf der Reise ins gelobte Land (Germoney) gegen die Widrigkeiten der Natur zur Wehr zu setzen, beispielsweise Wölfe oder Bären? Oder sind das die versprochenen Fachkräfte, die so dringend in den Sicherheitsbereichen an den Flughäfen benötigt werden? Wenn Zweiteres: Vorbildlich! Die bringen ja sogar schon ihr eigenes Arbeitsmaterial mit!"[1062]

Der Vorwurf der Einwanderung in deutsche Sozialsysteme gegenüber Zugewanderten soll Neid und Ablehnung hervorrufen; er macht die Betroffenen böswillig verächtlich. Denn durch die kontinuierliche Agitation, gerade in Verbindung mit der menschenwürdewidrigen pauschalen Degradierung von Zugewanderten als „*Sozialmigranten*", wird letztlich diese Personengruppe in Gänze als ausnehmende Belastung dargestellt.

cc. Zuschreibung okkupatorischer Absichten bzw. der Übernahme Deutschlands

In den Aussagen von Funktionärinnen und Funktionären, Mitgliedern sowie Organisationsstrukturen der AfD werden Migrantinnen und Migranten regelmäßig auch okkupatorische Absichten zugeschrieben. Sie werden dabei unter anderem als „Invasoren" und „Eindringlinge" bezeichnet und es wird ihnen vorgeworfen, Deutschland „erbeuten" zu wollen. Der Begriff Invasion, verstanden als ein militärisches Eindringen feindlicher Truppen in fremde Räume, stellt damit das Szenario eines überfallartigen, massenhaften und feindlichen Eindringens von Geflüchteten nach Deutschland dar. Teils wird auch beschrieben, dass Deutschland sich zum Siedlungsgebiet wandele. Der Begriff „Invasor" legt demnach auch nahe, dass es gerechtfertigt sei, die Personen gewaltsam aus dem eigenen Lebensbereich zurückzudrängen.[1063]

Der AfD-Bundesverband schrieb beispielsweise in einem Facebook-Beitrag vom 2. August 2023:

> *„Während die CDU unser Land weiterhin mit Kriminellen und Wirtschaftsflüchtlingen flutet, vertuscht sie ihre Verantwortung mit Ablenkungsmanövern: [...] Der Trend ist klar: Einerseits sollen wir in unseren Freizeit-Einrichtungen immer*

[1062] AfD-Kreisverband Erding: Facebook-Eintrag vom 19.07.2022, abgerufen am 18.07.2022.
[1063] OVG NRW, Urt. v. 13.05.2024, 5 A 1218/22 (AfD), juris, Rn. 234.

stärker überwacht werden und wie in einem Hochsicherheitstrakt leben. Andererseits darf halb Afrika widerstandslos über die deutsche Grenze spazieren und sich unser Land als Beute nehmen."[1064]

Unter völliger Übertreibung der Migrationszahlen aus Afrika unterstellt der AfD-Bundesverband hier allen afrikanischen Migrantinnen und Migranten pauschal, Deutschland erbeuten zu wollen, und stellt diese Bevölkerungsgruppe als bedrohliches, die einheimische Bevölkerung verdrängendes und ausbeutendes Kollektiv dar.

Der AfD-Landesverband Nordrhein-Westfalen schrieb in einem Facebook-Beitrag vom 11. November 2021 bereits, Deutschland sei *„keine frei verfügbare Siedlungsregion, die sich Migranten aus Afrika und Nahost straflos zur Beute machen dürfen"*.[1065]

Die Aussage insinuiert pauschal, Migrantinnen und Migranten aus Afrika und Nahost kämen zuvorderst oder gar nur mit Ziel nach Deutschland, dieses Land zu erobern und auszubeuten.

In einem Interview mit dem Heimatkurier, das am 12. März 2023 veröffentlicht wurde, äußerte René Springer (MdB, BB):

> *„Dieser wahnhafte Drang, Deutschland nur noch als Siedlungsgebiet für fremde Völker zu betrachten und dieses überhebliche Sendungsbewusstsein, der ganzen Welt das eigene Übel aufzuzwingen, wird gern mit superhumanistischen Begründungen kaschiert."*[1066]

Am 11. August 2024 fand in Zossen (BB) eine Wahlkampfveranstaltung der AfD Brandenburg statt. Der Spitzenkandidat Hans-Christoph Berndt (MdL BB, Fraktionsvorsitzender) äußerte dort:

> *„Wir wissen, dass wir die Schönheit unseres Landes, die Kultur unseres Landes […] denjenigen verdanken, die vor uns gelebt haben, den Mühen und den Künsten unserer Vorfahren. […] Und weil wir das empfinden, haben wir auch ein Empfinden dafür, dass wir deshalb verpflichtet sind, auch den nachfolgenden Generationen ein Land zu hinterlassen, in dem sie zu Hause sind. In dem sie sich entwickeln können. Ein Land, in dem sie als Deutsche wie Deutsche leben*

[1064] AfD: Facebook-Eintrag vom 02.08.2023, abgerufen am 19.10.2023.
[1065] AfD NRW: Facebook-Eintrag vom 11.11.2021, abgerufen am 15.11.2021.
[1066] Heimatkurier: „René Springer (AfD): ‚Wir stellen uns dem antideutschen Block entgegen!'" vom 12.03.2023, in: www.heimat-kurier.at, abgerufen am 16.03.2023.

können und in dem sie nicht sich den Speisevorschriften, den Bekleidungsvorschriften und den Ehrvorschriften von irgendwelchen Beduinen unterwerfen müssen, sondern als Deutsche und Europäer leben können. […] Deutschland ist das Land der Deutschen und Deutschland soll das Land der Deutschen bleiben. Wir wollen, dass unsere Jugend in Deutschland ihre Heimat behält und sich nicht irgendwelchen Zuwanderern unterwerfen muss. […]

Alle anderen Parteien […] haben sich vom deutschen Volk verabschiedet. Sie haben sich vom deutschen Nationalstaat verabschiedet. Sie wollen, dass wir aufgehen in einer EU und Weltgemeinschaft. Sie wollen Deutschland zum internationalen Siedlungsgebiet machen."[1067]

In einem Interview mit AUF1 vom 21. August 2024 äußerte sich Berndt in sehr ähnlicher Weise:

> *„Was uns, glaube ich, auch fundamental unterscheidet von allen anderen Parteien – Altparteien – ist, dass wir eben ein klares Bewusstsein dafür haben, dass wir unser Land verdanken und unsere Entwicklung verdanken den Mühen und der Arbeit unserer Vorfahren. Und dass daraus auch resultiert eine Verpflichtung, dass Deutschland, dass Brandenburg, dass Thüringen, dass Sachsen auch für die kommenden Generationen eine Heimat sind. Dass sie sich nicht unterwerfen müssen, irgendwelchen Zuwanderern, sondern hier nach unserer Art leben können, dass sie hier ihre Heimat haben. Das ist eine Verpflichtung, die wir alle haben, aufgrund – wegen der vielen Mühen unserer Vorfahren, die unser Land immer wieder aus den Trümmern aufgebaut haben."*[1068]

Die AfD-Fraktion im Kreistag Altötting (BY) kommentierte einen Videobeitrag auf ihrer Facebook-Seite in migrationsfeindlicher Weise:

> *„Die holen keine ‚Flüchtlinge' sie holen Leute zum Neuansiedeln..."*[1069]

Thomas Herrig, zum damaligen Zeitpunkt Beisitzer im Vorstand der Jungen Alternative Schleswig-Holstein, veröffentlichte einen Tweet mit folgender Botschaft:

[1067] Berndt, Hans-Christoph: Redebeitrag am 11.08.2024 in Zossen (BB); veröffentlicht in: www.youtube.com am 11.08.2024, Kanal: „Berlinchen Tinchen", abgerufen am 13.08.2024.

[1068] Berndt, Hans-Christoph: Interview mit AUF1 vom 21.08.2024; veröffentlicht in: https://auf1.tv am 11.08.2024, abgerufen am 22.08.2024.

[1069] AfD-Fraktion Kreistag Altötting: Videobeitrag; veröffentlicht in: Facebook-Eintrag vom 13.06.2023, Kanal: „Afd Fraktion Kreistag Altötting", abgerufen am 01.08.2023.

„Es ist eine schwarzafrikanische Invasion Europas was wir in diesen Zeiten erleben. #Melilla ist nur ein Teil davon. Stabiler Grenzschutz ist Nötig zum Schutz unserer Gesellschaften.“[1070]

Melilla ist eine spanische Stadt an der Grenze zu Marokko, in welcher im Jahr 2022 Migranten den Grenzzaun stürmten und versuchten, ihn zu überwinden.

Siegbert Droese (bis 2021 MdB, seit Juni 2024 MdEP, SN) schrieb in einem Tweet vom 12. September 2023 über die Lage vor Lampedusa:

> *„D-Day unserer Tage. Es ist eine Invasion und das Tag für Tag und Nacht für Nacht. Wer etwas anderes sagt verkennt den Ernst der Lage oder ist ein Scharlatan.“*[1071]

In einem Tweet vom 17. September 2023 spricht Droese ebenfalls von Zuwanderern als „*Invasoren*“.[1072]

Gunnar Lindemann (Landesvorstandsmitglied BR und MdA) schrieb in einem Tweet vom 14. September 2023:

> *„#Europa wird in #Lampedusa von illegalen Invasoren überrannt. Es ist dringend Zeit für ein Rückführungsprogramm. Diese Menschen müssen unverzüglich nach Afrika zurückgebracht werden. Wir brauchen die Festung Europa.“*[1073]

Gleichermaßen äußerte sich auch der damalige Beisitzer im Bundesvorstand und Europaabgeordnete Maximilian Krah (mittlerweile MdB, SN) in einem Tweet vom 15. September 2023:

> *„#Lampedusa. Es ist eine Invasion. Und anstatt Europa zu verteidigen, planen unsere Politiker die Weiterleitung. vor allem nach Deutschland.*
>
> *Nur die #AfD kann den Irrsinn stoppen und damit Deutschland erhalten.“*[1074]

Der AfD-Bundesverband sendete einen Retweet vom Beitrag Krahs.[1075]

Krah wiederholte seine Behauptung einer stattfindenden „*Invasion*“ in einem Tweet vom 16. September 2023.[1076]

[1070] Herrig, Thomas: Tweet vom 27.06.2022, abgerufen am 16.02.2023.
[1071] Droese, Siegbert: Tweet vom 12.09.2023, abgerufen am 13.09.2023.
[1072] Droese, Siegbert: Tweet vom 17.09.2023, abgerufen am 18.09.2023.
[1073] Lindemann, Gunnar: Tweet vom 14.09.2023, abgerufen am 20.09.2023.
[1074] Krah, Maximilian: Tweet vom 15.09.2023, abgerufen am 25.09.2023.
[1075] AfD: Retweet eines Tweets vom 15.09.2023, abgerufen am 12.12.2023.
[1076] Krah, Maximilian: Tweet vom 16.09.2023, abgerufen am 25.09.2023.

Am 18. September 2023 verkündete Krah auf X (ehemals Twitter):

> *„Entweder diese Invasion wird gestoppt – schnell!- oder Europa ist tot. Die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Eliten bejubeln diesen Untergang, weil sie die eigene Kultur und Herkunft hassen, Deshalb darf man nicht an sie appellieren, sondern muss sie ersetzen.“*[1077]

Auch Jan Wenzel Schmidt (MdB, ST) schrieb am 13. September 2023 auf X von einer „*Invasion*“ durch Zugewanderte und verband dies mit einer Forderung nach Rückführung dieser und Errichtung einer „*Festung Europa*“:

> *„Gestern sind auf Lampedusa 5.000 Migranten aus Afrika an einem einzigen Tag gelandet: Europa erlebt eine #Invasion. Für die Zukunft unserer Heimat brauchen wir eine #FestungEuropa und #Remigration!“*[1078]

Gunnar Lindemann (Landesvorstandsmitglied BR und MdA) bezeichnete Geflüchtete in einem Tweet vom 1. August 2022 als „*Invasoren*“:

> *„49 841 bereits in #Griechenland anerkannte Invasoren haben lt. dt. Innenministerium in #Deutschland erneut Asyl beantragt. Und sie dürfen hier bleiben, weil es in Griechenland, wo Deutsche Urlaub machen, so schlimm ist. Es gibt halt mehr Geld in Germoney.“*[1079]

Maximilian Krah (zum damaligen Zeitpunkt Bundesvorstandsmitglied und MdEP, mittlerweile MdB, SN) teilte den Beitrag.[1080]

Martin Sichert (MdB, BY/NI)[1081] schrieb in einem Telegram-Beitrag vom 7. Mai 2024:

> *„Vor fast 10 Jahren hat die damalige Merkel-Regierung unser Land Invasoren aus dem Nahen Osten freigegeben. Erstmals in der Geschichte hat ein Land Eroberern nicht nur Tür und Tor eröffnet, sondern sie mit Unterkünften und Geld der eigenen Bevölkerung ausgestattet. Folge: Terror, Gewalt und Bevölkerungsersetzung. […] Es ist höchste Zeit für eine Politik, die an der Grenze feindselige Invasoren stoppt und sie gar nicht erst ins Land lässt.“*[1082]

[1077] Krah, Maximilian: Tweet vom 18.09.2023, abgerufen am 25.09.2023.
[1078] Schmidt, Jan Wenzel: Tweet vom 13.09.2023, abgerufen am 14.09.2023.
[1079] Lindemann, Gunnar: Tweet vom 01.08.2022, abgerufen am 01.08.2022.
[1080] Ebd.
[1081] Martin Sichert zog im Jahr 2021 zunächst über die Landesliste der AfD Baden-Württemberg in den Bundestag ein, im Februar 2025 dann über die Landesliste der AfD Niedersachsen.
[1082] Sichert, Martin: Telegram-Beitrag vom 07.05.2024, abgerufen am 07.05.2024.

Auch Jan Wenzel Schmidt (MdB, ST) nutzte in mehreren auf Telegram veröffentlichten Beiträgen, die sich mit der Migrationspolitik befassten, den Begriff „*Migranten-Invasion*".[1083]

Am 21. November 2023 veröffentlichte Sören Schwarzer (ehemaliger Beisitzer im Bundesvorstand der Jungen Alternative) eine Instagram-Story mit dem Foto einer Straße, auf welcher mehrere nicht-weiße Menschen gehen. Dazu schrieb er:

> *„Die Invasion der Barbaren ist im vollen Gange"*[1084]

Martin Renner (MdB, NW) schrieb in einem Facebook-Post vom 11. November 2021 zu Sankt Martin in Anbetracht der Migrationssituation von einer „*Invasoren-Problematik*":

> *„Die heutigen Politiker - obwohl schon lange vom wahren christlichen Glauben abgefallen - benutzen regelmäßig die Mantelteilung des Heiligen um Barmherzigkeit und Nächstenliebe gegenüber den in unser Land hereinbrechenden Migranten von den Bürgern einzufordern. Aber dieser Ansatz ist grundsätzlich verlogen, schief und in die Irre führend. [...] Auch und gerade in Zeiten der Invasoren-Problematik der neuerlich hierher Hereindrängenden. Mitmenschlichkeit ist und bleibt eine individuelle Angelegenheit und kein staatlich aufgeplusterter und durch Scheinargumente vorgetragener Popanz, der die christlich begründete Pflicht zur Eigenvorsorge und Eigenverantwortung des Individuums, seiner Familie und auch seiner Gemeinde - auch Subsidiarität genannt - negiert und auch zerstören will. Aus welchen Gründen auch immer."*[1085]

Thomas Dietz (MdB, SN) äußerte sich am 15. November 2021 auf Facebook in fremden- und muslimfeindlicher Weise über den Grenzkonflikt zwischen der EU und Belarus:

> *„Humitätsgerede fehl am Platz [...] Frau Käßmann weiß, dass in der ersten Etappe Frauen und Kinder vorgeschickt werden. Mit ihnen produzieren Menschenhändlerbanden die Bilder, die man zur Grenzöffnung braucht, damit muslimische Migrantenarmeen in Deutschland einmarschieren können. Bilder des Mitleids produzieren diejenigen, die im Orient Massaker an Frauen, Kindern und*

[1083] Schmidt, Jan Wenzel: Telegram-Beiträge vom 21.09.2023, 29.09.2023, 07.10.2023, abgerufen am 13.12.2023.

[1084] Schwarzer, Sören: Instagram-Story von 21.11.2023, abgerufen am 22.11.2023.

[1085] Renner, Martin: Facebook-Eintrag vom 11.11.2021, abgerufen am 15.11.2021.

> *Alten verüben Es sind Bilder, die diejenigen produzieren, die in den Herkunftsländern der illegalen Migranten grausame Massaker an Frauen, Kindern und Alten im Namen Allahs verüben.“*[1086]

Dietz zeichnet hier unter Nutzung militärischer Begriffe das Bild eines mit kämpferischen Absichten illegal nach Deutschland kommenden migrantischen Kollektivs („*Migrantenarmeen*“, die „*einmarschieren*“).

Fabian Küble, der zum damaligen Zeitpunkt Beisitzer im JA-Bundesvorstand war und zudem für die AfD dem Stadtbezirksbeirat Plauen (SN) angehört, sprach in einem Tweet vom 20. September 2024 von einer „*Millionenarmee der orientalischen Glücksritter*“, als er die mediale Schlagzeile „Zahl der Migranten in Deutschland so hoch wie seit den 1950er Jahren nicht mehr“ kommentierte:

> *„Was ist das schon wieder für eine komplett geisteskranke, antideutsche & geschichtsvergessene Aussage @welt? Sollen hier die heimatvertriebenen Deutschen etwa mit der illegalen Millionenarmee der orientalischen Glücksritter gleichgesetzt werden? Ekelhaft. Sie verachten unser Volk!“*[1087]

In einem Tweet vom 25. Juni 2022 bezeichnete der damalige JA-Bundesschriftführer Nils Hartwig die vermeintlich steigende Anzahl von Zugewanderten aus Afrika in westdeutschen Kleinstädten explizit als „*Landnahme*“:

> *„Auch in Westdeutschen, eher provinziellen Kleinstädten beginnt eine immer offenere und aggressivere Landnahme durch afrikanische Zuwanderer. Afrikaner prägen längst das Stadtbild. Unser Volk kann nur mit einer Politik der Null-Zuwanderung überleben.“*[1088]

Bei den Äußerungen Hartwigs geht es in der Gesamtschau nicht mehr darum, möglicherweise als nachteilig empfundene Entwicklungen im lokalen Einzelhandel oder im Stadtbild allgemein sachlich anzusprechen. Vielmehr suggeriert er hier eine Übernahme deutscher Städte durch Migrantinnen und Migranten und zielt darauf ab, Ablehnung gegenüber der ganzen Bevölkerungsgruppe zu schüren.

Ähnlich äußerte sich auch Thorsten Weiß, Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses, am 31. Juli 2024 auf X:

[1086] Dietz, Thomas: Facebook-Eintrag vom 15.11.2021, abgerufen am 15.11.2021.
[1087] Küble, Fabian: Tweet vom 08.07.2024, abgerufen am 10.07.2024.
[1088] Hartwig, Nils: Tweet vom 25.06.2022, abgerufen am 17.03.2023.

„Ich bin mit meinen Kindern gerade auf einer bekannten Erlebnisanlage in Brandenburg. Keine Talahons und keine Kulturfremden mit Drang zur Landnahme weit und breit. Es ist trotz der vielen Kinder ruhig, friedlich und zivilisiert. Das müssen wir uns zurückholen. Überall.“[1089]

Roger Beckamp (zum damaligen Zeitpunkt MdB, NW) unterstellte in einem Tweet, dass Migrantinnen und Migranten Deutschland in Besitz nehmen wollten:

„Die erst auf den zweiten Blick freundlichen Herren aus dem Morgenland haben recht: Sie übernehmen den Laden egal, ob [Dänemark-Flagge], [Schweden-Flagge], [Deutschland-Flagge] usw. Sie übernehmen alles, weil wir sie es tun lassen. So einfach ist das.“[1090]

Auch diese Aussage zielt darauf ab, Migranten kollektiv und ausnahmslos als bedrohliche, invasive Masse wahrzunehmen, entsprechende Ängste zu schüren und die Notwendigkeit zu postulieren, sich gegen diese Menge zu wehren. Denn die *„Übernahme“* durch *„Herren aus dem Morgenland“* erfolge, weil die deutsche Politik oder die deutsche Bevölkerung diese gewähren lasse. Im Gesamtkontext ist der implizite Aufruf, Einwanderer eben nicht mehr gewähren zu lassen, nicht als Appell zu verstehen, man möge größere Anstrengungen bei der Integration verlangen. Die Darstellung, wonach die nur ironisch als *„freundlich“* bezeichneten männlichen Migranten eine Landnahme betrieben, soll vielmehr eine kategorische und konsequente Gegenwehr auslösen.

In einem weiteren Tweet spezifizierte Beckamp so auch seine Vorstellung dieser Entwicklung und sprach von einer *„afghanische[n] Raumnahme.“*[1091]

Der bayerische Landtagsabgeordnete Martin Böhm unterstellte Migranten in einem Facebook-Beitrag vom 16. April 2024 den Einsatz von Vergewaltigungen zur Durchsetzung ihres *„Machtanspruch*[s]*“*:

„Sechs junge Männer zwischen 19 und 25 Jahren haben mutmaßlich zwei 14-jährige Mädchen in der Rostocker Innenstadt vergewaltigt. Die beiden Opfer beschrieben die Täter als Ausländer !!
[Messer-Emoji] Hier wird ein Machtanspruch zelebriert, wie er sonst nur in Kriegsgebieten an der Tagesordnung ist. Sie verachten unser Land, und sie

---

[1089] Weiß, Thorsten: Tweet vom 21.07.2024, abgerufen am 02.08.2024.
[1090] Beckamp, Roger: Tweet vom 25.08.2022, abgerufen am 26.08.2022.
[1091] Beckamp, Roger: Tweet vom 12.06.2022, abgerufen am 14.06.2022.

zeigen es, indem sie unsere Kinder schänden. Vergewaltigung ist seit Tausenden von Jahren eine Waffe im Krieg. Dieses »Vorgehen« liefert eine Erklärung für das, was seit 2015 in Deutschland passiert."[1092]

Maximilian Krah (zum damaligen Zeitpunkt Bundesvorstandsmitglied und MdEP, mittlerweile MdB, SN) schrieb am 21. Oktober 2022 auf Twitter (mittlerweile umbenannt in X) bezugnehmend auf die Tötung zweier Männer in Ludwigshafen (RP):

> *„Es ist Landnahme. Die Autochthonen sind vogelfrei."*[1093]

Daniel Roi (MdL ST)[1094] griff am 24. Juni 2022 auf Facebook einen Pressebericht über afrikanische Migranten auf, die einen Grenzzaun in der spanischen Enklave Melilla überwanden. Dazu schrieb er Folgendes:

> *„Solange wir keine Festung Europa haben und wirklichen Grenzschutz organisieren, solange wird das so weiter gehen. Die linksliberale Presse wird uns aber nun erklären, dass der Russe schuld ist, weil die alle hungern müssen. Gut informierte Bürger wissen, dass dies nur eine weitere Propagandalüge ist. Die Eroberungsorgien jüngst in #Italien u. a. am Gardasee werden sich ausweiten..."*[1095]

In den Medien war einige Tage zuvor davon berichtet worden, dass nordafrikanische junge Männer gegenüber Frauen in der Region um den Gardasee sexuell übergriffig geworden seien.[1096] Roi setzt konkrete gewalttätige Ausschreitungen mit einer vermeintlich generellen Entwicklung gleich, die seiner Ansicht nach zwangsläufig droht, wenn die europäischen Grenzen nicht geschlossen würden. Er beschreibt das Ereignis als *„Eroberungsorgie"*, derer man sich grundsätzlich erwehren müsse. Außereuropäische Migration beschreibt er in diesem Zusammenhang als per se destruktiv.

Im Rahmen der Europawahlversammlung der AfD am 4. August 2023 äußerte Alexander Heppe (AfD-Landesvorstandsmitglied RP) in seiner Rede:

[1092] Böhm, Martin: Facebook-Eintrag vom 16.04.2024, abgerufen am 25.06.2024.
[1093] Krah, Maximilian: Tweet vom 21.10.2022, abgerufen am 25.10.2022.
[1094] Roi wurde im Dezember 2024 aus der Fraktion ausgeschlossen, ein PAV gegen ihn läuft noch.
[1095] Roi, Daniel: Facebook-Eintrag vom 24.06.2022, abgerufen am 28.06.2022.
[1096] vgl. FAZ: „Nach sexuellen Übergriffen – Italien debattiert über misslungene Integration" vom 08.06.2022, in: www.faz.de, abgerufen am 31.01.2024.

> *„Lieber Mitstreiter, ein Alexander aus Mazedonien hat einst halb Asien erobert. Mit drei Alexanders, einem Maximilian und vielen tüchtigen Mitstreitern werden wir ganz Europa für die Europäer zurückerobern."*[1097]

Marvin Weber, AfD-Kreisvorsitzender Paderborn (NW), fand in einem Telegram-Beitrag vom 4. April 2024 besonders herabwürdigende Worte, um seiner Sorge um der missbräuchlichen Inanspruchnahme von Sozialleistungen durch Zugewanderte Luft zu machen und unterstellte Migrantinnen und Migranten gleichzeitig, mit dem Ziel der vollständigen Übernahme Deutschlands einzureisen:

> *„Die Ampel-Vollversager werben über das Auswärtige Amt auf Arabisch für den deutschen Pass und Bürgergeld, damit sich die nächste Kolonne der Fachkräfte™ auf den Weg ins angehende Kalifat machen kann.*
> *Der deutsche Untertan, ausgedünnt ausgeplündert, entrechtet und verhöhnt, malocht doch gerne bald bis 80, um seine ewigliche historische Schuld in ewiger Sippenhaft zu sühnen und unsere über zig sichere Länder ins Sozialstaatsparadies Illegal eingereisten Säulenheiligen des Deutschland zersetzenden Kartells zu alimentieren. […]*
> *Diese Kultur- und Staatszersetzer an der Macht setzen aber in ihrer Umsiedlungspolitik noch einen drauf, die sie als Lakaien umzusetzen haben, nämlich die Aufnahme von ganz Kalkutta. möglicherweise damit der Souverän bald Arabisch spricht, Moslem ist und sich einen neuen Staat im Siedlungsgebiet für die Dritte Welt aufbauen kann und die Souveränität und Identität des deutschen Volkes historisch ad acta legt."*[1098]

Folgende Aussagen enthalten im Kern auch die Botschaft, Deutschland werde zum Siedlungsgebiet:

Der damalige Europaabgeordnete Gunnar Beck (NW) schrieb in einem Tweet vom 7. Juni 2022:

[1097] Heppe, Alexander: Bewerbungsrede auf der Europawahlversammlung am 04.08.2023; veröffentlicht in: www.youtube.com am 04.08.2023, Kanal: „AfD TV", abgerufen am 15.08.2023.

[1098] Weber, Marvin: Telegram-Beitrag vom 04.04.2024, abgerufen am 16.04.2024. (Doppelverwendung des Belegs aus Kapitel E. I. 1. a. bb.)

„Köln Hauptbahnhof – Wer hier einfährt, lässt jede Hoffnung zurück. Dann nirgends zeigt sich Deutschlands #Zukunft als Siedlungsgebiet für Menschen aus #Afrika und dem #Orient klarer als hier."[1099]

Roger Beckamp (zum damaligen Zeitpunkt MdB, NW) teilte den Tweet und schrieb dazu:

„Der gute Herr Dr. Beck hat recht und auch wieder nicht. Er war wohl noch nie in Dortmund"[1100]

Wenige Tage später schrieb Beck:

„Auch im beschaulichen Giessen ist alles in #muslimisch -#afrikanischer Hand. Ich fühlte mich wie daheim, d.h. im Rheinland oder Berlin."[1101]

Der Austausch zwischen Beck und Beckamp beschränkt sich nicht darauf, einen zu hohen Ausländer- oder Migrationsanteil in deutschen Städten zu kritisieren, was für sich genommen eine verfassungsschutzrechtlich irrelevante Meinungsäußerung darstellte. Die Grenze zur Fremdenfeindlichkeit ist jedoch überschritten, wenn – wie im vorliegenden Fall – mit Blick auf die Anwesenheit von Migrantinnen und Migranten polemisch von einem Zustand völliger Hoffnungslosigkeit, von einem okkupierten Siedlungsgebiet oder von Fremdherrschaft (in *„afrikanischer Hand"*) die Rede ist. Diese Beschreibung zielt darauf ab, in der einheimischen Bevölkerung das Gefühl hervorzurufen, kurz vor einer irreversibel, gänzlich aussichtslosen und auf ganz Deutschland übergreifenden Situation zu stehen, und Vorbehalte, Ablehnung und Ressentiments gegen Migranten aus Afrika und Nahost weiter zu verstärken.

Roger Beckamp (zum damaligen Zeitpunkt MdB, NW) brachte in einem rassistischen Facebook-Eintrag vom 9. Oktober 2021 außerdem die Ansicht zum Ausdruck, Deutschland werde durch nicht-weiße Menschen überfremdet und forderte:

„Die Festung Europa ist alternativlos, wenn #Deutschland fortbestehen soll!"[1102]

[1099] Beck, Gunnar: Tweet vom 07.06.2022, abgerufen am 13.06.2022.
[1100] Beckamp, Roger: Retweet vom 08.06.2022, abgerufen am 14.06.2022.
[1101] Beck, Gunnar: Tweet vom 12.06.2022, abgerufen am 13.06.2022.
[1102] Beckamp, Roger: Facebook-Eintrag vom 30.06.2022, abgerufen am 04.07.2022.



Der damalige JA-Bundesvorsitzende Carlo Clemens (von Juni 2022 bis 2024 Mitglied des AfD-Bundesvorstands) äußerte im August 2021 auf Facebook:

> *„Wer sich den Koalitionsvertrag der Ampel näher anschaut, könnte auf den Gedanken kommen, dass es die Einwanderungswelle 2015 mit all ihren Folgen für Deutschland und seine Bürger nie gegeben hätte. Der Koalitionsvertrag nimmt nicht im Entferntesten Rücksicht auf Terror, Ausländerkriminalität, gesellschaftliche und kulturelle Aufnahmekapazitäten und die zunehmende Islamisierung. Stattdessen: Noch mehr Migration, noch mehr angebliche ‚Vielfalt', noch mehr Einbürgerungen. Spätestens jetzt wird Deutschland zur Siedlungsregion für die Dritte Welt."*[1103]

Die wiedergegebenen Aussagen verneinen durchgehend humanitäre Gründe für die Aufnahme der Flüchtenden. Vielmehr seien diese gleichsam in kriegerischer Absicht ins Land eingedrungen. Die der AfD zuzurechnenden Zitate verunglimpfen Zugewanderte somit kollektiv als aggressive, kulturfremde Eroberer und Invasoren. Dadurch wird dieser Menschengruppe ein aggressives, die autochthone Bevölkerung unterdrückendes Eindringen nach Deutschland angelastet. Menschen mit Migrationsgeschichte werden auf diese Weise pauschal als erhebliche Bedrohung für Deutschland dargestellt, die es konsequent abzuwehren gelte. Die fortlaufende Diffamierung und Verächtlichmachung dieser Personengruppe, die in letzter Konsequenz auch ihre abgewertete Behandlung fordern, verstoßen gegen die Garantie der Menschenwürde.

[1103] Clemens, Carlo: Facebook-Eintrag vom 27.11.2021, abgerufen am 19.10.2023.

dd. Beschreibung von Migrationsprozessen mit Katastrophenmetaphern

Verbände und Funktionärinnen bzw. Funktionäre der AfD greifen bei der Beschreibung von Migrationsprozessen auch auf Katastrophenmetaphern zurück und verwenden dafür etwa das Bild einer Tod, Leid und Zerstörung bringenden Flut. Dabei werden Migrantinnen und Migranten vielmals als unkontrollierbare Naturgewalt dargestellt, deren Auswirkung auf die einheimische Bevölkerung in einem vergleichbaren Ausmaß existenzbedrohend und vernichtend sei.

So schrieb der AfD-Bundesverband in einem Facebook-Beitrag vom 10. Februar 2023 von einer *„existenzbedrohende[n] Migrationswelle“*:

> *„Trotz hohler EU-Ankündigungen: Asyl-Welle in Deutschland ist größer als 2015! +++ […] Da kann die EU verbale Scheingefechte inszenieren, so viel sie will: Solange Deutschland seine Grenzen nicht schützt und das deutsche Sozial-Schlaraffenland für den halben Erdball geöffnet bleibt, wird auch die gesamte EU sich nicht effektiv gegen die existenzbedrohende Migrationswelle wehren können. […] Wenn wir unsere Sicherheit, unseren Wohlstand und unsere nationale Identität erhalten wollen, wenn wir nicht als Deutsche zur Minderheit im eigenen Land werden wollen, dann brauchen wir endlich geschützte Grenzen, konsequente Abschiebungen und eine drastische Reduzierung der finanziellen Anreize zur Migration.“*[1104]

Der Bundesverband der AfD nutzte entsprechende Metaphern wiederholt. In einem Facebook-Beitrag vom 10. Oktober 2023 forderte der AfD-Bundesverband die Festung Europa und schrieb, Deutschland werde mit Migranten *„geflutet“*:

> *„Schon 801.459 Asylanträge in diesem Jahr: Deutschland muss zur Festung werden! +++*
> *Deutschland und Europa werden überrollt! Laut aktuellen Zahlen der EU-Asyl-Agentur EUAA wurden in diesem Jahr bereits 801.459 Asylanträge in der EU sowie in Norwegen und in der Schweiz gestellt (Stichtag 3. Oktober). Das ist der höchste Wert seit 2016 – auch Deutschland verzeichnet einen Anstieg um sage und schreibe 74 Prozent! Und trotzdem hält die verantwortungslose Ampel-Regierung an der Massenmigrations-Ministerin Nancy Faeser fest! Wenn*

[1104] AfD: Facebook-Eintrag vom 10.02.2023, abgerufen am 19.07.2023.

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung des BfV

diese Regierung auch nur ansatzweise an einer Reduzierung des Migrationswelle interessiert wäre, dann würde sie als erste Maßnahme die Innenministerin entlassen und die Koalition mit den Grünen aufkündigen.

Doch die Ampel will unser Land auch weiterhin auf Gedeih und Verderb fluten.“[1105]

Die beigefügte Grafik enthielt die Forderung: „*Wir wollen die Festung Europa!*“[1106]

Der sächsische Bundestagsabgeordnete Karsten Hilse veröffentlichte im Oktober 2023 auf Facebook einen Beitrag, in welchem er der Bundesregierung in diffamierender Weise vorwarf, Deutschland mit Migranten zu „*fluten*“:

„Es ist nicht Dummheit, unser Vaterland mit illegalen Migranten zu fluten. Es ist pure Böswilligkeit, getrieben von tief sitzendem Deutschlandhass! Wählt die Deutschlandhasser ab, wählt die Alternative für Deutschland!“[1107]

Mariana Harder-Kühnel (zum damaligen Zeitpunkt MdB, HE) schrieb im November 2022 auf Facebook von einer „*Migrationsflut*“:

„Migrationsflut stoppen: Deutsche Grenzen schützen!“[1108]

In einem Facebook-Post vom 14. April 2023 bezeichnete die sächsische AfD-Bundestagsabgeordnete Caroline Bachmann Migranten als „*Invasoren*“ und sprach von einem „*Asyl-Tsunami*“:

„Die Anti-Deutschland-Ampel mit ihrem Sozial-Paradies Deutschland zerschmettert uns Geheimdienste warnen -> Terroristen reisen als Asylbewerber nach Deutschland ein! Asyl-Tsunami: Italien ruft Ausnahmezustand aus!“[1109]

Dem Post war folgende Grafik beigefügt:

1105 AfD: Facebook-Eintrag vom 10.10.2023, abgerufen am 19.10.2023.
1106 Ebd.
1107 Hilse, Karsten: Facebook-Eintrag vom 02.10.2023, abgerufen am 09.10.2023.
1108 Harder-Kühnel, Mariana: Facebook-Eintrag vom 01.11.2022, abgerufen am 22.11.2022.
1109 Bachmann, Carolin: Facebook-Eintrag vom 14.04.2023, abgerufen am 17.04.2023.

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung des BfV



Indem Bachmann die Zuwanderung von Migrantinnen und Migranten als *„Tsunami"* beschreibt, vergleicht sie deren Auswirkung und Folgen mit einer maximal tödlichen und zerstörerischen Naturkatastrophe. Sie entmenschlicht Zugewanderte und verstößt damit in ähnlicher Weise wie der Bundesverband oder die Abgeordneten Harder-Kühnel und Anderson gegen die grundgesetzlich garantierte Menschenwürde.

Maximilian Krah (zum damaligen Zeitpunkt Bundesvorstandsmitglied und MdEP, mittlerweile MdB, SN) schrieb am 19. Juni 2023 auf X (ehemals Twitter) als Reaktion auf einen Artikel mit der Schlagzeile „Fast 40 Prozent der Afrikaner denken ans Auswandern":

> *„Wenn über 500 Millionen Afrikaner nach Europa wandern, ‚dann bringt das Probleme' – weiß die @faznet. Nein, das ist das Ende Europas! Hier geht es nicht um Details, sondern um das Überleben als Zivilisation. Mit den linksliberalen Eliten ist das nicht zu schaffen."*[1110]

In einem weiteren Tweet vom am 30. Juni 2023 stellte er ein ähnliches Bedrohungsszenario auf:

> *„Die bunte & vielfältige Dystopie nimmt Gestalt an: Andauernde Krawalle in Frankreich, erstes Überschwappen auf Brüssel. Die Masseneinwanderung aus fremden Kulturen ist gescheitert, sie zerstört Europa. Aber Ampel & CDU wollen mehr davon."*[1111]

[1110] Krah, Maximilian: Tweet vom 19.06.2023, abgerufen am 20.06.2023.
[1111] Krah, Maximilian: Tweet vom 30.06.2023, abgerufen am 04.07.2023.

Maximilian Krah (zum damaligen Zeitpunkt Bundesvorstandsmitglied und MdEP, mittlerweile MdB, SN) schrieb als Reaktion auf einen Artikel des Heimatkuriers mit der Schlagzeile „Afrikaner in Bayern: Somalischer Flüchtling jagt Schulmädchen durch Zug“ am 15. Juli 2023 auf X:

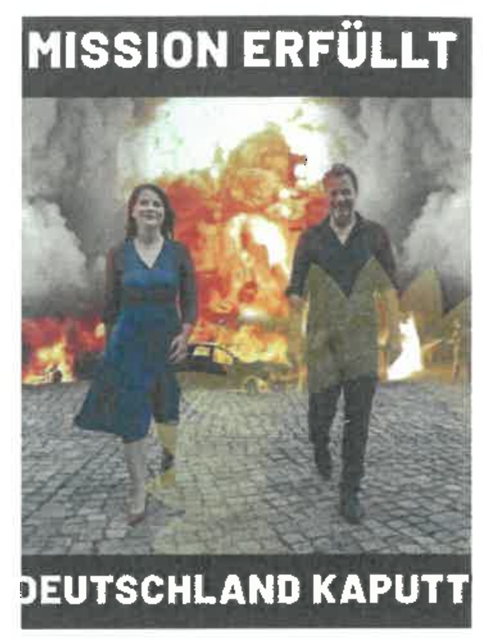
> *„‚Verfolgte er die fliehende Schülerin (10) durch den ganzen Zug‘ – und keiner half? Die Einwanderung zerstört das Land. Eine Dystopie beginnt, wenn wir nicht schleunigst die Notbremse ziehen.“*[1112]

Der Landtagsabgeordnete Paul Timm (MV) veröffentlichte am 27. Dezember 2022 auf Facebook einen Jahresrückblick, in dem er u. a. den Angriff in Illerkirchberg (BW) aufgriff und die Zuwanderungspolitik der Bundesregierung für die Sicherheitslage in Deutschland infolge von durch Geflüchtete und Zugewanderte begangenen Straftaten verantwortlich machte:

> *„Auch sieben Jahre nach dem Beginn des Asylansturmes auf Deutschland haben wir jeden Tag mit Asylbewerbern, kriminellen Ausländern und Abzuschiebenden zu kämpfen. […] Der Mord in Illerkirchberg an einem 14-jährigen Mädchen markiert einen weiteren Grabstein der irren Zuwanderungspolitik, welcher die CDU damals den Weg geebnet hat und die linke Ampel freudig weiterführt.“*[1113]

Dazu postete Timm folgende Grafik mit der Aufschrift „*MISSION ERFÜLLT – DEUTSCHLAND KAPUTT*“, die die amtierende Außenministerin Annalena Baerbock und den amtierenden stellvertretenden Bundeskanzler und Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck mit einer angedeuteten Sonnenblume als Logo der Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vor einem explodierenden Hintergrund zeigt[1114]:

[1112] Krah, Maximilian: Tweet vom 15.07.2023, abgerufen am 17.07.2023.
[1113] Timm, Paul: Facebook-Eintrag vom 27.12.2022, abgerufen am 23.01.2023. (Doppelverwendung des Belegs aus Kapitel E. I. 1. b. aa.)
[1114] Ebd.



Christine Anderson (MdEP, HE) schrieb im Januar 2024 auf X von einer Überfremdung Deutschlands, welche ultimativ nicht nur zur Zerstörung des Landes, sondern des gesamten Kontinents führe:

> *„Die #Niederlande sind nicht mehr die Niederlande, so @geertwilderspw. Das kann man auch zum überfremdeten #Deutschland konstatieren. Die illegale #Migration zerstört #Europa und führt zu fremd im eigenen Land, aber die #EU handelt nicht."*[1115]

In seiner Rede zum Wahlkampfabschluss der AfD Thüringen im Rahmen des Landtagswahlkampfs 2024 am 31. August 2024 in Erfurt (TH) bezeichnete Höcke die Migration als *„Mutter aller Krisen"*:

> *„Die Migration ist die Mutter aller Krisen. Die Migration bedeutet Zerfall der inneren Sicherheit, bedeutet Gruppenvergewaltigung und bedeutet Messermorde. Die Migration bedeutet die Plünderung der Sozialversicherungssysteme. 50 Prozent der Bürgergeldempfänger sind mittlerweile Ausländer. Migration bedeutet den Kollaps unserer Bildungssysteme. Auch das hat was mit Migration zu tun. Bedeutet Überlastung des Wohnungsmarktes. Wir hätten keine Wohnungsnot, wenn die Kartellparteien nicht Millionen in den letzten zehn Jahren illegal über die Grenze gelassen hätten."*[1116]

[1115] Anderson, Christine: Tweet vom 19.01.2024, abgerufen am 25.01.2024.
[1116] Höcke, Björn: Rede auf Wahlkampfveranstaltung in Erfurt am 31.08.2024; veröffentlicht in: www.youtube.com am 31.08.2024, Kanal: „AfD TV", abgerufen am 02.09.2024.

Gunnar Lindemann (Landesvorstandsmitglied BR und MdA) schrieb in einem Facebook-Beitrag vom 28. Dezember 2022:

> *„Die linksgrünen Fanatiker im Berliner Senat haben offenbar jedes Augenmaß verloren. Mit ihren Aufnahmeexzessen zerstören sie jede Möglichkeit für ein friedliches Zusammenleben in unserer Stadt. Am Ende dieses Amoklaufes wird es nur Verlierer geben."*[1117]

In einer beigefügten Grafik war zu lesen: „*SPD, Linke und Grüne fluten Berlin mit Flüchtlingen!*"



Die in der Grafik bildlich dargestellte Welle ist von einem solch gigantischen Ausmaß, dass sie die vollständige Zerstörung der Stadt Berlin scheinbar in kürzester Zeit herbeiführen könnte. Dieses Bild zielt offensichtlich darauf ab, Migration als ultimative Bedrohung darzustellen und ist damit geeignet, Ängste und Ablehnung gegenüber Zugewanderten hervorzurufen.

Die Junge Alternative Brandenburg veröffentlichte auf Instagram ein Bild dreier Mitglieder und nutzte den Rahmen der Eigenwerbung, um das Narrativ der „*Überfremdung*" zu verbreiten:

> *„Wir sind die Erben der Vergangenheit & Gestalter der Zukunft! In diesen Zeiten der Überfremdung, der Zerstörung unseres Landes und der immer steigenden Degeneration unseres Volkes liegt es an DIR: Werde aktiv und kämpfe für deine Heimat."*[1118]

[1117] Lindemann, Gunnar: Facebook-Eintrag vom 28.12.2022, abgerufen am 23.01.2023.
[1118] Junge Alternative Brandenburg: Instagram-Eintrag vom 06.12.2022, abgerufen am 17.03.2023.

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung des BfV

Am 7. Mai 2023 griff auch Jean-Pascal Hohm (Vorsitzender des AfD-Kreisverbands Cottbus, seit Oktober 2024 MdL BB) das Bedrohungsszenario einer *„Überfremdung“* auf, indem er als Reaktion auf ein Bild einer Demonstrantin der Gruppe Letzte Generation, die ein Plakat mit der Aufschrift „Laura (16) Weil euch meine Zukunft egal ist“ hält, schrieb:

> *„Kann Dich beruhigen, Laura. Deine Zukunft ist uns nicht egal. Darum kämpfen wir auch mit aller Entschlossenheit gegen die fortschreitende Überfremdung unserer gemeinsamen Heimat.“*[1119]

Ebenso sprach der AfD-Kreisverband Mühldorf am Inn (BY) am 6. Mai 2023 anlässlich der auf einer AfD-Veranstaltung am Vorabend behandelten Themen auf Facebook von *„kulturelle[r] Überfremdung unseres Landes“*.[1120]

Auch Hannes Gnauck (damaliger JA-Bundesvorsitzender und MdB, BB) verbreitete dieses Bedrohungsszenario:

> *„Die Überfremdung der Uckermark soll weitergehen? Nicht mit uns! Kein Asylheim in Angermünde!*
> *Erneut will uns die Landrätin Dörk die Ansiedlung von Fremden aufdrängen. […] Als AfD-Fraktion werden wir erneut eine namentliche Abstimmung beantragen, damit die Bürger sehen können, wer in ihrem Interesse abstimmt und wer sich dem Masseneinwanderungsdiktat aus Potsdam und Berlin beugt! Wir haben bereits geschlossen gegen das Asylheim in Prenzlau gestimmt Wir werden natürlich auch in Angermünde dagegen stimmen!*
> *Für die Uckermark und ganz Brandenburg ist längst klar: Nur die AfD wird sich der Überfremdung entgegenstellen. Wir stehen geschlossen für euch ein! Liebe heimatverbundene Uckermärker, wir stehen an Eurer Seite!“*[1121]

Gnauck zieht hier den im Rechtsextremismus etablierten Begriff der *„Überfremdung“* heran und deutet damit eine von den Flüchtlingen ausgehende Existenzbedrohung für die dort ansässigen Menschen an.

Die Aussagen stellen Migrantinnen und Migranten als höchst bedrohliches, zerstörerisches Kollektiv (eine *„Migrationsflut“*, die in einer *„Abwrackung der Nation“* münden werde) dar und zielen darauf ab, Ängste gegenüber diesen Menschen zu schüren.

[1119] Hohm, Jean-Pascal: Tweet vom 07.05.2023, abgerufen am 07.06.2023.
[1120] AfD-Kreisverband Mühldorf am Inn: Facebook-Eintrag vom 06.05.2023, abgerufen am 01.08.2023.
[1121] Gnauck, Hannes: Facebook-Eintrag vom 08.06.2023, abgerufen am 26.06.2023.

Sie illustrieren die Verwendung entmenschlichender Metaphern zur Beschreibung des Zuzugs von Migrantinnen und Migranten. Die stark abwertenden Begriffe stellen diese als manifeste, akute und zerstörerische Gefahr dar. In ihrer Undifferenziertheit und Demagogie bewegen sich die Aussagen weit jenseits eines lediglich pointierten, aber noch sachlichen Kritikansatzes. Die Äußerungen sind in ihrer Zielsetzung kontinuierlich herabsetzend und entwürdigend und entsprechend mit Art. 1 Abs 1 GG nicht zu vereinbaren.

ee. Konstruktion einer kulturellen Inkompatibilität und Regressivität von Migranten

Überdies lassen sich in diversen Äußerungen und Verlautbarungen Postulate einer kulturellen Inkompatibilität und Regressivität von Geflüchteten sowie Migrantinnen und Migranten finden. Damit wird u. a. suggeriert, dass ethnokulturelle Nähe für ein friedliches Zusammenleben unabdingbar sei. Gleichzeitig werden – meist männliche – Migranten abgewertet.

Der stellvertretende AfD-Bundessprecher und Bundestagsabgeordnete Peter Boehringer (BY) kritisierte in einem Interview mit dem Freilich-Magazin die *„Zuwanderung von bildungsfernsten Analphabeten und kulturell kaum kompatiblen Menschen“*:

> *„Hier wurde natürlich seit Jahrzehnten unglaublich viel kaputtgeschlagen - ich unterstelle hier ganz klar ABSICHT der linken Kulturmarxisten, obwohl man immer auch alles mit ideologischer Dummheit (woke-ideologische LEERpläne statt naturwissenschaftlicher, faktenorientierter Lehrpläne) erklären könnte; oder mit falschem Moralismus (Zuwanderung von bildungsfernsten Analphabeten und kulturell kaum kompatiblen Menschen).“*[1122]

Maximilian Krah (zum damaligen Zeitpunkt Bundesvorstandsmitglied und MdEP, mittlerweile MdB, SN) schrieb am 24. November 2022 auf Twitter (heute: X):

> *„Männlich, jung, kulturfremd, unqualifiziert - das ist die Einwanderung, die seit 2015 von CDU, SPD, FDP und Grünen forciert wird. Sie wollen Deutschland abschaffen. Nur die AfD steht dagegen - und wird deshalb dämonisiert.“*[1123]

[1122] Freilich: „Peter Boehringer (AfD): ‚Deutschland kommt in die Abhängigkeit von fremden Mächten'“ vom 08.01.2023, in: www.freilich-magazin.com, abgerufen am 09.01.2023.
[1123] Krah, Maximilian: Tweet vom 24.11.2022, abgerufen am 28.11.2022.

Krah differenziert in seiner Aussage nicht zwischen der Aufnahme von Menschen aus humanitären Gründen und Einwanderung von Fachkräften nach Deutschland. Er verunglimpft in entindividualisierender Weise Migrantinnen und Migranten, die nach Deutschland kommen, pauschal als „*kulturfremd*" und „*unqualifiziert*".

Als „*kulturfremd*" stellte auch die hessische AfD-Europaabgeordnete Christine Anderson Migranten dar, indem sie in ihrer Rede anlässlich des zehnjährigen Jubiläums der AfD in Hannover (NI) am 25. März 2023 in abfälliger Weise äußerte:

> *„Wir haben es auch zu tun, ja, mit einer regelrechten Dekonstruktion unserer Gesellschaft. Und jetzt spreche ich von dem Import von Millionen von kulturfremden, jungen, wehrfähigen Männern. Genau die kommen jetzt, und da kann man wirklich sagen: Auf dem Altar von Toleranz und Nächstenliebe wird unsere gleichberechtigte, offene, demokratische Gesellschaft geopfert. […] Na ja, und dann waren sie halt mal da, ne? Die Flüchtlinge, die Goldstücke, unsere Rente sollten sie ja bezahlen. […] Aber der absolute Hammer, das muss ich wirklich sagen, war, als ich gelesen habe: ‚Kurse zum richtigen Benutzen der Toilette'. Und da habe ich dagesessen, da habe ich gedacht: ‚Was – noch nicht mal scheißen können sie. Aber meine Rente wollen sie bezahlen, im Leben nicht!' Und deswegen, meine Damen und Herren, auch bei diesem Thema bleibt es dabei: Es ist noch kein Meister vom Himmel gefallen und aus dem Asylanten-Himmel werden erst recht keine fallen. Das steht fest."*[1124]

Auch Fabian Küble, der zum damaligen Zeitpunkt Beisitzer im JA-Bundesvorstand war und zudem für die AfD dem Stadtbezirksbeirat Plauen (SN) angehört, äußerte sich in abwertender Weise über Zugewanderte, als er 14. Oktober 2024 einen Medienbericht der WELT mit dem Titel „Sammelunterkunft für 500 Migranten – obwohl nicht mal die Abwasser-Entsorgung gesichert ist" folgendermaßen kommentierte:

> *„Da fühlen sie sich gleich wie Zuhause. Die Abwasserentsorgung ist in vielen Herkunftsstaaten auch nicht geregelt. Oft regelt da der Busch. Die Afrikanisierung Deutschlands schreitet voran. Wer halb Afrika aufnimmt hilft eben nicht Afrika, sondern wird selbst Afrika."*[1125]

Damit unterstellt Küble Migrantinnen und Migranten kulturelle Rückständigkeit.

[1124] Anderson, Christine: Rede auf der Veranstaltung „10 Jahre AfD in Hannover" am 25.03.2023; veröffentlicht in: www.youtube.com am 26.03.2023, Kanal: „Dirk Live", abgerufen am 27.03.2023.
[1125] Fabian Küble, Tweet vom 14.10.2024, abgerufen am 14.10.2024.

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung des BfV

Jörg Urban (MdL SN) äußerte sich in einem Facebook-Eintrag vom 15. Februar 2023 wie folgt:

> *„Sachsen: Afghane ersticht Mutter vor den Augen der gemeinsamen Kinder.*
>
> *Multikultureller Alltag in Deutschland: In einer sozialen Einrichtung in Crimmitschau erstach vergangenen Samstag ein mutmaßlich 36-jähriger Mann seine 33-jährige Frau und Mutter von 5 Kindern. Verwunderlich ist das leider schon lange nicht mehr: Weil Politiker und Aktivisten unser Land zum Einwanderungsland erklärten, erhalten archaische Bräuche durch kulturfremden Zuzug, insbesondere aus dem arabischen Raum, Einzug in Deutschland. Wer als Kind gelernt hat, dass Frauen das Eigentum ihres Mannes sind und die Ermordung einer nicht hörigen Ehefrau von der dortigen Gesellschaft toleriert wird, der verlernt dies in Deutschland nicht nach ein paar Integrationskursen. Dass die Altparteien von Linke bis CDU das zu glauben scheinen, kostet nun nicht zum ersten Mal Menschenleben. Nur die AfD stellt sich gegen die Einwanderung von völlig kulturfremden Menschen nach Deutschland."*[1126]

In Urbans Konstrukt der gegenwärtigen deutschen Gesellschaft besteht ein monokausaler, unabänderlicher Zusammenhang zwischen Zuwanderung und Zunahme von Gewaltkriminalität. Mit der Migration, so Urban, erhielten *„archaische Bräuche [...] aus dem arabischen Raum"* Einzug in Deutschland. Er kategorisiert damit Personen aus arabischen Ländern per se als *„archaisch"*, womit durchweg regressiv-inhumane Praktiken einhergingen. Das Postulat, *„kulturfremde Menschen"* von der Migration nach Deutschland vollständig auszuschließen, verweist zudem auf ein ethnisch-statisches, raumgebunden-geschlossenes Kulturkonzept, das wiederum mit einem völkischen Staatsvolkverständnis korrespondiert. Diese Prämissen führen, wie Urbans Aussage veranschaulicht, zu einem systematischen Ausschluss von Migranten auf Grundlage einer behaupteten kulturellen Inkompatibilität, ohne individuelle Erwägungen vorzunehmen oder etwaige Schutzgründe zu berücksichtigen.

Der Bundestagsabgeordnete Marc Bernhard (BW) beklagte auf Telegram im Juli 2022 die Einwanderung *„kulturfremde[r] Migranten"* und behauptet wahrheitswid-

[1126] Urban, Jörg: Facebook-Eintrag vom 15.02.2023, abgerufen am 20.02.2023.

rig, diese würden von den *„Altparteien"* überwiegend als *„Fachkräfte"* oder *„Ortskräfte"* bezeichnet; diese wahrheitswidrige Behauptung führt zu einer Diffamierung, da die Mehrheit der Migranten schon nicht als Fachkräfte kommen:

> *„Leistungsträger ‚flüchten' – Bildungsferne & kulturfremde Migranten wandern ein! Wenn nicht gerade zufällig ein G7-Gipfel drei Tage lang für sichere Grenzen sorgt dann nimmt die ungebremste Massenmigration nach Deutschland ihren Lauf. [...] Eingewandert sind überwiegend Bevölkerungsgruppen, die von den Altparteien als ‚Fachkräfte' oder ‚Ortskräfte' bezeichnet werden. Studien belegen, dass diese Migrantenkategorie eine lebenslange Nettobelastung für die Volkswirtschaft darstellt, ganz zu schweigen davon, dass sie nicht ansatzweise den Fachkräftemangel beheben könnten!"*[1127]

Alexander Wiesner (MdL SN und damaliger Landesvorsitzender der JA SN) veröffentlichte am 13. Juli 2023 auf Instagram eine Grafik eines Zeitungsartikels, der die Schließung eines Schwimmbads im Berliner Stadtbezirk Neukölln aufgrund von Personalmangel thematisiert. Als Schriftzeile eingefügt enthält die Abbildung die Aussage:

> *„Deutsche Migrationspolitik 2023: Ein Freibad voller ‚Fachkräfte' ... und dennoch Personalmangel"*[1128]

Wiesner kommentierte dies in seinem Beitrag folgendermaßen:

> *„Fachkräfte wohin man blickt und trotzdem #Personalmangel. #Migration ist Teil des Problems und nicht der Lösung!"*[1129]

Wiesner verknüpft hier die Schließung des Freibads sachfremd mit dem Thema Migration. Migrantinnen und Migranten, die er hämisch als *„Fachkräfte"* bezeichnet, werden so für beliebige gesellschaftliche Missstände verantwortlich gemacht.

Miguel Klauß (MdL BW) erklärte in einem Kommentar zu einem eigenen Facebook-Beitrag, man könne *„fertig sozialisierte Analphabeten aus fremden Kulturen und Religion nicht integrieren"*.[1130]

[1127] Bernhard, Marc: Telegram-Beitrag vom 04.07.2022, abgerufen am 06.07.2022.
[1128] Wiesner, Alexander: Instagram-Eintrag vom 13.07.2023, abgerufen am 13.07.2023.
[1129] Ebd.
[1130] Klauß, Miguel: Kommentar zum Facebook-Eintrag vom 09.11.2022, abgerufen am 10.11.2022.

Der AfD-Kreisverband Offenbach-Land (HE) veröffentlichte als Reaktion auf einen BILD-Artikel mit der Überschrift „*Grüne gegen Grenzkontrollen in Europa*" am 15. September 2023 einen Facebook-Beitrag, in dem angesichts der Migrationspolitik die „*Zerstörung der Gesellschaft*" und ein „*kulturelle[r] Niedergang*" prognostiziert wurde:

> „*Sie wollen ihre abstrusen Vorstellungen von Multikulti auf Teufel komm raus durchsetzen, auch wenn es den Wohlstand unseres Landes und seiner Bürger kostet, die Zerstörung der Gesellschaft nach sich zieht und kulturellen Niedergang bedeutet. Diese Partei will Deutschland, so wie wir es kennen und lieben, vernichten.*"[1131]

Die AfD-Landtagfraktion Baden-Württemberg schrieb im Oktober 2023 auf Facebook:

> „*Unter der Kanzlerschaft von Angela Merkel und der Großen Koalition mussten wir 2015 und seitdem alle Jahre wieder grenzenlose Einwanderung mitansehen. Wir öffnen unsere Grenzen, damit der Tsunami an Asylfordern und Ersetzungsmigranten aus dem arabischen und afrikanischen, wohl gemerkt: nicht aufgeklärten Kulturräumen in unser abendländisches Land einmarschieren darf. Dabei importieren wir uns nicht nur gewaltbereit Straftäter und Kulturterroristen, sondern vor allem Konflikte, die nicht die unsere sind: darunter auch der seit Jahrhunderten schwelende Konflikt zwischen Muslimen und Juden im Nahen Osten und seit 70 Jahren jener zwischen Palästinensern und Israelis im gelobten Land. Die katastrophalen und mittlerweile die BRD selbst gefährdenden Folgen können wir momentan tagtäglich auf den Straßen sehen. Es waren unsere vermeintlichen Volksparteien, welche mit ihrer Politik der offenen Grenzen dem Antisemitismus und ihren Anhängern den Boden bereiten.*"[1132]

Die Aussagen unterstellen pauschal und in verunglimpfender und teils rassistischer Weise, Zugewanderte seien aufgrund ihrer Herkunft intellektuell rückständig und ihre Aufnahme in das deutsche Bildungssystem bzw. in die deutsche Gesellschaft führe unweigerlich – und zwar unabhängig von Integrations- der Förderbemühungen – zur dauerhaften Absenkung des hiesigen Bildungs- und Kulturstandards.

[1131] AfD Offenbach-Land: Facebook-Eintrag vom 15.09.2023, abgerufen am 18.09.2023.
[1132] AfD-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg: Facebook-Eintrag vom 15.10.2023, abgerufen am 17.11.2023. (Doppelverwendung des Belegs aus Kapitel E. I. 1. a. bb.)

Ähnliche Botschaften sind auch folgenden Aussagen zu entnehmen:

Alexander Wiesner (MdL SN) veröffentlichte am 6. Juli 2023 auf Instagram folgende Aussage:

> *„Linke Politik: Deutschland wird immer älter, deshalb müssen wir unentwegt Analphabeten aus dem Ausland importieren, deren Hemmschwelle zu Gewalt noch niedriger ist als deren Bildungsgrad. Verstehe."*[1133]

Auch Maximilian Krah (zum damaligen Zeitpunkt Bundesvorstandsmitglied und MdEP, mittlerweile MdB, SN) äußerte sich auf Twitter als Reaktion auf einen Artikel, der das Bildungsniveau unter Migranten thematisiert, fremdenfeindlich:

> *„Das Gerede von Fachkräften war immer eine Lüge. und sie werden sich auch nicht integrieren, weil das ohne Qualifikation nicht geht. Hier ist der falsche Platz für die. Sie müssen zurück: unseretwegen und ihretwegen."*[1134]

Enxhi Seli-Zacharias (MdL NW) stellte in einem Facebook-Beitrag der Fraktion vom 23. Juni 2022 den *„Umgang mit Testosteron"* in einen Zusammenhang zur ethnischen Herkunft:

> *„++ Urlaub? Fremde Kulturen trifft man doch auch im Freibad ++ Früher musste man als Deutscher nach Nordafrika fliegen, um zu erleben, wie ungezwungen Männer dort mit ihrem Testosteron umgehen. Und um zu bestaunen, wie anders patriarchalische Strukturen das Verständnis von Männlichkeit prägen, bereiste man neugierig den arabischen Raum. ‚Heute reicht dafür ein Besuch im nächsten Freibad', kommentiert unsere integrationspolitische Sprecherin, Enxhi Seli-Zacharias, in Anbetracht der jüngsten Freiluft-Massenschlägerei unter rund einhundert ‚jungen Männern' in Berlin. ‚Die Deutschen haben zwar nicht danach verlangt, diese Kulturkreise in Scharen in ihr Land zu holen, aber, wie sagte es Merkel doch gleich? Jetzt sind sie halt da.'"*[1135]

Seli-Zacharias instrumentalisiert Ausschreitungen in deutschen Schwimmbädern, um Menschen mit arabischem oder nordafrikanischem Hintergrund kollektiv eine primitive, rückständige und gewaltaffine Machokultur zuzuschreiben.

[1133] Wiesner, Alexander: Instagram-Beitrag vom 06.07.2023, abgerufen am 06.07.2023.
[1134] Krah, Maximilian: Tweet vom 14.04.2023, abgerufen am 17.04.2023.
[1135] Seli-Zacharias, Enxhi: Facebook-Eintrag vom 23.06.2022, abgerufen am 23.06.2022.

Andreas Galau, stellvertretender AfD-Landesvorsitzender Brandenburg und Landtagsabgeordneter, äußerte in seinem Redebeitrag am 3. Juni 2022 auf dem „Bayerisch-Brandenburgischen AfD-Infoabend“:

„Auch bei der Einwanderung hat die AfD bei allen Kritikpunkten bei der bewusst ungesteuerten gesellschaftszerstörende Zuwanderung illegaler Migranten Recht behalten. Millionen von Menschen wurden ohne Rücksichtnahme auf Qualifikation und kultureller Kompatibilität in unser kleines Land geschleust. […] Auch hier wieder: mit einer AfD in Regierungsverantwortung hätte es eine Massenzuwanderung niemals gegeben!“[1136]

Auch hier wird eine angebliche kulturelle Inkompatibilität pauschal als mitursächlich für die behauptete Zerstörung der Gesellschaft infolge der Migration genannt. Die essenzielle kulturelle Unvereinbarkeit ist aus dieser Perspektive kennzeichnend für die Zugewanderten und insoweit in ihrer sozial negativen Auswirkungsdimension unabänderlich, weshalb beim Rezipienten solcher Aussagen der Eindruck entsteht, sich allein schon wegen der Herkunft der Migranten gegen diese sperren zu müssen.

Am 8. Januar 2023 postete Jan Moldenhauer (MdL ST) auf Facebook zu der medial debattierten Frage „Was tun nach Krawallen an Silvester?“ folgende Aussage:

„Klare Frage, klare Antwort: Illegale und kulturfremde Zuwanderer sofort millionenfach abschieben!“[1137]

Moldenhauer fordert millionenfache Rückführungen aufgrund einer angeblichen Kulturfremdheit, nicht jedoch auf Grundlage individueller rechtsstaatlicher Entscheidungen. Damit konstruiert er einen Antagonismus zwischen *„kulturnaher“* Zuwanderung, die willkommen scheint, und *„kulturfremde[r]“* Migration, die abzulehnen sei. Moldenhauers vermeintliche Einschränkung auf *„illegale“* Zuwanderer kann im Lichte der Gesamtaussage nicht darüber hinwegtäuschen, dass bestimmte Bevölkerungsgruppen systematisch rückgeführt werden sollen, unabhängig von ihrer individuellen und vom Gesetz festgelegten Schutzbedürftigkeit. Dies geht mit einer grundsätzlichen Schlechterstellung solcher Bevölkerungsgruppen einher und verletzt die Menschenwürde.

[1136] Galau, Andreas: „Bayerisch-brandenburgischer Info-Abend der AfD am 3.6.in München. ‚West trifft Ost‘“ vom 06.06.2022; veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „AfD Kreisverband Bad Tölz“, abgerufen am 07.06.2022.

[1137] Moldenhauer, Jan: Facebook-Eintrag vom 08.01.2023, abgerufen am 10.01.2023.

Ebenfalls teilte Jan Moldenhauer (MdL ST) am 11. Juni 2022 auf Facebook einen Presseartikel über die Rückführung von illegal nach Großbritannien eingereisten Migrantinnen und Migranten. In seinem Kommentar dazu nahm er insbesondere daran Anstoß, dass es sich um „*kulturfremde*" Menschen handle:

> „*Großbritannien macht es richtig und schiebt illegale Zuwanderer nach Ruanda ab. Daran sollte sich Deutschland ein Beispiel nehmen. Die kulturfremden jungen Männer müssen zurück nach Afrika geschickt werden, denn dort gehören sie hin.*"[1138]

Die zitierten Aussagen schreiben Geflüchteten und Migrantinnen und Migranten pauschal ein niedriges Bildungsniveau, gänzlich fehlende Qualifikationen sowie letztlich geringe kognitive Fähigkeiten zu.

Dennis Hohloch (MdL BB, Bundesschriftführer) sprach sich auf einer Veranstaltung am 25. August 2024 in Brandenburg an der Havel (BB) für eine Ungleichbehandlung hinsichtlich der Bildung nicht-deutscher Kinder aus, indem er ihnen bei Fehlverhalten das Recht auf Bildung verwehren will:

> „*Kein Schüler, der kein Deutsch kann, wird jemals wieder eine deutsche Klasse mehr von innen sehen, liebe Freunde! Wir werden eine Migrationsobergrenze von 10 Prozent einführen. Und noch wichtiger: Wir werden diesen Schülern, die rauben, die klauen, die deutsche Schüler drangsalieren, […] als ‚scheiß Deutsche' bezeichnen und den Schulfrieden stören, diesen Schülern werden wir das Recht auf Bildung aberkennen, sie von der Präsenzpflicht entbinden […] und auch diese Schüler werden auf Dauer eine deutsche Schule nicht mehr von innen sehen und es ist nicht unser Problem, wie diese Eltern ihre Kinder beschulen. […] Damit die Eltern auch mal einen Anreiz haben, ihren Mohammed und ihren Ali ordentlich zu erziehen, werden wir diesen Eltern das Kindergeld und die Sozialhilfe so lange kürzen, bis der nicht in der Lage ist an einer deutschen Schule unterrichtet zu werden […] und dann wollen wir mal sehen, wie lange wir noch Probleme an unseren Schulen haben, die so aussehen.*"[1139]

Mit dem Ausschluss von Schülern, die kein Deutsch sprechen, vom Schulsystem, macht Hohloch deutlich, dass es ihm gerade nicht darum geht, diese zu integrieren.

[1138] Moldenhauer, Jan: Facebook-Eintrag vom 11.06.2022, abgerufen am 15.06.2022.
[1139] Hohloch, Dennis: Aussagen auf dem AfD Familienfest in Brandenburg (Havel) am 25.08.2024; veröffentlicht in: www.youtube.com am 25.08.2024, Kanal: „Björn Banane", abgerufen am 02.09.2024.

Denn gerade der Schulbesuch stellt einen wesentlichen Faktor für gelungene Integration dar. Sodann suggeriert er, dass strafrechtlich relevantes Verhalten an Schulen vornehmlich von Migrantinnen und Migranten ausgehe und dies in der mangelhaften Erziehung durch ihre Eltern begründet sei, die hierfür sogleich durch die Kürzung von Sozialleistungen – deren Bezug er unterstellt – mit verantwortlich gemacht werden. Damit zeichnet er das pejorative Bild einer durchgehend fehlenden Integrationsfähigkeit und -willigkeit von Migrantinnen und Migranten.

ff. Forderung kollektiver Rückführungsmaßnahmen

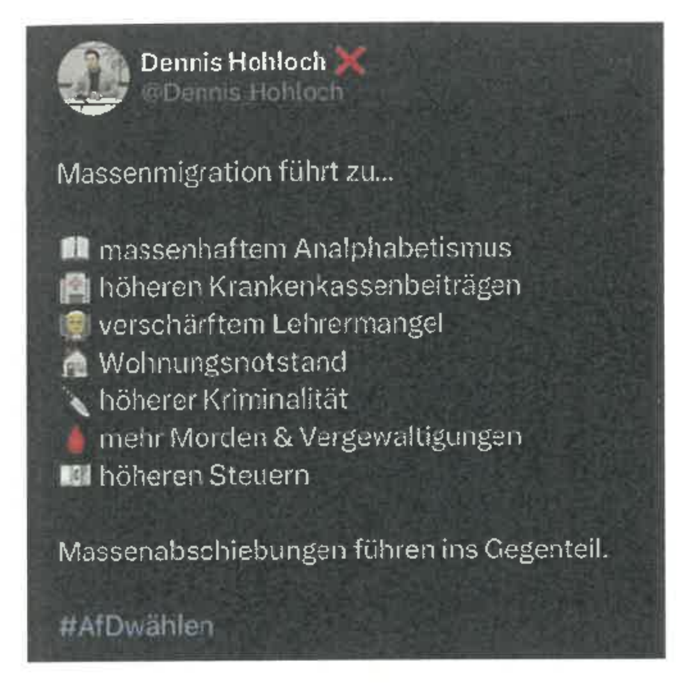
Überdies findet sich in der AfD eine Vielzahl von Äußerungen, die auch nach der Verdachtsfalleinstufung die kollektive Rückführung von Ausländern oder Deutschen mit Migrationsgeschichte fordern. Anders als in dem Unterkapitel Ethnisch-abstammungsmäßige Aussagen und Positionen (E. I. 1. a.) knüpfen die hier ausgewerteten Aussagen aber nicht primär an einen vermeintlichen Austausch der Bevölkerung an, sondern fordern die Rückführung all jener, die für empfundene Probleme in Deutschland verantwortlich gemacht werden, und bringen insofern eine fremdenfeindliche Haltung zum Ausdruck.

Am 14. August 2023 schrieb der AfD-Bundesverband auf Facebook:

> *„Gewaltdelikte steigen um 38 Prozent: Sichere Bahnhöfe gibt es nur mit Abschiebungen!*
> *Mit der Ampel-Regierung werden unsere Bahnhöfe und Züge zu Angsträumen!*
> *[...] Die politischen Reaktionen seitens der etablierten Parteien und der Polizeifunktionäre sind vorhersehbar: Es ist eine Mischung aus Verharmlosung, Beschweigen und Ablenkung. Zur Kategorie ‚Ablenkung' gehört die Forderung der Deutschen Polizei-Gewerkschaft, 3500 zusätzliche Beamte für den ‚bahnpolizeilichen Bereich' bereitzustellen. Das geht völlig am Kern des Problems vorbei: Wir brauchen diese Beamten nicht auf den Bahnhöfen, sondern an den Grenzen und am Abschiebeflughafen – damit das Gewalt- und Messerstecher-Klientel gar nicht erst nach Deutschland kommen und hier verweilen kann. Anstatt unsere Bahnhöfe und Freibäder zu Sicherheitstrakten zu machen, muss das Problem an der Wurzel gepackt werden. Diese Wurzel heißt: Massenmigrations-Ideologie!"*[1140]

[1140] AfD: Facebook-Eintrag vom 14.08.2023, abgerufen am 19.10.2023.

Der Bundesschriftführer Dennis Hohloch (MdL BB) befürwortete in einem Facebook-Post vom 25. Mai 2023 anhand folgender Grafik *„Massenabschiebungen"*[1141]:



In der Gesamtschau sind die Äußerungen des Bundesverbands der AfD und ihres Bundessschriftführers geeignet, Migrantinnen und Migranten als Hauptursache für Unsicherheit, Kriminalität und wirtschaftliche Nachteile darzustellen. Sie suggerieren, das Land werde sicherer und ökonomisch erfolgreicher, wenn Migrantinnen und Migranten massenweise in ihre Herkunftsländer abgeschoben würden, und zielen insofern darauf ab, Ablehnung gegenüber dieser Gruppe hervorzurufen und sie als Menschen zweiter Klasse abzuwerten.

In einem Facebook-Beitrag vom 6. Oktober 2023 schrieb der AfD-Bundesverband:

> *„Denn die genauere Aufschlüsselung der Zahlen zeigt, in welchem Ausmaß wir von sogenannten ‚Flüchtlingen' verhöhnt und betrogen werden: Mehr als die Hälfte (52,4%) der volljährigen Asylbewerber konnte im ersten Halbjahr 2023 keine Identitätspapiere vorweisen. Bei den Syrern sind es 36 Prozent, bei den Afghanen 64 Prozent und bei den Somaliern sage und schreibe 92 Prozent! Man kann wohl kaum davon ausgehen, dass all die Somalier ihren Pass ‚versehentlich' verloren haben. Dabei ist die hohe Zahl der unregistrierten Somalier*

[1141] Hohloch, Dennis: Facebook-Eintrag vom 25.05.2023, abgerufen am 18.10.2023.

sehr beunruhigend, denn immer wieder fallen gerade Somalier mit erschreckenden Gewaltverbrechen auf.“[1142]

Eine beigefügte Grafik enthält die Aussage *„Kein Pass? Gute Heimreise!“*[1143]

Hier stellt die AfD alle Ausländer, die keinen Pass vorzuweisen haben, als Personen dar, die das deutsche Migrationssystem verhöhnen oder betrügen, und fordert entsprechend undifferenziert für alle – ungeachtet etwaiger Asylgründe – die Abschiebung.

Der AfD-Bundesverband verwendete in einem Facebook-Beitrag vom 25. September 2023 die Parole *„Abschieben schafft Wohnraum“*:



„Statt sinnlosem Wohnungsbaugipfel: Abschieben schafft Wohnraum! […] Wenn jährlich Hunderttausende oder gar Millionen nach Deutschland einreisen, ohne dass Wohnungen in gleicher Zahl gebaut werden, dann ist eben nicht mehr genug Wohnraum da. Woraufhin aufgrund der steigenden Nachfrage auch die Mieten anziehen. Das Ergebnis: Bis 2025 könnten laut Berechnungen des Spitzenverbandes der Wohnungswirtschaft (GdW) bis zu eine Million Wohnungen fehlen. Doch anstatt überhaupt darüber zu sprechen, wie man dieses Problem durch konsequente Abschiebungen und geschützte Grenzen reduzieren kann, veranstalteten die etablierten Parteien einen sinnlosen ‚Wohnungsbaugipfel‘ und beschließen brutale Reglementierungen zu Lasten der Deutschen.“[1144]

Der Bundesschatzmeister Carsten Hütter (MdL SN) veröffentlichte den Beitrag am selben Tag ebenfalls auf seiner Facebook-Seite.[1145]

Roger Beckamp (zum damaligen Zeitpunkt MdB, NW) und Matthias Helferich (zum damaligen Zeitpunkt fraktionsloser MdB und AfD-Mitglied, seit 2025 Mitglied der AfD-

---

[1142] AfD: Facebook-Eintrag vom 06.10.2023, abgerufen am 19.10.2023.
[1143] Ebd.
[1144] AfD: Facebook-Eintrag vom 25.09.2023, abgerufen am 19.10.2023.
[1145] Hütter, Carsten: Facebook-Eintrag vom 25.09.2023, abgerufen am 17.10.2023.

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung des BfV

Bundestagsfraktion, NW) griffen ebenfalls den Slogan *„Abschieben schafft Wohnraum“* [1146] bzw. *„Remigration schafft Wohnraum“*[1147] auf.

Auch Reimond Hoffmann, Landesvorstandsmitglied der AfD Baden-Württemberg, verwendete den Slogan im August 2022 auf Facebook:

> *„Wir haben Platz‘ schreien sie. ‚Wohnraum ist zu teuer‘ schreien sie auch. Wir haben die Lösung: Abschieben schafft Wohnraum!“*[1148]

Marc Bernhard (MdB, BW)[1149],Stephan Brandner (MdB, TH und stellvertretender Bundessprecher)[1150] und Sebastian Münzenmaier (MdB, RP) [1151] teilten ebenfalls auf ihren Social-Media-Kanälen ein Bild mit der Losung *„Abschieben schafft Wohnraum!“*

Anhaltspunkte für gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtete Bestrebungen bietet diese Parole nicht wegen der inhaltlich zutreffenden Prämisse, dass der Zuzug unterzubringender Geflüchteter Wohnraum beansprucht, der insbesondere in urbanen Regionen knapp ist, sondern wegen der zur *„Lösung“* vorgeschlagenen Mittel: Die Parole *„Abschieben schafft Wohnraum“* kann so verstanden werden, dass diese bei sachnaher Auslegung die Forderung impliziert, Abschiebungen nicht als Konsequenz einer rechtsstaatlichen Entscheidung im Einzelfall, sondern massenhaft zu einem dem Ausländerrecht fremden Zweck – nämlich zur Gewinnung von Wohnraum für die autochthone Bevölkerung und damit auf Grundlage sachfremder Erwägungen – durchzuführen und ist überdies geeignet, massive Ablehnung gegenüber Personen mit Migrationsgeschichte hervorzurufen, da sie als gewichtige wenn nicht gar ausschließliche Ursache für Missstände am Wohnungsmarkt empfunden werden sollen.

Birgit Bessin (zum damaligen Zeitpunkt MdL, seit 2025 MdB, BB) verband die oben genannte Parole *„Abschiebung schafft Wohnraum“* mit einer pauschalen Abwertung von Migrantinnen und Migranten in ihrer Rede auf der Kundgebung *„Der Kanal ist voll – Aufnahmestopp jetzt!“* am 5. September 2023 in Zossen (BB):

[1146] Beckamp, Roger: Telegram-Beitrag vom 05.08.2022, abgerufen am 15.08.2022.
[1147] Helferich, Matthias: Instagram-Story vom 28.02.2024, abgerufen am 29.02.2024.
[1148] Hoffmann, Reimond: Facebook-Eintrag vom 02.08.2022, abgerufen am 10.08.2022.
[1149] Bernhard, Marc: Telegram-Beitrag vom 23.03.2023, abgerufen am 13.04.2023.
[1150] Brandner, Stephan: Telegram-Beitrag vom 01.08.2024, abgerufen am 16.09.2024.
[1151] Münzenmaier, Sebastian: Facebook-Eintrag vom 04.05.2024, abgerufen am 06.05.2024.

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung des BfV

„Abschiebung schafft bezahlbaren Wohnraum und sie schafft vor allem wieder rechtsstaatliche Zustände in Deutschland! Und sie schafft vor allem auch Sicherheit, denn die Fachkräfte des Todes haben in Deutschland einfach nichts zu suchen und das muss man so deutlich auch aussprechen. […] Deswegen, liebe Freunde wird es Zeit für einen AfD-Innenminister, es wird Zeit für ein Abschiebeministerium in Brandenburg und guten Flug nach Hause! […] Migrantenrevolte arabischer Zuwanderer aus dem Maghreb, unintegriert, die unsere westlichen Werte ablehnen, die auch unseren Staat und unseren Rechtsstaat ablehnen. Das, was gerade in Frankreich passiert ist, ist nur eine Frage der Zeit, wann und wo damit in Deutschland zu rechnen ist, wo wir und wann wir das in Deutschland erleben werden, wenn dieser Politik nicht endlich schnell Einhalt geboten wird. Denn die Explosion zugewanderter Kriminalität, die haben wir auf jeden Fall an Silvester erlebt in Berlin. […] Ich danke euch, dass ihr hier seid, dass ihr uns gemeinsam als letztes Bollwerk für Deutschland gegen diese Migration, gegen diese Massenmigration unterstützt."[1152]

Nicole Hess (Beisitzerin im AfD-Landesvorstand Hessen und mittlerweile MdB, HE), trat im Februar 2024 als AfD-Kandidatin zur Bürgermeisterwahl in Flieden (HE) an. In einem Interview erklärte sie zu den Inhalten ihrer Agenda unter anderem das Vorhaben, pauschal Mietverträge für Unterkünfte von Geflüchteten kündigen zu wollen, um so einer vermeintlichen *„Überfremdung"* entgegenwirken zu wollen:

„Stärkung des Heimatgefühls in der Gemeinde. Die Überfremdung stoppen. Das bedeutet auch, die Mietverträge der Sammelunterkunft zu überprüfen und falls möglich, unter Beachtung aller gesetzlichen Fristen, zu kündigen."[1153]

In einem Tweet vom 28. März 2023 antwortete Jean-Pascal Hohm (Vorsitzender des AfD-Kreisverbands Cottbus und seit Oktober 2024 MdL BB) auf einen Tweet des Bundeskanzlers zu Diskussionsinhalten aus dem Koalitionsausschuss:

„Ok. Macht ihr jetzt endlich auch mal etwas gegen die Überfremdung unserer Heimat?"[1154]

[1152] Bessin, Birgit: Livestream zur Rede auf der Kundgebung „Der Kanal ist voll – Aufnahmestopp jetzt", veröffentlicht in: Facebook-Eintrag vom 05.09.2023, Kanal: „Birgit Bessin", abgerufen am 17.10.2023.

[1153] Osthessen-News: „Bürgermeisterwahl am Sonntag - Der Kandidaten-Check (2): Nicole Hess (AfD)" vom 20.02.2024, in: https://m.osthessen-news.de, abgerufen am 20.02.2024.

[1154] Hohm, Jean-Pascal: Tweet vom 28.03.2023, abgerufen am 12.04.2023.

Der AfD-Kreisverband Bodensee (BW) verbreitete auf Telegram am 18. September 2024 einen Videobeitrag des Accounts Wilhelm Kachel unter der Überschrift: *„Keine Lust deine Heimat zu verlieren? Dann wähl mit beiden Stimmen blau!“*

In dem mit künstlicher Intelligenz erstellten Video wird eine vermeintlich stattfindende Überfremdung dargestellt. So wird unter anderem eine große Zahl muslimischer Männer auf Gebetsteppichen gezeigt, die auf dem Platz einer offenkundig deutschen Innenstadt gemeinschaftlich beten. Die dargestellten Szenen sind mit folgendem Textbeitrag unterlegt:

> *„Du liebst deine Heimat. Du liebst Deutschland. Hier bist du zu Haus. Aber Deutschland hat sich verändert. Es ist fremder geworden. An manchen Orten fühlt es sich gar nicht mehr nach zu Hause an. Dort, wo kein Deutsch mehr gesprochen wird und fremde Kulturen längst dominieren. Doch diese Entwicklung ist keinesfalls alternativlos. Die Lösung heißt Remigration. […] Hilf auch du, das möglich zu machen, was alle für unmöglich halten. Hilf auch du, Deutschland zu retten.“*[1155]

[1155] AfD Bodensee: Telegram-Beitrag vom 18.09.2024, abgerufen am 21.10.2024.



Damit kritisiert der Kreisverband gerade nicht etwa nur Probleme bei der Integration, sondern bringt zum Ausdruck, dass er sich bereits durch die bloße Anwesenheit von Menschen aus *„fremden Kulturen“* gestört fühlt und diese ausweisen möchte, um dadurch nicht weniger als die Rettung Deutschlands zu erzielen.

Robert Teske, der ausweislich des Internetauftritts der AfD-Fraktion im Thüringer Landtag zum damaligen Zeitpunkt als Büroleiter[1156] des Fraktionsvorsitzenden Björn Höcke (MdL TH) fungierte und mittlerweile selbst als Abgeordneter dem Bundestag angehört, teilte in einem Tweet vom 17. September 2023 einen Comic, in welchem Ausländer schwer verunglimpft werden:

[1156] AfD-Fraktion im Thüringer Landtag: „Mitarbeiter“ vom 28.12.2023, in: https://afd-thl.de, abgerufen am 28.12.2023.



Doch noch immer gibt es illegale Einwanderer und kriminelle Ausländer sowie abgelehnte Asylbewerber in Neustadt…



[1157]

In der Darstellung werden die genannten Personengruppen pauschal als Straftäter diffamiert und als *„Kanaken"* abgewertet. Zugleich wird mit dem *„Abschiebeexpress"* die daran geknüpfte Rechtsfolge deutlich, die beinhaltet, diese Personen kollektiv ohne Einzelfallprüfung abzuschieben. Eine Szene (*„nach Syrien fährt ein Sonderzug"*) ist zudem dazu geeignet, Assoziationen zu Deportationen durch die Nationalsozialisten zu wecken. Die in einem anderen Panel dargestellten Menschen im letzten Waggon des zuvor benannten *„Sonderzugs"* werden zudem stereotypisiert und objektifiziert.

[1157] Teske, Robert: Tweet vom 17.09.2023, abgerufen am 20.09.2023.

Im gleichen Stil dieser Benjamin Blümchen-Parodie verbreitete der AfD-Kreisverband Böblingen (BW) am 23. September 2023 auf TikTok einen fremdenfeindlichen Videobeitrag. Hierin wird der Elefant „*Grenzjamin*“ von Zootieren zur Hilfe gerufen, weil diese von einem „*illegale[n] Migrant[en]*“, dargestellt als rassistische Karikatur, angegriffen würden: „*Hilf uns Grenzjamin. Der illegale Migrant hat unsere Freunde angegriffen.*“ Das Video endet mit der Abschiebung des „*gewalttätige[n] Migrant[en]*“ durch den Elefanten „*Grenzjamin*“.[1158]

Das damalige Bundesvorstandsmitglied Christina Baum (MdB, BW/ST) unterstellte in einem Facebook-Beitrag vom 2. November 2022 der Bundesregierung die gezielte Ersetzung des deutschen Volkes durch Migranten und forderte die Entwicklung hin zu einem „*Abschiebeland*“:

> „*Pulverfass Migration - voll ist voll. In riesengroßen Schritten treibt unsere Regierung die Selbstzerstörung Deutschlands immer weiter voran. Habeck katapultiert uns zurück in die Steinzeit, Lauterbach nimmt uns die Grundrechte und Frau Faeser ersetzt unser deutsches Volk. Die Aufnahmeeinrichtungen sind voll, deutsche Städte ächzen unter dem massiven illegalen Ansturm, vor allem aus Afrika und dem Nahen Osten, und Frau Faeser reibt sich die Hände und schaut einfach weg. […] Was Deutschland jetzt braucht, ist ein sofortiger Paradigmenwechsel – es muss endlich zu einem Abschiebeland werden.*“[1159]

Der damalige Bundestagsabgeordnete und Leiter der bundesweit tätigen innerparteilichen Gruppierung Russlanddeutsche in der AfD, Eugen Schmidt (NW), entgegnete in einer Instagram-Story vom Juni 2022 auf das Eintreten der Antidiskriminierungsbeauftragten Ferda Ataman für Deutschland als „modernes Einwanderungsland“:

> „*Ich sage: Deutschland zu einem modernen Rückführungsland machen!*“[1160]

Am 3. Juni 2022 fand in Bayern unter dem Motto „West trifft Ost“ ein „Bayerisch-Brandenburgischer AfD-Infoabend“ statt, auf dem Birgit Bessin (zum damaligen Zeitpunkt

---

[1158] AfD Kreisverband Böblingen: Videobeitrag; veröffentlicht in: TikTok-Eintrag vom 23.09.2023, Kanal: „afd_kv_boeblingen“, abgerufen am 15.03.2024.
[1159] Baum, Christina: Facebook-Eintrag vom 02.11.2022, abgerufen am 04.11.2022.
[1160] Schmidt, Eugen: Instagram-Story vom 10.07.2022, abgerufen am 11.07.2022.

AfD-Landesvorsitzende und MdL, mittlerweile MdB, BB) in ihrer Rede eine *„Abschiebeoffensive"* forderte.[1161]

Marvin Weber äußerte im Juli 2022 auf Telegram:

> *„Wir brauchen dringend eine Abschiebekultur! Wir sind nicht das Sozialamt der Welt. Wir sind nicht der historische Müllhaufen für alle Verbrechen dieser Welt."*[1162]

Diese Äußerung spricht explizit von *„Müllhaufen für Verbrechen dieser Welt"*, bedeutet aber in der Konsequenz, dass die Menschen, die nach Deutschland migrieren, in den Augen Webers *„Müll"* sind. Er beschreibt sie hier in abschätzigster Weise und spricht ihnen ihre Menschenwürde ab.

Die zitierten Aussagen und Verlautbarungen, die auf Begrifflichkeiten wie *„Abschiebeparty"*, *„Abschiebekultur"*, *„Abschiebeoffensive"* oder Transformation Deutschlands zu einem *„modernen Rückführungsland"* rekurrieren, sind im Gesamtkontext so zu verstehen, dass sie groß angelegte Rückführungen tendenziell unabhängig von der individuellen und vom Gesetz festgelegten Schutzbedürftigkeit, sondern orientiert am Herkunftsland anstreben. Die Forderungen beschränken sich nämlich nicht etwa auf die beschleunigte Bearbeitung von Asylanträgen und die zeitnahe Rückführung nach einem ablehnenden Bescheid, sondern fußen auf einer vermeintlich grundsätzlichen Inkompatibilität bestimmter Bevölkerungsgruppen und der damit einhergehenden Überfremdung, die es rückgängig zu machen gelte.

In Fortführung dieser Logik fordern viele in der AfD eine sogenannte Remigration. Dieser Begriff wurde insbesondere von der rechtsextremistischen Identitären Bewegung geprägt und vielfach in rechtsextremistischen Kreisen rezipiert. In diesem Kontext meint er eine systematische Rückführung von Menschen mit Migrationsgeschichte. „Remigration" gilt innerhalb der verfassungsschutzrelevanten Neuen Rechten als Antwort auf den vermeintlichen Bevölkerungsaustausch.[1163] Dies bietet Anhaltspunkte für Bestrebungen gegen die Menschenwürde, da letztlich die Ausweisung derjenigen Bevölkerungsteile aus Deutschland und Europa gefordert wird, die

---

[1161] Bessin, Birgit: „Bayerisch-brandenburgischer Info-Abend der AfD am 3.6.in München. ‚West trifft Ost'" vom 06.06.2022; veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „AfD Kreisverband Bad Tölz", abgerufen am 07.06.2022.

[1162] Weber, Marvin: Telegram-Beitrag vom 09.07.2022, abgerufen am 26.07.2022.

[1163] OVG Berlin-Brandenburg, Beschl. v. 23.06.2021, OVG 1 N 96/20, juris, Rn. 10; VGH München, Beschl. v. 28.02.2020, 10 CE 19.2517, juris, Rn. 17; VG Köln, Urt. v. 08.03.2022, 13 K 326/21, juris, Rn. 402.

den ethnokulturellen Kriterien der neurechten Szene nicht entsprechen.[1164] Durch diese Forderung, die primär für völkische Denkmuster spricht (vgl. dazu Kapitel E. I. 1. a.), kommt auch eine migranten- bzw. fremdenfeindliche Grundhaltung[1165] zum Vorschein.

In einem Facebook-Beitrag vom 13. Oktober 2023 schrieb der AfD-Bundesverband:

> *„Wir brauchen keine eingeflogenen Migranten, sondern Abschiebungen und konsequente Remigration!“*[1166]

Am 18. Dezember 2023 ging der AfD-Bundesverband auf Facebook folgendermaßen auf die Forderung nach „Remigration“ ein:

> *„Die #AfD wünscht einen schönen Tag der #Remigration!*
> *Wie heißt es so schön? Man soll die Feste feiern, wie sie fallen. Deshalb feiert die AfD heute mit Ihnen den ‚Tag der Remigration‘ – als Gegenentwurf zum sogenannten ‚Internationalen Tag der #Migranten‘ der Vereinten Nationen. Remigration und konsequente Abschiebungen waren schließlich noch nie so notwendig wie heute: Rund 300.000 ausreisepflichtige Ausländer halten sich rechtswidrig in Deutschland auf, Millionen von Migranten und Pseudoflüchtlingen werden mit ‚#Bürgergeld‘ durchgefüttert oder gar in Luxus-Hotels einquartiert.*
> *Zum Feiern gibt es infolgedessen für die einheimische Bevölkerung immer weniger: Die Messer-Kriminalität explodiert, Weihnachtsmarkte werden zum Gefahrenbereich, Freibäder verwandeln sich in arabische Besatzungszonen. Die als ‚radikal‘ gebrandmarkte Lösung entspricht dabei lediglich dem gesunden Menschenverstand: Geltendes Asyl- und Ausländerrecht muss eingehalten und durchgesetzt werden. Wer für seinen eigenen Lebensunterhalt aufkommt, sich anpasst und unsere Gesetze und Gebräuche respektiert, kann bleiben. Wer dazu nicht bereit oder in der Lage ist, dem weisen wir die Tür. #DeshalbAfD“*[1167]

Anlässlich der Landtagswahlen 2024 in Brandenburg, Thüringen und Sachsen veröffentlichten die dortigen Landesverbände der Jungen Alternative im Juli 2024 eine gemeinsame Jugendwahlkampagne unter dem Motto *„Können wir Deutschland noch*

[1164] Vgl. Kapitel E. II. Verbindungen zu Gruppierungen, Organisationen und Einzelpersonen aus dem rechtsextremistischen Spektrum, S. 698 ff.
[1165] Vgl. auch VG Köln, Urt. v. 13.10.2022, 13 K 4222/18, juris, Rn. 134.
[1166] AfD: Facebook-Eintrag vom 13.10.2023, abgerufen am 19.10.2023.
[1167] AfD: Facebook-Eintrag vom 18.12.2023, abgerufen am 19.12.2023.

retten? JA!“[1168] Die Kampagne besteht insbesondere aus kurzen Instagram-Stories[1169], JA-Wahlvideos[1170], einem Webgame[1171] und einem Musikvideo[1172]. Hierbei werden (vermeintliche) Kernpunkte der Wahlprogramme der AfD-Landesverbände sehr plakativ, vereinfachend und zielgruppengerecht im JA-eigenen Design dargestellt. Die Gesamtverantwortung liegt ausweislich des Impressums bei der JA Brandenburg.[1173] Begleitet wird die Kampagne mit dem Verkauf von Merchandise-Artikeln im JA-nahen Webshop „Patria-Laden“[1174], der vom IB-nahen Unternehmen „Kohorte UG“ betrieben wird.

Ein Element der Kampagne sind in Instagram-Stories hochgeladene 10 bis 15 Sekunden lange Videoclips.[1175] In den Clips werden Alltagssituationen bzw. -themen junger Menschen gezeigt, z. B. im Fitnessstudio, bei der Arbeit, in der gemeinsamen Freizeit beim Mopedfahren. Am Ende wird jeweils ein Wahlslogan genannt und eingeblendet (u. a. *„Mit Remigration beginnen?*“, *„Millionenfach abschieben?“)* und mit dem Ausruf „JA!“ abgeschlossen. Am Ende eines Gesamtvideos aller Clips wird die Verknüpfung zum AfD-Wahlkampf gezogen durch die Frage *„Zur Landtagswahl mit beiden Stimmen AfD wählen? JA!“*

Das im Rahmen der Kampagne veröffentlichte Computerspiel unter dem Titel „DeutschlandRETTER24“ kann gratis im Internetbrowser gespielt werden.[1176] Spielmechanisch handelt es sich dabei um ein simples Puzzlespiel: Der Spieler muss durch Verschieben jeweils drei gleichartige Symbole auf dem Spielfeld in eine Reihe bringen. Diese werden dadurch vom Spielfeld entfernt und bringen dem Spieler Punkte ein. Gestalterisch verbindet das Spiel Inhalte der Kampagne mit teils rechtsextremistischen Motiven aus der Internet-Meme-Kultur. Relevant ist dabei insbesondere die Verwendung des sogenannten Fukken-Memes, das ein Portraitbild eines nicht-weißen Mannes zeigt. Das Bild war als polizeiliches Phantombild eines einer

---

[1168] Deutschlandretten: „Deutschland retten!“ in: www.deutschlandretten.info, ohne Datum, abgerufen am 30.08.2024.
[1169] Deutschlandretter24: Instagram-Storys vom 25.08.2024, abgerufen am 26.08.2024.
[1170] „Wir sagen JA! Aber wozu eigentlich?“ vom 29.07.2024; veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „Junge Alternative Sachsen“, abgerufen am 29.08.2024.
[1171] Deutschlandretter24: Spiel „Deutschland retten?“, in: www.deutschlandretter24.fun vom 02.08.2024, abgerufen am 02.08.2024.
[1172] Deutschlandretter24: Musik-Video; veröffentlicht in: Instagram-Eintrag vom 25.08.2024, abgerufen am 26.08.2024.
[1173] Deutschlandretter24: „Impressum“, in: www.deutschlandretter24.fun, abgerufen am 02.09.2024.
[1174] Patria: „Junge Alternative“ vom 30.08.2024, in: www.patria-laden.com, abgerufen am 30.08.2024.
[1175] Deutschlandretter24: Instagram-Storys vom 25.08.2024, abgerufen am 26.08.2024.
[1176] Deutschlandretter24: Spiel „Deutschland retten?“, in: www.deutschlandretter24.fun vom 02.08.2024, abgerufen am 02.08.2024.

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung des BfV

Sexualstraftat Verdächtigten entstanden. Der Begriff „Fukken" geht auf die sexuellen Übergriffe im Rahmen der Silvesternacht 2015/16 in Köln (NW) zurück. Bei einem der migrantischen Verdächtigen wurde ein Zettel gefunden, der u. a. dieses Wort enthielt. Aus der Verbindung von Bild und Begriff ist ein häufig durch Rechtsextremisten genutztes Internet-Meme entstanden, das nicht-weiße Männer und im weiteren Sinne Migranten in herabwürdigender Weise pauschal als sexuell übergriffig bzw. als Sexualstraftäter diffamiert. Die korrekte Anordnung dieses Symbols im Spiel bringt dem Spieler dabei Punkte in der Kategorie *„abgeschoben"* ein.[1177]



Laut Anna Leisten (bis zuletzt Beisitzerin im JA-Bundesvorstand und Landesvorsitzende der JA Brandenburg) werden in dem Spiel die eigenen Inhalte in besonderer Weise deutlich. Das *„Hauptproblem"* sei, *„dass unsere Innenstädte und unser Land einfach so aussieht, wie es aussieht"*.[1178] Damit bezieht Leisten sich auf die Anwesenheit von Menschen mit vermeintlicher Migrationsgeschichte im Straßenbild. Die

[1177] Ebd.
[1178] Leisten, Anna: „#HW-262 ~ Interview mit Anna Leisten (JA-Brandenburg) über die JA-Kampagne: deutschlandretter24.fun"; veröffentlicht in: www.youtube.com am 07.08.2024, Kanal: „Honig Clips", abgerufen am 30.08.2024.

JA Thüringen bewarb das Spiel in einer Instagram-Story mit dem Kommentar „*Migrant Crush Saga*".[1179] Damit wird in zweideutiger Weise zum einen Bezug auf das populäre Spiel „Candy Crush Saga" genommen, dem das Spiel der JA nachempfunden ist. Wörtlich übersetzt wird damit jedoch zum anderen auch die Deutung „*Migranten zerstören / zerdrücken / zermalmen*" nahegelegt.

Das dritte wesentliche Element der Kampagne ist ein KI-generiertes Musikvideo mit dem Titel „*Wir schieben sie alle ab!*"[1180] In dem Video wird zu Partymusik eine „*Abschiebeparty*" ausgelassen tanzender Menschen, die das Stereotyp ethnisch deutsch aussehender Personen verkörpern, bei bildlicher Darstellung einer „*Abschiebungs-Airline*" gezeigt, mit der nicht-weiße Menschen abgeschoben werden. Zwischendurch wird eine Versammlung unzähliger Menschen vor dem Brandenburger Tor in Berlin gezeigt, bei der viele blaue Fahnen und Bundesflaggen geschwenkt werden. Das Video wurde von verschiedenen Plattformen gesperrt bzw. depubliziert, jedoch von verschiedensten Kanälen weiter neu veröffentlicht und geteilt und hat bislang Aufrufzahlen im hohen fünfstelligen Bereich.









Der Liedtext lautet auszugsweise wie folgt:

[1179] JA Thüringen: Instagram-Story vom 01.08.2024, abgerufen am 02.08.2024.
[1180] Deutschlandretter24: Musik-Video; veröffentlicht in: Instagram-Eintrag vom 25.08.2024, abgerufen am 26.08.2024.

„Ich hab dieses Gefühl, das wird hier heut nen riesen Ding, das ist die Abschiebeparty, ja das sagt mir mein Instinkt. Heut fliegen alle nach Haus, es hat sich hier keiner benommen, wir sind voll am Feuer, sie werden nie wiederkommen. [...] Das ist JA-Musik, bei uns da brennt jeder Club, es wird gefeiert wie noch nie, schmeiß die Hände in die Luft! Hey, jetzt geht's ab, wir schieben sie alle ab, sie alle! Hey, jetzt geht's ab, wir schieben sie alle ab, sie alle! [...] Die ganze Nacht Party, jetzt fliegt der Talahon nach Haus. Wir haben den Aperol mitgebracht, der Spritzkrieg findet kein Ende. Wir rasten richtig aus, wir schlagen voll über die Stränge. L'amour toujours wird aufgedreht, die Menge, die flippt aus, wir nehmen uns in den Arm und schreien ‚döp dödö döp'! [...] Festung Europa, macht die Grenzen dicht, Festung Europa, macht die Grenzen dicht! Wer es gut mit Deutschland meint, fordert Remigration, millionenfache Remigration."[1181]

Außerdem wird ein Originalton Martin Sellners eingespielt, der sagt:

„unser Feind ist ein System, das uns den Bevölkerungsaustausch, die Islamisierung aufzwingt".[1182]

Ideologischer Schwerpunkt der „Deutschlandretter"-Kampagne ist die Agitation gegen Migrantinnen und Migranten und die Forderung nach *„millionenfacher Remigration"*. Alle anderen Inhalte der Kampagne werden im Vergleich dazu nachrangig thematisiert. Insbesondere Text und grafische Gestaltung des Musikvideos verdeutlichen, dass die geforderte „Remigration" keine Abschiebungen in einem rechtsstaatlichen Rahmen zur Folge haben sollen, sondern als Ausdruck eines ethnisch-nationalistischen Staatsvolksverständnisses zu deuten sind: Menschen, die in diesem Verständnis nicht als deutsch gelten, müssten demnach massenhaft aus Deutschland abgeschoben bzw. vertrieben werden, um eine weitgehend ethnisch-homogene Volkszusammensetzung zu erreichen.

Der Bundesvorstand der AfD distanzierte sich weder von den Inhalten der Kampagne noch von dem KI-generierten Lied *„Wir schieben sie alle ab!"* Stattdessen wurde durch die JA Brandenburg im August 2024 ein Instagram-Reel veröffentlicht, welches

[1181] Ebd.
[1182] Ebd.

den damaligen JA-Bundesvorsitzenden Hannes Gnauck – seit 2024 zugleich Beisitzer im AfD-Bundesvorstand – zeigt, wie er auf das Lied tanzte und dabei ein Schild mit der Aufschrift *„Talahons raus“* hochhielt.[1183]

Auf der Wahlparty der AfD Brandenburg am 22. September 2024 anlässlich der Landtagswahl Brandenburg 2024 spielten Anwesende das Lied *„Wir schieben sie alle ab!“* aus der JA-Wahlkampagne. Mehrere anwesende JA-Mitglieder, unter anderem Anna Leisten (zum damaligen Zeitpunkt JA-Landesvorsitzende BB und Beisitzerin im JA-Bundesvorstand) sangen dazu. Steven Hellmuth (zum damaligen Zeitpunkt Beisitzer im Landesvorstand JA ST) hielt ein Schild mit der Aufschrift *„MILLIONENFACH ABSCHIEBEN!“* hoch.[1184] Die AfD-Bundessprecher Alice Weidel und Tino Chrupalla sowie u. a. Jörg Urban (Landesvorsitzender und MdL SN) und Mary Khan-Hohloch (MdEP, BB) waren auf der Wahlparty anwesend. Peter Boehringer (MdB, BY und stellvertretender AfD-Bundesvorsitzender), Hannes Gnauck (MdB, BB, Beisitzer im AfD-Bundesvorstand und damaliger Vorsitzender der JA), und die AfD-Europaabgeordnete Christine Anderson (HE) befanden sich in unmittelbarer Nähe zu den singenden Teilnehmenden.

Auf der Pressekonferenz der beiden AfD-Bundesvorsitzenden, des AfD-Landesvorsitzenden Brandenburg und des Spitzenkandidaten der AfD in Brandenburg am 23. September 2024 äußerte sich René Springer (MdB, BB) folgendermaßen zu dem Sachverhalt:

> *„Also, dieser Abschiebesong, der gestern gespielt wurde, war Teil der Kampagne der JA Brandenburg, und das ist ja nicht unüblich in Parteien, dass die Jugend Grenzen austestet und dazu gehört das sicherlich auch. Was ich aber nie verstehen werde, ist, wie man sich über einen Song aufregen kann, während man die Forderung der Jusos, die vor einiger Zeit erhoben wurde, bis zum neunten Monat abzutreiben, einfach so dahin plätschert. Also, da verstehe ich auch die Prioritätensetzung der Journalisten nicht. Dagegen ist so ein Song harmlos und die JA hat eine großartige Arbeit im Wahlkampf geleistet und dann sei es ihr vergönnt, dass am Wahlkampfabend eben mal der Song gespielt wird.“*[1185]

[1183] JA Brandenburg: Instagram-Eintrag vom 31.08.2024, abgerufen am 02.09.2024.
[1184] Journalistische Tweets vom 22.09.2024, abgerufen am 23.09.2024.
[1185] Springer, René: Aussagen in einer Pressekonferenz zu den Wahlergebnissen in Brandenburg vom 23.09.2024; veröffentlicht in: www.youtube.com am 23.09.2024, Kanal: „AfD TV“, abgerufen am 23.09.2024.

Tino Chrupalla ergänzte Springer in dem Interview wie folgt:

> *„Ich meine, Herr Springer hat es ja richtigerweise gesagt. Wir reden hier über die Jugend, auch die hat einen sehr tollen Wahlkampf hier in Brandenburg mit geleistet, auch im Übrigen in den anderen Landtagswahlkämpfen, und auch sie hat ein Recht ausgelassen zu feiern. Ja, und ich meine, es wurde ja erst schon gesagt, sie haben ein Lied gesungen, was in keinster Weise in irgendeiner Art verboten ist oder auf einem irgendeinem Index steht. […] Es ist die Jugend, die auch beteiligt war, die auch gestern bei der Wahlfeier mit dabei war und ich sehe da aktuell zumindest nichts Anstößiges.“*[1186]

In einem weiteren Interview bei Phoenix sagte Chrupalla am 23. September 2024:

> *„Ja, wir haben ja nicht gesagt, dass wir alle abschieben wollen. […] Bitte, eine Überspitzung eines Textes, den auch noch so zu bezeichnen, dass wir damit meinen, alle abzuschieben. Wir wollen die abschieben, die in diesem Land nichts zu suchen haben. Das haben wir ja immer wieder deutlich gemacht und das sind diejenigen, die nicht bleibeberechtigt sind, die ja auch keinen Asylgrund mehr haben, und da reden wir ja auch von 250.000 mindestens. Also das ist der Grund, warum wir sagen, dass die sofort abgeschoben gehören.“*[1187]

In einem Interview mit dem Deutschlandfunk auf das Lied angesprochen, äußerte René Springer (MdB, BB) am 23. September 2024:

> *„Zunächst muss man feststellen, dass jetzt auch hier in unserem Gespräch wieder über Dinge gesprochen wird, von denen ich annehme, dass sie die allermeisten Bürger überhaupt nicht interessieren. […] wir haben ja nun auch in den Wahlen gezeigt, dass, wo übrigens dieser Abschiebesong Teil auch der Kampagne unserer Jugendorganisation war, dass wir damit einen deutlichen Wählerzuwachs erzielen konnten. Und wenn ich so mit den Menschen spreche, am Rande von Wahlveranstaltungen, am Rande von Bürgerdialogen, dann ist es genau, was die Leute wollen. Sie wollen Ordnung haben. Sie wollen, dass das Migrationschaos beendet wird. Und sie wollen, dass abgeschoben wird. […] Wir reden hier von der Jugendorganisation der AfD. Diese Jugendkultur hat eben*

[1186] Chrupalla, Tino: Aussagen in einer Pressekonferenz zu den Wahlergebnissen in Brandenburg vom 23.09.2024; veröffentlicht in: www.youtube.com am 23.09.2024, Kanal: „AfD TV“, abgerufen am 23.09.2024.

[1187] Chrupalla, Tino: Aussagen in einem Interview zur Landtagswahl in Brandenburg vom 23.09.2024; veröffentlicht in: www.youtube.com am 23.09.2024, Kanal: „phoenix“, abgerufen am 23.09.2024.

eigene Mittel und Wege, um Wähler anzusprechen. Und wenn wir sehen, dass heute ein so großer Teil der Jungwähler sich für die AfD entscheidet, hat das ja offenbar auch gut funktioniert."[1188]

Die Äußerungen Chrupallas und Springers stellen keine Distanzierung zu dem Sachverhalt dar. Chrupallas Aussagen, die Jugend habe ein Recht, ausgelassen zu feiern und er sehe aktuell nichts Anstößiges und dass er dabei sogar den Einsatz der JA im Wahlkampf hervorhebt, lassen hingegen erkennen, dass er das Verhalten der JA ohne Konsequenzen duldet und gutheißt. Den Liedtext, es sollten „*alle*" abgeschoben werden, hält er für eine Überspitzung, trotz des bei der Wahlparty gezeigten Schildes „*MILLIONENFACH ABSCHIEBEN!*" und des im Gesamtzusammenhang des Lieds insoweit eindeutigen weiteren Textes. Hierauf geht er nicht ein, stattdessen behauptet er, es sollten „*nur*" 250.000 Menschen mindestens abgeschoben werden. Zum Stichtag 30. Juni 2024 waren in Deutschland insgesamt 226.882 Personen ausreisepflichtig, davon waren 44.155 Personen ohne Duldung.[1189] Die Forderung nach „*mindestens 250.000*" oder gar „*millionenfach[en]*" Abschiebungen, wie sie in der Kampagne der JA gefordert werden, geht also weit über den Kreis der tatsächlich ausreisepflichtigen Personen hinaus und weist darauf hin, dass der Aufenthaltsstatus nicht als Grundlage für die Forderung nach Abschiebungen herangezogen wird.

Chrupalla und Springer äußern sich neutral bis positiv über das Lied, dessen Wirkung und das Singen auf der Wahlparty. Die bei der Pressekonferenz neben Chrupalla sitzende Co-Vorsitzende Alice Weidel nahm zu der Angelegenheit nicht Stellung. Es kann daher angenommen werden, dass die AfD-Bundesvorsitzenden und der Landesvorsitzende Brandenburgs fremdenfeindliches Verhalten der JA und der AfD akzeptieren. Angesichts des eindeutig rechtsextremistischen Inhalts wäre jedoch eine ausdrücklich distanzierende Positionierung erforderlich, um einer Zurechnung zum Bundesverband entgegenzutreten. Die Äußerungen belegen demgegenüber vielmehr die zustimmende Haltung der bedeutendsten Führungspersonen der AfD.

Der Bundesschriftführer Dennis Hohloch (MdL BB) veröffentlichte am 23. September 2024 einen Tweet mit einem Screenshot eines WELT-Artikels („AfD-Anhänger grölen Song auf Wahlparty – ‚Wir schieben sie alle ab'") und schrieb dazu:

1188 Springer, René: Aussagen in einem Interview zur Landtagswahl in Brandenburg vom 23.09.2024; veröffentlicht in: www.deutschlandfunk.de, abgerufen am 23.09.2024.
1189 Bundestagsdrucksache 20/12626 vom 22.08.2024, S. 23.

„Wir leben halt unsere Überzeugungen! #abschieben“[1190]

Dominik Kaufner (MdL BB) sendete von dem Beitrag einen Retweet.

Im Oktober 2024 wurde medial bekannt, dass der AfD-Landesverband Brandenburg mittlerweile hinsichtlich des KI-generierten Lieds eine strafbewehrte Unterlassungs- und Verpflichtungserklärung abgegeben hat. Der AfD-Landessprecher René Springer (MdB, BB) informierte demnach die Mitglieder in einem Schreiben darüber, dass die Partei zur Vermeidung von Vertragsstrafen verpflichtet sei,

> *„es zu unterlassen, den Text des streitgegenständlichen ‚Abschiebeliedes', Teile oder Abwandlungen mit der Komposition ‚Das geht ab' zu verbinden, zu vervielfältigen, öffentlich wiederzugeben, öffentlich aufzuführen oder mit Filmwerken zu verbinden“.*[1191]

Diese parteiinterne Anordnung, das Lied nicht weiter zu nutzen, beruhte damit nicht auf einer inhaltlichen Distanzierung, sondern ausschließlich auf dem Ziel, eine zivilrechtliche monetäre Inanspruchnahme zu vermeiden.

Am 9. April 2024 veröffentlichte Bernhard Zimniok (zum damaligen Zeitpunkt MdEP, BY) auf X (ehemals Twitter) einen Beitrag, in dem er ebenfalls forderte, *„millionenfach ab[zu]schieben“* und sich für die Abschaffung des *„Individualrechts auf Asyl“* aussprach:

> *„Nachdem aus der #Kriminalstatistik erneut die massive Migrantenkriminalität hervorgeht, kommen wieder die üblichen Forderungen, vor allem nach mehr Polizei und Überwachung. Ergo soll das bewusste (!) Versagen der Altparteien in der Migrationspolitik den weiteren Ausbau des Überwachungsstaats rechtfertigen. Das muss jeder Demokrat ablehnen. Es ist doch offensichtlich, was das Problem ist: die Massenmigration von Kulturfremden. Die Folgen sind ebenso offensichtlich: Grenzen endlich dicht machen und millionenfach abschieben. Wir brauchen eine drastische Reform der Migrationspolitik, die u. a. ein Ende des Individualrechts auf Asyl beinhaltet. Nur so wird man diesem Problem Herr. Das ist lange bekannt, die Altparteien verweigern diese Lösungen aber trotzdem. Daher: #AfD wählen - oder untergehen.“*[1192]

[1190] Kaufner, Dominik: Retweet eines Tweets vom 23.09.2024, abgerufen am 24.09.2024.
[1191] ZDF: „AfD darf ‚Abschiebe-Lied‘ nicht mehr spielen“ vom 08.10.2024., in: www.zdf.de, abgerufen am 06.11.2024.
[1192] Zimniok, Bernhard: Tweet vom 09.04.2024, abgerufen am 26.06.2024.

Bereits am 5. September 2023 teilte die Junge Alternative Sachsen auf Facebook einen Screenshot eines naturwissenschaftlichen Artikels anlässlich der negativen biologischen Auswirkungen invasiver Arten für die heimische Flora und Fauna. Diesen kommentierte sie mit der pauschalen Forderung: „*Aha. #Remigration*"[1193] und bezieht die zitierten Äußerungen des Weltbiodiversitätsrats damit offenkundig in migrationsfeindlicher Weise auf Migrantinnen und Migranten.

In einem Facebook-Beitrag vom 24. Oktober 2023 forderte Alice Weidel (Co-Bundesvorsitzende und MdB, BW) die Remigration:

> „*Deutschland braucht eine Remigrationspolitik aus einem Guss und nicht nur einzelne Absichtserklärungen, die absehbar folgenlos bleiben werden.*"[1194]

Dirk Spaniel (zum damaligen Zeitpunkt MdB, BW)[1195] veröffentlichte auf seinem Telegram-Kanal eine Grafik mit der Aufschrift „*Es kann nur eine Lösung geben: REMIGRATION*".[1196]

Der damalige stellvertretende Bundesschatzmeister und damalige Bundestagsabgeordnete Harald Weyel erklärte im Oktober 2023 auf der Onlineplattform X:

> „*Syrer, Afghanen, Iraker sind massiv überrepräsentiert bei Messertätern, die durch die Bundespolizei erfasst werden. Hierfür gibt es eine einzige Lösung: die #Remigration.*"[1197]

Gunnar Beck (zu dem Zeitpunkt MdEP, NW) sprach sich in einem Tweet ebenfalls für „Remigration" aus. Diese sei der „*einzige Weg, unser Land noch zu retten*".[1198]

Auch das Mitglied der AfD-Bundesprogrammkommission Harald Laatsch (MdA) äußerte sich in einem Tweet zum Thema „Remigration" und sagte:

> „*Bei uns ist #Remigration schon lange Programm, was soll da neu sein?*"[1199]

Miguel Klauß (MdL BW) forderte im August 2022 die „*Remigration*" von Flüchtlingen aus finanziellen Gründen:

[1193] Junge Alternative Sachsen: Facebook-Eintrag vom 05.09.2023, abgerufen am 13.09.2023.
[1194] Weidel, Alice: Facebook-Eintrag vom 24.10.2023, abgerufen am 17.11.2023.
[1195] Dirk Spaniel ist im Oktober 2024 aus der AfD ausgetreten.
[1196] Spaniel, Dirk: Telegram-Beitrag vom 08.06.2023, abgerufen am 12.06.2023.
[1197] Weyel, Harald: Tweet vom 10.10.2023, abgerufen am 18.10.2023.
[1198] Beck, Gunnar: Tweet vom 17.08.2022, abgerufen am 17.08.2022.
[1199] Laatsch, Harald: Tweet vom 29.12.2023, abgerufen am 18.01.2024.

„Nach all den Milliarden Kosten für die arbeitende Bevölkerung muss man sich die Frage stellen, ob wir es uns noch leisten können, Milliarden € für Flüchtlinge im Hartz4 System auszugeben. #Remigration jetzt“[1200]

Matthias Helferich (zum damaligen Zeitpunkt fraktionsloser MdB und AfD-Mitglied, seit 2025 Mitglied der AfD-Bundestagsfraktion, NW) veröffentlichte am 10. November 2023 auf Instagram ein Foto, auf welchem er gemeinsam mit Peter Bohndorf (zum damaligen Zeitpunkt Kreissprecher der AfD Dortmund und stellvertretender Vorsitzender der AfD-Stadtratsfraktion Dortmund, seit 2025 MdB, NW), Heiner Garbe (zum damaligen Zeitpunkt stellvertretender Kreissprecher AfD Dortmund und Vorsitzender der AfD-Stadtratsfraktion Dortmund) und Bernd Hempfling (stellvertretender Kreissprecher AfD Dortmund) ein Stoffbanner mit folgendem Textaufdruck trägt:

„Remigration jetzt!“[1201]

Die gleiche Forderung stellte Birgit Bessin (zum damaligen Zeitpunkt MdL, seit 2025 MdB, BB) in einem Facebook-Beitrag vom 8. November 2023:

„Grenzen dicht – Remigration jetzt!!“[1202]

Ähnlich apodiktisch äußerte sich Tomasz Froelich (damals stellvertretender JA-Bundesvorsitzender und seit Juni 2024 MdEP, HH) in einem Tweet vom 26. Dezember 2023 das Vorhaben der Ausweisung deutscher Staatsbürger im Rahmen einer *„Remigration“*, indem er auf die Schlagzeile eines BILD-Artikels („Bei AfD-Kanzler will jeder siebte Deutsche auswandern“) schrieb:

„‚Will?‘ Muss!
#Remigration“[1203]

Der sächsische AfD-Bundestagsabgeordnete René Bochmann forderte in einem Facebook-Eintrag eine *„Remigrationsoffensive“*:

„Unser Parteivorsitzender Tino Chrupalla verlangt zurecht dass das Asylrecht zur Disposition gestellt werden muss, wenn es nicht im deutschen Interesse funktioniert. Eine Remigrationsoffensive ist unseres Erachtens darüber hinaus nötig!“[1204]

[1200] Klauß, Miguel: Facebook-Eintrag vom 01.08.2022, abgerufen am 18.08.2022.
[1201] Helferich, Matthias: Instagram-Eintrag vom 10.11.2023, abgerufen am 13.11.2023.
[1202] Bessin, Birgit: Facebook-Eintrag vom 08.11.2023, abgerufen am 10.11.2023.
[1203] Froelich, Tomasz: Tweet vom 26.12.2023, abgerufen am 17.01.2023.
[1204] Bochmann, René: Facebook-Eintrag vom 01.06.2023, abgerufen am 06.06.2023.

Martin Böhm (MdL BY und stellvertretender Fraktionsvorsitzender) äußerte am 5. März 2024 auf Facebook anlässlich eines Artikels, der über mehrfach positiv beschiedene Asylverfahren berichtete:

> *„Um das weitere Ausbluten unseres Heimatlandes und die konzertierte Zerstörung der Zukunft unserer Kinder zu verhindern, gibt es nur einen Weg: REMIGRATION.“*[1205]

Eugen Schmidt (zu diesem Zeitpunkt MdB, NW) kommentierte in einem Facebook-Post die Forderungen des – wegen rassistischer Äußerungen rechtskräftig verurteilten – damaligen französischen Präsidentschaftskandidaten Eric Zemmour und bediente sich dabei fremdenfeindlicher und völkischer Begrifflichkeiten:

> *„Gute Idee aus #Frankreich: Der französische Präsidentschaftskandidat Eric #Zemmour hat die Bildung eines Ministeriums für Remigration vorgeschlagen, welches jährlich rund 100.000 ‚unerwünschter Ausländer' abschieben soll. #Zemmour sagte, dass er die französische Identität durch den ungebremsten Bevölkerungsaustausch bedroht sieht und diesen deshalb sofort stoppen will. Ich übe scharfe Kritik an Zemmour. Frankreich sollte nicht 100.000, sondern 150.000 illegale Migranten pro Jahr abschieben! […] Auch hierzulande leben Hunderttausende Migranten, die nicht zu unserer Kultur passen und den Sozialstaat massiv belasten. Die deutsche Identität ist durch die Masseneinwanderung massiv bedroht. […] Wir wünschen unseren Freunden in Frankreich bei den anstehenden Wahlen viel Erfolg und hoffen, dass auch bei uns mehr Menschen beginnen, die alles zerstörende Migrationspolitik zu hinterfragen.“*[1206]

Matthias Helferich (zum damaligen Zeitpunkt fraktionsloser MdB und AfD-Mitglied, seit 2025 Mitglied der AfD-Bundestagsfraktion, NW) bot sich im Oktober 2022 als „*Remigrationsbeauftragter*“ an und schrieb hierzu:

> *„+++ Helferich wird Remigrationsbeauftragter +++ […] Es scheint, als habe die Union vergessen, wer 2015/2016 die Grenzen offen ließ und Deutschland der Massenmigration schutzlos auslieferte.“*[1207]

[1205] Böhm, Martin: Facebook-Eintrag vom 05.03.2024, abgerufen am 25.06.2024.
[1206] Schmidt, Eugen: Facebook-Eintrag vom 25.03.2022, abgerufen am 06.04.2022.
[1207] Helferich, Matthias: Facebook-Eintrag vom 13.10.2022, abgerufen am 17.10.2022.

Die dargelegten Forderungen, fiktiv in der Schaffung des Amtes eines *„Remigrationsbeauftragten"* gipfelnd, legen nahe, dass eine systematische Rückführung ganzer Bevölkerungsgruppen beabsichtigt ist. Die Ausführungen sind also kaum als bloße Befürwortung einer konsequenten Abschiebung illegal in Deutschland aufhältiger Personen zu verstehen.

Auch die Junge Alternative Sachsen skizziert in einem Facebook-Beitrag unter Verweis auf einen eingestellten Artikel über den Anstieg illegaler Migration ein Bedrohungsszenario durch Überfremdung, in welchem sie abschließend durch Hashtags die Forderung nach Remigration und einer Festung Europa untermauert:

> *„Der Massenansturm steigt und steigt. Niemand stellt sich dieser Invasion entgegen. Das deutsche Sozialsystem wird rücksichtslos ausgeplündert. Nur die #AfD kann diesen Wahnsinn beenden, Deutschland beschützen und unseren Wohlstand, unsere Heimat und unsere Sicherheit verteidigen. Nur die AfD steht für #UnserVolkZuerst. Nur die AfD ist für eine #FestungEuropa, für #Remigration und eine #Abschiebeoffensive. Deshalb #nurnochAfD #Jetzt AfD #NieWiederAltparteien #Wende20"*[1208]

Die AfD Brandenburg veröffentlichte ein Positionspapier zur Asyl- und Flüchtlingspolitik, in dem sie u. a. ebenfalls die Einrichtung eines *„Rückführungsministerium[s]/Ministerium[s] für Remigration"*[1209] vorsieht.

Der bayerische AfD-Landtagsabgeordnete Christoph Maier veröffentlichte am 18. August 2022 einen Facebook-Eintrag, in dem er eine *„Remigrationsoffensive"* forderte:

> *„Die AfD fordert eine Remigrationsoffensive. 77 Tatverdächtige eines Gewaltdelikts in Memmingen konnte die Polizei im Jahr 2021 ermitteln. Darunter befinden sich 35 nichtdeutsche Tatverdächtige. Damit sind Ausländer fast für die Hälfte aller Gewaltdelikte in der Stadt verantwortlich! Personen, die einen deutschen Pass besitzen, aber einen Migrationshintergrund haben, werden in den Statistiken der deutschen Bevölkerung zugerechnet."*[1210]

[1208] Junge Alternative Sachsen: Facebook-Eintrag vom 09.09.2023, abgerufen am 13.09.2023.
[1209] Landesvorstand der AfD Brandenburg: Positionspapier „Festung Brandenburg. Aufnahmestopp ist Heimatschutz" vom 05.05.2023.
[1210] Maier, Christoph: Facebook-Eintrag vom 18.08.2022, abgerufen am 22.08.2022.

In ähnlicher Weise argumentierte auch Matthias Helferich (zum damaligen Zeitpunkt fraktionsloser MdB und AfD-Mitglied, seit 2025 Mitglied der AfD-Bundestagsfraktion, NW) im Juni 2022 auf Instagram für die „*Remigration*" von Ausländern wegen deren „*überproportional[er]*" Beteiligung an „*Straftaten mit Schusswaffen*":

> „*Ausländer an Straftaten mit Schusswaffen überproportional beteiligt +++ [...] Laut Mitteilung des Innenministeriums sind in der Polizeilichen Kriminalstatistik für das Berichtsjahr 2021 nahezu 8.000 Schusswaffenstraftaten erfasst. Fast jede dritte Tat, bei der mit einer Schusswaffe gedroht worden ist, ist von einem Ausländer begangen worden. Und das obwohl der Ausländeranteil in Deutschland lediglich bei 13 Prozent liegt. Fremde sind damit bei Straftaten mit Schusswaffen, wie auch in vielen weiteren Deliktfeldern, überproportional tatverdächtig. Unsere Antwort darauf? Remigration!*"[1211]

Im Rahmen der Europawahlversammlung der AfD am 4. August 2023 äußerte Julian Flak (stellvertretender Vorsitzender des Bundeskonvents, stellvertretender Vorsitzender AfD SH) in seiner Rede:

> „*Liebe Freunde, es ist völlig egal, ob man das Ganze jetzt Abschiebeoffensive nennt, Negativeinwanderung oder schlicht Remigration und damit ein natürlich ganz aufgeregtes Rechtsruck-Tourette beim obersten Regierungsschützer Haldenwang auslöst und bei irgendwelchen GEZ-Experten. Wichtig ist nur, wer in Deutschland nichts zu suchen hat, der soll Deutschland verlassen.*"[1212]

Auch hier ist die Aussage so zu verstehen, dass die Forderung sich nicht nur auf Personen ohne Fluchtgrund beschränkt, sondern weit darüber hinaus auf eine pauschale Rückführung von Zugewanderten zielt. Begriffe wie „*Abschiebeoffensive*", „*Negativeinwanderung*" oder „*Remigration*", zumal in einer solchen Addition, lassen darauf schließen, dass es zuvorderst – ohne individuelle Prüfung – um bloße Reduktion des migrantischen Bevölkerungsanteils in Deutschland geht.

Anna Leisten, zum damaligen Zeitpunkt Vorsitzende der JA Brandenburg und Beisitzerin im JA-Bundesvorstand, schlug in einem Tweet eine von der JA geplante „*Remigrationstour*" durch Deutschland vor:

[1211] Helferich, Matthias: Instagram-Post vom 22.06.2022, abgerufen am 22.06.2022.

[1212] Flak, Julian: Bewerbungsrede auf der Europawahlversammlung am 04.08.2023; veröffentlicht in: www.youtube.com am 04.08.2023, Kanal: „AfD TV", abgerufen am 14.08.2023. [Videosequenz ab 08:13:24]

„Soll die @JA_Deutschland auch eine Remigrationstour durch die Bundesrepublik planen? Remigrationsbus mit z.B. @Hannes_Gnauck und @TomaszFroelich am Steuer… Was meint ihr? Vielleicht noch diesen Sommer? Schreibt es in die Kommentare."[1213]

Der damalige JA-Bundesvorsitzende Hannes Gnauck (MdB, BB) sowie der seinerzeitige stellvertretende JA-Bundesvorsitzende und AfD-Listenkandidat für die Europawahl 2024 Tomasz Froelich (mittlerweile MdEP, HH) verbreiteten diesen Tweet weiter bzw. antworteten wohlwollend auf die Idee.

Gnauck unterstützte auch selbst in eigenen Beiträgen das Konzept einer pauschalen Remigration. So schrieb er am 23. September 2023 auf X:

„Ich bin strikt gegen eine Obergrenze beim Thema #Migration. Jeder Fremde mehr in diesem Land ist einer zu viel. Wir brauchen eine stringente #Remigration von denen, die hier sind."[1214]

Maximilian Krah (zum damaligen Zeitpunkt Bundesvorstandsmitglied und MdEP, mittlerweile MdB, SN) veröffentlichte zudem einen fremdenfeindlichen Tweet, in dem er eine Aktion von Rechtsextremisten wohlwollend kommentierte. Im März 2023 wurde in der Düsseldorfer Ellerstraße ein zusätzliches Straßenschild auf Arabisch angebracht. Rechtsextremistische Aktivisten überklebten das arabische und deutsche Straßenschild mit *„Karl-Martell-Straße"*. Krah veröffentlichte ein Bild des Schildes und äußerte sich wie folgt:

„Die einzig richtige Aktion gegen das erste arabischsprachige Straßenschild Deutschlands, die Ellerstraße in Düsseldorf. mehr Karl Martell wagen!"[1215]

[1213] Leisten, Anna: Tweet vom 08.07.2023, abgerufen am 10.07.2023.
[1214] Gnauck, Hannes: Tweet vom 23.09.2023, abgerufen am 25.09.2023.
[1215] Krah, Maximilian: Tweet vom 27.03.2023, abgerufen am 30.03.2023.



Der fränkische Heerführer Martell (um 690 bis 741) wird vielfach von Rechtsextremisten als „Retter des Abendlandes" gefeiert und beispielsweise im rassistischen „Manifest" des norwegischen Rechtsterroristen Anders Breivik idealisiert. Unter Martells Kommando wurden 732 in der Schlacht von Tours und Poitiers die von der iberischen Halbinsel vorgestoßenen „Mauren" geschlagen. Im 18./19. Jahrhundert wurde dieser Sieg zu einer „Rettung Europas" stilisiert. Im Zusammenhang mit der Darstellung, die einen Ritter zeigt, der mit einer Lanze drei Menschen vor sich hertreibt, ist die Aussage *„einzig richtige Aktion"* so zu verstehen, dass die gewaltsame Vertreibung arabischstämmiger Personen befürwortet wird.

Die Junge Alternative Sachsen veröffentlichte auf Facebook am 10. Juli 2023 ein Foto neuer Sticker des Landesverbands mit der Aufschrift *„Remigration ist unsere Mission"*.[1216]

Die Junge Alternative Ostküste (Regionalverband der JA Schleswig-Holstein) schrieb am 30. August 2024 im Zusammenhang mit der Abschiebung von 28 Straftätern nach Afghanistan auf X u. a.:

> *„In diesem Moment übertreten Heerscharen an weiteren Straftätern die Grenze"*.[1217]

Der Landesverband der JA Schleswig-Holstein kommentierte dazu:

[1216] Junge Alternative Sachsen: Facebook-Eintrag vom 10.07.2023, abgerufen am 12.07.2023.
[1217] Junge Alternative Ostküste: Tweet vom 30.08.2024, abgerufen am 25.09.2024.

„#Remigration bis die Startbahnen glühen!“[1218]

Flüchtlinge und Migranten werden durch die Bezeichnung *„Heerscharen an Straftätern“* in fremdenfeindlicher Weise diffamiert und verächtlich gemacht. Die Forderung nach *„Remigration bis die Startbahnen glühen“* deutet in diesem Zusammenhang darauf hin, dass eine pauschale, nicht an rechtsstaatlichen Kriterien orientierte Abschiebepraxis gefordert wird.

Nachdem im Januar 2024 das Medium CORRECTIV eine Recherche veröffentlicht hatte, wonach es ein vertrauliches Vernetzungstreffen stattfand, bei dem u. a. AfD-Mitglieder mit Martin Sellner dessen „Masterplan“ zur Remigration diskutierten, äußerte René Springer (MdB, BB) als Reaktion:

> *„Wir werden Ausländer in ihre Heimat zurückführen. Millionenfach.*
> *Das ist kein #Geheimplan. Das ist ein Versprechen.*
> *Für mehr Sicherheit. Für mehr Gerechtigkeit. Für den Erhalt unserer Identität.*
> *Für Deutschland.“*[1219]

Im Juli[1220]und August 2024[1221] erneuerte Springer die Forderung nach *„millionenfache[r] Remigration“*:

> *„Remigration oder Bürgerkrieg auf Raten. Das sind die einzigen zwei Optionen, für England wie für uns. Deshalb: Mut zu Deutschland, Mut zur millionenfachen Remigration!“*[1222]

Ebenfalls bezogen auf die Berichterstattung über das Treffen in Potsdam veröffentlichte Miguel Klauß (MdL BW) folgenden Beitrag auf X:

> *„Wieso Geheimplan gegen Deutschland? Es ist ein Plan für Deutschland. Mio fach Abschiebungen von illegalen Migranten ist richtig und wichtig. Wir haben auch passend dazu den legendären @Abschiebekalender. Nur noch #AfD“*[1223]

Dem Tweet angehängt war ein Foto der Titelseite des genannten *„Abschiebekalenders“*, welcher von der AfD-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg publiziert wurde. Unter dem Titel *„Die 12 schönsten Abschiebeflieger“* zeigt dieser monatlich

---

[1218] Junge Alternative Schleswig-Holstein: Tweet vom 30.08.2024, abgerufen am 25.09.2024.
[1219] Springer, René: Tweet vom 10.01.2024, abgerufen am 11.01.2024.
[1220] Springer, René: Tweet vom 31.07.2024, abgerufen am 01.08.2024.
[1221] Springer, René: Tweet vom 03.08.2024, abgerufen am 05.08.2024.
[1222] Ebd.
[1223] Klauß, Miguel: Tweet vom 10.01.2024, abgerufen am 11.01.2024.

wechselnde Bildbeiträge von Flugzeugen mit unterschiedlichen Abschiebeforderungen. Insbesondere die Titel der Monate Januar („*Abflug statt Sozialbetrug!*"), März („*Deutschland zuerst heißt Remigration*"), November („*Euer Urlaub ist vorbei. Wir bringen euch nach Hause*") und Dezember („*Abschieben bedeutet Sicherheit für die eigene Bevölkerung*") richten sich explizit an Migrantinnen und Migranten.

Einen ähnlichen Tweet mit einem Bildbeitrag der AfD Thüringen verbreitete der AfD-Bundesverband am 25. August 2024 anlässlich des Landtagswahlkampfs in den östlichen Bundesländern. Der Bildbeitrag zeigt ein Flugzeug mit der Aufschrift „*Abschiebe-Hansa*"; als Pilot fungiert Björn Höcke (MdL TH). Die Grafik enthält einen Textaufdruck mit den Worten „*Der Osten machts! Sonne. Sommer Remigration*"[1224]:



Das Bild kommentierte der AfD-Bundesverband mit folgender Äußerung:

[1224] AfD: Tweet vom 25.08.2024, abgerufen am 06.09.2024.

„Auf in den Endspurt: In einer Woche wird in #Sachsen & #Thüringen“ ein neuer Landtag gewählt! Wer genug hat von staatlich verordneter #Vielfalt, Islamisten & #Solingen: #JetztAfD“[1225]

Die belustigende Darstellung von Abschiebeszenarien lässt erkennen, dass die AfD Thüringen einzelfallbezogene Prüfvorgänge unter Beachtung der Menschenwürde von Ausreisepflichtigen nicht anstrebt. Abschiebung wird vielmehr als ein banaler Vorgang dargestellt, der mit uneingeschränkt positiven Begriffen wie Sommer und Sonne assoziiert und letztlich mit der „Remigration“ als Ziel verknüpft wird.

Die JA Dresden (SN) forderte am 18. September 2021 in einem Facebook-Beitrag über die Ablehnung aller Asylanträge wohl auch die Abschiebung von weiteren Personen mit Migrationsgeschichte – so suggeriert es die Forderung nach einer *„Asylobergrenze von MINUS 200.000“*:

> *„Nein zu weiterer Massenmigration aus inkompatiblen, kulturfremden Ländern. Denn eine solche Migration ist statistisch gefährlich und kann tödlich enden. Wir sagen daher: Abschieben statt Aufnehmen weiterer Migranten! Für uns gilt auch weiterhin eine Asylobergrenze von MINUS 200.000!“*[1226]

Letzteres spielt auf die bereits im sogenannten Deutschlandplan erhobene Forderung nach einer Minuszuwanderung von mindestens 200.000 Personen nichtdeutscher Staatsangehörigkeit pro Jahr an, deren Umsetzung gegen das Grundgesetz verstoßen würde.[1227]

Auch Hannes Gnauck (damaliger JA-Bundesvorsitzender, Beisitzer im AfD-Bundesvorstand und MdB, BB,) äußerte sich auf dem Familienfest in Neuruppin (BB) am 15. September 2024 auf ähnliche Weise, erhöhte jedoch die geforderte Zahl der Obergrenze auf *„minus eine halbe Million im Jahr“*:

> *„Aber wir werden auch jeden dahergelaufenen Scheinasylanten wieder konsequent wieder in sein Heimatland zurückführen, wenn er hier Straftaten begeht. […] Deswegen haben diese Leute [Anm.: Migranten der zweiten und dritten Generation] nämlich auch keine Lust auf Sozialschmarotzer und wählen eben auch*

[1225] Ebd.
[1226] Junge Alternative Dresden: Facebook-Eintrag vom 18.09.2021, abgerufen am 17.03.2023.
[1227] Vgl. auch VG Köln, Urt. v. 08.03.2022, 13 K 208/20, juris, Rn. 351 f.; VG Köln, Beschl. v. 05.02.2024, 13 L 1124/23, juris, Rn. 287.

die AfD. [...] Und mittlerweile wird ja auch wieder über irgendwelche Obergrenzen diskutiert. Diese patriotische CDU, CSU, diese Vaterlandsverräter, die diskutieren über eine Obergrenze von 200.000 neuen Leuten im Jahr. Söder sagt 100.000 Neue. Ja, Chinesen oder Japaner, das wäre ja noch in Ordnung. Ich sage euch mal, wo meine Obergrenze ist. Meine Obergrenze, die ist nicht bei 200.000, meine Obergrenze ist nicht bei null im Jahr, meine Obergrenze ist bei minus einer halben Million im Jahr!"[1228]

Auf dem Familienfest am 20. September 2024 in Eberswalde (BB) wiederholte Gnauck seine Äußerung zur *„Obergrenze"* von *„minus einer halben Million im Jahr"*.[1229] Indem er äußert, Chinesen oder Japaner noch zu akzeptieren, wird im Übrigen deutlich, dass die von ihm avisierten Abschiebungsvorhaben auch ethnisch-abstammungsmäßig begründet sind und sich speziell gegen Zuwandernde aus dem afrikanischen Raum richtet.

Am 29. Oktober 2024 forderte Lena Kotré (MdL BB) auf X die *„millionenfache Remigration"* Asylsuchender:

> *„Dresdner AfD-Anfrage offenbart: Die Betreuung von 219 unbegleiteten minderjährigen Asylsuchenden kostete die Stadt 2023 insgesamt 15,4 Millionen Euro-70.000 Euro pro Person. Gleichzeitig erzielt die Rückkehrberatung ‚kaum Erfolge'. Genug davon! Wir brauchen eine millionenfache Remigration und das erreichen wir am besten durch die Privatisierung der Abschiebungen. Im Landtag Brandenburg werden wir hierzu bald die ersten Schritte unternehmen. Ob in Sachsen oder Brandenburg: Asylmissbrauch stoppen! Unser Geld für unsere Leute!"*[1230]

Marvin Weber, AfD-Kreisvorsitzender Paderborn (NW), schrieb am 11. Januar 2024 auf Telegram:

> *„REMIGRATION ist die Befreiung von der Herrschaft des Unrechts und zugleich die Befreiung Deutschlands von Millionen Illegalen, die gemäß unseres Asylrechts niemals hier sein dürften. Gewalttäter, Klaubanden, Clans, Sozialstaatsplünderer, Intensivtäter und sonstige Raketenwissenschaftler der Dritten Welt*

[1228] Gnauck, Hannes: Rede auf dem Familienfest in Neuruppin vom 15.09.2024; veröffentlicht in: www.youtube.com am 15.09.2024, Kanal: „Björn Banane", abgerufen am 16.09.2024.
[1229] Gnauck, Hannes: Rede auf dem Familienfest in Eberswalde vom 20.09.2024; veröffentlicht in: www.youtube.com am 20.09.2024, Kanal: „Björn Banane", abgerufen am 23.09.2024.
[1230] Kotré, Lena: Tweet vom 29.10.2024, abgerufen am 11.11.2024.

müssen schnellstmöglich zurück in ihre Heimat gebracht werden. Wir Deutschen haben es satt mit Millionen Leuten aus Nahost und Afrika übervölkert zu werden, die zum Teil keinerlei Dankbarkeit zeigen, sich nicht integrieren und uns auf allen Ebenen nach unten ziehen wie ihr Land, aus dem sie gekommen sind! Statt freiheitliches Denken herrscht der Islam, statt Sicherheit regiert Unsicherheit, statt Wohlstand regiert die Zerstörung des Sozialstaats, der deutschen Kultur und des Zusammenhalts hin zu einer zersplitterten, ‚bunten' Gesellschaft ohne Identität!"[1231]

Der AfD-Kreisverband Ludwigsburg (BW) teilte einen Beitrag des Bundestagsabgeordneten Martin Hess (BW) zu der Eröffnung einer Landeserstaufnahmestelle für Geflüchtete:

„Was hier in meinem Wahlkreis passiert, steht sinnbildlich für die Flüchtlingspolitik in Deutschland. Die Ängste der Bürger werden ignoriert, verantwortliche Politiker winden sich, aus Angst, dass man sie als #Rassisten bezeichnen könnte, und die Regierung macht, was sie will. Was sich nur die #AfD zu sagen traut: In und um Landeserstaufnahmestellen wird es ungemütlich. Die Lärmbelästigung steigt und natürlich auch die Kriminalität. Im gleichen Maße sinkt das Sicherheitsgefühl der benachbarten Bürger. Deshalb spreche ich mich klar gegen eine LEA [Anm.: Landeserstaufnahmeeinrichtung] in meiner Nachbarschaft aus. #Remigration statt #Migration, das ist der einzig richtige Weg."[1232]

Der Ortsverband Göppingen (BW) veröffentlichte auf Facebook folgenden Beitrag und forderte *„Nein zum #Bevölkerungsaustausch! Ja zu #Remigration!"*[1233]. Zudem forderte der AfD-Ortsverband Göppingen (BW) am 24. Februar 2023 in einem Post, der den damaligen AfD-Bundesschriftführer Carlo Clemens (MdL NW) zitierte, erneut „*Remigration*" anstatt mehr Zuwanderung.[1234]

Der AfD-Kreisverband Bonn (NW) schrieb auf Facebook:

[1231] Weber, Marvin: Telegram-Beitrag vom 11.01.2024, abgerufen am 16.01.2024.
[1232] AfD KV Ludwigsburg: Facebook-Eintrag vom 17.03.2023, abgerufen am 11.07.2023.
[1233] AfD OV Göppingen: Facebook-Eintrag vom 12.12.2022, abgerufen am 11.07.2023.
[1234] AfD OV Göppingen: Facebook-Eintrag vom 24.02.2023, abgerufen am 11.07.2023.

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung des BfV

„+++ Wie begeht die AfD den ‚Internationalen Tag der Migranten'? +++ […] Na, mit einer stabilen Flugblattaktion natürlich! […] Eines Tages werden wir vielleicht den ‚Nationalen Tag der Remigration' feiern."[1235]

In weiteren Facebook-Einträgen wiederholte der AfD-Kreisverband Bonn (NW) abermals die Forderung nach einer „Remigration." [1236]

Die AfD Kehl (BW) kommentierte das Vorhaben des Oberbürgermeisters der Stadt Kehl, die Anzahl der vor Ort abgeordneten Bundespolizisten aufzustocken, mit der Aussage:

„Zuwanderung beenden. Remigration beginnen." [1237]

Der AfD-Kreisverband Ortenau (BW) teilte den Beitrag. [1238]

Die AfD Sachsen teilte mehrere Facebook-Beiträge und kommentierte diese mit dem Wort *„Remigration"*.[1239]

Der auf Listenplatz 24 der Kandidatenliste für die Europawahl gewählte Michael Schumann (Mitarbeiter der AfD-Bürgerschaftsfraktion HH und Vorsitzender der JA HH) äußerte in seiner Bewerbungsrede am 5. August 2023:

„Ich bin in Hamburg geboren und aufgewachsen und deshalb können Sie mir ruhig vertrauen wenn ich von deutschen Minderheiten spreche. Wir haben Stadtteile, in denen der Migrationsanteil an Schulen bei über 90% liegt. Kein Wochenende vergeht oder Schießerei, Messerstecherei oder Vergewaltigung. Und ich brauche Ihnen gar nicht zu erklären, welche Bevölkerungsgruppen hier überproportional vertreten sind, das wissen Sie genauso gut wie ich. Das ist Folge einer fatalen, desaströsen Einwanderungspolitik, deswegen sage ich, solange es noch möglich ist, und ich betone: noch möglich ist, müssen wir diese Masseneinwanderung stoppen und die Remigration starten. Und ich muss zugeben, ich finde es etwas erstaunlich, dass manche Vertreter der deutschen Wirtschaft noch nicht ganz verstanden haben, in welche Richtung der Wind weht. Denn Unternehmen wie etwa Airbus sollten nicht beim CDU-Parteitag mit

---

[1235] AfD Bonn: Facebook-Eintrag vom 18.12.2022, abgerufen am 11.07.2023.
[1236] AfD Bonn: Facebook-Einträge vom 04.01.2023 und 28.03.2023, abgerufen am 11.07.2023.
[1237] AfD Kehl: Facebook-Eintrag vom 20.01.2023, abgerufen am 11.07.2023.
[1238] Ebd.
[1239] AfD Sachsen: Facebook-Eintrag vom 05.05.2023, abgerufen am 09.05.2023. Facebook-Eintrag vom 05.06.2023, abgerufen am 05.06.2023.

sponsern, sondern sie sollten hier sein und uns ihre Pläne für die dringend notwendige Remigrations-Flotte vorstellen!"[1240]

Auch der Co-Bundesvorsitzende der Christen in der AfD und ehemalige Bundestagsabgeordnete Ulrich Oehme (SN) positionierte sich auf der Europaversammlung unter Verwendung des Begriffs „*Remigration*“:

> *„Liebe Freunde, was ist unser politisches Ziel? Ich will, dass die europäischen Völker ohne Angst leben können. Das bedeutet Grenzen zu, Remigration! Jetzt!“*[1241]

In der Gesamtschau der zitierten Aussagen und unter Berücksichtigung des von der AfD vertretenen Volksverständnisses ist die Forderung nach „*Remigration*“ bei lebensnaher Auslegung als eine Forderung nach der systematischen Abschiebung bestimmter Bevölkerungsgruppen – unabhängig von ihrer individuellen und vom Gesetz festgelegten Schutzbedürftigkeit – zu verstehen. Dies geht mit einer grundsätzlichen Schlechterbehandlung der Betroffenen einher und bringt eine Geringschätzung und Ablehnung zum Ausdruck, die eine pauschale Missachtung aller Migrantinnen und Migranten darstellt.

Im Nachgang zu den CORRECTIV-Recherchen vom 10. Januar 2024 waren diverse Äußerungen im Hinblick auf den Begriff der „Remigration“ zu verzeichnen.

Im Januar 2024 veröffentlichte zudem der AfD-Bundesverband auf Facebook einen Text des Bundesvorstandsmitglieds Marc Jongen (damals MdB, mittlerweile MdEP, BW) mit dem Titel: „*Wider die Lügenkampagne: Was die AfD mit Remigration meint und was nicht*“. Darin führte Jongen aus:

> *„In der vergangenen Woche ist eine zwischen den Regierungsparteien und den staatsnahen Medien konzertierte Diffamierungskampagne über die AfD hereingebrochen, wie sie in der Geschichte der Bundesrepublik beispiellos ist. […] Aus dem Begriff ‚Remigration‘, der in einem der Gastvorträge am Rande eine Rolle spielte, wurde in lügenhafter Verzerrung der Tatsachen das Schauermärchen abgeleitet, die AfD wolle Menschen mit Migrationshintergrund massenhaft*

1240 Schumann, Michael: Bewerbungsrede auf der Europawahlversammlung am 05.08.2023; veröffentlicht in: www.youtube.com am 05.08.2023, Kanal: „AfD TV", abgerufen am 14.08.2023. [Videosequenz ab 01:37:20]

1241 Oehme, Ulrich: Bewerbungsrede auf der Europawahlversammlung am 04.08.2023; veröffentlicht in: www.youtube.com am 04.08.2023, Kanal: „AfD TV“, abgerufen am 14.08.2023.

‚deportieren' und das Treffen habe dem Zweck gedient, einen entsprechenden ‚Geheimplan' auszuhecken. Dass sich die öffentlich-rechtlichen Medien und weite Teile der sogenannten Leitmedien für eine Kolportage dieser Räuberpistole hergegeben haben, welche die Stasi-Abteilung für Zersetzung nicht besser hätte erfinden können, ist ein Medienskandal ohnegleichen. [...] Vor diesem Hintergrund ist eine Klarstellung angebracht, was die AfD unter ‚Remigration' versteht, wie es aus ihren Wahlprogrammen und den Aussagen ihrer führenden Vertreter bereits unmissverständlich hervorgeht:

Die AfD macht keinen Unterschied zwischen deutschen Staatsangehörigen mit und ohne Migrationshintergrund. Alle Deutschen sind ohne Ansehen von Herkunft, Abstammung, Weltanschauung oder Religionszugehörigkeit Teil unseres Staatsvolkes.

Remigration ist unsere politische Antwort, um das Asylchaos zu beenden und die Folgen der unkontrollierten Masseneinwanderung nachhaltig anzugehen. In diesem Sinne steht das Konzept der Remigration für ein umfassendes Maßnahmenpaket zur Wiederherstellung rechtskonformer Verhältnisse wie auch der Integrationsfähigkeit unserer Gesellschaft. [...]

Deutsche Staatsbürger mit Migrationshintergrund wie auch Ausländer, die sich legal in Deutschland aufhalten und sich gesetzestreu verhalten, hier arbeiten, Steuern zahlen und sich in das gesellschaftliche Leben einbringen, sind uns willkommen und so wenig Teil eines Remigrationskonzepts wie Deutsche ohne Migrationshintergrund. Die gegenteilige Behauptung ist eine infame, durch nichts belegte Unterstellung der politischen Gegner, die damit von ihren eigenen Rechtsbrüchen im Rahmen der desaströsen Migrationspolitik abzulenken versuchen."[1242]

Jongen behauptet hier zwar eine Gleichbehandlung aller Staatsangehörigen, äußert dies aber nur pauschal, obwohl, wie oben dargelegt, zahlreiche Äußerungen der Partei festgestellt wurden, die eine andere Auslegung nahelegen. Eine Auseinandersetzung mit diesen erfolgt nicht, sodass die bloße Behauptung, die Berichterstattung sei unzutreffend, keine Relevanz entfaltet.

Im Januar 2024 veröffentlichte die AfD zudem das Faltblatt „*7 Punkte zu Remigration*". In diesem definierte die Partei „*Remigration*" als „*alle Maßnahmen und Anreize*

1242 AfD: Facebook-Eintrag vom 22.01.2024, abgerufen am 08.02.2024.

zu einer rechtsstaatlichen und gesetzeskonformen Rückführung ausreisepflichtiger Ausländer in ihre Heimat".[1243] Auch behauptet die AfD darin, sie unterscheide nicht zwischen Deutschen mit und ohne Migrationsgeschichte. Das Papier belegt jedoch ausschließlich, dass der Begriff „*Remigration*" auf unterschiedliche Weise gebraucht werden kann und nicht in jeder Variante verfassungsfeindlich ist. Es enthält aber keinerlei Auseinandersetzung mit relevanten von Parteimitgliedern getätigten Zitaten.[1244] Daher ist es als reine Verbalbekundung zu bewerten.

Genauso verhält es sich mit einer von der AfD am 11. Januar 2024 auf AfD Kompakt veröffentlichten Klarstellung zum Vernetzungstreffen in Potsdam, in dem sie behauptet, ihre Forderungen zu „*Einwanderung, Integration und Asyl*" befänden „*sich selbstverständlich [...] im Einklang mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung*"[1245].

Dass sich die AfD nicht wirklich von ihren Positionen zur Remigration distanziert, kommt besonders in der „*Stellungnahme der Fraktionsvorsitzenden Ost zur #REMIGRATION*" zum Ausdruck. Darin schrieben Hans-Christoph Berndt (Fraktionsvorsitzender BB), Björn Höcke (Fraktionsvorsitzender TH), Oliver Kirchner (Fraktionsvorsitzender ST), Nikolaus Kramer (Fraktionsvorsitzender MV) und Jörg Urban (Fraktionsvorsitzender SN):

> *„Wir, die Fraktionsvorsitzenden Ost, erklären:*
>
> *Remigration ist das Gebot der Stunde. Die Sozialmigration nach Deutschland muss beendet und rückabgewickelt werden. Dafür werden wir nach der Regierungsübernahme sorgen.*
> *- Wir werden Recht und Gesetz anwenden, die Grenzen schützen und Deutschland vor weiterer Sozialmigration bewahren.*
> *- Wir werden eine großangelegte Rückführungsinitiative für illegale Einwanderer planen und durchführen.*
> *- Wir werden sämtliche Anreize minimieren, die Deutschland zum Magneten für illegale Einwanderung gemacht haben.*
> *- Wir werden das Staatsangehörigkeitsrecht, welches bis zum Jahr 2000 galt, wiederherstellen.*

[1243] AfD: Faltblatt „7 Punkte zur Remigration" vom Januar 2024.
[1244] OVG NRW, Urt. v. 13.05.2024, 5 A 1218/22, juris, Rn. 219.
[1245] AfD Kompakt: „Klarstellung zu einer privaten Veranstaltung am 25.11.2023 in Potsdam" vom 11.01.2024, in: https://afdkompakt.de, abgerufen am 17.07.2024.

- Wir werden Maßnahmen ergreifen, um den Assimilationsdruck auf nichtintegrierte Ausländer zu erhöhen.

- Wir werden Anreize schaffen, um nichtintegrierten Migranten die Heimkehr zu ermöglichen.

Eine für die Funktionsfähigkeit unserer Demokratie und unserer Wirtschaft katastrophale Entwicklung zu stoppen, die Jahrzehnte von den Kartellparteien zugelassen wurde, und ihre Schäden zu beseitigen, wird Jahrzehnte brauchen. Das wissen wir. Aber wir werden beginnen, sobald wir in Regierungsverantwortung stehen. Deutschland muss wieder deutscher werden."[1246]

Insbesondere in der Forderung, Deutschland müsse wieder deutscher werden, mit der das Papier endet und der damit besonders Ausdruck verliehen wird, kommt gerade keine Distanzierung, sondern vielmehr der völkische Hintergrund der Remigrationsforderungen zum Ausdruck.

In einem TV-Duell mit dem Spitzenkandidaten der CDU Thüringen am 11. April 2024 bei WELT TV versuchte zudem Björn Höcke, den Begriff der „Remigration" dahingehend umzudeuten, dass er sich auf die Rückkehr emigrierter Deutscher beziehe:

„Jeden Tag remigrieren – remigrare, lateinisch zurückwandern – migrieren Menschen zurück in ihrer Heimat. Das ist ein normaler Vorgang. Aber mir geht es vor allen Dingen um die Hochklassifizierten. […] Ja, mir geht es aber vor allen Dingen um die deutschen Staatsangehörigen, die im Ausland leben, weil sie aus Deutschland geflohen sind."[1247]

In seiner Rede zum Wahlkampfabschluss der AfD Thüringen am 31. August 2024 in Erfurt (TH) beschrieb Höcke aber wieder eine zunehmende Überfremdung Deutschlands und forderte eine *„Remigration"*:

„Und wir wollen mehrheitlich keine weitere Multikulturalisierung. Nein, wir wollen Remultikulturalisierung und Remigration."[1248]

[1246] Höcke, Björn: Tweet vom 15.01.2024, abgerufen am 18.01.2024.
[1247] Höcke, Björn: TV-Duell gegen Mario Voigt (CDU) bei WELT TV; veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „WELT Nachrichtensender" am 11.04.2024, abgerufen am 12.04.2024.
[1248] Höcke, Björn: Rede auf Wahlkampfveranstaltung in Erfurt am 31.08.2024; veröffentlicht in: www.youtube.com am 31.08.2024, Kanal: „AfD TV", abgerufen am 02.09.2024.

Dass Höcke allein aus taktischen Motiven vom eigentlichen Verständnis des Begriffs „Remigration" abweicht und seine wahren Absichten verschleiert, wird auch in einem Interview vom 26. Juli 2024 deutlich:

> *„Ja, mir ging es in dem Gespräch darum, mal das zu tun, was das Establishment ja tagtäglich tut, nämlich Begriffe zu entkontextualisieren und mal umzudrehen. Also die Remigration mal ganz bewusst in den Kontext reinzustellen: Passt mal auf, Leute, denkt mal nach. Wir haben in den letzten 30 Jahren 1,5 Millionen Auswanderer aus Deutschland gehabt und die sind überwiegend nachweislich Hochqualifizierte gewesen. [...] Es geht natürlich auch darum, das eigene schlechte Bild, das die Medien von mir gemacht haben, zu korrigieren. [...] Natürlich ist es Taktik. Das muss ich frank und frei gestehen. Als Politiker, muss ich das eingestehen. Das ist natürlich Taktik. Das heißt, nein, ich bin so. Ich bin ein Mensch, der Gefühle hat und ich bin eigentlich ein sehr warmherziger Mensch. Und da will man einfach anschlussfähig sein. Man will auch dem Westdeutschen, mit Verlaub, der in die tagesschau guckt, und der noch nicht so aufgewacht ist wie wir im Osten, will man zeigen, das ist ein ganz normaler Mensch, der sorgt sich um sein Land und der versucht, sich Gedanken zu machen, wie es in Zukunft weitergeht."*[1249]

In einem auf Instagram am 9. September 2024 veröffentlichten Video forderte auch Hans-Christoph Berndt (MdL BB, Fraktionsvorsitzender) erneut eine „Remigration":

> *„Du kannst nicht lesen, schreiben und rechnen? Gut möglich. Die Hälfte der Brandenburger Schüler kann das nicht. Wenn du es kannst, Glückwunsch! Wenn du es nicht kannst, sieht es schlecht aus. Denn wer nicht lesen, rechnen und schreiben kann, der kann auch keinen guten Beruf ergreifen. Und dann muss er mit Mama Merkels Analphabeten um schlecht bezahlte Jobs konkurrieren. Und da hilft es dir auch nicht, wenn du in eine Schule ohne Rassismus aber mit viel sexueller Vielfalt gehst. Schluss damit! In der Schule muss wieder gelernt werden. Und damit du auf dem Schulhof nicht ständig von Ali und Hassan belästigt wirst, braucht es vor allem eins: Remigration. Denn du hast eine gute Zukunft in deiner Heimat verdient!"*[1250]

[1249] Höcke, Björn: Interview mit Paul Brandenburg vom 26.07.2024; veröffentlicht in: www.youtube.com am 26.07.2024, Kanal: „Paul Brandenburg", abgerufen am 10.09.2024.
[1250] Berndt, Hans-Christoph: Instagram-Story vom 09.09.2024, abgerufen am 01.10.2024.

Dieser Aussage liegt zudem eine pauschale Darstellung von Menschen mit Migrationsgeschichte als besonders für (sexualisierte) Gewalt prädisponiertes Kollektiv zugrunde, die insbesondere durch die Verwendung stereotyp migrantischer Vornamen illustriert wird.

Im Ergebnis kann daher ungeachtet einer verbalen Auseinandersetzung der AfD bzw. ihrer Vertreterinnen und Vertreter mit dem Begriff der „Remigration" keine Äußerung festgestellt werden, die den zahlreichen Belegen für Anhaltspunkte für fremdenfeindliche Bestrebungen, die sich aus der Verwendung dieses Begriffs ergeben, entgegensteht.

gg.Rassistische Aussagen

In der AfD waren ferner Äußerungen festzustellen, die ein rassistisches Weltbild zum Ausdruck bringen.

Nicolaus Fest[1251] (damaliger MdEP, BR) nutzte in einem Videostatement vom 25. November 2022 den Begriff *„Zigeuner"* und somit eine abwertende Fremdbezeichnung.[1252]

Auch René Springer (MdB, BB) nutzte mehrmals den diskriminierenden Begriff *„Zigeuner"*, um Sinti und Roma zu beschreiben.[1253]

Der Begriff *„Zigeuner"* ist zweifelsohne abzulehnen, da er von Betroffenen als abwertend empfunden wird. Gleichwohl stellt er hier nur einen vergleichsweise geringen Anhaltspunkt dar, da er im allgemeinen Sprachgebrauch noch mangels Sensibilität verwendet wird.

Maximilian Krah, zum damaligen Zeitpunkt Mitglied des Bundesvorstands und Europaabgeordneter (mittlerweile MdB, SN), führt in seinem Buch „Politik von rechts" aus:

> *„Rechte Politik für Deutschland muß die statistischen Realitäten beachten: Es sind nicht Hochqualifizierte, die nach Deutschland und Europa einwandern. Mit einem IQ von 80 oder 90 kann man keine qualifizierten Arbeiten ausführen; ein deutscher Handwerksberuf wie Elektriker, Zahntechniker, Mechatroniker erfordert eine höhere Intelligenz. Diese IQ-Unterschiede sind wenig problematisch,*

[1251] Nicolaus Fest wurde im Mai 2024 aus der AfD ausgeschlossen. Als Begründung wurden nicht gezahlte Mandatsträgerabgaben sowie die Verunglimpfung des verstorbenen früheren EU-Parlamentspräsidenten David Sassoli angegeben.

[1252] Fest, Nicolaus: Videostatement; veröffentlicht in: Facebook-Eintrag vom 25.11.2022, Kanal: „Nicolaus Fest", abgerufen am 28.11.2022.

[1253] Springer, René: Facebook-Eintrag vom 29.12.2022, abgerufen am 23.01.2023.

solange die Menschen in ihren natürlichen Heimatregionen leben; ein Afrikaner in Afrika, ein Syrer in Syrien, ein Afghane in Afghanistan kann in seiner Gesellschaft wertvolle Beiträge leisten. Aber in der hochkomplexen europäischen Gesellschaft und Arbeitswelt kann er das kaum. Da viele Eigenschaften, Intelligenz eingeschlossen, überwiegend vererbt werden, ist der Plan, durch Masseneinwanderung die nicht mehr geborenen autochthonen Fachkräfte zu ersetzen, zum Scheitern verurteilt."[1254]

Matthias Helferich (zum damaligen Zeitpunkt fraktionsloser MdB und AfD-Mitglied, seit 2025 Mitglied der AfD-Bundestagsfraktion, NW) agitierte im November 2022 anlässlich lokalpolitischer Planungen zur Verbesserung der Sicherheitssituation in der Dortmunder Kampstraße in fremdenfeindlicher Weise.

„Während der Polizeipräsident sinnvollerweise den Einsatz mobiler Videoüberwachungsanlagen bekannt gab, verkündete Westphal in seiner Stellungnahme den Einsatz von mobilen Wanderbäumen und den Anbau von Sportgeräten. […] Leider vergisst Westphal dabei, dass sich dadurch nur die Aufenthaltsqualität und Attraktivität für nachtschwärmerische Straftäter erhöhen wird, die sich dann abends an den vom Steuerzahler bezahlten Sportgeräten körperlich ertüchtigen können. Ein Ort an dem man sich gerne aufhält, wird die Gegend um die Kampstraße jedoch nur durch weitgehende Kompetenzen der Polizei, was auch die Errichtung einer Waffenverbotszone beinhaltet sowie die konsequente Abschiebung der teils migrantischen Delinquenten. ‚Wir brauchen die konsequente Remigration Krimineller statt innerstädtischer Wohlfühloase für Kriminelle', forderte der AfD-Bundestagsabgeordnete und Ratsherr Matthias Helferich."[1255]

Dazu postete Helferich eine Grafik, die eine nicht-weiße Person mit blutiger Machete an der illustrierten Kampstraße zeigte:

[1254] Krah, Maximilian: „Politik von rechts", 2023, S. 179.
[1255] Helferich, Matthias: Facebook-Eintrag vom 05.11.2022, abgerufen am 09.11.2022.

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung des BfV



Diese von Helferich entworfene und verbreitete Darstellung suggeriert in rassistischer Weise, bei gewalttätigen Kriminellen handele es sich im Wesentlichen um nicht-weiße Migrantinnen und Migranten.

Nicolaus Fest (damaliger MdEP, BR) stellte in einem auf Facebook veröffentlichten Videostatement vom 9. September 2022 in ganz ähnlicher Weise *„zivilisierte Weiße"* und *„schwerverbrecherische Farbige"* gegenüber:

> *„Warum kritisiert die EU Polen und Ungarn, sagt aber nichts zur Verfolgung, Tötung und Diskriminierung sexueller Minderheiten in fast allen afrikanischen Ländern? Ich weiß es nicht, aber ich vermute, die links-woke Truppe um Ursula von der Leyen tut sich leichter damit, zivilisierte Weiße zu kritisieren als schwerverbrecherische Farbige."*[1256]

Gunnar Beck (zu diesem Zeitpunkt MdEP, NW) nahm die Abbildung einer nicht-weißen Frau auf einem Modemagazin zum Anlass, Europäer als *„gefährdete Spezies"* darzustellen:

> *„Wenn man die Titelseiten von #Mode- und #Deco-magazinen, #Kleiderwerbung u. Regierungsbroschüren liest, könnte man meinen, autochtone #Europäer seien ‚endangered species' wie Primaten. Doch das wird erst in 25 Jahren so sein, wenn die #Propaganda Früchte trägt."*[1257]

[1256] Fest, Nicolaus: Videostatement; veröffentlicht in: Facebook-Eintrag vom 09.09.2022, Kanal: „Nicolaus Fest", abgerufen am 12.09.2022.

[1257] Beck, Gunnar: Tweet vom 29.08.2022, abgerufen am 30.08.2022. (Doppelverwendung des Belegs aus Kapitel E. I. 1. a. aa.)

Am 31. August 2024 wurden auf dem YouTube-Kanal des AfD-Bundesverbands im Rahmen der Live-Übertragung des Wahlkampfabschluss der AfD Thüringen Videos gezeigt, die in ihrer Bildsprache geeignet sind, Angst und Ablehnung gegen nicht-weiße Menschen zu schüren.[1258] In einem Video, welches zwischen den Auftritten der einzelnen Redner auf der Veranstaltung abgespielt wurde, ist mutmaßlich eine Schülerin abgebildet, welche von in schwarzer Farbe dargestellten Personen im Hintergrund als beobachtet und bedroht dargestellt wird.





[1258] AfD: Screenshots aus der Live-Übertragung des Wahlkampfauftritts der AfD Thüringen am 31.08.2024; veröffentlicht in: www.youtube.com am 31.08.2024, Kanal: „AfD TV", abgerufen am 07.10.2024.

Auf der Veranstaltung, bei der die Videos abgespielt wurden, waren mehrere AfD-Bundespolitiker zugegen. Alice Weidel (Co-Bundessprecherin AfD) hielt im Rahmen des Programms eine Rede.

Die JA Nordrhein-Westfalen bewarb am 16. Februar 2023 ihre neuen Sticker, darunter einen, der Muslime als *„invasive Art"* verunglimpft. Der Sticker zeigt einen Waschbären mit einem eine islamische Kopfbedeckung symbolisierenden Turban und geschultertem Gewehr, das hiermit pauschal eine Gewaltbereitschaft von Muslimen suggeriert. Die Bezeichnung als *„invasive Art"* und die Darstellung mit Gewehr stellt Muslime als hochgefährliche Eindringlinge dar, die – gegebenenfalls auch mit Waffengewalt – die heimische Population bis zum Aussterben zu verdrängen drohen und deshalb zum Schutz der heimischen Population außer Landes gebracht werden müssen. Diese Darstellung von Muslimen knüpft an die von der JA vielfach verwendeten, menschenwürdeverachtenden Tiermetaphern im Zusammenhang mit Migrantinnen und Migranten an und stellt eine schwerwiegende Verletzung ihrer Menschenwürde dar.[1259] [1260] Der Sticker kann auf der Internetseite der JA Nordrhein-Westfalen auch heruntergeladen werden, um ihn bei einem Druckdienstleister in Auftrag zu geben.[1261]

[1259] JA Düsseldorf, Instagram vom 16.02.2023, abgerufen am 17.02.2023.
[1260] So bereits feststellend: VG Köln, Urt. v. 08.03.2022, 13 K 208/20, juris, Rn. 235 ff.; VG Köln, Beschl. v. 05.02.2024, 13 L 1124/23, juris, Rn. 323.
[1261] Junge Alternative Nordrhein-Westfalen: „Sticker", in: https://janrw.de, abgerufen am 05.08.2024.



Die Junge Alternative Düsseldorf teilte die entsprechende Instagram-Story der Jungen Alternative Nordrhein-Westfalen mit dem Sticker *„Invasive Arten abschieben“*.[1262]

Durch diesen muslimfeindlichen Sticker werden Migranten aus dem arabischen Raum nicht nur als „Invasoren“ dargestellt, sondern auf rassistische Weise mit Tieren gleichgestellt.

Die Junge Alternative Sachsen veröffentlichte auf Instagram am 9. Juli 2023 eine Story mit einem Foto mehrerer Sticker des Landesverbands mit der Aufschrift „*Remigration ist unsere Mission*“ (siehe auch Unterkapitel (ff)). Den Story-Beitrag untermauerte der Landesverband mit einem Emoji des „White-Power“-Handzeichens.[1263]

Die Junge Alternative Sachsen veröffentlichte auf ihrer Facebook-Seite ein Bild, auf dem nicht-weiße Menschen als wilde und primitive Invasoren dargestellt werden, die weiße Menschen aus ihrer eigenen Heimat vertreiben. Die Aussage auf dem Bild

---

[1262] Junge Alternative Düsseldorf: Instagram-Story vom 16.02.2023, abgerufen am 17.02.2023.
[1263] Junge Alternative Sachsen: Instagram-Story vom 09.07.2023, abgerufen am 10.07.2023.

„Laut Karte müsste ich doch in Gießen sein"[1264] verweist auf die Ausschreitungen bei dem Eritrea-Festival im Juli dieses Jahres im hessischen Gießen.



Die AfD Wuppertal (NW) bediente im August 2022 mit einer Nachricht auf Telegram rassistische Stereotype, indem sie Frauen aus afrikanischen Staaten per se eine hohe Fertilität zuschreibt.[1265] Sie offenbart damit ein biologistisches Menschenbild.



Roger Beckamp teilte im Juni 2022 auf Facebook die nachfolgende rassistische Grafik zum Thema *„Überfremdung"*:

[1264] Junge Alternative Sachsen: Facebook-Eintrag vom 12.07.2023, abgerufen am 19.07.2023.
[1265] AfD Wuppertal: Telegram-Beitrag vom 23.08.2022, abgerufen am 30.08.2022.



Dazu schrieb er:

> „*Die Festung Europa ist alternativlos, wenn #Deutschland fortbestehen soll!*“[1266]

Kai Borrmann (Mitglied der Bezirksverordnetenversammlung Berlin-Mitte) wurde zudem im Februar 2022 wegen Beleidigung und Körperverletzung zu einer Geldstrafe verurteilt. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig. Borrmann hatte im August 2021 eine Frau und ihre Begleiterin zunächst mehrfach rassistisch beleidigt. Als diese sich aus der Situation entfernte, ging Borrmann ihr nach, wiederholte die Beleidigungen, schlug sie und biss ihr in den Unterarm.[1267] Ein Sprecher der AfD Berlin beantwortete eine durch die Berliner Zeitung gestellte Anfrage mit folgender Aussage:

> „*Erst wenn das Urteil rechtskräftig ist, werden sich Gremien der Partei damit befassen.*“[1268]

Am 18. Oktober 2023 veröffentlichte die AfD Offenbach-Land (HE) einen Facebook-Eintrag mit der Aussage:

[1266] Beckamp, Roger: Facebook-Eintrag vom 30.06.2022, abgerufen am 04.07.2022. (Doppelverwendung des Belegs aus Kapitel E. I. 1. b. cc.)
[1267] Tagesspiegel: „Beleidigt, geschlagen und gebissen“ vom 08.11.2022, in: www.tagesspiegel.de, abgerufen am 09.11.2022.
[1268] BZ: „Nach Attacke in Berliner Café - Geldstrafe für AfD-Mann“, ohne Datum, in: www.bz-berlin.de, abgerufen am 14.02.2023.

„Die einzige Lösung, um konsequent gegen Antisemitismus und Gewalt auf den Straßenvorzugehen, ist #Remigration

#FestungEuropa“[1269]

Der Beitrag wurde begleitet von einer Grafik mit mehreren Flugzeugen, die mit dem Wort „Remigration“ beschriftet sind. Daneben ist das Abbild von „Pepe the frog“ zu sehen, ein Meme, das von der US-amerikanischen Anti-Defamation League als Hasssymbol qualifiziert wird.[1270]



hh.Zwischenfazit

Die Themen Asyl und Migration bilden weiterhin ein zentrales Feld, auf dem die AfD gegen Zugewanderte und Geflüchtete in fremdenfeindlicher Weise agitiert. Ungeachtet der Verdachtsfalleinstufung und ihrer gerichtlichen Bestätigung durch das VG Köln sowie das OVG NRW postuliert die AfD pauschal eine migrationsinduzierte quantitative Zunahme von Sexual- und Gewaltstraftaten. Auf Grundlage tatsächlicher Straftaten wird ein allgegenwärtiges Bedrohungsszenario skizziert, das auf den Zuzug von Migrantinnen, Migranten und Geflüchteten zurückgeführt wird. Dabei wird die Herkunft als prägende Ursache für das vermeintliche Phänomen benannt. Eine qualitative Festigung wird hier insbesondere durch die Verwendung von Begriffspaaren wie *„Massenmigration tötet“* oder *„multikulturell ist multikriminell“* deutlich.

Die Quantität der angeführten Verlautbarungen offenbart, dass das Thema Straf- und Gewaltkriminalität einen Schwerpunkt bei der AfD einnimmt. Die sachliche Thematisierung von tatsächlichen Straftaten mit Stichwaffen sowie Sexualdelikten bewegt

[1269] AfD Offenbach: Facebook-Eintrag vom 18.10.2023, abgerufen am 30.10.2023.
[1270] Anti-Defamation League: „Pepe the Frog“, in: http://adl.org, abgerufen am 09.02.2024.

sich grundsätzlich im Rahmen eines zulässigen politischen Diskurses, bei dem auch bloße Ehrverletzungen hinzunehmen sind. Die vorbenannten Äußerungen suggerieren jedoch, dass bestimmte Straftaten, vor allem Messerangriffe, weit überwiegend bzw. nahezu ausschließlich von Geflüchteten und Zugewanderten verübt würden, da diese in ihren Herkunftsländern kulturell übliche Verhaltensweisen darstellten. Bisweilen heißt es ausdrücklich, solche Straftaten seien erst mit dem Zuzug von Migranten importiert worden und in der einheimischen deutschen Bevölkerung nahezu unbekannt. Dadurch wird ein Antagonismus zwischen vermeintlich in Gänze kriminellen Zugewanderten einerseits und weitestgehend friedliebenden einheimischen Deutschen andererseits konstruiert.

Männlichen Migranten wird darüber hinaus pauschal und fortwährend ein rückständiges, archaisches Frauenbild zugeschrieben, woraus sich, so die AfD, eine andauernde latente oder gar akute Gefahr für einheimische deutsche Frauen ergebe, weil männliche Zuwanderer permanent zu schwersten Sexualstraftaten neigten.

Überdies schreiben Vertreterinnen und Vertreter der AfD Zugewanderten auch weiterhin pauschal ein niedriges Bildungsniveau, Faulheit und regressive Verhaltensmuster zu. Dies kulminiert insbesondere in der Behauptung einer imaginierten kulturellen Inkompatibilität von Geflüchteten aus afrikanischen Staaten und dem Nahen Osten.

In der Gesamtschau der Äußerungen werden Migrantinnen und Migranten nachhaltig, verunglimpfend und generalisierend mit Kriminalität, fehlender Bildung und regressiven Charakterzügen in Verbindung gebracht. Begriffe wie *„Messerkultur"*, *„Messermigration"* oder *„Afro-Gruppenvergewaltigung"* und damit einhergehend Aussagen, wonach solche Auswüchse der deutschen Kultur gänzlich fremd seien, stellen einen unmittelbaren Kausalzusammenhang zwischen Herkunft und Kriminalität bzw. weiteren Negativeigenschaften her. Dies ist geeignet, Menschen mit Migrationsgeschichte insgesamt herabzusetzen. Wortwahl, Diktion und Inhalt sind erkennbar darauf ausgerichtet, Migrantinnen und Migranten in ihrer Menschenwürde zu verletzen.

Von großem Gewicht sind dabei die Äußerungen von Mitgliedern des AfD-Bundesvorstands sowie Abgeordneten des Deutschen Bundestags der AfD. Diese haben einen hohen Repräsentationsgrad und sind besonders prägend für die ideologischen und inhaltlichen Grundstrukturen der Partei.

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung des BfV

c. Muslim- und islamfeindliche Aussagen und Positionen

Neben den fremdenfeindlichen Aussagen, die im vorangegangenen Unterkapitel ausgewertet wurden und teils auch bereits Bezug auf Musliminnen und Muslime nehmen, sind innerhalb der AfD auch Positionen zu verzeichnen, die explizit Musliminnen und Muslime mit Blick auf ihre Religion bzw. Religionsausübung betreffen. Im Vergleich zu den Äußerungen, die im vorangegangen Unterkapitel bereits ausgewertet wurden und vielmals muslimische Kulturkreise betreffen, handelt es sich hier um Positionen, die im Schwerpunkt an den muslimischen Glauben, die Religion bzw. Aspekte der Religionsausübung anknüpfen. Das VG Köln hatte in diesem Zusammenhang erstinstanzlich bestätigt, dass es innerhalb der AfD Anhaltspunkte für muslim- und islamfeindliche Positionen gibt.[1271] In diesem Zusammenhang wird auch auf die Belege im Gutachten AfD und Teilorganisationen, S. 242 bis 302, im Folgegutachten AfD 2021, S. 415 bis 522, sowie im Folgegutachten Junge Alternative 2023, S. 115 bis 124, verwiesen. Hier ist nun zu prüfen, wie die AfD sich mit Blick auf diese Anhaltspunkte fortentwickelt hat. Ferner wird auf den erstinstanzlichen Beschluss des VG Köln vom 5. Februar 2024 – 13 L 1124/23 –, Rn. 267 ff., verwiesen, in welchem das Gericht im Rahmen des Eilverfahrens bestätigt hat, dass sich die bestehenden Anhaltspunkte insbesondere für eine islam- und muslimfeindliche Agitation der JA als Teilorganisation der AfD zur Gewissheit verdichtet haben. Das OVG NRW hat zudem jüngst festgestellt, dass „*sogar ein starker Verdacht*“ dafür besteht, dass die Gesamtpartei Bestrebungen verfolgt, die gegen die Menschenwürde von Musliminnen und Muslimen gerichtet sind.[1272]

Dabei können pauschal negative Werturteile, die explizit Musliminnen und Muslime wegen ihrer Religionszugehörigkeit bewusst ausgrenzend als kriminell und unerwünschte, nicht integrierbare Menschen zweiter Klasse darstellen – als konkrete Form der Fremdenfeindlichkeit – eine muslimfeindliche Einstellung belegen, insbesondere

[1271] VG Köln, Urt. v. 08.03.2022, 13 K 326/21, juris, Rn. 912.
[1272] OVG NRW, Urt. v. 13.05.2024, 5 A 1218/22, juris, Rn. 246. Das OVG NRW hält hierzu zusammenfassend fest, dass pauschal diffamierende und ausgrenzende Formulierungen um diskriminierende Forderungen ergänzt werden, die zwar primär nur die gleichberechtigte Religionsausübung betreffen, aber aufgrund der daneben erkennbaren islamfeindlichen Grundtendenz vermuten lassen, dass die AfD zur Durchsetzung ihrer Ziele auch andere Rechte von Menschen muslimischen Glaubens beschränken und einem „Kulturvorbehalt“ unterwerfen würde.

wenn sich keine gegenläufigen positiven oder auch nur neutralen Äußerungen zu dieser Personengruppe finden, die geeignet sind, die feindliche Einstellung zu widerlegen.[1273]

Dabei würdigen tatsachenwidrige pauschale Verunglimpfungen von Musliminnen und Muslimen in Form von pauschalen Verdächtigungen und Unterstellungen diese Bevölkerungsgruppe herab und rufen Ablehnung hervor. Derartige Äußerungen schüren Ängste, Unsicherheiten und Vorurteile und sind damit letztlich auch geeignet, den Boden für unfriedliche Verhaltensweisen gegenüber diesen Bevölkerungsgruppen zu bereiten.[1274]

Entsprechendes gilt für eine sich wiederholende pauschale Verunglimpfung von Menschen muslimischen Glaubens als Islamisten, indem der Islam in seiner Gänze kontinuierlich mit dem Islamismus gleichgesetzt wird. Oberverwaltungsgerichtlich bestätigt ist eine verfassungsfeindliche Ausrichtung in diesem Zusammenhang vor allem bei Formen der Meinungsäußerung, die eine Gleichsetzung aller Muslime mit Vertretern und Kräften des aggressiven Islam aufweisen, die als allgemeine Herabsetzung von Zugewanderten und sich zum muslimischen Glauben bekennender Menschen und ihrer Existenzberechtigung aufgefasst werden können.[1275]

Weiterhin ist zu prüfen, ob neben derartigen muslimfeindlichen Anhaltspunkten auch islamfeindliche Agitationen, also die grundsätzliche Ablehnung der Präsenz und Glaubensbetätigung von Muslimen in Deutschland, vorliegen. Dies ist dann der Fall, wenn eine Vorstellung erkennbar ist, wonach die Religionsfreiheit aus Art. 4 Abs. 1 GG für Muslime nicht oder allenfalls nur eingeschränkt gelten soll. Wenn also das Recht, den Glauben zu bekunden, für diesen zu werben und seine Ausbreitung zu fördern, außer Geltung gesetzt werden soll.[1276] Eine konkrete Diskriminierung von Musliminnen und Muslimen liegt laut OVG NRW deshalb auch in der pauschalen, unabhängig von möglichen allgemein geltenden baurechtlichen Vorgaben erhobenen Forderung, den Bau von Moscheen oder Minaretten zu verbieten.[1277] Die Menschenwürdegarantie wird demnach schon dadurch verletzt, dass Musliminnen und Muslimen allein wegen ihres

[1273] Vgl. OVG NRW, Beschl. v. 08.07.2009, 5 A 203/08, juris, Rn. 6; VG Düsseldorf, Urt. v. 04.12.2007, 22 K 1286/06, juris, Rn. 135 ff., VG Minden, Beschl. v. 12.06.2015, 4 L 441/15, juris, Rn. 116.
[1274] Vgl. VG Berlin, Urt. v. 07.09.2016, 1 K 71.15, juris, Rn. 23.
[1275] Vgl. OVG Berlin-Brandenburg, Urt. v. 23.11.2011, 1 B 111.10, juris, Rn. 48.
[1276] BVerfG, Urt. v. 24.09.03, 2 BvR 1436/02, juris, Rn. 37.
[1277] Dazu und zum Nachstehenden: OVG NRW, Urt. v. 13.05.2024, 5 A 1218/22, juris, Rn. 241.

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung des BfV

Glaubens der Bau bestimmter religiöser Gebäude unmöglich gemacht werden soll, während Christinnen und Christen oder andere Religionsgemeinschaften vergleichbare religiöse Bauten errichten dürfen.

Keine Verfassungsschutzrelevanz begründen in diesem Zusammenhang Äußerungen, die lediglich als islamkritisch anzusehen sind, sich z. B. nur gegen bestimmte Erscheinungsformen der Religion richten. Die Grenze wird aber dann überschritten, wenn die Religion und ihre Gläubigen im Sinne eines pauschalen Feindbilds diffamiert werden.

aa. Pauschal negative Werturteile über Muslime

Die Auswertung der Äußerungen von Funktionärinnen und Funktionären bzw. Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern der AfD zeigt, dass vielfach pauschalisierend negative Werturteile über den Islam und seine Anhängerinnen und Anhänger verbreitet werden; entsprechende Anhaltspunkte lassen sich auch jedenfalls einer programmatischen Schrift eines Landesverbands entnehmen.

(1) Bewusste Ausgrenzung von Muslimen

Dabei werden Musliminnen und Muslime oft als rückständig und der Islam als inkompatibel mit der Demokratie und weiteren westlichen Werten beschrieben; muslimische Gläubige werden unter anderem als kriminell, faul, nicht-integrierbar und unerwünscht dargestellt ((a)). Zudem finden sich Äußerungen, in denen Musliminnen und Muslimen unterstellt wird, sie verdrängten gezielt die autochthone deutsche Bevölkerung ((b)).

(a) Grundsätzliche Unerwünschtheit aufgrund negativer Eigenschaften

So enthält beispielsweise das Wahlprogramm der AfD Nordrhein-Westfalen für die Landtagswahl 2022 unter anderem Formulierungen und Forderungen, die gegen den Islam insgesamt gerichtet sind:

> *„Der Islam [...] weist auch, in dogmatischer Hinsicht, die größten Widersprüche, ja Unvereinbarkeiten, mit unserer Kultur, unserer Rechtsordnung und politischen Ordnung auf. Denn der Islam ist nicht bloß Religion, sondern eine umfassende Lebensordnung.“*[1278]

[1278] Wahlprogramm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum 18. Landtag des Landes Nordrhein-Westfalen, März 2022, S. 43.

Der AfD-Landesverband Nordrhein-Westfalen geht hier davon aus, dass *„der Islam“* nicht bloß Religion, sondern auch *„Lebensordnung“* ist und zugleich *„Unvereinbarkeiten“* unter anderem mit der deutschen Rechtsordnung aufweist. Durch die obige Aussage impliziert die AfD Nordrhein-Westfalen, dass der Islam insgesamt mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung unvereinbar sei und sieht ihn nicht nur als Religion, sondern im Sinne einer *„umfassenden Lebensordnung“* als (auch) politische Religion an. Zudem fordert das Landtagswahlprogramm:

> *„Ausbreitung des Islams stoppen: Im Jahr 2080 werden zwischen 35 und 40 Prozent der Bevölkerung in Deutschland muslimischen Glaubens sein. Die AfD hält das für nicht wünschenswert und will dem politisch entgegenwirken. Dafür berufen wir uns auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker: ‚Ein Volk hat das Recht, frei über seinen politischen Status, seine Staats- und Regierungsform und seine wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung zu entscheiden‘.“*[1279]

Die AfD Nordrhein-Westfalen unterstellt damit, dass der Islam zunehmend starke Verbreitung finde und damit eine für das deutsche Volk unerwünschte Entwicklung einhergehe. Sie stellt das deutsche Volk einerseits und Musliminnen und Muslime andererseits diametral gegenüber und fordert unter Berufung auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker, dass Musliminnen und Muslime nicht in dem prognostizierten Umfang Teil des deutschen Volks sein sollen. Die Frage der Religionszugehörigkeit der Bevölkerung verknüpft der Landesverband so derart eng mit dem eigenen Volksverständnis, dass Deutsche muslimischen Glaubens damit letztlich abwertend als nicht gleichberechtigte Deutsche gesehen werden.

Der Bundestagsabgeordnete Martin Renner (NW) teilte auf Facebook das Video eines von ihm am 23. März 2023 gehaltenen Vortrags, in dem er äußerte:

> *„Habe ich es verdient, dass ich mich einer mich verachtenden, mittelalterlichen Religion unterwerfen soll? […] Ist das Multikulti wirklich bunt? Dieses Multikulti ist Burka-Schwarz, meine Damen und Herren. Die Freiheit des Individuums, das Grundprinzip des Christentums, kann niemals schiedlich-friedlich in einer Gesellschaft sich organisieren mit einem Islam-orientierten Menschenbild, die die totale Unterwerfung des Menschen unter den Willen Allahs fordert. Da gibt es keine*

[1279] Wahlprogramm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum 18. Landtag des Landes Nordrhein-Westfalen, März 2022, S. 5.

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung des BfV

Freiheit des Individuums. Da gibt es nur entweder du machst das, was sie im Koran steht oder in den Hadithen, oder du bist ein Apostat. Und dann musst du [Anm.: zeigt Kopf-Abtrenn-Geste]. Das kann nicht zusammen funktionieren. Das funktioniert momentan, weil wir, die hier immer schon leben, so bequem und so idiotisch tolerant geworden sind und gar nicht merken, wie hochgefährlich diese Entwicklung ist."[1280]

Renner beschreibt den Islam ohne jede Differenzierung als mittelalterlich und meint, dass in muslimisch geprägten Gesellschaften die Freiheit des Individuums nicht existieren könne, da der Islam die *„totale Unterwerfung des Menschen unter den Willen Allahs"* fordere. Bei Zuwiderhandlungen müsse mit dem Tod gerechnet werden. Renner zeichnet damit das Bild einer bedrohlichen und unfriedlichen Religion, die Leben und Handlungen des Einzelnen als solche einschränke. Der Islam und seine Gläubigen werden so in Gänze als mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung inkompatibel dargestellt.

Am 10. Juli 2021 äußerte Björn Höcke sich im Rahmen einer Wahlkampfveranstaltung in Memmingen (BY) anhand gängiger Stereotype in einer den Islam grundsätzlich als negativ beschreibenden Weise und forderte dessen Zurückdrängung:

> *„Ich bin was religiöse Dinge angeht ein sehr toleranter Mensch. Ich halte es da wirklich mit dem Alten Fritz, der mal gesagt hat in religiösen Dingen soll jeder nach seiner Façon selig sein. Ja, der Islam ist eine Religion, die mir fremd ist. Vor allen Dingen seine frauenfeindliche Ausprägung, seine Ehrvorstellungen, die für mich nicht nachvollziehbar sind, seine aggressive Art, sich in anderen Ländern noch auszubreiten, wenn man dort Fuß gefasst hat, alles das entspricht nicht meinem Menschenbild und meinem politischen Wollen. Deswegen ist mir diese Kultur und der Islam als Religion und Kultur eher fremd. Und ja, der islamische Einfluss in Deutschland ist zu groß und er muss zurückgedrängt werden, gar keine Frage."*[1281]

[1280] Renner, Martin: Redebeitrag vom 23.03.2023 in Hamm (NW); veröffentlicht in: www.youtube.com am 10.04.2023, Kanal: „Pierre Jung", abgerufen am 13.04.2023.

[1281] Höcke, Björn: Redebeitrag am 10.07.2021 in Memmingen; veröffentlicht in: www.youtube.com am 11.07.2021, Kanal: „Politwelt", abgerufen am 12.07.2021.

Höcke übt hier nicht bloß Kritik an einzelnen Werten, die der Islam beinhaltet. Er meint, der islamische Einfluss im Allgemeinen sei in Deutschland zu groß und müsse zurückgedrängt werden. Was für sich genommen noch so klingen mag, als sei ein relatives Zurückdrängen, also eine Beschränkung, des Einflusses gemeint, ist – wenn man die Aussage im Kontext betrachtet – darauf gerichtet, Muslime aus der deutschen Gesellschaft zu verdrängen. Höcke sagt nämlich in dem vorangehenden Satz, dass Muslime nicht seinem Menschenbild und seinem politischen Wollen entsprechen. In letzter Konsequenz heißt das, Musliminnen und Muslime hätten, würde er mit der AfD regieren, keinen Platz in der von ihm angestrebten Gesellschaft.

In ähnlicher Weise äußerte sich die damalige Beisitzerin im AfD-Bundesvorstand Christina Baum (MdB, BW/ST) im Oktober 2023 in einem Interview mit COMPACT TV:

> *„Wir haben durch diese Massenmigration diese Menschen jetzt hier bei uns, auf unseren Straßen, in unseren Häusern. Und für mich war immer klar, dass das zu Konflikten führen wird eines Tages. Es sind einfach verschiedene Kulturen, es sind verschiedene Religionen, die aufeinandertreffen. Und das kann auf die Dauer meiner Meinung nach nicht gut gehen. […] Und wir haben ja schon wirklich, ganz speziell seit 2015, so viele Tote auf unseren Straßen. […] Und wir sehen das eigentlich jeden Tag, lesen wir von irgendwelchen Messeangriffen, von irgendwelchen mindestens auch Raubüberfällen, aber eben auch von Tötungsdelikten. Also, wenn ich daran denke, dass das wirklich irgendwie dazu führen sollte, jetzt dieser Konflikt, dass noch mehr Muslime in unser Land kommen, also dann wird mir wirklich angst und bange, ganz speziell als Frau. […] Wir sollten gelernt haben, auch aus den furchtbaren Folgen der zwei Weltkriege, gerade für unser Volk und für unser Land, dass wir versuchen sollten, wirklich auch in jeder Hinsicht in Frieden mit den anderen Nationen zu leben. […] Also ich bin wirklich absolut gegen eine Islamisierung Deutschlands. Aber ich bin nicht der Meinung, dass wir anderen Völkern, anderen Religionsgemeinschaften vorschreiben sollten, wie sie zu leben haben. Sie können gern dort in ihren Ländern so leben, wie sie es seit Jahrtausenden tun. Ich möchte sie nicht in Deutschland haben. Ich möchte nicht, dass unsere Tradition, unsere Werte verloren gehen oder von anderen sozusagen erobert werden. Und das ist der einzige Grund, weshalb ich jetzt gegen die Islamisierung bin. Ich bin aber nicht prinzipiell gegen arabische*

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung des BfV

> *Länder oder gegen arabische Völker. Das ist der absolute Unterschied. Die haben genauso ihr Recht, in ihren Traditionen zu leben, wie wir das wollen. Ich möchte auch nicht von diesen eben hier in Deutschland bevormundet werden. Ich möchte so leben, wie meine Vorfahren schon immer gelebt haben."*[1282]

Insbesondere die Aussage *„Ich möchte sie nicht in Deutschland haben"* verdeutlicht, dass Baum nicht die Kriminalität oder mangelnde Integration einiger muslimischer Eingewanderter anprangert, sondern die Möglichkeit eines harmonischen Zusammenlebens vielmehr kategorisch ausschließt. Mit der Äußerung *„ich bin wirklich absolut gegen eine Islamisierung Deutschlands"* spitzt sie ihre Aussage schließlich explizit auf eine Ausrichtung gegen den Islam und Muslime in Deutschland zu.

Christina Baum (MdB, BW/ST) hatte zuvor bereits in einem Facebook-Post einen *„Kulturvorbehalt"* gefordert und sich gegen den Bau von Moscheen ausgesprochen:

> *„Für mich gibt es nur eine Antwort auf die immer weiter fortschreitende von einzelnen Gesellschaftsgruppen bewusst herbeigeführte Zerstörung unserer kulturellen Identität: Wir brauchen dringend einen Kulturvorbehalt. Er besagt nichts Anderes, als dass unser kulturelles Erbe, das seit vielen Jahrhunderten von Generation zu Generation weitergegeben wurde und neben der Sprache die wichtigste verbindende Grundlage des Zusammenlebens der Deutschen darstellt, immer Vorrang vor allen anderen kulturellen, besonders aber auch religiösen Einflüssen haben muß. Ganz einfach gesagt: Das Kreuz, die Kirchenglocken oder die Weihnachtsmärkte bleiben - Moscheen, der Muezzin Ruf oder die Burka haben in Deutschland jedoch nichts zu suchen. Jeder Migrant, ‚Flüchtling' oder Asylant, der zu uns kommt, weiß genau, dass wir ein christlich geprägtes Land sind. Wer also seine eigene Religion ausleben möchte, darf sich deshalb gerne ein kultur- und religionsnahes Land für seine Entfaltung aussuchen. Die bewußte Entscheidung der vorwiegend muslimischen Migranten für Deutschland kann deshalb nur eines bedeuten: wir sollen unterwandert und unterworfen werden. Wer das nicht erkennt, hat anscheinend jede Wahrnehmung verloren. Für uns Deutsche, aber auch für alle anderen europäischen Völker, die in ähnlicher Weise*

[1282] Baum, Christina: Interview mit COMPACT; veröffentlicht in: Facebook-Eintrag vom 20.10.2023, Kanal: „Dr. Christina Baum", abgerufen am 30.10.2023.

islamisiert werden sollen, bleibt allein die Frage: wollen wir es einfach hinnehmen oder wollen wir uns endlich dagegen auflehnen?"[1283]

Mit der Forderung nach einem „*Kulturvorbehalt*" und der Ablehnung von Moscheen in Deutschland bringt sie zum Ausdruck, dass sie jegliche Religionsausübung von Musliminnen und Muslimen kategorisch missbilligt.

Jörg Urban (MdL SN und Landesvorsitzender SN) äußerte sich in einer Kundgebung des PEGIDA Fördervereins e. V. am 18. Dezember 2023 auf dem Schlossplatz in Dresden (SN) zu vermeintlichen Unterschieden der Leistungsfähigkeit von „*muslimischen Migranten*" und unterstellt ihnen Unwillen zur Integration:

> *„Und mindestens genauso grotesk ist die Ablehnung unserer deutschen Kultur durch muslimische Migranten. Sie kommen aus völlig verarmten, dysfunktionalen, von Glaubenskriegen zerrütteten Ländern zu uns hierher. Sie leben hier von der Leistungsfähigkeit unserer aufgeklärten, christlich geprägten und demokratischen Gesellschaft. Und gleichzeitig wollen sie hier ihre Kultur errichten, die ihre Heimatländer in Armut, in Krieg und in Unfreiheit hält. Das ist doch religiöser Wahnsinn. Das ist als Massenphänomen nicht integrierbar. Das ist der heutige Islam und diesem religiösen Wahn müssen wir uns als Gesellschaft mit aller Kraft entgegenstellen. […] Der heutige real. existierende Islam integriert sich nicht. Der heutige real existierende Islam hat auch nicht die Absicht, sich zu integrieren. Im Gegenteil. In den, wie Pilze aus dem Boden schießenden, Moscheen wird in Deutschland der Unterschied, die Ungleichheit von Mann und Frau vorgebetet. Es wird der Herrschaftsanspruch des Islam und die Minderwertigkeit anderer Religionen vorgebetet. Ich sage, es ist für uns nicht hinnehmbar, wenn die Hälfte der muslimischen Migranten sagt, dass die Scharia über dem Grundgesetz steht."*[1284]

In diesem Zitat kommt die pauschal diffamierende Unterstellung einer kulturellen Inkompatibilität zum Ausdruck.

[1283] Baum, Christina: Facebook-Eintrag vom 28.10.2021, abgerufen am 29.10.2021.
[1284] Urban, Jörg: Rede auf der PEGIDA Kundgebung am 18.12.2023; veröffentlicht in: www.youtube.com am 18.12.2023, Kanal: „Weichreite TV", abgerufen am 19.12.2023.

Alexander Wiesner (MdL SN) veröffentlichte am 5. Juli 2023 auf Twitter (jetzt: X) und Instagram ein Videostatement, in dem er sich zu den Unruhen in Frankreich wie folgt äußerte:

> *„Frankreich brennt. Das ganze Wochenende und Tage darauf gab es schwerste Ausschreitungen von muslimisch-stämmigen Bevölkerungsgruppen, welche das Land in bürgerkriegsähnliche Zustände gestürzt haben. Für uns muss das ein Weckruf sein. Diese Menschen, diese Kulturkreise sind mit einer westlichen Demokratie nicht vereinbar und in unsere Gesellschaft auch nach Jahrzehnten nicht integrierbar. Deswegen Remigration jetzt!“*[1285] [1286]

„*Diese Menschen*“ bezieht sich dabei möglicherweise noch nur auf die Krawalltäter; im Folgenden nimmt Wiesner aber Bezug auf die gesamten Kulturkreise und fordert am Ende der Aussage „*Remigration*“. Dies verdeutlicht, dass seine Behauptung, nach der es eine generelle Inkompatibilität mit der westlichen Demokratie gäbe, eben nicht nur auf die Personen beschränkt ist, die für die Ausschreitungen verantwortlich waren, sondern „*muslimisch-stämmige*“ Menschen aus ganzen Kulturkreisen einschließt. Diese Äußerung grenzt Muslime pauschal aus, indem sie als unerwünschte Personen dargestellt werden. Zudem wird Ablehnung gegenüber der ganzen Personengruppe geschürt, da diese und die ihr zugeschriebenen negativen Eigenschaften (Unvereinbarkeit mit einer westlichen Demokratie) als einzige Ursache für die „*bürgerkriegsähnlichen Zustände*“ in Frankreich benannt werden. Diese Zustände drohten Wiesner zufolge auch in Deutschland, wenn nicht Muslime pauschal in ihre Herkunftsländer verbracht würden.

Der später auf Platz 15 der Kandidatenliste zur Europawahl gewählte Alexander Sell (mittlerweile MdEP, BR) äußerte in seiner Bewerbungsrede im Rahmen der Europawahlversammlung der AfD am 30. Juli 2023:

> *„Ich habe deshalb noch an einer Mittelschule in den Pariser Außenbezirken Deutsch unterrichtet, also im Banlieue, schon damals ein Kriegsgebiet. Die Mutter eines Schülers, eine Deutsche, erzählte mir bei einer Gelegenheit, dass in dem Hochhaus, in dem sie leben, jedes Jahr zum islamischen Opferfest dickes*

[1285] Wiesner, Alexander: Videostatement; veröffentlicht in: Instagram-Eintrag vom 05.07.2023, Kanal: „Alexander Wiesner“, abgerufen am 06.07.2023.
[1286] Wiesner, Alexander: Videostatement; veröffentlicht in: Tweet vom 05.07.2023, Kanal: „theyoungcongressman“, abgerufen am 06.07.2023.

Blut aus den Abflüssen quellt. Warum? Weil die muslimischen Nachbarn in den oberen Stockwerken Schafe und Ziegen in den Badewannen schächten. […]. Die Leidtragenden der Masseneinwanderung nach Europa sind die Menschen, die mit diesen Barbaren Tür an Tür leben müssen. Also diejenigen, die nicht einfach wegziehen können oder wollen. Das sind die Menschen, die uns wählen. Das sind die Menschen, deren Interessen wir vertreten, und zwar ausschließlich wir."[1287]

Zwar bezieht Sell den Begriff „*Barbaren*" in der Anekdote auf Muslime, die angeblich Tiere in ihrer Badewanne schächten und somit zu Verunreinigungen in benachbarten Wohnungen führten. Allerdings verbindet er dies mit einer Aussage zur „*Masseneinwanderung*" und meint, die Leidtragenden dieser Migration seien die Menschen, die „*mit diesen Barbaren Tür an Tür leben müssen*". Dies ist zumindest geeignet den Eindruck zu erwecken, es handele sich bei großen Teilen der muslimischen Migranten um „*Barbaren*".

Die Negativzuschreibungen, die die AfD in Bezug auf den Islam tätigt, treten besonders pointiert in dem folgenden Posting der AfD Solingen (NW) vom 11. Juni 2022 auf Facebook zu Tage:

> „*#Fakt ist, weltweit ist der #Islam die ‚#Religion', die am meisten #Probleme bereitet im #Zusammenleben mit anderen !*"[1288]

Die AfD Solingen setzt bei der Beschreibung des Islam als Religion Anführungszeichen und vermittelt damit, dass es sich in Wirklichkeit eben nicht um eine solche handle. Diese Abwertung wird noch bekräftigt, indem der Islam pauschal und ohne sachlichen Anknüpfungspunkt als problemverursachend beurteilt wird.

Die vorbenannten Äußerungen stellen den Islam und jedenfalls implizit Musliminnen und Muslime als generell inkompatibel mit freiheitlichen Werten dar; teils wird ihnen ein diskriminierender Charakter bzw. eine erhöhte Kriminalitätsbelastung allein aufgrund ihrer Religion zugeschrieben. Diese Äußerungen sind – jedenfalls in der Gesamtschau – geeignet, Ablehnung gegen diese Personengruppe und möglicherweise

---

1287 Sell, Alexander: Bewerbungsrede auf der Europawahlversammlung am 30.07.2023; veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „AfD TV", abgerufen am 01.08.2023. [Videosequenz ab 8:55:30]

1288 AfD – Mach mal Blau – Solingen: Facebook-Eintrag vom 11.06.2022, abgerufen am 13.06.2022.

auch den Wunsch hervorzurufen, sie aufgrund ihrer Religion anders zu behandeln, sie etwa in ihre „Heimat“ abzuschieben.

(b) Pauschale Beschreibung von Muslimen als gewalttätig und gefährlich

In anderen Äußerungen werden der Islam sowie Menschen muslimischen Glaubens von AfD-Vertreterinnen und -Vertretern pauschal verdächtigt, sich gegenüber anderen Religionen und ihren Gläubigen, insbesondere dem Christentum, repressiv bis gewalttätig zu verhalten. Gegenstand zahlreicher AfD-Äußerungen sind dabei eine angeblich erhöhte Gewaltneigung bzw. Kriminalität.

Mit Bezug auf die Gruppenvergewaltigung zum Nachteil einer 15-Jährigen in Hamburg stellte die JA in einem Facebook-Beitrag vom 4. November 2021 Männer muslimischen Glaubens pauschal als Gefahr dar:

> *„Wieder ein schreckliches Beispiel dafür, dass besonders Frauen Verlierer unserer offenen Grenzpolitik sind. Denn seit 2015 strömen tausende von integrationsunwilligen Kulturfremden vor allem aus islamischen Kulturkreisen in unser Land. Sie bringen ihre frauenverachtenden Überzeugungen mit nach #Deutschland und schrecken vor Gewalt gegenüber Frauen nicht zurück. Diese importierten Gewalttäter sind unkontrollierbar und tickende #Zeitbomben“*[1289]

Thomas Seitz (zum damaligen Zeitpunkt MdB, BW) berichtete am 20. April 2022 in einem Facebook-Eintrag über *„muslimische Ausschreitungen“* in der *„Migrationshochburg Malmö“* und warnte in diesem Zusammenhang vor einem *„muslimischen Furor“*:

> *„Muslimische Ausschreitungen – Schweden erntet die Früchte einer naiven Einwanderungspolitik*
> *Von der Migrationshochburg Malmö ausgehend breiten sich seit einer Woche in Schweden schwere Krawalle aus, bei denen bereits zahlreiche Polizisten verletzt und mehrere Polizeifahrzeuge zerstört wurden. […] Auslöser dieser Proteste war die Ankündigung eines islamkritischen Politikers, bei einer Kundgebung einen Koran anzünden zu wollen. […] Was in Schweden gerade geschieht, ist die Folge einer naiven Einwanderungspolitik und kann auch in Frankreich, den Niederlanden oder bei uns in Deutschland jederzeit passieren. Es braucht nur geringe An-*

[1289] Junge Alternative: Facebook-Eintrag vom 04.11.2021, abgerufen am 17.03.2023.

lässe, um den muslimischen Furor zu wecken, auch bei bereits in Europa Geborenen. Die Gewaltbereitschaft vieler Anhänger des Propheten Mohammed war und ist eine der größten Bedrohungen für Sicherheit und Freiheit weltweit.“[1290]

Seitz nutzt den Sachverhalt, um Musliminnen und Muslimen in pauschalisierender Weise eine ihnen lediglich auf Basis ihres islamischen Glaubens innewohnende erhöhte Gewalt- und Kriminalitätsbereitschaft zuzuschreiben. Er warnt davor, dass eine steigende Einwanderung zwangsläufig auch in anderen Ländern zu weiteren Ausschreitungen dieser Art führen werde. Die Schwelle zur Gewaltbereitschaft sei bei muslimischen Gläubigen sehr niedrig, wodurch es bereits bei geringen Anlässen zum „*muslimischen Furor*“ komme. Seitz bezieht in Europa geborene Musliminnen und Muslime explizit in seine Schilderungen ein. Insofern wird deutlich, dass er auch Muslime der der Einwanderung nachfolgenden Generationen als immerwährende „*Bedrohungen für Sicherheit und Freiheit*“ betrachtet.

Von einem regelrechten „*Schlachtfest*“ im Zusammenhang mit dem Islam sprach Udo Stein (MdL BW) im August 2024 anlässlich des Messerangriffs in Solingen (NW) auf Telegram:

> *„Europa feiert ‚Vielfalt‘ - der Islam ein Schlachtfest*
> *Es passiert immer und immer wieder, nun auch in der berühmten ‚Messerstadt‘ Solingen. Während der woke, blinde, blümchenwerfende Westen seine eigene Tolleranz und Vielfalt feiert, lacht sich der radikale Islam ins Fäustchen und dankt für die Schäfchen, die sich selbst zur Schlachtbank führen.*
> *Der Staat ist hier eindeutig mitschuld, wenn eine Abschiebung nicht stattfindet, weil die Person nicht anzutreffen ist! Es ist unfassbar!*
> *Wie viele Menschen müssen noch sterben, ehe wir endlich eine klare Kante zeigen und konsequent und unbarmherzig gegen jeden Gesellschaftsschädling und Freiheitsfeind vorgehen?“*[1291]

Dazu veröffentlichte er eine entsprechende Grafik:

[1290] Seitz, Thomas: Facebook-Eintrag vom 20.04.2022, abgerufen am 21.04.2022.
[1291] Stein, Udo: Telegram-Beitrag vom 26.08.2024, abgerufen am 30.08.2024.



Ende Oktober 2023 veröffentlichte der YouTube-Kanal „Krautzone" ein Interview mit der AfD-Co-Bundessprecherin Alice Weidel (MdB, BW). Darin äußerte sich Weidel in pauschalisierender Weise negativ über Muslime und beschrieb diese als kulturell inkompatibel und gewalttätig:

> „*Ich bin aufgewachsen in einem kleinen Dörfchen in Ostwestfalen, also Harsewinkel [...]. Und dort habe ich die Erfahrung gemacht, mit einem Dörfchen, was durch fremde Kulturen, vorrangig der muslimischen, völlig überfordert gewesen ist. Ich hab' das selbst als kleines Mädchen mitbekommen, auch in der Schule, dann auch im Freibad. Ich habe als Mädchen und als Jugendliche eigentlich die ganzen Themen schon mitbekommen, wenn man von jungen Horden dort angemacht wird, umringt wird im Wasser. Und da wusste ich eigentlich schon gleich, dass das alles kulturell nicht so zusammenpasst. Also dass wir uns mit dem Influx von kulturfremden Leuten uns ein massives gesellschaftspolitisches Problem schaffen, was entgegen unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung ist. Das war mir ehrlich gesagt schon recht früh klar – und das eigentlich schon in der Grundschule. Es passt nicht zusammen. Also ich habe als kleines Mädchen darunter gelitten [...] und andere auch. [...] Uns wurde verboten im Dunkeln mit dem Fahrrad nach Hause zu fahren. Durch den Stadtpark zu fahren [...], weil es permanent solche Zwischenfälle im Dunkeln, oder auf Heimwegen mit diesen Leuten gegeben hat, wenn man Schützenfeste hatte, wenn wir mal in eine Kneipe gegangen sind so als Teenager. Da wurd's ein bisschen später und da mussten*

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung des BfV

wir immer bestimmte Wege, die dunkel waren, meiden, weil es permanent in irgendeiner Art und Weise Probleme mit diesen Personenkreisen gegeben hat, die zu Millionen ab 2015 in unser Land gelassen wurden.“[1292]

Es kann dahingestellt bleiben, inwieweit Weidel retrograd persönliche Erlebnisse aus der eigenen Jugendzeit gleichsam konstruiert, um sie in ein bis in die Gegenwart reichendes muslimfeindliches Gesamtnarrativ einzufügen. Es ist jedenfalls bemerkenswert, wie sie Erinnerungen als Teenagerin aus den 1990er Jahren sowohl ideologisch als auch sprachlich in einen neurechten ethnopluralistischen Kontext integriert, so als ob sie bereits im jungen Alter die selbstverständliche Idee von einer vermeintlich unüberbrückbaren Kulturfremdheit gehabt und auch so benannt haben könnte. Es ist indessen unerheblich, ob und inwiefern den Schilderungen Weidels ein zutreffender Tatsachenkern zugrunde liegt. Jedenfalls zeichnet sie ein Gesamtbild, das migrantische Jugendliche kollektiv zu nicht steuerbaren „Horden“, zu inkompatiblen Kulturfremden und zu einer ständigen Bedrohung herabwürdigt. Diese pauschale Negativzuschreibung hat für Weidel zudem nicht nur in der Gegenwart Gültigkeit, sondern weise eine zeitliche Kontinuitätslinie auf, die gemäß ihrer Erfahrungen von den 1990er Jahren über das Zäsurjahr 2015 bis in die heutigen Tage reiche. Die migrantisch-muslimische Bevölkerungsminderheit ist also in der Perspektive Weidels zeitlich überdauernd – gewissermaßen ihrem Wesen nach und damit essenziell – nicht integrierbar, sondern stelle unveränderlich einen ständigen Gefährdungsfaktor für das deutsche Volk dar. Mit ihrer Agitation exkludiert die AfD-Co-Bundessprecherin in menschenwürdewidriger Weise eine gesamte Bevölkerungsgruppe.

In ihrer Wahlkampfrede in Werder (Havel, BB) steigerte Weidel ihre muslimfeindliche Agitation zum Vorwurf eines aggressiven Dschihads gegen Nicht-Muslime in Deutschland:

„Im letzten Jahr gab es insgesamt 761 – nur, um mal Zahlen zu nennen – 761 Gruppenvergewaltigungen in unserem Land. Das sind mehr als zwei von diesem abscheulichen Verbrechen am Tag. Das sind Phänomene, das Herumgemessere, die Vergewaltigungen, die völlig neu sind in unserem Land. Und ich möchte es Ihnen hier ganz deutlich sagen, weil ihr hier die Klardenker seid und das ohnehin schon wisst: Das, was wir auf den deutschen Straßen erleben, ist der

[1292] Weidel, Alice: Interview mit Alice Weidel; veröffentlicht in: www.youtube.com am 31.10.2023, Kanal: „Krautzone“, abgerufen am 07.11.2023.

Dschihad. Hier wird ein Glaubenskrieg gegen die deutsche Bevölkerung bereits geführt. Und das ist auch der Grund, warum, sobald wir in der Regierung sitzen wir diese Leute alle achtkantig rausschmeißen, die diese Verbrechen auf unseren Straßen begehen. […]

Seit Jahren stelle ich mir die Frage: Wie kann man sowas machen? Wie kann man diese Menschen reinlassen? […] [Wisst ihr] was bei uns an den Schulen los ist? Was diese – was die Kinder von diesen Leuten, die aber ganz früh Christen- und Einheimischen-Hass eingeimpft bekommen, mit unseren deutschen Kindern auf den Schulhöfen machen? Die werden verprügelt, immer – hier – ins Gesicht, weil sie Nicht-Muslime sind."[1293]

Weidel schreibt Kriminalitätsphänomene, deren Anstieg in Teilen zwar überproportional, jedoch nicht absolut ausländischen Tatverdächtigen zugerechnet werden kann, ohne Einschränkung muslimischen Migranten zu. Auch muslimischen Schulkindern unterstellt sie pauschal eine Kriminalitätsneigung, indem sie ihnen „*Christen- und Einheimischen-Hass*" und vermeintlich darauf basierende Gewalttaten gegenüber „*deutschen Kindern*" zuschreibt. Dass es Weidel aber nicht in Ansätzen um eine sachorientierte Analyse kriminalstatistischer Daten geht, wird in der Maßlosigkeit ihrer Vorwürfe gegenüber muslimischen Migrantinnen und Migranten deutlich. So suggeriert sie im Grunde eine islamimmanente Neigung zu schwersten Gewalttaten, indem sie diese in den Kontext einer Glaubensdimension stellt und insinuiert, Muslime sähen sich unter Rekurs auf den Jihad-Gedanken auch noch durchweg religiös gerechtfertigt, solche Verbrechen zu begehen. Dieses Denken, so Weidels erweiterter Pauschalvorwurf, sei bereits in den Schulen unübersehbar.

In einem Interview mit AUF1 vom 27. Juni 2024 kommentierte Weidel des Weiteren mit folgendem Wortlaut das neue Staatsbürgerschaftsrecht:

> *„Das ist ein Anschlag auf unser Land und auf die Zusammensetzung unseres Staatsvolkes, was nicht einfach abgeändert werden darf. Dass wir hier jetzt Nicht-Berechtigte einbürgern wollen, das ist etwas, das ist skandalös. Im letzten Jahr wurden rund 200.000 Leute eingebürgert – so viele wie noch nie. Hauptsächlich Syrer, Türken und – glaube ich – Iraker. Da wissen wir, wohin die Reise hier geht.*

[1293] Weidel, Alice: Rede bei einer Wahlkampfveranstaltung in Werder (Havel) am 12.09.2024; veröffentlicht in: www.youtube.com am 20.09.2024, Kanal: „AfD Brandenburg", abgerufen am 24.09.2024.

Hier geht es nicht mehr um eine qualifizierte Einwanderung in unser Land, sondern um eine Einwanderung von Unqualifizierten. [...] Dieses ganze Geheule jetzt, weil man sich ja wundert, dass die Ausländerkriminalität in diesem Land durch die Decke geht. Überall werden Jugendliche jetzt auch verprügelt, tot getreten, Messerattacken passieren hier täglich, Frauen werden gruppenvergewaltigt. Das ist ja ein Phänomen, was man nur aus muslimischen Kulturen gegenüber Ungläubigen kennt. Das ist ja eine Entehrung - gehört auch mit zum Dschihad, das muss man einfach ganz klar so sagen."[1294]

Weidel knüpft an ihre bisherige muslimfeindliche Argumentationslinie an, indem sie behauptet, nicht nur die Neigung zu Kriminalität und Gewalt, sondern die Begehung schwerster Gewaltverbrechen präge muslimische Kulturen und deren Angehörige. Dies gelte bereits für muslimische Jugendliche vor dem Hintergrund, dass *„überall"* *„Messerattacken"* passierten, Nicht-Muslime *„verprügelt"* und *„tot getreten"* sowie Frauen *„gruppenvergewaltigt"* würden. Auch hätten muslimische Einwanderer besonders gravierende Formen von Gewalt erst nach Europa importiert, die zuvor dort gänzlich unbekannt gewesen seien. Die pauschale und nahezu ausnahmslos anmutende Negativzuschreibung Weidels mit Blick auf Musliminnen und Muslime lässt für die Co-Bundessprecherin der AfD offensichtlich nur den Schluss zu, dass sie Menschen aus islamischen Kulturkreisen prinzipiell als ungeeignet für die Erlangung der deutschen Staatsbürgerschaft einstuft, nicht zuletzt wenn es sich um vermeintlich durchweg unqualifizierte Einwanderer aus Syrien, Irak oder der Türkei handele. Die gegenwärtige Einbürgerungspraxis sei deshalb, so der Maximalvorwurf Weidels, *„ein Anschlag auf unser Land"*. Erneut instrumentalisiert Weidel also eine Debatte um das Für und Wider konkreter legislativer Maßnahmen ohne jedes Interesse an einer sachorientierten Auseinandersetzung für eine islamfeindliche Polemik, die die muslimische Bevölkerungsgruppe exkludiert und in menschenwürdewidriger Weise herabsetzt.

Christina Baum (MdB, BW/ST und damalige Beisitzerin im AfD-Bundesvorstand) sprach in einem Telegram-Beitrag vom 22. April 2024 den meisten Muslimen pauschal ab, sich in einer *„christlichen Gesellschaft"* integrieren zu können oder wollen und unterstellt ihnen Verachtung gegenüber der deutschen Gesellschaft und eine Gefährdung von Frauen:

[1294] Weidel, Alice: AUF1-Interview vom 27.06.2024; veröffentlicht in: www.auf1.tv am 27.06.2024, abgerufen am 28.06.2024.

„Alles Lüge !! Es gibt sie nicht und wird sie nie geben – eine echte Integration von Muslimen in christliche Gesellschaften, mit wenigen Ausnahmen.

Man musste wahrlich kein Prophet sein, um diese erschreckenden Zahlen vorherzusehen. Viele unserer muslimischen Mitbürger machten nämlich nie einen Hehl daraus, laut auszusprechen, was sie von uns Deutschen, unseren Gesetzen und Traditionen halten- nämlich nichts, gar nicht. Die meisten von ihnen verachten uns und betrachten uns Frauen als Freiwild.

[...] Keine Gesellschaft kann ihre Traditionen und Regeln und damit ihre Sicherheit auf Dauer beibehalten, wenn solche Zuwanderer die Regel und nicht die Ausnahme sind.“[1295]

Baum stellt damit Musliminnen und Muslimen als gänzlich integrationsunfähig dar und verbindet dies auch mit völkischen Ansichten, indem sie Musliminnen und Muslime *„uns Deutschen“* gegenüberstellt und damit suggeriert, die deutsche Staatsbürgerschaft und ein muslimischer Glaube seien unvereinbar.

Auf ähnliche Weise äußerte sich Baum in einem Beitrag vom 25. April 2024, als sie abermals die fehlende Integration von Musliminnen und Muslimen anmahnte und ein Bedrohungsszenario skizzierte:

„Erst vor wenigen Tagen, schrieb ich auf meinen Kanälen, dass die Integration von den meisten muslimischen Zuwanderern in unser christliches Abendland gescheitert ist. Wie hart trifft mich nun die Aussage des Staatsschutzes, dass selbst er eingestehen muss, dass nicht mal mehr unsere Kinder in den Schulen vor der Scharia sicher sind. […] Deutsche Mädchen ohne Kopftuch werden von radikalen Muslimen ermahnt, regelrechte Parallelgesellschaften tummeln sich auf den Schulhöfen, sehr drohende und teilweise gewalttätige Muslime testen ihre Grenzen aus.[…] Wollt ihr ein Kalifat in Deutschland, archaische Kulturen, Frauen, die sich auf unseren Straßen nicht mehr sicher fühlen können? […] Solange der Anteil islamischer Bürger die Minderheit darstellt, mag das Zusammenleben funktionieren. Doch jetzt, wo sich die Verhältnisse ändern, zeigt der Islam sein wahres Gesicht. Andersgläubige werden nicht geduldet. Das Ziel ist die Unterwerfung unter den Islam. […] Jetzt muss unserer Toleranz ein Ende gesetzt werden, wenn

[1295] Baum, Christina: Telegram-Beitrag vom 22.04.2024, abgerufen am 25.04.2024.

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung des BfV

wir in unserem eigenen Land wieder Herr über unsere Kultur, Tradition und Identität sein wollen!"[1296]

Die bayerische AfD-Landtagsfraktion veröffentlichte am 7. Oktober 2024 auf X einen Text von Rene Dierkes, in dem der Landtagsabgeordnete muslimische Täter pauschal als nicht resozialisierbar darstellte und in diesem Zusammenhang von einer *„überbordenden Gewaltkriminalität bestimmter Migrantengruppen"* sprach:

> *„Das Urteil gegen den afghanischen Vergewaltiger ist nicht nachvollziehbar – Es ist höchste Zeit für eine Abschiebungsoffensive*
>
> *Am vergangenen Freitag hat das Landgericht #München I einen Afghanen zu vier Jahren Haft verurteilt, der auf einem Münchner U- Bahnhof einen 18jährigen polnischen Touristen vergewaltigt und beraubt hatte. […]*
>
> *Rene Dierkes, rechtspolitischer Sprecher der AfD-Fraktion im Bayerischen Landtag, erklärt dazu:*
>
> *‚Ein mildes Urteil wie dieses ist der Öffentlichkeit kaum noch zu vermitteln. Weil der Richter nicht ausschließen konnte, dass der afghanische Verbrecher in seiner geistigen Entwicklung einem Jugendlichen gleichstand, hat er das sehr viel mildere Jugendstrafrecht angewendet. Auch beim Strafmaß wurden die Möglichkeiten nicht ausgeschöpft. Wann werden Richter endlich begreifen, dass sie bei eiskalten Tätern, die keinerlei Reue zeigen, auf maximale Abschreckung setzen müssen? Zumal Kriminelle aus muslimischen Ländern ohnehin nicht ‚resozialisiert' werden können, da sie nie eine Sozialisierung im westlichen Sinne erlebt haben und Entgegenkommen immer als Schwäche auslegen.*
>
> *Für diesen Tätertyp ist in erster Linie die Abschiebungsoffensive unseres #Remigrationsprogramms gedacht. Solche Kriminellen gehören hart abgeurteilt und nach Verbüßung ihrer Strafe konsequent abgeschoben. Als einzige Fraktion im Bayerischen Landtag zieht die #AfD die notwendigen Schlüsse aus der überbordenden Gewaltkriminalität bestimmter Migrantengruppen."*[1297]

Rainer Balzer (MdL BW) beschreibt in einem Facebook-Eintrag vom 19. Juli 2022 syrische bzw. afghanische Migranten als *„islamtreu und gewaltbereit"*:

> *„Obwohl sie eher einen geringen Anteil an der Gesamtbevölkerung ausmachen, gehören Syrer und Afghanen zu den häufigsten Tätergruppen bei Gewaltdelikten*

[1296] Baum, Christina: Telegram-Beitrag vom 25.04.2024, abgerufen am 25.04.2024.
[1297] AfD Bayern im Landtag: Tweet vom 07.10.2024, abgerufen am 08.10.2024.

> *wie Totschlag. Doch wenn Sie unsere rosa-rot-grüne Regierung fragen, dann haben wir natürlich kein Problem mit Ausländerkriminalität. Und natürlich ist für unser Innenministerium, wie wir inzwischen wissen, die AfD wesentlich gefährlicher als tausende islamtreue und gewaltbereite Migranten"*[1298]

Die Formulierung „*islamtreu und gewaltbereit*" könnte vom Wortlaut bedeuten, dass Balzer nur auf die gewaltbereiten islamtreuen Migranten Bezug nimmt; im Gesamtkontext mit dem vorstehenden Satz scheint es aber naheliegender, dass Balzer zum Ausdruck bringen möchte, islamtreue Migranten seien aufgrund ihrer Religion grundsätzlich gewaltbereit.

Am 23. Oktober 2023 äußerte der sächsische Landtagsabgeordnete Jan-Oliver Zwerg auf einer Demonstration in Pirna (SN):

> *„Wie wir immer wieder feststellen können, gehört der Islam nicht zu Deutschland. [...] Er gehört in den Orient. [...] Der Islam ist nicht friedlich. [...] Wir sehen es auch, er äußert sich überall auf der Welt mit Aggression, mit Terror und wir haben bei uns in Deutschland ständig diese Stellvertreterkriege. [...] Die Massenmigration aus Arabien und Afrika bedeuten eben Import von Gewalt. [...] Ja, wir haben uns die Falschen ins Land eingeladen, deswegen haben wir jetzt die Clanstrukturen, wir haben eine hohe Kriminalität. [...] Für alles ist Geld da. Wir merken, dass quasi alle möglichen Vereine, auch für islamische Vereine, die kriegen also noch vom Staat in Größenordnung Geld, Unterstützung, damit sie uns terrorisieren können."*[1299]

Zwerg suggeriert damit, aus der Einwanderung von Musliminnen und Muslimen folge unmittelbar die Zunahme von Gewalt und sogar Terror. Damit spricht er pauschal Musliminnen und Muslime ausdrücklich aufgrund ihrer Religion die Verantwortlichkeit für die Zunahme von Kriminalität zu.

Die AfD Düsseldorf (NW) verbreitete am 18. März 2023 auf Telegram einen Beitrag von Martin Sellner. Sellner ist ehemaliger Sprecher der Identitären Bewegung Österreich, Mitbegründer von deren Tarnorganisation DO5 (Die Österreicher) und Leitfigur der deutschsprachigen Identitären Bewegung. In dem Beitrag war zu lesen:

[1298] Balzer, Rainer: Facebook-Eintrag vom 19.07.2022, abgerufen am 18.08.2022.
[1299] Zwerg, Jan-Oliver: Redebeitrag am 23. Oktober 2023 in Pirna (SN); veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „5 Nach 12 TV", abgerufen am 05.12.2023.

> *„Erst hieß es es kommen nur ‚Gastarbeiter'. Dann hieß es, sie werden sich integrieren und nur ihre ‚Hautfarbe' sei anders. Wen das störe, der sei Rassist. Jetzt haben wir Islamisierung, Ehrenmorde, jeden Tag Gruppenvergewaltigungen und arabische Straßenschilder. Noch in Düsseldorf, bald auch bei dir."*[1300]

Diese Äußerung suggeriert, es gäbe jedenfalls Gruppenvergewaltigungen, zudem Ehrenmorde und arabische Straßenschilder als natürliche Folge einer „*Islamisierung*". Diese zahlenmäßige Übertreibung ist geeignet, irrationale Ängste vor einer ganzen Personengruppe zu schüren und geht über eine zulässige scharfe Kritik an Straftaten, die durch Musliminnen und Muslime begangen worden sind, hinaus.

Am 26. September 2022 nahm Christina Baum, Bundestagsabgeordnete (BW/ST) und zum damaligen Zeitpunkt Bundesvorstandsmitglied, den Tod der Iranerin Mahsa Amini zum Anlass für folgenden Facebook-Eintrag:

> *„Massenweise junge Männer, die von klein auf durch eine frauenverachtende und archaische Ideologie geprägt wurden, sind mit Beginn der unkontrollierten, illegalen Masseneinwanderung nach Deutschland ‚importiert' worden. Und unsere jungen Frauen waren ihnen ohne Vorwarnung, ohne Hinweise auf die andere Sozialisation und durch die Verinnerlichung einer blauäugigen Ideologie der Gleichheit aller Menschen schutzlos ausgeliefert. Welche fatalen Konsequenzen diese mittelalterliche Religion hat, dafür steht nun auch Mahsa Amini mit ihrem Namen als weiteres, trauriges Opfer. Die junge Frau musste sterben, weil sie ihr Kopftuch nicht richtig trug. Für uns europäische Frauen (noch) unvorstellbar, zugleich ist es aber auch eine Warnung, wohin sich Europa und insbesondere Deutschland bei weiterer Aufnahme muslimischer Migranten entwickeln könnte."*[1301]

Den Islam bezeichnet Baum pauschal als „*mittelalterliche Religion*" und „*frauenverachtende und archaische Ideologie*". Er wird so als rückständig beschrieben und seinen Anhängerinnen und Anhängern frühzeitliche und frauenverachtende Werte zugewiesen. Mit der Bezeichnung als Ideologie stellt sie auch den Religionscharakter des Islam in Frage.

[1300] AfD Düsseldorf: Telegram-Beitrag vom 18.03.2023, abgerufen am 23.03.2023. (Doppelverwendung des Belegs aus Kapitel E. I. 1. b. aa.)
[1301] Baum, Christina: Facebook-Eintrag vom 26.09.2022, abgerufen am 26.09.2022.

Die AfD Solingen (NW) schrieb am 7. Juni 2022 auf Facebook:

> *„Während Frau Chebli davon phantasiert, dass Antisemitismus vornehmlich Moslems bedroht, was im Grunde genommen eine vollkommene Verdrehung der Tatsachen ist, schlachten ihre sprenggläubigen Glaubensbrüder in Afrika Christen auf brutalste und hinterhältigste Weise ab, bevorzugt zu den Feiertagen…“*[1302]

Islamistische Akteure werden hier als *„Glaubensbrüder“* aller muslimischen Gläubigen dargestellt, was eine universelle Gefährlichkeit der gesamten Religion des Islam ausdrücken soll; dies unterstreicht die AfD mit der Zusammensetzung der Wörter „strenggläubig“ und „sprengen“ zu *„sprenggläubig“*.

Der AfD-Kreisverband Kassel-Stadt (HE) postete am 10. Januar 2023 auf Facebook ein Schaubild, in dem der Islam als *„Schlüssel zum finstersten Mittelalter“*[1303] bezeichnet wird und verbreitete den Beitrag eines Dieter Schuh, der den Koran als *„Bibel des Blutes“*[1304] bezeichnete.

Mit den vorangegangenen Äußerungen werden Muslime als generelle Bedrohung charakterisiert und so werden Ängste, Argwohn und Vorbehalte der Bevölkerung gegenüber muslimischen Gläubigen und der Religion des Islam als Ganzes geschürt. In letzter Konsequenz führt dies zu einer Abwertung und Ausgrenzung von Menschen muslimischen Glaubens. Musliminnen und Muslime werden mithin nicht anhand ihrer individuellen Handlungen und Entscheidungen gemessen, sondern lediglich als Teil einer muslimischen Gesamtheit angesehen, die undifferenziert als Gefahr oder jedenfalls rückständig dargestellt wird.

(2) Angebliche Verdrängung der europäischen Bevölkerung durch den Islam

Ein von Vertreterinnen und Vertretern der AfD regelmäßig bedientes Narrativ ist die angebliche Verdrängung der einheimischen deutschen bzw. europäischen Bevölkerung durch muslimische Einwanderinnen und Einwanderer.

Die Warnung vor einer vermeintlichen Islamisierung wird mehrfach damit verbunden, dem Islam und seinen Gläubigen einen grundsätzlichen Macht- und Herrschaftsanspruch zu unterstellen. Musliminnen und Muslimen wird pauschal unterstellt, durch

[1302] AfD Solingen: Facebook-Eintrag vom 07.06.2022, abgerufen am 13.06.2022.
[1303] AfD-Kreisverband Kassel-Stadt: Facebook-Eintrag vom 10.01.2023, abgerufen am 23.07.2024.
[1304] Ebd.

Einwanderung und durch die islamische Religionsausübung Andersgläubige einzuschüchtern und diese langfristig unterwerfen zu wollen.

Die nordrhein-westfälische AfD-Landtagsabgeordnete Enxhi Seli-Zacharias teilte am 19. Mai 2022 auf Twitter (heute: X) die nachfolgende Grafik[1305], welche sie u. a. mit dem Hashtag *„#islamisierung“* versah:



Die Grafik soll illustrieren, dass die „Islamisierung“ in Zukunft das größte Problem der westlichen Gesellschaft sein werde. Die Aussage des eine Verschleierung tragenden Mädchens impliziert außerdem, dass dieser Prozess von Musliminnen und Muslimen bewusst befürwortet werde. Die Verschleierung soll hier wohl als abschreckendes Beispiel dienen, um zu verdeutlichen, dass die Religion des Islam westlichen Werten wie dem der Selbstbestimmung der Frau entgegenstehe.

Enxhi Seli-Zacharias (MdL NW) veröffentlichte am 31. Oktober 2023 einen Tweet, in dem sie eine voranschreitende Islamisierung Deutschlands behauptet:

> *„Wir erleben die Entgrenzung des Islams! ‚Wenn die Politik jetzt nicht aufhört, runterzubeten, der #Islam gehöre zu Deutschland, wird Deutschland bald dem Islam gehören!‘“*[1306]

[1305] Seli-Zacharias, Enxhi: Tweet vom 19.05.2022, abgerufen am 30.05.2022.
[1306] Seli-Zacharias, Enxhi: Tweet vom 31.10.2023, abgerufen am 31.10.2023.

Auf der Facebook-Seite des AfD-Bundesverbands wurde am 30. April 2024 ein Eintrag veröffentlicht, in dem vor der Übernahme Deutschlands durch den Islam gewarnt wird:

> „*Kalifat Deutschland: Wenn wir jetzt nicht handeln, gibt es kein Zurück mehr!*“[1307]

Auch Alexander Jungbluth (zum damaligen Zeitpunkt Listenkandidat für die Europawahl 2024) warnte in einem durch den AfD-Bundesverband geteilten Facebook-Eintrag vom 29. April 2024 vor einem „*Kalifat*“ in Deutschland:

> „*Islamisten bedrohen unsere Werte*
> *Ampel macht Deutschland zum Kalifat!*“[1308]

Am 14. Oktober 2024 schrieb Christine Anderson (MdEP, HE und parlamentarische Geschäftsführerin der ESN-Fraktion) auf X folgenden Beitrag:

> „*Wann setzt auch #Deutschland endlich das #EU-Asylrecht aus? Dort ist die Notlage am größten! #Europa muss die 180-Grad-Asylwende schaffen. Alles andere bringt früher oder später durch die illegale #Migration das #Kalifat.*“[1309]

Beatrix von Storch (BR), stellvertretende Fraktionsvorsitzende der AfD im Deutschen Bundestag, schrieb in einem Facebook-Beitrag vom 23. Januar 2023:

> „*+ + + Massenhafte Einbürgerung von muslimischen Migranten + + + 2022 ließen sich bei uns am häufigsten Syrer einbürgern (über 19.000). Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes ließen sich auch noch über 12.000 Türken einbürgern. Das entspricht pro Jahr einer deutschen Kleinstadt, und wenn man dann an den Familiennachzug denkt, hat man schon eine neue muslimische Großstadt in Deutschland. Jedes Jahr. Viele dieser Personengruppe interessieren vor allem: die deutschen Sozialleistungen. So entstehen, von Rot-Grün gewollt, von der FDP geduldet, immer größere und stärkere Parallelgesellschaften, die mit unserer Demokratie und unserem Rechtsstaat oft aber auch gar nichts zu tun haben wollen. Was das bedeutet, hat man an Silvester gesehen. Wir müssen diese fatale Entwicklung endlich stoppen und rückgängig machen, sonst leben wir bald nicht mehr in der Bundesrepublik Deutschland, sondern in der Islamischen Republik Deutschland.*“[1310]

1307 AfD: Facebook-Eintrag vom 30.04.2024, abgerufen am 04.06.2024.
1308 Jungbluth, Alexander: Facebook-Eintrag vom 29.04.2024, abgerufen am 06.05.2024.
1309 Anderson, Christine: Tweet vom 14.10.2024, abgerufen am 28.10.2024.
1310 Storch, Beatrix von: Facebook-Eintrag vom 23.01.2023, abgerufen am 30.01.2023.

Auf X insinuierte Beatrix von Storch am 5. Oktober 2024 eine vermeintliche vom Europäischen Gerichtshof gesteuerte Islamisierung:

> *„Alle afghanischen Frauen bekommen Asyl- weil ihre afghanischen Männer alle grausam sind? Und dann kommen die Männer über Familiennachzug?*
> *Das hat mit dem #Islam zu tun. Der #EuGH will uns offenkundig kaputt machen, also: islamisieren. Was für ein IRRSINN.*
> *#nurnochAfD Wir steigen da aus. Es reicht.“*[1311]

Ähnlich äußerte sich Lena Kotré (MdL BB) am 6. Oktober 2024 in einem Videobeitrag auf X:

> *„Liebe Freunde, wollt ihr wissen, wie kaputt das Zuwanderungssystem in Deutschland wirklich ist? Der Europäische Gerichtshof hat entschieden, dass Frauen aus Afghanistan allein aufgrund ihres Geschlechts einen Anspruch auf Asyl in der Europäischen Union haben. Die Bundesregierung plant ja auch schon, Afghaninnen hierher zu holen. Ja, die Situation der Frauen vor Ort ist fatal, aber genau das ist der fundamentale Islam, genau das ist die Scharia und genau das ist auch der Grund, warum wir hier in Deutschland uns immer wieder vehement gegen die schleichende Islamisierung in der Gesellschaft einsetzen.*
> *Wir wollen diese Zustände hier nicht, verdammt noch mal. Ist das so schwer zu verstehen? Wir Frauen in Deutschland sind durch die Islamisierung ebenfalls gefährdet.*
> *Wir sind stark gefährdet, indem immer weiter seit 2015 kontinuierlich junge Männer hierherkommen, aus Kulturkreisen, die nicht kompatibel mit dem unseren sind. […] Ja, den Frauen sollte geholfen werden, allerdings vor Ort, in den Kulturkreisen rund um Afghanistan, wo sie zu Hause sind, wo sie sozialisiert sind. Das kann hier in Deutschland nicht erfolgen. Wir haben ja noch ein weiteres Problem, wenn wir die Frauen aus Afghanistan her holen. Und zwar den Familiennachzug. Auf einmal haben wir 20-köpfige Familien hier, alle kommen hierher. Ehemänner, Söhne, alle die, die dort in diesen frauenfeindlichen Kreisen, in diesen frauenfeindlichen Kulturen sozialisiert wurden, kommen hierher und implementieren ihr Frauenbild immer weiter in die Gesellschaft. Wir deutschen Frauen sind dann die Leidtragenden. Das darf nicht sein. Wir müssen uns immer wieder*

[1311] Storch, Beatrix von: Tweet vom 05.10.2024, abgerufen am 24.10.2024.

gegen diese schleichende Islamisierung stellen. Ich kann es nur noch einmal sagen.

Die AfD ist die einzige Partei, die sich noch für die Rechte der Deutschen und für die Rechte der deutschen Frauen im Übrigen hier in diesem Land einsetzen.

Wir sind gegen eine Islamisierung. Wir sind gegen das Implementieren islamistischen Gedankengutes in unsere Gesellschaft. Und deshalb dürfen wir es nicht hinnehmen, dass Islamisten aus anderen Ländern hier Einzug halten dürfen. Ich sage es noch einmal. Die Frauen aus Afghanistan müssen in ihren Kulturkreisen bleiben.“[1312]

Einige Tage später veröffentlichte Lena Kotré ein weiteres Video auf X, in welchem sie erneut von einer angeblichen „*Islamisierung*“ sprach.[1313]

Miguel Klauß (MdL BW) gab in einem Telegram-Beitrag vom 23. April 2024 an, die AfD setze sich als einzige Partei gegen eine vermeintliche Islamisierung ein. In seinem Beitrag teilte er eine Grafik einer Zeitungsüberschrift:

> *„Staatsschützer schlägt Alarm – Deutsche Kinder konvertieren aus Angst zum Islam“.*[1314]

Auch Eugen Schmidt (zu diesem Zeitpunkt MdB, NW) beschwor die Islamisierung Deutschlands, indem er in Bezug auf die Eröffnung einer muslimischen Kindertagesstätte in Neumünster (SH) mit Zustimmung der CDU in Schleswig-Holstein schrieb:

> *„Es ist immer noch die gleiche CDU wie unter Merkel. Diese angeblich christlich-konservative Partei steht für die Islamisierung unseres Landes und unterscheidet sich durch nichts von der Ampel-Koalition.“*[1315]

Christina Baum (MdB, BW/ST) unterstellte Musliminnen und Muslimen in einem Facebook-Eintrag vom 10. Juli 2024 invasorische Absichten:

> *„Schluss mit der muslimischen Übernahme – bleibt in Euren Heimatländern! […] Ich kann gut verstehen, warum die Regierung nicht preisgeben will, wieviele Muslime mittlerweile in Deutschland leben. […] Bei dieser rasanten Entwicklung wird*

[1312] Kotré, Lena: Videobeitrag; veröffentlicht in: Tweet vom 06.10.2024, Kanal: „KotreLena“, abgerufen am 25.10.2024.

[1313] Kotré, Lena: Videobeitrag; veröffentlicht in: Tweet vom 10.10.2024, Kanal: „KotreLena“, abgerufen am 25.10.2024.

[1314] Klauß, Miguel: Telegram-Beitrag vom 23.04.2024, abgerufen am 25.04.2024.

[1315] Schmidt, Eugen: Telegram-Beitrag vom 19.07.2024, abgerufen am 19.07.2024.

es nicht mehr lange dauern und wir Deutschen werden zur Minderheit in der eigenen Heimat."[1316]

Jens Oberhoffner (MdL SN) veröffentlichte am 11. April 2024 ein Video einer größeren Anzahl muslimischer Männer, die an einem Flussufer gemeinsam beten. Dies sah Oberhoffner als Ausdruck eines *„Herrschaftsanspruch[s]"* der *„religiös fanatischen Anhänger des Islam"*:

> *„Gestern in Dresden - die religiös fanatischen Anhänger des Islam untermauern ihren Herrschaftsanspruch. Auch in den ostdeutschen Bundesländern macht sich diese Gefahr immer weiter breit.*
> *Darüber täuscht auch keine staatlich verordnete Ablenkungsmedienkampagne á la Correctiv und ‚Nie wieder ist jetzt' mehr hinweg. Die Faktenlage ist eindeutig - man muss nur mit offenen Augen und klarem Verstand durch das Land gehen."*[1317]

Georg Hock, Beisitzer im AfD-Landesvorstand Bayern, teilte am 27. Oktober 2024 auf Facebook eine Grafik mit folgender Aufschrift:

> *„Der Islam ist nicht nach Europa gekommen, um mit euch Multi-Kulti zu feiern! Der Islam ist gekommen um zu herrschen!"*[1318]

Roman Kuffert (zum damaligen Zeitpunkt Beisitzer im AfD-Landesvorstand, mittlerweile MdL BB) suggerierte in seinem Redebeitrag im Rahmen einer Wahlkampfveranstaltung am 3. September 2021 in Elsterwerda (BB) sogar, die Entwicklung münde in einem *„Genozid"* am deutschen Volk:

> *„Der Islam gehört nicht zu Deutschland. Wir müssen Deutschland vor der Islamisierung schützen, Freunde. [...] Die aktuell in Deutschland lebenden Afghanen bereiten uns täglich, täglich massive Probleme mit Kriminalität, v.a. mit Gruppenvergewaltigungen, zwei an einem Tag, Messerstraftaten, Ehrenmorde usw. Das ist nur die Spitze. [...] Politiker mit Kopftuch, tausendfach auf Plakaten, gerade in den alten Bundesländern, welche oft den politischen Islam okay finden, ja. Na klar finden sie ihn okay. In den Großstädten Deutschlands haben schon heute deutlich mehr als 50% Kinder einen Migrationshintergrund, im Alter von bis zu 7*

[1316] Baum, Christina: Facebook-Eintrag vom 10.07.2024, abgerufen am 16.07.2024.
[1317] Oberhoffner, Jens: Facebook-Eintrag vom 11.04.2024, abgerufen am 15.04.2024.
[1318] Hock, Georg: Facebook-Eintrag vom 27.10.2024, abgerufen am 28.10.2024.

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung des BfV

> *Jahren. Auf vielen Grundschulen dominiert Arabisch auf den Schulhöfen, das ist eine Tatsache. In den Großstädten Und in den mittleren Städten geht's auch schon los. Eine fremde Kultur breitet sich kontinuierlich an den Schulen und Institutionen aus. Die deutsche Mehrheitsgesellschaft wird Stück für Stück verändert und zurückgedrängt. Wenn die Deutschland-hassende Politik so weitermacht, dann sind wir Deutsche spätestens 2050 definitiv die Minderheit in Deutschland. Ist das kein Genozid an uns Deutsche?"*[1319]

Die Bundestagsabgeordnete Christina Baum, die von Juni 2022 bis Juli 2024 auch dem Bundesvorstand der AfD angehörte, bezichtigte in einem Facebook-Beitrag vom 28. Oktober 2021 muslimische Migranten, sie wollten Deutschland unterwandern:

> *„Jeder Migrant, ‚Flüchtling' oder Asylant, der zu uns kommt, weiß genau, dass wir ein christlich geprägtes Land sind. Wer also seine eigene Religion ausleben möchte, darf sich deshalb gerne ein kultur- und religionsnahes Land für seine Entfaltung aussuchen. Die bewußte Entscheidung der vorwiegend muslimischen Migranten für Deutschland kann deshalb nur eines bedeuten: wir sollen unterwandert und unterworfen werden. […] Für uns Deutsche, aber auch für alle anderen europäischen Völker, die in ähnlicher Weise islamisiert werden sollen, bleibt allein die Frage: wollen wir es einfach hinnehmen oder wollen wir uns endlich dagegen auflehnen?"*[1320]

Der sächsische AfD-Landtagsabgeordnete Jörg Dornau stellte muslimische Migranten in einem Facebook-Post vom 20. November 2021 pauschal als *„Invasoren"* dar:

> *„Kretschmer und Köpping verbieten unsere Weihnachtsmärkte während täglich neue Invasoren aus Islamischen Ländern einfallen!"*[1321]

Der AfD-Kreisverband Bonn (NW) brachte ebenfalls eine angebliche *„Überfremdung"* und *„Islamisierung"* mit einer rein negativ konnotierten Veränderung Deutschlands in Zusammenhang:

> *„Verlassene Dörfer, geschlossene Gasthäuser, aussterbende Vereine. Stattdessen sterile Neubauten, internationale Fastfoodketten und billige ‚Modehäuser.'*

[1319] Kuffert, Roman: Redebeitrag auf Kundgebung am 03.09.2021 in Elsterwerda (BB); veröffentlicht in: www.facebook.com am 03.09.2021, Kanal: Falko Graf", abgerufen am 06.09.2021. (Doppelverwendung des Belegs aus Kapitel E. I. 1. a. bb.)

[1320] Baum, Christina: Facebook-Eintrag vom 28.10.2021, abgerufen am 29.10.2021. (Doppelverwendung des Belegs aus Kapitel E. I. 1. c. aa. (1))

[1321] Dornau, Jörg: Facebook vom 20.11.2021, abgerufen am 22.11.2021.

Auch die zunehmende Überfremdung und Islamisierung verändert unsere Heimat.“[1322]

Am 23. Juni 2022 schrieb die AfD Solingen (NW) auf Facebook:

> *„Nennt man das ‚friedliche Landnahme', mit der man anstelle von Kriegsführung Länder Europas erobert, so wie es die Islamische Liga bereits zweimal in Geheimbeschlüssen in Pakistan Lahore (ca 1995) und in Kairo, Ägypten Anfang der 2000er Jahre beschlossen hat? Ziel dieser ursprünglichen Geheimbeschlüsse – aufgedeckt durch Bassam Tibi – ist es Europa mit Migrationswellen zu islamisieren... Was man früher durch Krieg erreichte, erreicht man so sukzessive über drei bis vier Generationen durch Einwanderung und Geburtenüberschuss: Diese Strategie entspricht der Mohammeds nach seiner Flucht von Mekka. Gleichzeitig schwächt man so die Sozialsysteme, schwächt die innere Sicherheit ... Zuletzt so geschehen am Gardasee in diesem Jahr: Migrantenmobs – ausschliesslich männlich – belästigten sexuell dort einheimische Urlauberinnen ... ganz nach dem Muster der Domplatte 2015 ...“*[1323]

Dem Islam wird auch hier ein Expansionsanspruch gegenüber europäischen Ländern unterstellt. Der Zuzug von Musliminnen und Muslimen führe zu einer Kontroll- und Landnahme durch sie; ihr Ziel sei die Verdrängung der einheimischen Bevölkerung und die Islamisierung Europas. Die „*Landnahme*“ sei systematisch geplant worden und werde strategisch durch „*Einwanderung und Geburtenüberschuss*“ umgesetzt. Im Zuge dessen komme es außerdem zu einer Schwächung der Sozialsysteme, der inneren Sicherheit und der Bedrohung der Bevölkerung durch muslimische Gläubige, denen ein gezieltes und planvolles Agieren unterstellt wird.

Auch Tomasz Froelich, zum damaligen Zeitpunkt stellvertretender JA-Bundesvorsitzender und Kandidat zur Europawahl 2024 (mittlerweile MdEP, HH), griff den Begriff auf, indem er in einem Tweet vom 4. November 2023 von einer „*aktuell stattfindenden Landnahme durch muslimische Migranten, die einer Vorstufe zum Bürgerkrieg ähnelt*“ sprach.[1324]

Das Narrativ einer fortschreitenden Islamisierung kommt auch in zahlreichen Äußerungen bezüglich der Anbringung von Ramadan-Beleuchtungen in deutschen Städten

[1322] AfD Bonn: Facebook-Eintrag vom 11.05.2022, abgerufen am 11.07.2023.
[1323] AfD Solingen: Facebook-Eintrag vom 23.06.2022, abgerufen am 23.06.2022.
[1324] Froelich, Tomasz: Tweet vom 04.11.2023, abgerufen am 06.11.2023.

zum Ausdruck. So äußerte der baden-württembergische Landtagsabgeordnete Miguel Klauß im März 2024 auf Telegram:

> *„Eine Islamisierung findet nicht statt? Erste deutsche Stadt hängt Ramadan-Beleuchtung auf! Das hat bei uns genau so wenig in der Öffentlichkeit zu suchen wie der Muezzinruf. Wir sind ein christlich geprägtes Land und das sollen und wollen wir auch bleiben! Deshalb müssen wir wachsam bleiben und uns gegen die fortschreitende Islamisierung unseres Landes zur Wehr setzen. Deswegen AfD. Deutschland aber normal.“*[1325]

Dirk Spaniel[1326] (zum damaligen Zeitpunkt MdB, BW) kommentierte die Ramadan-Beleuchtung in Köln zunächst folgendermaßen:

> *„Goldene Sterne, leuchtende Halbmonde, bunte orientalische Ramadan-Laternen, riesige verschnörkelte Schriftzüge ‚Happy Ramadan'. Wieder einmal wird auf Kosten der Steuerzahler ausländischen Integrationsverweigerern gehuldigt. Wir als AfD werden solche grünen Gesten der Unterwerfung verhindern.“*[1327]

Wenig später führte Spaniel zudem aus:

> *„Die links-grün-bunte Propaganda will Deutschland als ursprüngliche und eigenständige Nation und Kulturgemeinschaft durch die seit Jahren politisch forcierte Verdrängungsmigration quasi auslöschen -zur Bedeutungslosigkeit marginalisieren. Auf allen Kanälen werden die Bürger tagaus, tagein pausenlos mit dem Mantra von Vielfalt, Toleranz und Weltoffenheit malträtiert. Dabei sind die Mehrheit der Deutschen gegen diese Demutsgesten und Lichtergirlanden…“*[1328]

Spaniel sieht demnach eine Verdrängung deutscher Kultur bis hin zu ihrer Auslöschung im Gange. Durch die Aussage, mit der Beleuchtung werde „*Integrationsverweigerern gehuldigt*“, suggeriert er, alle Musliminnen und Muslimen würden – nur weil sie ihre Religion pflegen – die Integration verweigern. Damit wird zugleich deutlich, dass von Zuwandernden die vollständige Assimilation erwartet und ihnen keine Religionsfreiheit zugestanden wird.

1325 Klauß, Miguel: Telegram-Beitrag vom 06.03.2024, abgerufen am 08.03.2024.
1326 Dirk Spaniel ist im Oktober 2024 aus der AfD ausgetreten.
1327 Spaniel, Dirk: Telegram-Beitrag vom 05.03.2024, abgerufen am 16.04.2024.
1328 Spaniel, Dirk: Telegram-Beitrag vom 16.03.2024, abgerufen am 16.04.2024.

Jürgen Braun (zum damaligen Zeitpunkt MdB, BW) kommentierte im März 2024 eine Schlagzeile zum Aufhängen von Ramadan-Beleuchtung folgendermaßen:

> „*Eine Islamisierung findet nicht statt! Alles nur Verschwörungstheorie [Zwinkerndes Emoji]*"[1329]

Den Verkauf sogenannter Ramadan-Kalender durch einen deutschen Drogeriemarkt interpretierte Jan Wenzel Schmidt (MdB, ST) ebenfalls als Zeichen von „*Islamisierung*" und „*Ersetzungsmigration*":

> „*Heutige Sichtung bei DM. Denkt immer dran: Ersetzungsmigration und Islamisierung sind nur rechte Verschwörungstheorien. Oder entsprechen sie vielleicht doch der Realität, weil jeder Bürger mit eigenen Augen in Echtzeit beobachten kann, wie sich diese bitterer Zustand im Alltag immer mehr bemerkbar macht?*"[1330]

Aussagen, wonach der Zuzug von Migranten dazu führen werde, dass Deutschland zur „*Islamischen Republik Deutschland*" werde, einheimische Deutsche „*ersetzt*" würden beziehungsweise diese Migration per se staats- und kulturzersetzend wirke, sind geeignet den Eindruck zu erwecken, der deutsche Staat werde durch die Einwanderung von Migranten, insbesondere Musliminnen und Muslimen, im Ergebnis zerstört. Als politische Forderung wird hier pauschal ein Migrationsstopp bzw. die „Rückgängigmachung" genannt.

Die wiederholte Behauptung einer drohenden Islamisierung Deutschlands geht in einigen voranstehenden Äußerungen in ihrer Pauschalität von der ethnisch-abstammungsmäßigen Vorstellung aus, dass ein Hinzukommen der unterschiedlichen und als inkompatibel wahrgenommenen muslimisch geprägten Kulturen zu der westlichen Wertegemeinschaft schlussendlich die Zerstörung des deutschen Volkes und Staates herbeiführe. Der Islam und die nach Deutschland einwandernden oder in Deutschland lebenden Menschen muslimischen Glaubens werden pauschal mit religiösem und politischem Dominanz- und Expansionsstreben in Verbindung gebracht. Teils wird behauptet, dass Musliminnen und Muslime Andersgläubigen ihre Religion in totalitärer Weise aufzwingen wollten, weil sie die Islamisierung Deutschlands und Europas verfolgten.

[1329] Braun, Jürgen: Telegram-Beitrag vom 05.03.2024, abgerufen am 08.03.2024.
[1330] Schmidt, Jan Wenzel: Facebook-Eintrag vom 12.02.2024, abgerufen am 14.02.2024.

Entsprechende Positionen wurden insbesondere im Zusammenhang mit dem Bau von Moscheen und dem Muezzinruf verbalisiert, der auch außerhalb der Kölner Zentralmoschee zu hören ist. Dabei ist nicht zu beanstanden, dass der durch Lautsprecher verstärkte Muezzinruf, wie er etwa in der Kölner DITIB-Moschee zu hören ist, kritisiert wird. Anhaltpunkte für eine muslim- bzw. islamfeindliche Position finden sich aber dort, wo die Diskussion um den Muezzinruf dazu instrumentalisiert wird, den Islam gänzlich als totalitäre Ideologie zu verunglimpfen, weshalb er in Deutschland keinen Raum haben solle.[1331] So schrieb Martin Renner (MdB, NW):

> „*Ausgerechnet in der Domstadt Köln ertönt lautstark seit Freitag einmal wöchentlich der ‚Ruf des Muezzin' aus der Ehrenfelder DITIB-Zentralmoschee. Muslime sollen das Gefühl bekommen, ‚dass auch sie ihre Religionspraxis ausüben können', so ein Vertreter der DITIB.*
> *Das ist doch wohl nur der erste Schritt? Und ist der zweite Schritt in der Ausübung der Religionspraxis – auch als Scharia zu bezeichnen – dann die handgreifliche Züchtigung bis hin zur Steinigung von Frauen? Und ist der dritte – finale – Schritt dann der ‚Adhan-Gebetsaufruf' vom Muezzin aus den Höhen der zukünftig umgewidmeten und islamkonform umbenannten ‚Hohen Domkirche Sankt Petrus zu Köln'? […] Der Ruf ‚Allah ist größer' ist nichts weniger als eine Machtdemonstration des Islam. Ein Postulat der bedingungslosen Inbesitznahme eines Landes, das eigentlich den sofortigen und unmissverständlichen Einsatz des Verfassungsschutzes auf den Plan rufen müsste. Sei es drum! Fast überflüssig zu erwähnen, dass diese bewusste Abkehr von unserer christlichen und abendländischen Zivilisation – die eigene freiwillige Unterwerfung und genau das fordert und meint der Begriff ‚Islam' – auch noch feierlich live im TV übertragen wurde. Buntheit, Toleranz, Akzeptanz, Vielfalt sind – falsch verstanden – die Komponenten des Bösen. […] Dies alles ist der links-dystopische Irrsinn unserer Zeit. Geboren aus einem über die Jahrzehnte zelebrierten Erb-Schuld-Denken, das nach dem Willen linksextremer Weltverbesserer niemals enden darf.*"[1332]

[1331] Vgl. dazu auch VG Stuttgart, Beschl. v. 06.11.2023, 1 K 167/23, juris, Rn. 177.
[1332] Renner, Martin: Facebook-Eintrag vom 15.10.2022, abgerufen am 17.10.2022.

Der Islam und damit auch seine Gläubigen werden als Gefahr für Deutschland inszeniert. So sei der Muezzin-Ruf nur der erste Schritt für eine Verdrängung der „*christlichen und abendländischen Zivilisation*" und die Inbesitznahme Deutschlands. Damit unterstellt er dem Islam aggressive Eroberungstendenzen.

Auf der AfD-Internetseite wurde am 25. April 2022 ein Artikel veröffentlicht, in dem sich das damalige Bundesvorstandsmitglied Joachim Paul (MdL RP) ebenfalls zum Muezzin-Ruf äußerte:

> *„Das Kölner ‚Modellprojekt' war, wie von der AfD bereits befürchtet, nur der Auftakt zu einer bundesweiten Muezzin-Ruf-Offensive. […] Seltsam: im ‚Wahl-O-Mat' hat die CDU bei der Frage, ob Moscheegemeinden zum Freitagsgebet rufen dürfen sollten, zugestimmt. Das passt auch zum Verhalten der CDU-Ratsfraktionen in Köln und Koblenz - sie duckten sich beim Thema weg und bahnten oder bahnen so den Weg für diese Machtdemonstrationen. […] Joachim Paul, Mitglied des AfD-Bundesvorstands:*
>
> *‚[…] Die Bürger sollten wissen: wer CDU wählt, honoriert politische Rosstäuscher, die das Thema Einwanderung und Integration stets unter den Vorbehalt der Wahlkampftaktik stellen und Probleme und gravierende Fehlentwicklungen wie die Ausbreitung des Islamismus in NRW nicht bekämpfen, sondern moderierend begleiten und die Innere Sicherheit gefährden. Zu Gunsten des Treibens von Hasspredigern und Islamisten. Der Ruf des Muezzins ist eine Demonstration der Macht, er wird von islamistischen Gemeinden zudem als Aufruf zur Durchsetzung einer islamistischen Gesellschaft auf deutschem Boden betrachtet. Er stellt damit in letzter Konsequenz auch Gewaltenteilung, Demokratie und Frauenrechte lautstark in Frage. Die AfD vertritt darüber hinaus die Idee einer deutschen Leitkultur, das heißt: wir bekennen uns selbstverständlich zur freien Religionsausübung, lehnen aber hierfür nicht unabdingbar notwendige lautstarke religiöse Machtdemonstrationen ab. Deshalb bleibt es für die AfD heute und morgen dabei: Kein Ruf des Muezzins in unseren Städten!'"*[1333]

Auch Paul beschreibt den Muezzin-Ruf als „*Machtdemonstration*" des Islam und muslimischer Gläubiger zur „*Durchsetzung einer islamistischen Gesellschaft*" in Deutschland. Der Muezzin-Ruf sei ein Symptom eines sich ausbreitenden Islamismus. Ohne

[1333] AfD: „Joachim Paul: Wackel-Wüst (CDU) will nun doch Ruf des Muezzins - nur AfD konsequent!" vom 25.04.2022, in: www.afd.de, abgerufen, am 28.04.2022.

zwischen der Religion des Islam und dem Islamismus als politischer Ideologie zu unterscheiden, unterstellt Paul pauschal der gesamten Religion, Gewaltenteilung, Demokratie und Frauenrechte in Frage zu stellen. Die Äußerungen zielen darauf ab, Ängste vor Menschen muslimischen Glaubens zu schüren und sie als Anhängerinnen und Anhänger einer die Sicherheit gefährdenden, freiheitsfeindlichen und expansiven politischen Ideologie zu charakterisieren.

Auf der Facebook-Seite des AfD-Bundesverbands wurde am 14. Oktober 2022 ein Beitrag veröffentlicht, in dem die Partei den Muezzin-Ruf einer Moschee in Köln als „*kulturelle Landnahme*" bezeichnet:

> „*+++ Mit der AfD gäbe es keine Muezzin-Rufe in Deutschland! +++ So geht kulturelle Landnahme: Während die Stadt Köln den weltberühmten Dom aus ihrem Stadtlogo gekickt hat, gehört dort seit heute der Muezzin-Ruf zum Alltag. Dank eines ‚Modellprojektes' werden Moslems nun regelmäßig über Lautsprecher zum Gebet aufgefordert – und Deutsche bekommen bei dieser Gelegenheit gleich mal aufgezeigt, wer hier am Rhein in Zukunft den Ton angibt. Es ist ein beispielloses Einknicken vor der Ausbreitung einer Religion, in der Frauen immer noch als Menschen zweiter Klasse behandelt und Homosexuelle geächtet werden. Die vielgepriesene Vielfaltsgesellschaft – in Köln bislang sehr ausgeprägt – sägt an ihrem eigenen Ast! Mit uns von der AfD würde es eine solche Vereinnahmung öffentlicher Räume durch fremde Kulturen nicht geben. Denn weder der Muezzinruf noch der Islam gehören zu Deutschland. Zu uns gehören Freiheit und Selbstbestimmung! Lassen wir nicht zu, dass diese Errungenschaften weiter ausgehöhlt werden!*"[1334]

Die AfD stellt hier ein freiheitliches, selbstbestimmtes „Wir" einem „Die" gegenüber, das sie u. a. pauschal als Frauen abwertend darstellt und beschreibt abermals einen angeblichen Prozess der „*Landnahme*", gegen den man sich wehren müsse. Die Erlaubnis für den Bau der thematisierten Moschee nebst Muezzin-Ruf klassifiziert sie nämlich als „*Einknicken*", also als Nachgeben oder Verlieren.

Allerdings äußert sie auch, die Vielfaltsgesellschaft säge an ihrem eigenen Ast und meint dann, sie hätte dem Muezzin-Ruf nicht zugestimmt. Dies kann auch so gelesen werden, als respektiere sie grundsätzlich ein Miteinander der Kulturen, meine aber,

1334 AfD: Facebook-Eintrag vom 14.10.2022, abgerufen am 19.10.2023.

der Muezzin-Ruf sei zu weit gehend. Eine solch differenzierte Betrachtung wäre als islamkritisch nicht per se verfassungsfeindlich.

Andere Aussagen gehen hingegen explizit von einer Inkompatibilität des Islam und in der Folge gläubiger Muslime mit deutschen Werten aus und lehnen die Anwesenheit von Muslimen oder aber die Ausübung der Religion in Deutschland ab. Teils wird eine negative Veränderung Deutschlands allein aufgrund des zunehmenden Anteils muslimischer Gläubiger an der Gesamtbevölkerung beschrieben, der zwangsläufig einen Islamisierungsprozess der europäischen Länder nach sich ziehe und diese langfristig zerstöre.

Christina Baum, zum damaligen Zeitpunkt AfD-Bundesvorstandsmitglied und Bundestagsabgeordnete (BW/ST) schrieb am 20. März 2023 auf Facebook:

> *„Deutschland muss deutsch bleiben*
> *Nach der massenhaften Einwanderung von arabischen Männern sprießen Moscheen mit Minaretten aus dem Boden und sogar der Muezzin-Ruf ertönt mittlerweile in einigen Städten. Deshalb ist es nur folgerichtig, auch gleich die Straßen mit arabischen Namen zu versehen, damit sich die vielen Neubürger in unserem Land auch wie Zuhause fühlen. Nein, lieber Herr Charchira von den Grünen, das nennt man nicht Inklusion, sondern das ist arabisch-muslimische Landnahme! Wir, die Deutschen, werden zur Minderheit im eigenen Land und dies in einer Geschwindigkeit, das einem schwindlig wird. Vom deutschen Schuldkult psychisch/ seelisch geschwächt und jahrzehntelang umerzogen, wird weiter darauf hin gearbeitet, unser Volk, unsere Kultur, unsere Sprache und unsere Traditionen langsam verschwinden zu lassen. Doch wir werden uns mit Händen und Füßen dagegen wehren. Die AfD ist die einzige Partei, die sich dieser Abschaffung der Deutschen auf ihrem eigenen Staatsgebiet mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln entgegen stemmt. Deutschland soll nicht zu Arabien werden.“*[1335]

Baum geht hier von einer grundsätzlichen Inkompatibilität von Musliminnen und Muslimen mit der einheimischen deutschen Bevölkerung aus. Denn hier wird nicht etwa in zulässiger Weise nur Kritik an konkreten Integrationsvorschlägen geübt, sondern Integration wird an sich als unmöglich ausgeschlossen. Es gebe nach dieser Aussage

1335 Baum, Christina: Facebook-Eintrag vom 20.03.2023, abgerufen am 20.03.2023. (Doppelverwendung des Belegs aus Kapitel E. I. 1. a. bb.)

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung des BfV

stattdessen zwei Gruppen, die ihre Gebietsansprüche gegeneinander verteidigen müssten. Sofern man die Anwesenheit von Musliminnen und Muslimen in Deutschland zulasse, akzeptiere man, von ihnen verdrängt zu werden. Diese Aussage zielt darauf ab, eine grundsätzliche Abwehrhaltung gegenüber dieser Personengruppe hervorzurufen und versucht gleichzeitig gar nicht erst, sachliche Lösungen für die Probleme der Integrationspolitik zu finden.

In einem Interviewbeitrag des Online-Magazins Stattzeitung vom August 2024 äußerte sich die Co-Bundessprecherin Alice Weidel (MdB, BW) in ähnlicher Weise über Menschen muslimischen Glaubens:

> *„Es kann nicht sein, dass wir in Westdeutschland an den Schulen, bei den Kindern schon mehrheitlich muslimische Kinder haben, die deutsche Kinder – im Übrigen das kann man überall nachlesen, es ist ja keine Behauptung – drangsalieren – junge Mädchen, die kein Kopftuch tragen. Diese Gesellschaft, die freiheitliche Gesellschaft erträgt diese repressiven Kulturen nicht und wir vertragen die Stammeskulturen nicht. Das ist überhaupt nicht vereinbar mit der freiheitlich demokratischen Grundordnung. Und darum dürfen wir das nicht weiter zulassen, dass wir durch eine Massenmigration – das ist eine Massenmigration – überrannt werden und diese Leute innerhalb unserer Landesgrenzen haben, die uns jetzt eben auch im Übrigen dschihadistisch zeigen, wer hier eigentlich die Hosen an hat […], in Geiselhaft nehmen“*[1336]

Im Oktober 2021 schrieb die Bundestagsabgeordnete Nicole Höchst (HE) in ihrer Kolumne „Höchst brisant“ anlässlich der Debatte um den Muezzin-Ruf:

> *„Zur akustischen Landnahme des politischen Islams kommt aber leider noch etwas hinzu: Allahu Akbar ist zugleich nämlich auch der Schlachtruf selbsternannter Dschihadisten und ‚Sprenggläubiger‘- Für die Opfer unzähliger Terrorattacken, Messerangriffe und sonstiger Anschläge auf europäischen Straßen war es das Letzte, was sie in ihrem Leben hörten. Ob die Angreifer anschließend für schuldfähig erklärt werden oder (wie zumeist) nicht, tut dabei tatsächlich wenig zur Sache: Allahu Akbar […] ist mittlerweile untrennbar bedeutungsverwoben mit*

[1336] Weidel, Alice im Interview mit Stattzeitung; veröffentlicht in: www.stattzeitung.org am 25.08.2024, abgerufen am 02.04.2025.

> *den blutigen Horrorbildern, die wir alle hinlänglich kennen […]. […] Wir zivilisierten Bürger haben kein Interesse daran, unser multikulturelles Zusammenleben täglich auf der Straße mit Messern, Macheten oder anderem Tötungswerkzeug ‚neu auszuhandeln'".*[1337]

Höchst beschreibt hier eine angebliche Bedrohung der Sicherheit und der Existenz der deutschen Gesellschaft, die von Musliminnen und Muslimen ausgehe. Sie tut dies in einer die Menschenwürde dieser abwertenden Weise, wenn sie ihnen ausschließlich negative Attribute wie etwa einen Hang zu Gewalt zuschreibt und letztlich die Worte „Sprengen" und „strenggläubig" zu „*Sprenggläubigen*" verbindet.

Nicole Höchst teilte zudem im August 2023 auf Facebook einen Artikel der BILD-Zeitung mit der Schlagzeile „Nur eins von 103 Kindern spricht zu Hause deutsch" und kommentierte:

> *„Wer integriert sich da wo hinein? Welche Landessprache und Kultur herrschen da vor? Ist das die Zukunft Deutschlands, die wir unseren Kindern hinterlassen wollen? Unterwerfung, Koran und Scharia inklusive?"*[1338]

Christina Baum (MdB, BW und zum damaligen Zeitpunkt Beisitzerin im AfD-Bundesvorstand) schrieb am 25. April 2024 in ihrem Telegram-Kanal:

> *„Das Ziel ist die Unterwerfung unter den Islam.*
> *Noch haben wir die Möglichkeit zur Umkehr. Jetzt muss unserer Toleranz ein Ende gesetzt werden, wenn wir in unserem eigenen Land wieder Herr über unsere Kultur, Tradition und Identität sein wollen!"*[1339]

Der baden-württembergische Co-Landesvorsitzende Emil Sänze (MdL BW) schrieb am 14. Oktober 2022 auf Facebook anlässlich der Erlaubnis des Muezzin-Rufes in Köln:

> *„Köln gibt sich auf?! Religionsfreiheit oder Machtdemonstration des politischen Islam? […] Der Muezzin rief: ‚Allah ist der Allergrößte (4mal). Ich bezeuge, dass es keinen Gott außer Allah gibt (2mal). Ich bezeuge, dass Muhammad der Gesandte Allahs ist (2mal). Kommt her zum Gebet (2mal). Kommt her zum Heil*

[1337] Journalistenwatch: „Höchst brisant: Der Muezzinruf gehört nicht zu Deutschland!", in: journalistenwatch.com vom 17.10.2021, abgerufen am 26.10.2021.
[1338] Höchst, Nicole: Facebook-Eintrag vom 29.08.2023, abgerufen am 06.12.2023.
[1339] Baum, Christina: Telegram-Beitrag vom 25.04.2024, abgerufen am 25.04.2024. (Doppelverwendung des Belegs aus Kapitel E. I. 1. c. aa. (1))

(2mal). Allah ist der Allergrößte (2mal). Es gibt keinen Gott außer Allah.' Toleranz hört sich ganz anders an. Die Europäer verhinderten vor Wien die Islamisierung Europas, jetzt werden wir ohne Gegenwehr über Einwanderung islamisiert."[1340]

Miguel Klauß (MdL BW) warnte am 15. Oktober 2022 auf Facebook:

> *„Köln ist nur der Beginn. Der Islam wird keine Ruhe geben, bis er überall Einzug erhalten hat. Dann ist es aber zu spät."*[1341]

Miguel Klauß veröffentlichte am 4. November 2023 einen weiteren Beitrag auf Facebook, in dem er eine drohende „*Islamisierung*" Deutschlands heraufbeschwor:

> *„Wer die Islamisierung in [Deutschland] aufhalten möchte, der muss AfD wählen. Mit den Altparteien haben wir hier in 10 Jahren ein Kalifat."*[1342]

Am selben Tag veröffentlichte Klauß darüber hinaus folgende Grafik ebenfalls auf Facebook:



[1343]

[1340] Sänze, Emil: Facebook-Eintrag vom 14.10.2022, abgerufen am 17.10.2022.
[1341] Klauß, Miguel: Facebook-Eintrag vom 15.10.2022, abgerufen am 17.10.2022.
[1342] Klauß, Miguel: Facebook-Eintrag vom 04.11.2023, abgerufen am 17.11.2023.
[1343] Klauß, Miguel: Facebook-Eintrag vom 04.11.2023, abgerufen am 17.11.2023.

Auf der Grafik gießt eine Person, die sinnbildlich für Europa stehen soll, einen kleinen Baum, welcher augenscheinlich den „Islam“ bzw. die Musliminnen und Muslime in den europäischen Staaten kennzeichnet. An besagten Baum ist ein Seil gebunden, das in einen todesbringenden Strick mündet, der um den Hals des personifizierten „Europas“ gebunden ist. Letztlich drückt das Bild aus, Europa triebe durch vermeintliche Zugeständnisse und seine Offenheit gegenüber dem Islam sein eigenes Ende voran.

(3) Pauschale Verunglimpfung als Islamisten

Daneben werden Gewalttaten, die von Muslimen oder Islamisten verübt wurden, von AfD-Vertreterinnen und -Vertretern instrumentalisiert, um die Herkunft und Religion der Tatverdächtigen als Ursache für diese Gewaltausübungen verantwortlich zu machen.

Als Reaktion auf einen Doppelmord in Ludwigshafen-Oggersheim (RP), der Medienberichten zufolge weder politisch noch religiös motiviert war[1344], schrieb Björn Höcke am 20. Oktober 2022 auf Facebook:

> *„Der alltägliche Verdrängungskrieg hat in Ludwigshafen-Oggersheim zwei weitere Opfer gefordert […] Der Täter ist ein somalischer Asyl-Einwanderer […]. Wahrscheinlich ist der Täter psychisch krank und leidet an jener unter Einwanderern weit verbreiteten Volkskrankheit, welche die Betroffenen ‚Allahu Akbar‘ schreien lässt und deren Wahrnehmung so verzerrt, daß sie in den ‚ungläubigen‘ Gastgebern lebensunwertes Leben sehen. Also nichts Besonderes.“*[1345]

Durch die Bezugnahme auf eine *„weit verbreitete Volkskrankheit“* bringt Höcke zum Ausdruck, dass große Teile muslimischer Einwanderer Mörder und Terroristen seien.

Der Justizausschuss des Thüringer Landtags hob aufgrund dieser Äußerung im März 2023 die Immunität von Björn Höcke auf. Die Staatsanwaltschaft Mühlhausen (TH) leitete Ermittlungen wegen Anhaltspunkten für volksverhetzende Inhalte ein. Laut Staatsanwaltschaft setze Höcke mit dem NS-Begriff des *„lebensunwerten Lebens“* eine Einzeltat mit dem industriellen Massenmord des Nazi-Regimes gleich und stachle mit der Aussage zum Hass gegen in Deutschland lebende Einwanderer auf.[1346] Im

[1344] SWR: „Tödliche Messerattacke in Ludwigshafen: ‚Man verliert sofort das Bewusstsein‘“ vom 24.04.2023, in: www.swr.de, abgerufen am 08.08.2024.
[1345] Höcke, Björn: Facebook-Eintrag vom 20.10.2022, abgerufen am 15.03.2023.
[1346] MDR: „Ermittlung: Immunität von Björn Höcke erneut aufgehoben“ vom 10.03.2023, in: www.mdr.de, abgerufen am 14.03.2023.

Februar 2024 wurde medial bekannt, dass die Anklage zugelassen aber ein Termin für die Hauptverhandlung jedoch noch nicht festgelegt wurde.[1347]

Höcke suggeriert, dass es bei (muslimischen) Einwanderinnen und Einwanderern *„weit verbreitet“* sei, nicht-islamische Personen als *„lebensunwert“* anzusehen und deshalb Gewalttaten gegen sie zu verüben. Diese Annahme führt Höcke ausschließlich auf die von ihm vermutete muslimische Religionszugehörigkeit von Gewalttätern wie dem Täter von Ludwigshafen zurück und schließt deshalb pauschal auf die gesamte Personengruppe von Muslimen. Höcke beschreibt, dass solche tödlich endenden Gewaltverbrechen ein Symptom des *„alltäglichen Verdrängungskrieges“* seien. Damit wird die Vorstellung geschürt, muslimische Einwanderer wollten einheimische Deutsche systematisch und durch Gewalttaten verdrängen.

Erhard Brucker, zum damaligen Zeitpunkt Beisitzer im bayerischen AfD-Landesvorstand und seit 2025 Bundestagsabgeordneter, schrieb am 9. September 2022 auf Facebook:

> *„In Ansbach war es wieder Mal so weit… ein Messermoslem verbreitete im Auftrag der Religion des Friedens seinen Missionssauftrag. Die lokale Presse und Polizei überprüfen bereits ob das Motiv des Allahu Akbarschreiers irgendwas mit dem Islams zu tun haben könnte .... wahrscheinlich handelt es sich aber wie immer um einen psychisch kranken Einzeltäter ... dem so gut wie nichts passieren würde (wenn ihm in diesem Fall die Polizei nicht seinen sehnlichsten Wunsch erfüllt hätte und er nun bei 72 Huris sitzt), während man Islamkritiker schon mal für 6 Monate einsperren kann ... irres Deutschland !“*[1348]

Der Islam wird in sarkastischer Weise als *„Religion des Friedens“* bezeichnet und damit pauschal als unfriedlich dargestellt. Die Ausübung der Tat aufgrund einer psychischen Krankheit wird abgestritten; stattdessen wird die Religionszugehörigkeit als Ursache für das Gewaltverbrechen dargestellt. Dies wird noch durch den beleidigenden Begriff *„Messermoslem“* unterstrichen. Das mögliche Motiv des Täters wird nicht mit einem islamistischen Hintergrund, sondern allgemein mit der Religionszugehörigkeit (*„mit dem Islam“*) in Verbindung gebracht.

[1347] ZEIT: „Björn Höcke muss wegen Volksverhetzung vor Gericht“ vom 07.02.2024, abgerufen am 08.02.2024.

[1348] Brucker, Erhard: Facebook-Eintrag vom 09.09.2022, abgerufen am 02.11.2022.

Erhard Brucker schrieb am 31. Oktober 2022 außerdem auf Facebook:

> *„Islam ist bunt .... und sorgt nicht nur an Sylvester für einen Bombenstimmung ...“*[1349]

Dazu postete er folgende Grafik:



Nicolaus Fest[1350] (damaliger MdEP, BR) äußerte in einem Videostatement vom 25. November 2022:

> *„Wenn man beispielsweise der Ansicht ist, dass die Muslime in Europa diskriminiert werden, macht man was? Genau! Man fragt Muslime, ob sie sich irgendwie diskriminiert fühlen, wenn sie keine Burkas in Schulen und keine Macheten und Sprengstoffgürtel im öffentlichen Raum tragen dürfen.“*[1351]

Das Vorgehen von Jihadisten bei der Tötung von Menschen wird in sarkastischer Weise von der AfD genutzt, um Muslime in Gänze als tödliche Gefahr darzustellen.

Eine solche pauschalisierende Gleichsetzung extremistischer Taten mit der Religion des Islam lässt sich auch bei Andreas Harlaß (Landesvorstandsmitglied der AfD Sachsen) beobachten. So forderte dieser am 13. August 2022 auf Twitter (heute: X), den Islam als terroristische Vereinigung einzustufen:

1349 Brucker, Erhard: Facebook-Eintrag vom 31.10.2022, abgerufen am 02.11.2022.
1350 Nicolaus Fest wurde im Mai 2024 aus der AfD ausgeschlossen. Als Begründung wurden nicht gezahlte Mandatsträgerabgaben sowie die Verunglimpfung des verstorbenen früheren EU-Parlamentspräsidenten David Sassoli angegeben.
1351 Fest, Nicolaus: Videostatement; veröffentlicht in: Facebook-Eintrag vom 25.11.2022, Kanal: „Nicolaus Fest“, abgerufen am 28.11.2022.

„#Rushdie im Namen des Islam niedergestochen? Eine Religion, die so martialisch gegen Andersdenkende vorgeht, sollte als terroristische Vereinigung in der freien Welt eingestuft werden."[1352]

In einem Facebook-Eintrag vom 15. August 2024 stellte der nordrhein-westfälische AfD-Landesverband das Erstarken der Partei DAVA als Zeichen für die *„Islamisierung Deutschlands"* dar und bezeichnete die Partei als *„Islamisten-Partei"*:

„++ Islamisten-Partei DAVA beweist: Die Islamisierung Deutschlands geht voran! ++

In Deutschland etabliert sich gerade eine neue Partei. Der Name: DAVA. Das steht für ‚Demokratische Allianz für Vielfalt und Aufbruch'. Was sich dahinter verbirgt: Eine Muslim-Partei, die der AKP des türkischen Präsidenten Erdogan nahesteht. […] Die Vereinigung hofft, bei der kommenden Bundestagswahl aus dem Reservoir der rund 2,5 Millionen Muslime mit deutschem Pass schöpfen zu können. Ob das gelingt?

Aus Sicht der AfD macht die Auswertung zwei Dinge deutlich: Islamische Wählerstimmen nutzen vorwiegend den Altparteien - besonders der CDU (!) und der Mogelpackung BSW. Migrationspolitische Impulse in diese Richtung kann man also berechtigt als Eigeninteresse dieser Parteien bezeichnen.

Zweitens: Der islamische Machtanspruch tritt mit DAVA immer offener und ungenierter zu Tage. Das Wort ‚Dava' bedeutet übrigens soviel wie ‚der richtige Weg' oder ‚unsere Sache'. Im Arabischen wird damit auch die ‚Missionierung von Nicht-Muslimen' gemeint. Noch Fragen?"[1353]

In seinem Redebeitrag auf der AfD-Kundgebung am 22. August 2021 in Eberswalde (BB) äußerte der Brandenburgische Landtagsabgeordnete Daniel Freiherr von Lützow:

„Und wir alle selber wissen: Man hat Tschetschenen ins Land geholt. Jeder der zu Ostzeiten aufgewachsen ist, weiß, was Tschetschenien ist. Das sind Islamisten vom Feinsten. Das sind nicht Leute, die dem islamischen Glauben angehören, da muss man ja auch unterscheiden, sondern das sind Islamisten, die bereit

[1352] Harlaß, Andreas: Tweet vom 13.08.2022, abgerufen am 01.09.2022.
[1353] AfD NRW: Facebook-Eintrag vom 15.08.2024, abgerufen am 17.10.2024.

sind, für ihren Glauben in den Tod zu gehen. Genau das gleiche ist mit den Afghanen.“[1354]

Die AfD Offenbach-Land (HE) veröffentlichte am 17. Oktober 2023 folgenden von einer Grafik mit den Worten „*Ein Herz für Remigration*“ begleiteten Facebook-Beitrag:

> *„Ich möchte nicht in einer Welt leben, in der man jeden Tag Angst haben muss, von einem Islamisten abgeschlachtet zu werden. Der Islam gehört nicht nach Europa.*
> *#Brüssel*
> *Was auf den Straßen in Europa mittlerweile stattfindet, ist ein Glaubenskrieg und das, was heute in #Brüssel passiert ist, wird erst der Anfang sein, wenn wir es JETZT nicht beenden!“*[1355]

Martin Renner (MdB, NW) veröffentlichte am 4. Juni 2024 auf Facebook einen Beitrag, in welchem er eine friedliche Auslegung des Islam grundsätzlich in Frage stellt. Im Umkehrschluss unterstellt er damit jedem muslimischen Gläubigen, einen unfriedlichen, islamistischen Extremismus zu pflegen:

> *„‚Friedlicher‘ Islam ist ein Märchen, so wie der bisher nur noch ‚nicht richtig‘ durchgeführte Sozialismus.“*[1356]

In diffamierender Weise werden Musliminnen und Muslime als durch (tödliche) Gewaltkriminalität determinierte Personen dargestellt. Auf dieser Grundlage warnen AfD-Vertreterinnen und -Vertreter vor einer weiteren Migration muslimischer Personen nach Deutschland bzw. fordern deren Abschiebung. Die pauschale Darstellung islamischer Gläubiger bzw. Zugewanderter als potenziell lebensbedrohliche Gewalttäter ist dazu geeignet, Vorbehalte gegenüber dem Islam und der gesamten Menschengruppe der muslimischen Gläubigen zu fördern und stellt eine pauschale Verunglimpfung dar.

[1354] Lützow, Daniel Freiherr von: Redebeitrag auf der AfD-Kundgebung am 22.08.2021 in Eberswalde (BB), veröffentlicht in: www.facebook.com am 22.08.2021, Kanal: „AfD Brandenburg“, abgerufen am 02.09.2021.
[1355] AfD Offenbach-Land: Facebook-Eintrag vom 17.10.2023, abgerufen am 30.10.2023.
[1356] Renner, Martin: Facebook-Eintrag vom 04.06.2024, abgerufen am 23.09.2024.

bb.Zwischenfazit

Die vorliegenden Äußerungen beinhalten islam- und muslimfeindliche Positionen. Dabei dominieren insbesondere Aussagen, die die Religion des Islam mit einem politischen System gleichsetzen und vor einer daraus folgenden vermeintlichen Islamisierung warnen.

Anknüpfungspunkt für muslim- und islamfeindliche Positionen der zitierten AfD-Vertreterinnen und AfD-Vertreter unterschiedlicher Funktionsebenen der Partei war oftmals die Debatte um die Erlaubnis des Muezzin-Rufs durch die Stadt Köln. So dient die Ausübung des Muezzin-Rufs der AfD als Sinnbild für angebliche Islamisierungsprozesse in der deutschen Gesellschaft und bedeute danach das Aufzwingen der islamischen Religion gegenüber Anders- oder Nichtgläubigen. Der Muezzin-Ruf sei eine Machtdemonstration des Islam und verdeutliche muslimische Expansions- und Dominanzbestrebungen, die letztlich in einer Unterdrückung und Verdrängung der deutschen Bevölkerung münden würden. Außerdem wird der Muezzin-Ruf genutzt, um die Religion des Islam mit einem politischen Islamismus gleichzusetzen.

Durch Muslime ausgeübte Tötungsdelikte bieten für AfD-Vertreterinnen und -Vertreter zudem Ausgangspunkte für eine wiederkehrende pauschale Übertragung krimineller Eigenschaften auf Musliminnen und Muslime bis hin zur Darstellung muslimischer Gläubiger als durch (tödliche) Gewaltkriminalität determinierte Menschen. Insbesondere wenn es sich bei der Tatwaffe um Messer handelte, werden von AfD-Vertreterinnen und Vertretern oftmals Formulierungen genutzt, die auf eine pauschale Abwertung und Kriminalisierung der gesamten muslimischen Glaubensgemeinschaft ausgerichtet sind und damit die Menschenwürde von Musliminnen und Muslimen verletzen.

Oftmals werden die verschiedenen Facetten der Islam- und Muslimfeindlichkeit in den einzelnen Verlautbarungen kombiniert, sodass solche Äußerungen ein ganzheitliches Bedrohungsszenario konstruieren und ein stark pauschalisierendes Abwertungspotenzial gegenüber dem Islam und seinen Gläubigen entwickeln.

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung des BfV

d. Antisemitische Aussagen und Positionen

Darüber hinaus ist zu prüfen, ob sich seit der Verdachtsfalleinstufung tatsächliche Anhaltspunkte für Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung aus antisemitischen Aussagen und Positionen ergeben.

aa. Begriffsbestimmung

Zum komplexen und vielschichtigen Begriff des Antisemitismus existiert weder in der Wissenschaft noch im politischen Raum eine allgemein anerkannte Definition. Die Bundesregierung empfiehlt die Nutzung der nachfolgenden Definition.

> *„Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Juden, die sich als Hass gegenüber Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in Wort oder Tat gegen jüdische oder nicht-jüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen oder religiöse Einrichtungen.“*[1357]

Diese ist im Jahr 2005 von Mitgliedern des Büros für Demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR) in der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE),[1358] der Europäischen Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit (EUMC), die bald darauf in der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA) aufging,[1359] sowie weiteren Antisemitismus-Expertinnen und -Experten erarbeitet worden. Die im Jahr 2016 von der Internationalen Allianz für Holocaust-Gedenken (IHRA)[1360] angenommene, rechtlich nicht bindende Arbeitsdefinition wird von zahlreichen EU-Mitgliedsstaaten genutzt. Die Bundesregierung nahm darüber hinaus in ihrer Empfehlung folgende Ergänzung auf, die über die Konsensfassung der IHRA hinausgeht:

[1357] IHRA: „Arbeitsdefinition von Antisemitismus“ ohne Datum, in: www.holocaustremembrance.com, abgerufen am 07.03.2024.

[1358] Das Office for Democratic Institutions and Human Rights (ODIHR) wurde eingerichtet, um demokratische Wahlen, Respekt für Menschenrechte, Toleranz und Nichtdiskriminierung sowie Rechtsstaatlichkeit zu fördern.

[1359] Die Aufgabe des European Monitoring Center on Racism and Xenophobia (EUMC) war es, Ausmaß und Entwicklung von Rassismus, „Fremden“-Feindlichkeit und Antisemitismus zu analysieren sowie bewährte Praktiken im Kampf gegen diese Phänomene zu untersuchen. Die Fundamental Rights Agency (FRA) hat den Schutz der Grundrechte in der EU zum Ziel.

[1360] Die IHRA ist eine 1998 gegründete zwischenstaatliche Organisation, in der Delegierte aus mittlerweile 34 Mitglieds-, 1 Partner- und 8 Beobachterstaaten zusammenkommen, um die Aufklärung, Erforschung und Erinnerung des Holocaust zu fördern.

> *„Darüber hinaus kann auch der Staat Israel, der dabei als jüdisches Kollektiv verstanden wird, Ziel solcher Angriffe sein."*[1361]

Wie diese Definition praktisch angewendet werden kann, zeigt ein Anfang 2021 im Auftrag der Europäischen Kommission erarbeitetes Handbuch, das Leitbeispiele vorstellt, diese auf reale antisemitische Vorfälle und Straftaten bezieht und dabei bewährte Vorgehensweisen bei der Anwendung der Definition benennt.[1362]

Der 2009 vom Deutschen Bundestag erstmals eingesetzte Unabhängige Expertenkreis Antisemitismus (UEA)[1363] hat die IHRA-Definition, die in erster Linie für die politische, behördliche und polizeiliche Arbeit entwickelt wurde, durch eine abstraktere Perspektive ergänzt. Im Gegensatz zur IHRA, die das Merkmal der Religiosität als ausschlaggebend hervorhebt, sieht der Expertenkreis auch solche Gruppen und Institutionen als mögliches Ziel von Antisemitismus, die sich selbst als jüdisch, nicht aber als religiös verstehen. Beim Antisemitismus-Begriff handle es sich demzufolge um eine:

> *„Sammelbezeichnung für alle Einstellungen und Verhaltensweisen, die den als Juden wahrgenommenen Einzelpersonen, Gruppen oder Institutionen aufgrund dieser Zugehörigkeit negative Eigenschaften unterstellen".*[1364]

Zuletzt zeigte die am 26. März 2021 veröffentlichte Jerusalemer Erklärung zum Antisemitismus (JDA) zahlreicher einschlägig engagierter Forscherinnen und Forscher, Intellektueller und anderer fachkundiger Persönlichkeiten, dass die wissenschaftliche, gesellschaftliche und politische Auseinandersetzung um den Antisemitismusbegriff unvermindert andauert. Die JDA nimmt für sich in Anspruch, mit ihrer Definition und insbesondere mit den diese erläuternden fünfzehn Leitlinien klarer, kohärenter und nuancierter als die IHRA-Arbeitsdefinition vorzugehen. Die JDA definiert Antisemitismus wie folgt:

[1361] Auswärtiges Amt: „Bundesregierung unterstützt internationale Arbeitsdefinition von Antisemitismus" vom 22.09.2017, in: www.auswaertiges-amt.de, abgerufen am 06.03.2024.

[1362] Vgl. Bundesverband der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus: „Handbuch zur praktischen Anwendung der IHRA-Arbeitsdefinition von Antisemitismus", Luxemburg 2021.

[1363] Der UEA hat 2012 einen ersten und 2017 einen zweiten Bericht Antisemitismus in Deutschland veröffentlicht. Der erste Kreis setzte sich zusammen aus Aycan Demirel, Olaf Farschid, Elke Gryglewski, Johannes Heil, Peter Longerich, Armin Pfahl-Traughber, Martin Salm, Julius H. Schoeps, Wahied Wahdat-Hagh und Juliane Wetzel. Der zweite Kreis wurde gebildet von Werner Bergmann, Marina Chernivsky, Aycan Demirel, Elke Gryglewski, Beate Küpper, Andreas Nachama, Armin Pfahl-Traughber, Patrick Siegele und Juliane Wetzel.

[1364] Bundesministerium des Innern (Hrsg.): „Antisemitismus in Deutschland. Erscheinungsformen, Bedingungen, Präventionsansätze. Bericht des Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus", Berlin 2012, S. 10.

ANTISEMITISCHE AUSSAGEN UND POSITIONEN

„Antisemitismus ist Diskriminierung, Vorurteil, Feindseligkeit oder Gewalt gegen Jüdinnen und Juden als Jüdinnen und Juden (oder jüdische Einrichtungen als jüdische).“[1365]

Abseits dieser Auseinandersetzungen um Begrifflichkeiten und Definitionen lässt sich im Grundsatz festhalten, dass es sich bei Antisemitismus um eine feindselige Positionierung gegenüber den als homogene Gruppe imaginierten Jüdinnen und Juden handelt:

„Der einzelne Jude wird nicht als Individuum, sondern als Angehöriger eines konstruierten Kollektivs mit verbindender Agenda wahrgenommen“.[1366]

Antisemitismus lässt sich demnach als Sammelbegriff für *„sämtliche Formen von Hass, Vorurteilen und Ressentiments gegen Juden“*[1367] verstehen, oder kurz: als *Feindschaft gegen Juden als Juden“.*[1368]

Antisemitische Positionen machen somit den Wert eines Menschen von der Zugehörigkeit zu seiner (tatsächlichen oder zugeschriebenen) Religion und/oder Herkunft abhängig, würdigen ihn zum bloßen Objekt von Beleidigungen und/oder einer politischen Agenda herab und richten sich damit gegen die Diskriminierungsverbote des Art. 3 Abs. 3 GG, die als Konkretisierung der Menschenwürde in Art. 1 Abs. 1 GG zu verstehen sind.[1369] Antisemitische Ideologeme sind daher nicht vereinbar mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung.

bb.Ideologische Erscheinungsformen

Es lassen sich sechs typische Ausprägungen des Antisemitismus identifizieren.[1370] Da antisemitische Stereotype und Ressentiments zumeist nicht isoliert auftreten, sondern

---

[1365] Jerusalem Declaration: „Jerusalemer Erklärung zum Antisemitismus“, in: jerusalemdeclaration.org, 26.03.2021.

[1366] Bundesministerium des Innern (Hrsg.): „Antisemitismus in Deutschland. Erscheinungsformen, Bedingungen, Präventionsansätze. Bericht des Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus", Berlin 2012, S. 10.

[1367] Botsch, Gideon: „Von der Judenfeindschaft zum Antisemitismus. Ein historischer Überblick“, in: „Aus Politik und Zeitgeschichte“, Nr. 28-30/2014 vom 07.07.2014, S. 10.

[1368] Bundesministerium des Innern (Hrsg.): „Antisemitismus in Deutschland. Erscheinungsformen, Bedingungen, Präventionsansätze. Bericht des Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus“, Berlin 2012, S. 10.

[1369] Vgl. BVerfGE 144, 20 Rn. 541.

[1370] Die Typologisierung folgt: Pfahl-Traughber, Armin: „Ideologische Erscheinungsformen des Antisemitismus“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 31/2007 vom 30.07.2007, S. 4 ff. Andere Forschende haben ähnliche Typologisierungen vorgeschlagen.

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung des BfV

vielmehr aufeinander Bezug nehmen und miteinander verschränkt sind, können antisemitische Äußerungen und Handlungen daher meist nicht nur einer der folgenden sechs Formen zugeordnet werden.

Die Anfänge des Antisemitismus in Europa liegen im christlichen Antijudaismus. Diese Form des religiösen Antisemitismus basiert auf der Absolutsetzung der eigenen Glaubensauffassung und der damit einhergehenden Ablehnung und Herabwürdigung des Judentums. Diese Form von Antisemitismus muss nicht zwingend christlich gerahmt sein, sondern ist auch im Islam anzutreffen.

Daneben entwickelte sich eine weitere Ideologieform, der soziale Antisemitismus, der zumeist ökonomisch begründet ist. Dieser geht auf soziale Konflikte zurück und manifestiert sich in der Vorstellung, dass jüdische Menschen einen besonderen Status innerhalb der Gesellschaft innehätten.

An dieses Bild schließt sich eng der politische Antisemitismus an. Die als mächtig imaginierte jüdische Minderheit verschwöre sich demnach gegen die Mehrheit, um diese zu schädigen und zu beherrschen. Beispielhaft hierfür steht das Bild von „den Juden" als Draht- und Strippenziehern, die unter dieser Maßgabe Wirtschaftskrisen, Revolutionen oder gar Kriege anzettelten. Die Vorstellung einer jüdischen Verschwörung, die letztlich auf die Weltherrschaft abzielt, ist eines der wirkmächtigsten antisemitischen Stereotype, wofür insbesondere die Anfang des 20. Jahrhunderts erstmals publizierten „Protokolle der Weisen von Zion" stehen. Dass diese Schrift – ein vermeintlicher jüdischer Geheimplan – kurz darauf als perfide Fälschung entlarvt wurde, tat ihrer bis heute andauernden Wirkung keinen Abbruch.[1371]

Der rassistische Antisemitismus benutzt biologistische Argumentationsmuster und bezeichnet jüdische Menschen als Angehörige einer „minderwertigen Mischlingsrasse". Entsprechend seien Jüdinnen und Juden an ihrem Äußeren zu erkennen. Mit dieser „niederen" stünden alle „höheren" und vermeintlich homogenen „Rassen" in einem sozialdarwinistisch verstandenen Kampf um das Dasein, der lediglich Sieg oder Untergang kenne. Abweichend von anderen Formen des Antisemitismus gelte die Zugehörigkeit zum Judentum als unabänderlich. Sie könne weder durch Konversion, noch durch Verhaltensänderungen abgestreift werden.

[1371] Vgl. Sammons, Jeffrey (Hrsg.): „Die Protokolle der Weisen von Zion. Die Grundlage des modernen Antisemitismus – eine Fälschung. Text und Kommentar", Göttingen 1998; Ben-Itto, Hadassa: „Die Protokolle der Weisen von Zion. Anatomie einer Fälschung", Berlin 1998.

Eine weitere Ideologieform bildet der sekundäre Antisemitismus, der auch als „Antisemitismus nicht trotz, sondern wegen Auschwitz“ oder als „Erinnerungsabwehr-Antisemitismus“ bezeichnet wird. Die Erinnerung an die Verfolgung durch die Nationalsozialisten und den Holocaust wird als von Jüdinnen und Juden betriebene Diffamierung der deutschen Identität und als moralische Demütigung verstanden; als Mittel, um ungerechtfertigte Wiedergutmachungszahlungen zu erhalten oder die israelische Politik im Nahen Osten zu legimitieren. In einer extremen Variante wird der Holocaust nicht nur verharmlost, sondern sogar gänzlich geleugnet. Jüdinnen und Juden wird mithilfe einer Strategie der sogenannten Täter-Opfer-Umkehr vorgeworfen, sie steckten hinter dieser „Jahrhundert-Lüge“, von der sie auf Deutschlands Kosten profitierten.[1372]

Abschließend sei der israelbezogene Antisemitismus genannt, der teils auch als antizionistischer Antisemitismus bezeichnet wird. Gegenstand der Anfeindungen ist hierbei der Staat Israel, der delegitimiert und – als jüdisches Kollektiv verstanden – zugleich diffamiert wird. Dies geschieht unter anderem dadurch, dass das Existenzrecht Israels verneint, auf das tradierte antisemitische Reservoir an Bildern, Symbolen und Chiffren zurückgegriffen oder die aktuelle israelische Politik mit derjenigen des NS-Staates auf eine Stufe gestellt wird. In aller Regel bezieht sich die Bezeichnung „Zionisten“ dabei auf „Juden“, die kollektiv mit den Handlungen Israels identifiziert und dafür verantwortlich gemacht werden.[1373]

cc. Die AfD und das Thema Antisemitismus

Die sozialwissenschaftliche Einstellungsforschung verweist bereits seit Jahren aufgrund der erhobenen empirischen Daten wiederholt darauf, dass antisemitische Einstellungen im Elektorat der AfD eine erhöhte Ausprägung aufweisen. Auch in den Jahren der Verdachtsfallbearbeitung bestätigten verschiedene Studien diesen Befund weiterhin.[1374] Die Ergebnisse beziehen sich hierbei allerdings zumeist auf die Wähler-

[1372] Vgl. Zarusky, Jürgen: „Die Leugnung des Völkermords. ‚Revisionismus‘ als ideologische Strategie“, in: Benz, Wolfgang (Hrsg.): „Auf dem Weg zum Bürgerkrieg? Rechtsextremismus und Gewalt gegen Fremde in Deutschland“, Frankfurt am Main 2001, S. 63 ff.

[1373] Vgl. Salzborn, Samuel: „Israelkritik oder Antisemitismus? Kriterien für eine Unterscheidung“, in: Salzborn, Samuel (Hrsg.): „Antisemitismus. Geschichte, Theorie, Empirie“, Baden-Baden 2014, S. 103-115, hier S. 109.

[1374] Siehe hierzu beispielweise: Hirndorf, Dominik: „Antisemitische Einstellungen in Deutschland. Repräsentative Umfrage zur Verbreitung von antisemitischen Einstellungen in der deutschen Bevölkerung“, Berlin 2023, S. 13; Zick, Andreas/Küpper, Beate/ Mokros, Nico (Hg.): „Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland“ 2022/23, Bonn 2023, S. 73 ff.

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung des BfV

und nicht ausschließlich auf die Mitgliederschaft der AfD. Gleichwohl können die Ergebnisse als Indikator dafür dienen, dass entsprechende Einstellungen zumindest auch unter einem gewissen Anteil der Mitglieder der AfD vorhanden sein dürften.

Die AfD selbst verweist beim Thema Antisemitismus regelmäßig auf die innerparteiliche Gruppierung Juden in der AfD[1375], deren Existenz als Beleg gegen antisemitische Einstellungen in der Partei gewertet werden könne. Wenn Antisemitismus durch die AfD öffentlich thematisiert wird, erfolgt dies zumeist verkürzend nur im Hinblick auf den „muslimischen Antisemitismus".[1376] So wurde die Folge des Podcast „Frequenz: Freiheit" vom 10. November 2023 folgendermaßen angekündigt:

> *„Während Vertreter von Ampelregierung und Union nicht mehr als Solidaritätsbekundungen für Juden in Deutschland und für Israel hinbekommen, wird die Lage draußen immer brenzliger: Zu Tausenden marschieren Islamisten in deutschen Städten auf und fordern unverblümt die Ausrufung eines Kalifats. Wir benennen als einzige Partei immer wieder die Ursache des wachsenden Antisemitismus: Die anhaltende Massenmigration nach Deutschland."*[1377]

Bereits in einem Bericht von AfD Kompakt vom 20. Oktober 2023 hieß es:

> *„Doch wir lassen uns nicht für dumm verkaufen und sagen ungeachtet aller Statistik-Tricks, was Faeser und die Ampel nicht hören wollen: Antisemitismus ist in erster Linie ein importiertes Problem. Wir brauchen endlich aussagekräftige Statistiken, um das volle Ausmaß des Migranten-Antisemitismus sichtbar zu machen. Vor allem aber brauchen wir Abschiebungen und ein Ende der Massenmigration!"*[1378]

Der rechtsextremistisch begründete Antisemitismus wird hierbei von der AfD entweder komplett ausgelassen oder zumindest in seiner quantitativen Bedeutung marginali-

---

[1375] Vgl. Kapitel D. II. 3.
[1376] Vgl. beispielhaft Storch, Beatrix von: „Muslimischer Antisemitismus in Berlin wird weiter verharmlost" vom 25.05.2022, in: www.afd.de, abgerufen am 05.03.2024.
[1377] AfD Kompakt: „Schluss mit dem Import von Gewalt und Antisemitismus! Frequenz: Freiheit – der Podcast der AfD Ausgabe 31/2023" vom 10.11.2023, in: https://afdkompakt.de, abgerufen am 05.03.2024.
[1378] AfD Kompakt: „Faesers Statistik hat islamischen Antisemitismus verschleiert!" vom 20.10.2023, in: https://afdkompakt.de, abgerufen am 05.03.2024.

siert, wobei der Hinweis auf die entsprechenden antisemitischen Einstellungen in islamistischen und muslimischen Bevölkerungsgruppen für sich allein genommen keine Verfassungsschutzrelevanz aufweist.

dd. Antisemitisch konnotierte Codes und Chiffren

Seit 1945 tritt der verbal geäußerte Antisemitismus vorrangig in Andeutungen, Codes und Chiffren auf.[1379] Dies stellt eine Reaktion auf die gesellschaftliche Ächtung von unverstelltem Judenhass wie in der NS-Zeit dar und eröffnet die Möglichkeit, sich trotz der Äußerung antisemitischer Inhalte zumindest teilweise vor strafrechtlicher Ahndung zu schützen.

Diese als Umwegkommunikation bezeichnete Vorgehensweise stellt Wissenschaftler, Juristen und Analysten regelmäßig vor die Aufgabe, darzulegen, dass eine bestimmte Äußerung als antisemitisch bewertet werden muss, selbst wenn sie aufgrund ihrer Codierung an der sprachlichen Oberfläche zunächst unverfänglich erscheinen mag.[1380]

Gerade im Zusammenhang mit den Migrationsbewegungen seit 2015 findet die Chiffre „George Soros“ gehäuft Anwendung. Der Verweis auf den ungarnstämmigen, jüdisch-amerikanischen Finanzinvestor und Geldgeber zahlreicher gemeinnütziger Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und Stiftungen hat nur noch wenig mit der realen Person Soros und ihrem tatsächlichen Handeln zu tun und stellt darum in der Regel auch keine legitime Kritik an ihm als Individuum dar. Soros dient vielmehr vor allem als personifizierte Projektionsfläche. Entsprechend genügt bereits eine mehr oder weniger kontextlose Nennung des Namens „Soros“, um – ohne diese direkt aussprechen zu müssen – antisemitische Bilder vom omnipotenten Juden aufzurufen, der als Spekulant Nationen wirtschaftlich gegeneinander ausspiele, sie seinen Zielen entsprechend politisch beeinflusse, die vermeintliche kulturell-ethnische Integrität westlicher Gesellschaften durch die Förderung und Steuerung von Migration nach Europa unterminiere und daraus zusätzliche Macht und weiteren finanziellen Gewinn für sich und seinesgleichen ziehe. Der Stellenwert der antisemitischen Chiffre „George Soros“ ist mittlerweile mit der Chiffre „Familie Rothschild“ vergleichbar, obgleich erstere noch nicht in vergleichbarem Maße als antisemitisch stigmatisiert ist.

[1379] Vgl. Butter, Michael: „Antisemitische Verschwörungstheorien in Geschichte und Gegenwart“ vom 26.11.2020, in: www.bpb.de, ohne Abrufdatum.

[1380] Bergmann, Werner/Erb, Rainer (1986): „Kommunikationslatenz, Moral und öffentliche Meinung. Theoretische Überlegungen zum Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland“, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Ausgabe 38, 2 (1986), S. 223 ff.

Die beschriebenen Chiffren werden in den vergangenen Jahren zunehmend auch mit anderen Begriffen und Narrativen verbunden, so beispielsweise mit den verschwörungstheoretischen Erzählungen von einer „globalen Elite“ bzw. „einer von Globalisten gesteuerten Weltregierung“, dem „Great Reset“.

Die Bundestagsabgeordnete (BW/ST) Christina Baum (zum damaligen Zeitpunkt Mitglied im Bundesvorstand) beschrieb am 21. August 2022 ihr Volksverständnis folgendermaßen:

> *„Mein Volk... Der Begriff des Volkes bezieht sich ganz eindeutig auf eine Abstammungsgemeinschaft – auf eine ethnisch gleiche Gruppe. In Deutschland wird jeder zum Rassisten erklärt, der sich für den Erhalt des eigenen deutschen Volkes als ethnische Einheit einsetzt. Denn das Ziel der weltweit agierenden finanzstarken, selbsternannten ‚Eliten‘ ist die Zerstörung dieser stabilen Strukturen innerhalb eines jeden Volkes, um die bindungs- und identitätslosen Menschen leichter manipulieren und lenken zu können. [...] Und wenn ich deshalb als Rassist beschimpft werde, weiß ich es richtig einzuordnen. Von den Vasallen der Deutschlandzerstörer so genannt zu werden, ist eher eine Auszeichnung.“*[1381]

Baum beschwört hier das Bild der Zerstörung Deutschlands herauf, die von weltweit agierenden, finanzstarken Eliten betrieben werde und die dadurch erreicht werden solle, dass ethnisch begründete Strukturen innerhalb des deutschen Volkes aufgelöst und somit eine manipulierbare Masse geschaffen würde. Als Agierende nennt Baum weltweit präsente, wohlhabende Eliten und behauptet als deren Motiv eigennützige Machtausübung, die durch Zerstörung und Entfremdung vonstattengehen solle. Hierbei handelt es sich um ein Narrativ, das klassischen antisemitischen Projektionen entspricht und das lediglich schwach codiert, dass es sich auf Juden bezieht. Auch die hierin zum Ausdruck kommende Gegenüberstellung der Juden als angeblich wurzellose Individuen, die quasi überall auf der Welt Interessen in ihrem Sinne steuern könnten, und der Rückbesinnung auf Heimat und Tradition als positives Bild stellt eine geläufige antisemitische Chiffre dar.[1382] Die Äußerung Baums ist dem sozialen und politischen Antisemitismus zuzuordnen.

[1381] Baum, Christina: Facebook-Eintrag vom 21.08.2022, abgerufen am 22.08.2022. (Doppelverwendung des Belegs aus Kapitel E. I. 1. a. aa.)

[1382] RIAS Bayern: „Das muss man auch mal ganz klar benennen dürfen. Verschwörungsdenken und Antisemitismus im Kontext von Corona“, 3. Auflage 2023, S. 34.

Baum verbreitete zudem als Reaktion auf einen Artikel der ZEIT mit dem Titel „Migranten. Sie werden die Mächtigen sein“ bei Telegram die Verschwörungserzählung des Großen Austauschs:

> *„Das Ziel der Globalisten war und ist klar: der geplante Bevölkerungsaustausch soll so lange geleugnet und Mahner als Verschwörungstheoretiker gebrandmarkt werden, bis er irreversibel ist. Deshalb soll so lange abgelenkt, gelogen und getäuscht werden, bis man vor vollendeten Tatsachen steht.“*[1383]

Die Theorie vom Großen Austausch, in der insbesondere ein ethnisch-abstammungsmäßiger Volksbegriff zutage tritt[1384], erfährt hier auch explizit eine antisemitische Konnotation dadurch, dass der befürchtete Austausch als von den „*Globalisten*“ gesteuert dargestellt wird.

Matthias Helferich (zum damaligen Zeitpunkt fraktionsloser MdB und AfD-Mitglied, seit 2025 Mitglied der AfD-Bundestagsfraktion, NW) veröffentlichte am 12. April 2023 seine Rede zum Reichsgründungskommers. Darin sagte er aus:

> *„Das Weitergeben der Flamme, wie Sie es in der Burschenschaft pflegen, ist die Antithese zur globalistischen Agenda, zum ‚Great Reset‘, zum großen Austausch. Wenn wir unsere Heimat nachhaltig schützen wollen, dann müssen wir sie von der Wurzel her bewahren. Die Deutsche Burschenschaft und der heutige Reichsgründungskommers leisten dazu einen wichtigen Beitrag.“*[1385] [1386]

Helferich greift hier die im Kontext von Verschwörungserzählungen bekannte Figur des „Great Reset“ auf. Der Begriff geht ursprünglich auf eine Initiative von Klaus Schwab (Direktor des World Economic Forum und oftmals selbst als antisemitische Projektionsfläche missbraucht) zurück, die Weltwirtschaft nach der COVID-19-Pandemie neu zu gestalten und dabei einen Schwerpunkt auf Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit zu legen. Antisemitische Konnotation erfährt die Figur des „Great Reset“ durch die Be-

[1383] Baum, Christina: Telegram-Beitrag vom 03.06.2023, abgerufen am 11.07.2023. (Doppelverwendung des Belegs aus Kapitel E. I. 1. a. bb.)
[1384] Vgl. hierzu ausführlich Kapitel E. I. 1. a. bb. (2).
[1385] Helferich, Matthias: Facebook-Eintrag vom 12.04.2023, abgerufen am 13.04.2023.
[1386] Helferich, Matthias: „Revolution von oben" in: www.matthiashelferich.de vom 12.04.2023, abgerufen am 13.04.2023.

zugnahme entsprechender Verschwörungserzählungen auf eine angeblich hinter diesen Plänen stehende Finanzelite, die die COVID-19-Pandemie habe benutzen wollen, um die Gesellschaft für ihre Zwecke im Verborgenen schadhaft umzugestalten.[1387]

Am 30. März 2022 trat Björn Höcke auf einer Kundgebung der AfD Brandenburg in Elsterwerda (BB) als Redner auf. Dort sah er hinsichtlich der COVID-19-Pandemie ein planmäßiges Vorgehen der Regierung in Zusammenarbeit mit klandestinen Akteuren im Hintergrund im Gange und verwies hinsichtlich der vermeintlichen Zielsetzung ebenfalls auf die Verschwörungstheorie des „Great Reset":

> *„So wir stellen die Frage: Cui Bono? Wem nützt es? Wem nützt diese Corona Pandemie, diese Corona-Plandemie? Dem globalistischen Establishment, das gerade um sein Überleben kämpft. Denkt an das, was ich eingangs gesagt habe, Great Reset. Sie müssen irgendwie die Kontrolle behalten, die zu entgleiten droht. […] Erst kommt die digitale Identität der Impfausweis wird auch digitalisiert. er ist Teil der digitalen Identität. Dann kommt die digitale Währung, und dann haben wir den gläsernen Bürger, der total überwacht ist. Und wenn ihr euch da nicht impfen lasst, beziehungsweise gentherapieren lasst, dann bekommt ihr eben kein Geld mehr. Das ist der Hintergedanke. Denn die Gentherapie, die von den Regierungen von ihr in Medien postuliert wird, ist letztlich nur dazu da, um eure Gefügigkeit auszutesten. Um eure Regierungstreue auszutesten."*[1388]

Höcke behauptet hier die Existenz eines *„globalistischen Establishments"*, das die COVID-19-Pandemie (hier bezeichnet als *„Plandemie"*) bewusst steuere. Dies diene letztlich dem *„Great Reset"*. Damit greift Höcke auf das antisemitische Narrativ der Lenkung wirtschaftlicher Verhältnisse durch eine weltweit agierende Elite zurück.

Der damalige Beisitzer des Bundesvorstands und Europaabgeordnete Maximilian Krah (mittlerweile MdB, SN), bediente sich in einem Interview vom 15. Mai 2022 des antisemitisch unterlegten Narrativs einer *„Weltregierung"*:

> *„Die Biografie eines jungen Grünen-Abgeordneten [Anm.: es sind die Abgeordneten des Europäischen Parlamentes gemeint] sieht so aus: Er kommt bereits aus einer Familie der oberen Mittelschicht, die bevorzugt beim Staat angestellt*

[1387] Vgl. RIAS Bayern, „‚Das muss man auch mal ganz klar benennen dürfen' – Verschwörungsdenken und Antisemitismus im Kontext von Corona", 3. Auflage 2023, S. 35 f.

[1388] Höcke, Björn: Redebeitrag in Elsterwerda (BB) am 30.03.2022; veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal „AfD Brandenburg" am 30.03.2022, abgerufen am 31.03.2022.

sind. Er studiert anschließend irgendwie was mit Politik. Ist dann schon Mitarbeiter bei einem Abgeordneten, dann geht er zu einer NGO, die ihn noch ins Ausland schickt und nochmal gut ausbildet. Diese NGO kommt in der Regel aus dem Umfeld von Soros. Und wenn er dort gut performt, kriegt er dann einen Listenplatz und zieht nach Brüssel. Das heißt diese Leute haben null Bindung an ihre Heimat und schon gar nicht an ihren Nationalstaat. Sondern sie verstehen sich als Teil einer globalen Elite und ihr Auftrag ist nicht dem deutschen Volk zu dienen, seinen Nutzen zu mehren, Schaden von ihm zu wenden, sondern ihr Auftrag ist es, so 'ne Art die Welt zu managen, wie die Filiale einer Weltregierung. Also sie fühlen sich nicht verantwortlich dem Wähler unten, sondern sie fühlen sich quasi so 'ner gewissen Weltregierung verantwortlich, die so verkörpert wird durch dieses NGO-Netzwerk, ‚Open Society' und wie es so weiter heißt."[1389]

Kern der Aussage Krahs ist, dass die von George Soros finanzierten Nichtregierungsorganisationen eine Art „Weltregierung" bildeten, die von Personen getragen würde, die sich als globale Elite verstünden und keine Bindung an ihre Heimat bzw. an „ihren" Nationalstaat besäßen. Soros wird also zugeschrieben, mit seinen Organisationen eine weltumspannende Herrschaft nicht nur anzustreben, sondern sie bereits auszuüben – indem er sich auf Personen stütze, die Krah als wurzellos und ohne nationale Loyalitäten beschreibt. Diese Beschreibung rekurriert zum einen auf den Juden nach klassisch antisemitischer Manier zugeschriebenen Willen zur unbeschränkten Macht[1390] und entspricht zum anderen dem tradierten Bild vom in der Diaspora umherziehenden, wurzellosen und ohne Loyalität für ihre Gastländer dargestellten Juden bzw. ihrer Helfershelfer.[1391] In dieser Kombination mehrerer, als antisemitisch dechiffrierbarer Attribute wird deutlich, dass Krah seinen Verweis auf Soros nicht in deskriptiver Weise anbringt und nicht die reale Person Soros gemeint ist, sondern dass Krah gezielt die antisemitische Chiffre „Soros" – die für illegitime jüdische Machtausübung steht – platziert. Diese von Krah vorgebrachten Motive und Aussagen sind dem sozialen und politischen Antisemitismus zuzuordnen.

[1389] Krah, Maximilian: Interview vom 15.05.2022; veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „Elijah Tee - ET Video & Content", abgerufen am 16.05.2022. [ab Min 2:18:40]
[1390] Vgl. Wetzel, Juliane: „Verschwörungstheorien", in: Benz, Wolfgang (Hrsg.): „Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart", Bd. 3: „Begriffe, Theorien, Ideologien", Berlin/Boston 2010, S. 334 ff.
[1391] Vgl. Körte, Mona: „Ahasverus", in: Benz, Wolfgang (Hrsg.): „Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart", Bd. 3: „Begriffe, Theorien, Ideologien", Berlin/Boston 2010, S. 3 ff.

Krah kommentierte außerdem einen in der WELT erschienenen Gastbeitrag von George Soros mit dem Titel „Die größte Bedrohung der freien Gesellschaft ist China" in einem Tweet vom 1. Februar 2022 folgendermaßen:

> *„Die größte Bedrohung der freien Gesellschaft ist George Soros"*[1392]

Krahs Fokus auf Soros und dessen vermeintlicher Einfluss auf Medien und Politik zieht sich über mehrere Jahre. So äußerte er auch im Jahr 2024 als Reaktion auf die Veröffentlichung der CORRECTIV-Berichterstattung zum rechtsextremistischen Vernetzungstreffen in Potsdam am 11. Januar 2024 auf X:

> *„Der Staat hätte ein privates Treffen nicht ausspionieren dürfen. Ein betriebswirtschaftlich arbeitendes Medium hätte dafür keine 16 Mitarbeiter abgestellt. Aber ein Verein, der aus Steuergeldern – plus Soros – gepäppelt wird, macht es. Legal, illegal, scheißegal!"*[1393]

Im Februar 2024 veröffentlichte Karsten Hilse (MdB, SN) in dem von der AfD Bautzen (SN) herausgegebenen Mitgliedermagazin Blaue Post Bautzen folgenden Beitrag, in welchem er einige der bereits skizzierten antisemitischen Chiffren („Globalisten", „neue Weltordnung", „Great Reset") aufgreift:

> *„Als die Mitglieder der AfD ihr erstes Grundsatzprogramm beschlossen und in allen Politikfeldern, alternative Lösungsansätze anboten, schäumten die Altparteien und ihnen hörigen Medien vor Wut. Da wagten es doch freie Bürger, den als alternativlos bezeichneten Weg von Sozialisten und Globalisten in eine neue Weltordnung zu hinterfragen und einen alternativen Weg hin zu Souveränität, Freiheit, Frieden und Wohlstand aufzuzeigen. [...] Und natürlich geraten alle Menschen, die die Politik der Altparteien kritisieren, ins Fadenkreuz der Drahtzieher in den Planungsbüros des Great Resets, den Schreibstuben der Hypermoralisten und den vom Staat alimentierten Schlägertrupps der Faschisten unserer Zeit, die sich realitätsverdrehend auch noch Antifa nennen. [...] Die Planer des Great Resets dulden keine Kritik, sie versuchen jedwede Bindungen zwischen Menschen, sei es familiär, regional oder national zu zerstören, um ihnen widerstandslos ihre neue Ordnung überzustülpen. [...] Die Hoffnung der Globalisten*

[1392] Krah, Maximilian: Tweet vom 01.02.2022, abgerufen am 01.02.2022.
[1393] Krah, Maximilian: Tweet vom 11.01.2024, abgerufen am 22.01.2024.

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung des BfV

ist, wenn die freiheitlichen Parteien verschwänden, verschwindet auch der Drang nach Freiheit und Vernunft."[1394]

Der nordrhein-westfälische Bundestagsabgeordnete Martin Renner verbreitete am 4. Mai 2024 einen Facebook-Beitrag, in dem er einen angeblich von *„herrschaftssüchtigen und nimmersatten Pseudo-Eliten aus POLITIK und BIG MONEY"* forcierten *„Great Reset"* insinuierte:

> *„Heute einmal etwas Erbauliches von Hermann Hesse. Das Gedicht ‚Stufen' wurde von ihm genau am 4. Mai 1941 geschrieben. Am Vorabend des Geburtstages von Korl Morx und meiner Wenigkeit. Das Gedicht sagt uns, dass wir nie an einer erreichten Lebensstufe festhalten sollen, sondem bereit sein mögen, das ‚Neue', das ‚Nächste', das ‚Zukünftige' geistvoll anzunehmen und als positive Entwicklung zu verstehen. Auf unsere schlimme und desaströse politische und gesellschaftliche Situation übertragen, heißt das, dass wir auf die uns zukommende Änderung zum Besseren – auch durch die glasklar antithetische Positionierung und die energiesatte und widerständige Tatkraft der ‚Alternative für Deutschland' – frohen Mutes und mit inniger Erwartung bauen dürfen. Der ökosozialistische, bolschewoke und nationalstaatsfeindliche Irrweg der letzten Jahrzehnte wird überwunden und auf dem Müllhaufen der Geschichte entsorgt sein. Der ‚Great Reset' wird realisiert werden, aber genau in die gegensätzliche Richtung, hin zum Normalen, und nicht in die Richtung, die von den herrschaftssüchtigen und nimmersatten Pseudo-Eliten aus POLITIK und BIG MONEY geplant ist. Wir müssen dringend zurück in die Zukunft. Und jedem Anfang wohnt ein Zauber inne. Wohlan denn, Herz, nimm Abschied und gesunde!"*[1395]

Matthias Moosdorf (MdB, SN) teilte am 25. Mai 2022 in einem Facebook-Post den Screenshot eines Presseberichts mit dem Titel „Ohne einen schnellen Sieg über Putin droht der Menschheit das Ende, glaubt Soros". Dazu schrieb er:

> *„Sollte sich der HERR nicht seiner erbarmen? Auch wenn es sich um einen der größten Verbrecher und den Verursacher von soviel Leid, Idiotie und Unkultur handelt? ICH glaube nämlich, MIT Soros droht das Ende Europas."*[1396]

1394 Hilse, Karsten: „Sie wollen nicht uns, Sie wollen EUCH! Wir stehen ihnen nur im Weg", in: Blaue Post Bautzen, Ausgabe Februar 2024, in: https://afd-bautzen.de, ohne Abrufdatum.
1395 Renner, Martin: Facebook-Eintrag vom 04.05.2024, abgerufen am 23.09.2024.
1396 Moosdorf, Matthias: Facebook-Eintrag vom 25.05.2022, abgerufen am 30.05.2022.

Der Autor des Posts überzeichnet hier den tatsächlichen Einfluss und das tatsächliche Agieren Soros' in monströser Weise, sodass deutlich wird, dass er sich nicht auf die reale Person Soros bezieht, sondern auf die gängigen antisemitischen Projektionen, mithin auf die Chiffre „Soros". Die von Moosdorf formulierten Zuschreibungen rekurrieren auf klassische judenfeindliche Bilder: „der Jude" als Verbrecher, der zum Nachteil von Nicht-Juden einen zersetzenden Einfluss ausübt und seinen Fluchtpunkt in der Zerstörung Europas hat.[1397] Der Verweis auf die von Soros angeblich verbreitete (jüdische) *„Unkultur"* ist damit auch als Antipode zur (deutsch-europäischen) „Kultur" zu lesen. Zudem ruft Moosdorf durch die Herstellung eines religiösen Kontexts eine weitere Ebene auf. Die rhetorische Frage, ob der *„HERR"* sich nicht Soros' erbarmen solle, übernimmt den Gehalt der traditionellen antijudaistischen Karfreitagsfürbitte, Gott möge die Juden erleuchten, damit sie Jesus Christus als Heiland anerkennen würden. Moosdorfs Post beinhaltet folglich Positionen, die dem politischen, sozialen und religiösen Antisemitismus zuzurechnen sind.

Der damalige AfD-Bundestagsabgeordnete Anton Friesen (TH) agitierte in Tweets vom Juni 2021 gegen George Soros und stellte diesen als *„Globalisten"* dar. So schrieb Friesen am 7. Juni 2021:

> *„Die Bundesregierung fördert die Open Society Foundations von #Soros mit 200.000-300.000 Euro deutsches Steuergeld pro Jahr, wie meine Anfrage aufdeckte! #Merkel unterstützt globalistische Regime Change Pläne des Oligarchen Soros!"*[1398]

Am 10. Juni 2021 schrieb er zudem:

> *„#Bundesregierung sollt die nationalen Interessen Deutschlands vertreten, anstatt #Globalisten wie #Soros mit deutschem Steuergeld zu fördern!"*[1399]

Sven Tritschler (MdL NW) veröffentlichte am 20. Januar 2024 als Reaktion auf das von CORRECTIV aufgedeckte Vernetzungstreffen und die darauffolgenden Demonstrationen auf Instagram eine Grafik mit dem Titel: *„So siehst du aus, ...wenn du gegen die einzige Opposition demonstrierst, während die Regierung dein Land zerstört."*

1397 Vgl. Wetzel, Juliane: „Verschwörungstheorien", in: Benz, Wolfgang (Hrsg.): „Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart", Bd. 3: „Begriffe, Theorien, Ideologien", Berlin/Boston 2010, S. 334 ff.

1398 Friesen, Anton: Tweet vom 07.06.2021, abgerufen am 10.06.2021.

1399 Friesen, Anton: Tweet vom 10.06.2021, abgerufen am 10.06.2021.

Auf dem Bild sind Schafe abgebildet, welche Schilder hochhalten. Auf einem dieser Schilder ist das Konterfei von George Soros abgebildet.[1400]

René Springer (MdB, BB) veröffentlichte am 10. März 2023 einen Gastbeitrag im Freilich Magazin zum Nachwuchsprogramm des WEF mit dem Titel „Kaderschmiede einer anti-demokratischen globalen Elite" und äußerte sich darin mehrfach in antisemitischer und verschwörungstheoretischer Weise:

> *„Dem aufmerksamen Beobachter unserer Zeit muss allerdings auffallen, dass die Kluft zwischen Erzählung und Wirklichkeit immer größer wird. Unsere Demokratie - das ist heute keine Volksherrschaft, kein repräsentierter Volkswille, sondern das genaue Gegenteil: die Herrschaft einer kleinen global vernetzten Elite, die sich gegen die Interessen der Völker und Nationalstaaten richtet und auch bereit ist, diese gegeneinander auszuspielen, um die eigenen Interessen effektiver durchsetzen zu können. In den letzten Jahren sind die Vertreter dieser globalen Elite immer sichtbarer geworden. Immer öfter präsentieren sie uns ungeniert ihre antidemokratischen Pläne: Great Reset, […], Transformation traditioneller Völker und gewachsener Gemeinschaften, globaler Migrationspakt, […]. Sie wollen Mensch und Gesellschaft grundlegend verändern […]. Doch was wäre ein nachhaltiges Davos ohne die Rekrutierung des entsprechenden Nachwuchses, der frühzeitig auf die globale Agenda eingeschworen wird und diese für künftige Regierungsverantwortung verinnerlicht?"*[1401]

Der damalige Bundestagsabgeordnete Petr Bystron (mittlerweile MdEP, BY) äußerte in seiner Rede im Rahmen der Europawahlversammlung am 29. Juli 2023 in Magdeburg (ST):

> *„Und sie [Anm.: die Menschen] haben erkannt, dass sie von den Altparteien verraten wurden, für Rüstungskonzerne, für die Pharmaindustrie, eben an die Globalisten. Und sie haben begriffen, dass wir da sind für die Mittelschicht, für die Menschen, die arbeiten und Steuern zahlen, die Familie mit Kindern, die dieses Land tragen, für die Unternehmer, die Arbeitsplätze schaffen und Wohlstand sichern. Und zwar, dass wir kämpfen gegen die Kriegstreiber, die uns in Kriege aufhetzen wollen. Gegen die Globalisten, die uns zwangsimpfen wollten, die uns*

1400 Tritschler, Sven: Instagram-Eintrag vom 20.01.2024, abgerufen am 08.02.2024.
1401 Freilich: „Kaderschmiede einer anti-demokratischen globalen Elite" vom 10.03.2023, in: www.freilich-magazin.de, abgerufen am 16.03.2023.

> *enteignen wollen, uns ja im Prinzip versklaven wollen. Und die Menschen haben verstanden, dass wir die Einzigen sind, die den Mut haben, gegen die Schwabs, Gates und Soros dieser Welt anzukämpfen. […] Aber aus Brüssel kommt das Gift. Dort werden von den Globalisten still und heimlich Vorgaben gemacht, die nachher nur in den nationalen Parlamenten nur noch durchgewunken werden."*[1402]

Der antisemitische Gehalt der Äußerung kommt hier zuvorderst in der Aufzählung der genannten Personen zum Ausdruck. Obwohl Bill Gates selbst kein Jude ist, wird ihm im Kontext antisemitischer Verschwörungstheorien aufgrund seines scheinbar übermächtigen Einflusses ein „Jüdischsein" unterstellt.[1403]

Am 2. Januar 2023 schrieb Christine Anderson (MdEP, HE) in einem Neujahrs-Post auf Facebook:

> *„Es liegt noch viel Arbeit vor uns und unser gemeinsamer Kampf gegen die technokratische Agenda der globalen Eliten ist in vollem Gange. […] Überall auf der Welt sehen Bürger und verstehen ganze Völker, wie ihnen ihre Freiheit ihre Grundrechte und ihre Selbstbestimmung durch willfährige und marionettenhafte Regierungen genommen werden. Einstige Freiheiten und Rechte, die nun nach dem Willen einer globalistischen und falschen Elite an supranationale Gremien wie die WHO, die UN oder das WEF übertragen werden sollen. […] Digitale Kontrolle, elektronische Gesundheits-Zertifikate, Klima-Hysterie, Zerstörung von Wohlstand durch künstliche Energieverknappung, Deindustrialisierung und Existenzvernichtung von landwirtschaftlichen Betrieben, Zerstörung der traditionellen Familie als Kraftquelle und Keimzelle einer jeden Nation, aggressive LGTBQ-Propaganda zur vorsätzlichen Zerstörung von Kinderseelen und einer natürlichen Geschlechtsidentität sowie die Abschaffung des Bargelds, die Kontrolle der Medien, die übertriebene Reglementierung des Internets sowie das staatliche Bespitzeln selbst privatester Kommunikation durch Vorratsdatenspeicherung und*

[1402] Bystron, Petr: Rede vom 29.07.2023; veröffentlicht in: www.youtube.com am 29.07.2023, Kanal: „AfD TV", abgerufen am 01.08.2023.

[1403] Vgl. Bundesamt für Verfassungsschutz: „Lagebild Antisemitismus 2022/23", Mai 2024, S. 39.

Chatkontrollen, sollen aus einst freien Bürgern eine entmündigte, widerstandslose und vollständig steuerbare Verfügungsmasse im Würgegriff der globalistischen Eliten machen."[1404]

Anderson sprach weiterhin in einem Facebook-Eintrag vom 15. April 2023 im Hinblick auf die Migrationspolitik von einem „*Ansturm auf die Sozialsysteme*" und erklärte:

> „*Es ist nicht Deutschlands Aufgabe, alle Mittellosen dieser Welt bei sich aufzunehmen und mit deutschem Steuergeld dauerhaft zu alimentieren. Früher wusste das auch noch die CDU. Heute jedoch ist von der einstmals staatstragenden Partei nur noch ein Haufen politischer Hütchenspieler übriggeblieben, die ihre Wähler in Deutschland hinters Licht führen, während sie im vermeintlich fernen Brüssel vollmundig in das Lied der Migrations-Globalisten, der Asyl-Industrie und der Deutschland-Abschaffer einstimmen."*[1405]

Am 25. März 2023 rekurrierte Anderson in ihrer Rede anlässlich des zehnjährigen Jubiläums der AfD in Hannover auf eine „*globalitäre Elite*", die das Ziel der Errichtung eines Überwachungsstaates und Versklavung der Menschen verfolge:

> „*Wir haben es mit einer wirklich konzertierten Aktion zu tun, und wir reden hier von wirklich eklatanten Angriffen auf die Freiheit, die Demokratie und die Rechtsstaatlichkeit. Und diese Angriffe, die beziehen sich auf die nationale Souveränität, auf die Volksherrschaft, auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker, auf die individuelle Freiheit und auf die Identität, und zwar die Identität, die sich aus einer nationalen Identität speist, aus einer kulturellen Identität speist und sogar die sexuelle Identität – das, was uns im Kern als Menschen ausmacht – noch nicht mal mehr davor machen sie Halt. Wie macht man das nun? Nun, über diverse Institutionen, über diverse Programme, über diverse Gremien. Wenn wir mit dem EU-Parlament oder den EU-Institutionen als solchen beginnen, dann kann ich wirklich sagen, die EU-Institutionen fungieren als Abrissbirne für alle nationalen Staaten, für alle europäischen Völker. Meine Damen und Herren, ich nenne das EU-Parlament immer das größte Irrenhaus der Welt. Die Verstöße gegen die demokratischen Prinzipien, die suchen ihresgleichen. Sie sind aber gewollt. […]*

[1404] Anderson, Christine: Facebook-Eintrag vom 02.01.2023, abgerufen am 02.01.2023.
[1405] Anderson, Christine: Facebook-Eintrag vom 15.04.2023, abgerufen am 17.04.2023.

> *Worum geht es eigentlich unterm Strich? Ja, das ist jetzt wirklich nicht schön. Es geht um die Errichtung eines totalitären Überwachungsstaates, in dem wir alle völlig verarmt und versklavt sind, um uns von einer Gesellschaft bestehend aus freien Individuen in ein Kollektiv zu überführen, in der der Einzelne lediglich noch Teil einer willenlosen, formbaren Masse ist, über das die globalitäre Elite frei verfügen kann. Darauf läuft es hinaus."*[1406]

In ihrer Rede im Rahmen der Europawahlversammlung der AfD am 29. Juli 2023 verwendete Anderson (HE) das Narrativ an der *„Entrechtung aller Völker dieser Erde"* arbeitenden *„globalitärer Misanthropen"*:

> *„Liebe Parteifreunde, unsere freiheitliche, demokratische und rechtsstaatliche Gesellschaft, bestehend aus freien, mündigen Bürgern mit unveräußerlichen Grundrechten soll in ein unter totalitärer Herrschaft stehendes Kollektiv überführt werden, in dem der Einzelne lediglich noch Teil einer willenlosen, formbaren, völlig verarmten, entrechteten, entmündigten und entsolidarisierten Masse ist, über die die globalitären Misanthropen nach freiem Belieben verfügen können. Schluss damit! […] Während die EU, während die EU aber jetzt ‚nur' für die Entrechtung der europäischen Völker zuständig ist, schreitet man auf globaler Ebene zur Entrechtung aller Völker dieser Erde. Bislang musste man das so den Nationalstaaten überlassen, die öffentliche Gesundheit durch massive Grundrechtseinschränkung, Diskriminierung, Schikane und Ausgrenzung der Bürger ‚sicher zu stellen'. In Zukunft will – nein, muss man das dem wesentlich einfacher zu steuernden Gremium der WHO überlassen. Dieses korrupte, von Multimilliardären gesteuerte und kontrollierte Gremium bietet zudem den Vorteil, dem Bürger gegenüber in keinster Weise politisch verantwortlich zu sein. Deshalb kann und wird die WHO gänzlich unbeeindruckt von der Bestrafung an der Wahlurne mit noch sehr viel totalitären Maßnahmen die öffentliche Gesundheit zu schützen wissen, verlassen sie sich darauf."*[1407]

Im Mai 2024 äußerte sich Anderson erneut zur WHO und den Verhandlungen ihrer Mitgliedsstaaten zu einem Pandemievertrag:

[1406] Anderson, Christine: Rede auf der Veranstaltung „10 Jahre AfD in Hannover" am 25.03.2023; veröffentlicht in: www.youtube.com am 26.03.2023, Kanal: „Dirk Live", abgerufen am 27.03.2023.

[1407] Anderson, Christine: Rede vom 29.07.2023; veröffentlicht in: www.youtube.com am 29.07.2023, Kanal: „AfD TV", abgerufen am 30.07.2023.

„So geht nationale Selbstentmachtung zugunsten eines Clubs der globalen Eliten, in den sich die Reichsten der Superreichen per Spende einkaufen können."[1408]

Gunnar Beck (zum damaligen Zeitpunkt MdEP, NW) sendete am 18. Juli 2023 einen Tweet, der ein Foto von Ursula von der Leyen enthielt, wie sie mit George Soros spricht. Er schrieb hierzu:

„Ursula @vonderleyen wird unterwiesen! Von wem wohl?"[1409]

Auf Landesebene fiel in den letzten Jahren besonders der thüringische Co-Landesvorsitzende und Co-Fraktionsvorsitzende im thüringischen Landtag, Björn Höcke (MdL TH) wiederholt damit auf, dass er sich in seinen Reden auf eine von Globalisten gesteuerte Weltregierung bezog.

So führte er beispielsweise in seiner Rede auf einer Wahlkampfkundgebung in Lauda-Königshofen (BW) am 4. September 2021 in einer *„Analyse der weltpolitischen Lage"* aus, dass die Welt von einigen wenigen Superreichen regiert werde und die Politiker nicht dem Volk, sondern der Agenda der *„Globalisten"* diene und bemühte damit eine antisemitische Chiffre:

„Dieses Grundproblem ist die Existenz einer kleinen, superreichen Klasse. Einer kleinen Klasse von [unverständlich] Verdienern, einer kleinen Klasse, die mit Hilfe eines falsch konzipierten Geldsystems den Reichtum der arbeitsamen Bevölkerung seit Jahren und Jahrzehnten abschöpfen und zu ihrem Großkapital denn dazulegen. […] Ein Großteil der Richter des Europäischen Gerichtshofes, auch das wissen die Wenigsten, ist durch das Netzwerk von George Soros gegangen und dort sozialisiert worden. Angela Merkel, Annalena Baerbock, sind Young Leaderships. Sie sind im […] Young Leadership-Programm von wem? Klaus Schwab, der Speerspitze der Globalisten. Das sind nur einige Indizien, die dafür sprechen, dass die Superreichen versuchen, informell die Herrschaft in dieser Welt an sich zu reißen, demokratische Strukturen zu unterwandern und letztlich die Volkssouveränität auszuhebeln."[1410]

[1408] Anderson, Christine: Facebook-Eintrag vom 17.05.2024, abgerufen am 08.01.2025.
[1409] Beck, Gunnar: Tweet vom 18.07.2023, abgerufen am 20.07.2023.
[1410] Höcke, Björn: Rede am 04.09.2021 in Lauda-Königshofen; veröffentlicht in: Facebook-Eintrag vom 06.09.2021, abgerufen am 07.09.2021.

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung des BfV

Vor diesem Hintergrund, folgert er ferner, handele es sich gegenwärtig nicht um eine Demokratie, sondern um eine „*Demokratiesimulation*".[1411]

Höcke trat außerdem am 10. Juli 2021 auf einer Wahlkampfveranstaltung in Memmingen (BY) als Redner auf. Dort nahm er die Politik im Zusammenhang mit der Coronavirus-Pandemie zum Anlass, vermeintliche Pläne im Sinne einer „*Transformation der ganzen Welt in Richtung One-World und Weltregierung*" aufzugreifen. In diesem Zusammenhang lässt er mehrfach antisemitische Chiffren und Stereotype anklingen, indem er u. a. von „*globalen Geld-Eliten*" und „*Globalisten*" spricht, welche ein „*entortetes, wurzelloses Individuum*" schaffen und die „*One-World*" durchsetzen wollten. Höcke greift zudem erneut die Person George Soros auf und kokettiert damit, hierdurch die Aufmerksamkeit des Verfassungsschutzes zu erregen.

> *„Nicht das Coronavirus ruiniert unsere Demokratie, nicht das Coronavirus ruiniert unseren Rechtsstaat, nicht das Coronavirus ruiniert unseren Staatshaushalt. Nein, die Corona-Maßnahmen-Politik ruiniert uns. […] Und DER SPIEGEL, früher mal das Sturmgeschütz der Demokratie, heute das Sturmgeschütz des Establishments ist ja auch ganz federführend beim Herbeischreiben einer todbringenden Pandemie. Und wen wundert es, wenn man annimmt, dass DER SPIEGEL von einem der größten Profiteure der Corona-Maßnahmen-Politik, nämlich Bill Gates, mal 2,3 Millionen Euro Spenden erhalten hat. ‚Des Brot ich ess, des Lied ich sing'. So war es immer und so wird es immer bleiben und deswegen brauchen wir ganz dringend endlich eine freie Presse in Deutschland. Corona ist für mich, und ich habe mich jetzt anderthalb Jahre in diesem neuen Politikfeld bewegt, viel gelesen und viel gelernt, ist für mich über weite Strecken eine einzige große Inszenierung. Diesmal wieder fragen: ‚Cui bono? Wem nützt es?' Ja, es nützt den schwarzen Amigos, die sich mit dem Maskenverkauf eine goldene Nase verdient haben, aber wem nützt es natürlich aber vor allem nützt es natürlich Big Data und natürlich Big Tech. Also all den Konzernen, die ich jetzt namentlich nicht nennen muss, die durch die Digitalisierung, die durch Corona natürlichen Schub erhalten hat, sich die Taschen richtig vollgemacht hat. […] Ernst Wolff, der eine oder andere von ihnen von euch kennt ihn vielleicht, ein unermüdlicher Aufklärer, was das Weltfinanzsystem angeht, was die Macht der globalen Geld-Eliten angeht, hat vor einigen Monaten mal eine sehr, sehr gute Rede in Stuttgart gehalten, es*

[1411] Ebd.

könnte jetzt schon ein Jahr her sein bei einer Querdenken-Demonstration. Und er hat die einfache aber richtige überzeitliche Einsicht nochmal wunderbar in Worte gefasst, indem er feststellte: Geld bedeutet Macht. Und noch nie in der Weltgeschichte haben so wenige Menschen so viel Geld und damit so viel Macht in ihren Händen gehalten, wie in der Gegenwart. Auch wenn sich ein George Soros, ein Bill Gates und wie sie alle heißen, obwohl George Soros darf ich gar nicht mehr erwähnen, wenn ich ihn erwähne bin ich schon im sogenannten Verfassungsschutzbericht, […].Ja, George Soros, Bill Gates und die anderen, die spielen sich immer gerne als Philanthropen auf, das wissen wir, die wollen aber vor allen Dingen die Welt als globale Freihandelszone, die wollen ein entortetes, wurzelloses Individuum, das sie im Profitinteresse überallhin schieben können, um für sie zu arbeiten. Sie wollen keine Kulturen, sie wollen keinen Nationen, sie wollen die One-World und sie wollen am Ende auch eine Weltregierung. Das ist ihr Plan, so erkenne ich das jedenfalls, wenn ich ihre Äußerung zusammenziehe und interpretiere, wenn ich auch ihre schriftlichen Äußerungen lese und zusammenziehe und interpretiere. Und mit dem Vehikel Corona ist dann tatsächlich dieser Vision, die für mich keine Vision ist sondern eine Dystopie, ein Schreckbild, dieser Vision der One-World und der World Governments einen großen Schritt näher gekommen, das müssen wir leider so konstatieren. Es gibt hinhaltenden Widerstand und der ist extrem wichtig. Wir sind in einer schwierigen Phase als Patrioten. Wir haben seit der Entmachtung von Donald Trump wirklich mit einem Frontalangriff des globalistischen Establishments zu tun. […] Diese Globalisten wollen das Ende von dem, was wir lieben, wofür wir leben und was wir an unsere Kinder weitergeben wollen. Wir allerdings, wir von der AfD, wissen, die Nation ist noch lange nicht am Ende. […]

Da gibt es verschiedene Theorien, die alle nicht bewiesen sind, aber man kann auch dieser Theorie, weil das Wetter sich ständig ändert und nicht beeinflusst werden kann, tatsächlich auch die Transformation der ganzen Welt in Richtung One-World und Weltregierung hin ausrichten und ablaufen lassen. So meine Befürchtung. […] Wir haben ein Altparteienkartell, das von den Globalisten angeführt wird und das sich inhaltlich mit großen Politikfeldern kaum noch unterscheidet und die […] drei großen, ideologisch aufgeladenen Politikfelder, deren Hand-

habung über das Wohl und Wehe unseres Landes entscheidet – die Euro-Rettung, Energiewende und die Einwanderung – in diesen drei großen Politikfeldern sprechen die Altparteien von der umbenannten SED bis zur Merkel-Söder-Laschet-Union mit einer Stimme. Sie sind gleichgeschaltet."[1412]

Auf einer Kundgebung der AfD Brandenburg am 29. März 2022 in Prenzlau (BB) bezeichnete Björn Höcke Deutschland als *„besetztes und unterwandertes und fremdbestimmtes Land"* und die Bundesregierung als *„globalistische Sprechpuppen"*, die lediglich amerikanische und *„globalistische"* Interessen verträten:

> *„Liebe Freunde, Liebe deutsche Mitbürger, Deutschland ist ein besetztes und unterwandertes Land. Das ist das Erste, was er [Anm.: Otto von Bismarck] diagnostizieren würde. Ein besetztes und unterwandertes und fremdbestimmtes Land. [...] Die Freunde – in Anführungszeichen – die uns regieren, die sind in eine Schule gegangen, wo sie mit anderen Ideen konfrontiert worden sind, als dem eigenen Land zu dienen. Nein, diese Menschen, die uns regieren, liebe Freunde, das sind keine deutschen Patrioten. Das sind globalistische Sprechpuppen. Die machen deswegen auch keine deutsche Interessenpolitik, sondern sie machen eine Interessenpolitik für amerikanische Großkonzerne und für globalistische Strippenzieher."*[1413]

Am 30. März 2022 trat Höcke auf einer weiteren Kundgebung der AfD Brandenburg in Elsterwerda (BB) als Redner auf und äußerte sich in ähnlicher Weise zur Außenpolitik im Ukraine-Krieg:

> *„Was würde er [Anm.: Otto von Bismarck] seinem deutschen Volk sagen? [...] Er würde zunächst einmal darauf hinweisen – mit Blick auf Deutschland, mit Blick auf dieses verlotterte politische Establishment – Deutschland, meine lieben Mitbürger, Deutschland ist ein unterwandertes, ein fremdbestimmtes, ein nicht souveränes Land. [...] Er würde darauf hinweisen, dass fast sämtliche Regierungsvertreter in Berlin irgendwie mal in den letzten Jahren und Jahrzehnten in den sogenannten transatlantischen Netzwerken unterwegs waren. [...] Und da hat man ihnen vielleicht die Reste an Patriotismus aberzogen, man hat sie in die*

[1412] Höcke, Björn: Redebeitrag am 10.07.2021 in Memmingen; veröffentlicht in: www.youtube.com am 11.07.2021, Kanal: „Politwelt", abgerufen am 12.07.2021.

[1413] Höcke, Björn: Facebook-Video-Livestream vom 29.03.2022, abgerufen am 30.03.2022.

globalistische Denkweise vor allen Dingen US-amerikanischer Eliten hineingenommen, mitgenommen, integriert. Man hat sie transformiert, um sie dann als globalistische Sprechpuppen, als Marionetten zurückzuschicken in ihr Land."[1414]

Höcke verwendet in den Beiträgen mehrere Codes und Andeutungen, die, betrachtet man sie im Zusammenhang, eindeutig antisemitischen Gehalt besitzen. „*Sprechpuppen*" bzw. „*Marionetten*" gehören seit dem 19. Jahrhundert zu den verbreitetsten und wirkmächtigsten Bildern antisemitischer Propaganda; sie suggerieren, Juden übten aus dem Hintergrund Macht über Nicht-Juden aus. Trotz einer kulturell verankerten Verbindung von „*Marionettenspieler*" und „Juden" ist „*Marionette*" jedoch kein ausschließlich in antisemitischen Kontexten gebräuchlicher Begriff. Ebenso grundsätzlich uneindeutig ist die Begrifflichkeit „*globalistisch*", die jedoch ebenfalls – wie in den vorangegangenen Ausführungen bereits dargelegt – oftmals als antisemitisches Codewort herangezogen wird. Die von Höcke gewählte Kombination zweier solcher mehrdeutiger, gleichwohl unabhängig voneinander auch in antisemitischen Kontexten fest etablierter Begriffe kann nicht als Zufall bewertet, sondern muss – nicht zuletzt angesichts der wiederholten Nutzung solcher Begriffe und Argumentationen durch Höcke – als intentionale Setzung einer codierten antisemitischen Aussage verstanden werden, die dem sozialen und politischen Antisemitismus zuzuordnen ist.

Am 21. Mai 2022 sprach Björn Höcke im Rahmen einer Wahlkampfkundgebung der AfD Sachsen in Grimma (SN) und bediente abermals das antisemitisch konnotierte Narrativ einer die Fäden ziehenden globalistischen Elite:

„*Und auch dieses Bewusstsein müssen wir immer und immer wieder jeden Tag reaktivieren: Freunde – die US-Amerikaner sind nicht unsere Feinde, die Russen sind nicht unsere Feinde, die Ukrainer sind nicht unsere Feinde. Diese Völker werden auch stellenweise fremdbestimmt. [...] Und ich kann den Amerikanern nur wünschen, dass sie sich endlich von ihrem Tiefen Staat befreien, von einem globalistischen Establishment befreien und mit uns zusammen auf die Seite der Freiheit treten und diese Welt wieder sicher und schön machen."*[1415]

[1414] Höcke, Björn: Redebeitrag am 30.03.2022 in Elsterwerda (BB); veröffentlicht in: www.youtube.com am 30.03.2022, Kanal: „AfD Brandenburg", abgerufen am 30.03.2022.

[1415] Höcke, Björn: Redebeitrag in Grimma am 21.05.2022; veröffentlicht in: www.youtube.com am 21.05.2022, Kanal: „Weichreite TV", abgerufen am 27.05.2022.

In seiner Äußerung reiht Höcke mehrere verschwörungstheoretische Motive aneinander. Er behauptet, dass die USA, Russland und die Ukraine (wenn auch nur stellenweise) „*fremdbestimmt*" seien. Eine Benennung der eigentlich Mächtigen unterlässt Höcke und überlässt es den Rezipienten, diese Lücke zu füllen. Der verwendete Begriff der Fremdbestimmung ist untrennbar mit nationalstaatlicher Souveränität verbunden, er zielt hier keineswegs auf Abhängigkeiten etwa von Finanz- und Wirtschaftsunternehmen, in denen sich nationale Regierungen ggf. befinden können. Folglich muss davon ausgegangen werden, dass es sich bei diesen eigentlich Mächtigen um Instanzen handelt, die im Hintergrund agieren, mit ungeheurer Macht und konkreter Zielrichtung ausgestattet und sowohl über den USA als auch über Russland angesiedelt sind. Die von Höcke – zumindest auf der sprachlichen Oberfläche – im Vagen gehaltene Aussage wird durch verschwörungstheoretische Signalwörter ergänzt und verstärkt, dass es in den USA einen „*Tiefen Staat*" gebe, der von einem „*globalistischen Establishment*" getragen würde. Damit behauptet Höcke, die USA würden im Geheimen von einer Verschwörung – und zwar von einer über die ganze Welt verteilten Elite der Reichen und Mächtigen – in eine bestimmte Richtung gesteuert.[1416] Betrachtet man diese narrativen Elemente in der Gesamtschau, zeigt sich eine auf antisemitischen Ressentiments und Bildern basierende Erzählung, die dem politischen und sozialen Antisemitismus zuzuordnen ist.

Ähnlich ist ein Facebook-Post von Höcke vom 21. Mai 2023 zu verstehen, in dem er in kryptischer Weise im Zusammenhang mit dem 175-jährigen Jubiläum der Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche schreibt:

> *„Das war der große Gegensatz zu heutigen überstaatlichen Konstrukten wie der Europäischen Union mit ihren ‚Transformationsprozessen', der das Wesen eines Obrigkeits-Projektes anhaftet, das den Bürgern zwangsverordnet wird."*[1417]

Auch in diesem Zitat zeigen sich abermals die oben bereits beschriebenen antisemitisch konnotierten Erzählungen der von oben fremdbestimmten Bevölkerung und einer gesteuerten Transformation der Gesellschaft.

1416 Vgl. Wetzel, Juliane: „Verschwörungstheorien", in: Benz, Wolfgang (Hrsg.): „Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart", Bd. 3: „Begriffe, Theorien, Ideologien", Berlin/Boston 2010, S. 334 ff.

1417 Höcke, Björn: Facebook-Eintrag vom 21.05.2023, abgerufen am 18.03.2024.

Am 4. August 2023 teilte Höcke auf seiner Facebook-Seite ein Bild, das ursprünglich vom Deutschland-Kurier erstellt wurde. Auf diesem wird er mit einem Zitat wiedergegeben, das er im Rahmen der Europawahlversammlung der AfD in Magdeburg (ST) äußerte.



Auch hier spricht Höcke abermals von der EU als „*Projekt globalistischer Eliten*“, womit er an seine früheren antisemitisch konnotierten Äußerungen und Narrative anschließt.[1418]

Ähnlich äußerte sich Nicole Höchst (MdB, RP) in einem Telegram-Beitrag vom 8. Oktober 2023, in dem sie ebenfalls auf die Theorie vom „*Tiefe[n] Staat*“ zurückgreift und Deutschland als nicht souveränes Land darstellt, dem drohe, von sozialistisch getriebene globalen Eliten geschädigt zu werden:

> „*Liebe Wähler, wenn Sie nicht Teil derer sein wollen, die zulassen, dass Deutschland immer stärker in eine Scheindemokratie abdriftet können Sie am heutigen*

[1418] Höcke, Björn: Facebook-Eintrag vom 04.08.2023, abgerufen am 18.03.2024.

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung des BfV

Sonntag nur AfD wählen. Ich appellieren besonders inständig an alle Nichtwähler. Geben Sie uns, der Alternative für Deutschland, eine Chance, den Systemwechsel zu vollziehen: Weg von Filzokratie und Tiefem Staat, hin zu Rechtsstaat mit funktionierender Gewaltenteilung. Freiheitlich Demokratischer Grundordnung. Hin zu einem souveränen Deutschland, dessen Regierung deutsche Interessen vertritt. Werden Sie Teil des demokratischen Widerstands gegen Entrechtung. Verarmung und Menschenverachtung. Liebe Nichtwähler, Sie sind mit Abstand die größte Gruppe. Sie können an diesem den entscheidenden Unterschied machen zwischen einer Zukunft für sich und Ihre Kinder in Demokratie, Frieden, Freiheit- in Sicherheit und selbst erwirtschaftetem Wohlstand oder eben in sozialistischer Zwangs-, Verbots-, Entrechtungs- und Verarmungspolitik der globalen Eliten und ihren Willingen Vollstreckern in den deutschen Parlamenten nämlich der vergrünten AntideutschlandEinheitspartei bestehend aus CDUCSUFDPSPDBündins90dieGrünenDielinke. Stemmen Sie sich mit uns zusammen gegen die dritte sozialistische Diktatur auf Deutschem Boden. Auch wenn sie im netten grünen Kleidchen mit Heilsversprechen daherkommt. Wir, die AfD, sind keine Systempartei. Wir sind nicht fremdgesteuert, weder von Putin noch sonstwem, haben keine Young Global Leaders an Bord. Wir dienen Deutschland. Geben Sie uns eine Chance. Wählen Sie am heutigen Sonntag in Bayern und in Hessen die AfD. Wir alle wollen freie Bürger sein. Keine Untertanen. Werden Sie Teil des demokratischen Widerstands und bringen Sie mit uns Demokratie und Freiheit zurück nach Deutschland."[1419]

Hans-Thomas Tillschneider (MdL ST) beteiligte sich am 30. Juli 2022 an einer Podiumsdiskussion zum Thema „Krieg in der Ukraine" beim Institut für Staatspolitik (mittlerweile Menschenpark Veranstaltungs UG) in Schnellroda (ST). Dort äußerte er:

„George Soros hat mit seinen Methoden, mit seinem Institut, mit seinen Netzwerken die Ukraine gedreht. Das wissen wir alle. Er hat den Leuten den Kopf verrückt gemacht. Die Erlösung läge im Westen und hat die Ukraine gedreht. Und damit wurde sozusagen die Ursache geschaffen für den Konflikt, den wir jetzt sehen und Russland war nicht in der Lage, ähnlich subtil und hintergründig zu arbeiten.

[1419] Höchst, Nicole: Telegram-Beitrag vom 08.10.2023, abgerufen am 09.10.2023.

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung des BfV

> *[…] Also was Russland lernen muss, ist, dass es den Methoden, den Schutz des George Soros auf gleicher Ebene Paroli bietet.“*[1420]

An anderer Stelle in der Diskussion sagte Tillschneider:

> *„Wäre Trump Präsident geblieben und wäre nicht sozusagen diese giftige Sprechpuppe der Globalisten, Biden, Präsident geworden, hätten wir in der Ukraine keinen Krieg gesehen.“*[1421]

Tillschneider zufolge habe Soros die Ukraine subtil und hintergründig in seinem Sinne beeinflusst und damit die Ursache für den nun ausgebrochenen Krieg geschaffen. Bei dieser Aussage handelt es sich um eine tradierte antisemitische Argumentationsfigur, wie sie bereits in klassischen Propagandaschriften wie den „Protokollen der Weisen von Zion“ enthalten ist.[1422] Juden agierten demnach im Geheimen und in indirekter Weise, sie manipulierten Nicht-Juden in ihrem Sinne und vor allem zettelten sie Kriege an, um ihre Macht zu festigen und auszubauen. Tillschneider nutzt den Verweis auf Soros nicht nur als Code, sondern er verstärkt ihn auch durch eine Darstellung von angeblichen Verhaltensweisen und Motiven, die zum Kernbestand judenfeindlicher Weltsichten gehören und dem politischen Antisemitismus entstammen.

Darüber hinaus nutzt Tillschneider mit Bezug auf US-Präsident Biden die Formulierung „*Sprechpuppe der Globalisten*“. Diese Bezeichnung ist praktisch deckungsgleich mit derjenigen Björn Höckes, wie sie oben[1423] betrachtet wurde. Tillschneider bedient sich derselben Vorgehensweise: Zwei Begriffe („*Sprechpuppe*“ und „*Globalisten*“), die, für sich genommen, jeweils uneindeutig und nicht klar als antisemitisch zu werten sind, werden in auffälliger Weise kombiniert, sodass sich ihre Mehrdeutigkeit zugunsten der antisemitischen Bedeutungsdimension auflöst. Biden wird somit als von jüdischen Strippenziehern abhängig dargestellt; hierbei handelt es sich um politischen Antisemitismus.

[1420] Tillschneider, Hans-Thomas: Podiumsdiskussion des IfS am 30.07.2022; veröffentlicht in: www.youtube.com am 10.08.2022, Kanal: „Kanal Schnellroda“, abgerufen am 16.08.2022.
[1421] Ebd.
[1422] Vgl. Pomplan, Jan-Philipp: „Kriegs- und Krisengewinnler“, in: Benz, Wolfgang (Hrsg.): „Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart“, Bd. 3: „Begriffe, Theorien, Ideologien“, Berlin/Boston 2010, S. 181 f.
[1423] Vgl. S. 504.

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung des BfV

Der sächsische AfD-Landtagsabgeordnete Jörg Dornau gebrauchte in einem Facebook-Post vom 20. Februar 2022 die antisemitische Chiffre von einem im Hintergrund die Strippen ziehenden „*Weltfinanzkapital*":

> „*Die vom Weltfinanzkapital gesteuerten Machthaber sehnen sich einen Krieg gegen Russland herbei*".[1424]

Björn Höcke (MdL TH) veröffentlichte am 30. Oktober 2024 einen Beitrag auf Facebook, in dem er auf einen in der Online-Zeitung „Wir selbst – Zeitschrift für nationale Identität" veröffentlichten Artikel des Autors Klaus Kunze verwies. Dazu schrieb er:

> „*Klaus Kunze stellt zurecht die Frage, wer und in welchem Interesse Deutschland regiert wird. Sein Beitrag zeigt indirekt auf, wie groß der Reformbedarf ist, wenn wir in und für Deutschland wieder das Prinzip der Volkssouveränität umsetzen wollen. Lesenswert!*"[1425]

Der geteilte Artikel ist dabei ebenfalls geprägt von antisemitischen Chiffren und konstruiert das Bilder einer global agierenden Elite, die zwecks eigener Profitsteigerung im Franchise-Stil („*politische[n] Lizenznehmer*") Demokratie-Dependancen lizensiere:

> „*Was die da oben als ‚unsere Demokratie' mit Zähnen und Klauen verteidigen, ist tatsächlich: ihre Demokratie. Sie haben das politische System so genannt, weil der Begriff massentauglich ist und vielversprechend klingt. Wollten nicht schon die USA die ganze Welt safe for democracy machen? In Deutschland ist es ihnen gelungen. Ihre politischen Lizenznehmer legten uns 1948 ein System nahe, das bei theoretischer sozialer Durchlässigkeit doch gewährleistet, daß unser Land von einer mehr oder weniger großen politisch-medialen Funktionselite geleitet wird. Wer dazu gehören will, muß in ihrem totalen Parteienstaat so werden, wie die anderen da oben schon sind. Die Gesichter im Fernsehen wechseln gelegentlich, aber das System bleibt stabil. Deutsche mögen Stabilität und daß ihnen jemand das eigenständige Denken abnimmt. Das waren sie vor 1948 schon zwölf Jahre so gewohnt.*"[1426]

[1424] Dornau, Jörg: Facebook-Eintrag vom 20.02.2022, abgerufen am 21.02.2022.
[1425] Höcke, Björn: Facebook-Eintrag vom 30.10.2024, abgerufen am 30.10.2024. (Doppelverwendung des Belegs aus Kapitel E. I. 2. e. bb)
[1426] Wir Selbst: „Wer regiert hier eigentlich?" vom 29.10.2024, in: https://wir-selbst.com, abgerufen am 30.10.2024. (Doppelverwendung des Belegs aus Kapitel E. I. 2. e. bb.)

Dieser Abschnitt ist dabei mit einer antisemitischen Karikatur bebildert, die 1943 als Propagandaplakat der Nationalsozialisten unter dem Titel „Kultur-Terror" erstveröffentlicht wurde:



[1427]

Die Karikatur zeigt stereotype Darstellungen von Juden, was insbesondere mit dem Davidstern offenkundig wird, und assoziiert diese mit Reichtum und dem Streben nach unterdrückender Macht.

Klaus Kunze resümiert:

> *„Unsere Demokratie' dieser Plutokraten hat mit unseren Ideen einer Demokratie als Volksherrschaft von unten, dem Volk, hinauf zu den Staatsorganen nichts zu tun, setzt die Spielregeln demokratischer Selbstorganisation außer Kraft, wäscht unseren Landsleuten tagtäglich die Gehirne mit einer globalistischen Propaganda und zerstört das nationale Selbstbewußtsein unseres Volkes. Wohin uns das geführt hat, können wir jeden Tag auf den Straßen unserer Städte erleben."*[1428]

[1427] Vollständige Karikatur, im Text wurde der Titel abgeschnitten.
[1428] Ebd.

Der Beitrag von Höcke und damit auch der Artikel von Kunze wurden am 30. Oktober 2024 auch durch den Telegram-Account der AfD Thüringen geteilt.[1429]

Hans-Christoph Berndt (MdL und Fraktionsvorsitzender BB) äußerte sich in einem Interview bei AUF1 TV mit Martin Müller-Mertens vom 31. Oktober 2022:

> *„Und jetzt haben wir im Ergebnis dessen, dass wir nicht nur unter dem Corona-Diktat leiden bis heute in Deutschland und in Österreich, sondern eben auch zunehmend spüren die Folgen dieser Politik, die auf die ‚Große Transformation' zielt. Das ist nicht nur Gerede, es geht wirklich darum, dass unsere Art zu leben und wirtschaften ganz anders werden soll, wie es Angela Merkel im Jahr 2020 angekündigt hat. […] Ja das ist eine Transformation, die dann tatsächlich dazu führt, dass wirklich alles umgestülpt wird, insofern könnte man dann auch fast auch von Revolution sprechen. Und das ist ja auch eine längerfristig angesetzte Politik, die verfolgt längerfristige Ziele oder ist zumindest wirklich strategisch auch angelegt. Und das was wir 2015 erlebt haben mit der Grenzöffnung, mit dieser Migration habe ich spontan damals verstanden als Angriff auf die europäischen Nationalstaaten, auf die Nationalstaaten des weißen Mannes, in Amerika ist es ja nicht viel anders, in den USA. Und tatsächlich, das gehört in den ganzen Zusammenhang der Transformation. Wir haben dann den UNO-Migrationspakt und wir haben eben das Bestreben, nationalstaatliche Ordnung, nationalstaatliche Regelungen abzulösen, durch globale, durch den UNO-Migrationspakt aber auch durch die WHO, das sind dann nicht mehr staatliche Organisationen, sondern das ist eine Mischung von staatlich und privat und zielt wirklich darauf ab, unsere ganze Lebensweise komplett zu ändern. Diese Transformation ist tiefgreifend und da könnte man dann auch schon von Revolution sprechen. […] Wir sind in der Situation, dass wir von sehr reichen und sehr einflussreichen und mächtigen Leuten, dass sehr einflussreiche und mächtige Leute die Transformation wollen, dass wir nicht mehr so leben, wie wir es gewohnt sind, nicht mehr in National-*

[1429] AfD Thüringen: geteilter Telegram-Beitrag vom 30.10.2024, abgerufen am 30.10.2024. (Doppelverwendung des Belegs aus Kapitel E. I. 2. e. bb.)

staaten leben, nicht mehr frei leben, sondern in einer, ich würde mal sagen maoistischen Weltkommune leben, so, wie die es für richtig halten. Das ist die Lage, und dagegen muss man sich wehren."[1430]

Berndt bedient mit dieser Aussage ebenfalls Elemente des sozialen und politischen Antisemitismus, indem er behauptet, eine Personengruppe, die „*einflussreich*" und „*mächtig*" sei, strebe Veränderungsprozesse zu Lasten einer freien Gesellschaft an.

Bei einer Gedenkveranstaltung des AfD-Kreisverbands Bautzen zum 70. Jahrestag des Volksaufstandes in der DDR in Pulsnitz (SN) äußerte sich Jörg Urban (Landes- und Fraktionsvorsitzender, MdL SN) in ähnlicher Diktion, indem er von globalen Eliten und einer mächtigen Finanzindustrie spricht:

„Medien, Politiker und die globale Finanzindustrie haben inzwischen eine unheilige Allianz gebildet. Und ich sage euch noch etwas: Jede Form von Sozialismus braucht ihre Sklaven. Die roten Sozialisten benutzten die Menschen damals als Arbeitssklaven, um ihrer kommunistischen Träume umzusetzen und nebenbei als kleine Pseudo-Elite in Saus und Braus zu leben. […]
Liebe Freunde, der grüne Kommunismus klopft an der Tür, getragen von allen Altparteien, getragen von den meisten Mainstream-Medien, getragen und gelenkt von anglo-amerikanischen Globalisten und Milliardären."[1431]

Die Vorstellung einer global agierenden „*Finanzindustrie*" verbreitete auch Beatrix von Storch (MdB, BR und stellvertretende Fraktionsvorsitzende) in einem Tweet vom 12. Januar 2024:

„#Deportation trendet um AfD-Verbot zu begründen:
#Correctiv ist das Sturmgeschütz der grünen Milliardäre u. d. globalen Finanzindustrie."[1432]

In ihrer Bewerbungsrede auf dem Landesparteitag der AfD Berlin im Oktober 2024 in Jüterbog (BB) griff von Storch diesen Begriff – neben weiteren antisemitischen Chiffren

---

[1430] AUF1: „Christoph Berndt: ‚Wir brauchen den Druck auf der Straße'" vom 31.10.2022, in: https://auf1.tv, abgerufen am 01.11.2022.
[1431] Urban, Jörg: Rede anlässlich des 70. Gedenktages des DDR-Volksaufstandes bei der Veranstaltung des KV Bautzen in Pulsnitz am 17.06.2023; veröffentlicht in: www.youtube.com am 18.06.2023, Kanal: „Frank Chrischtschow", abgerufen am 19.06.2023.
[1432] Storch, Beatrix von: Tweet vom 12.01.2024, abgerufen am 17.01.2024.

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung des BfV

(*„globalitische[r] Wahn“*, *„Hintermänner von BlackRock, World Economic Forum, Gates und Co.“*) – erneut auf:

> *„Wir stehen jetzt vor der Alternative linke woke Kulturrevolution oder geistig-moralische Wende, darum geht es bei der Bundestagswahl 2025. Die Linksgrünen führen einen Kulturkampf gegen alles, was wir lieben. Gegen Deutschland, gegen das christliche Abendland und gegen unsere Kultur und Identität. CDU, FDP, Wirtschaftsverbände, die Kirchen haben alle kapituliert, indem sie woke geworden sind. Aber wir führen diesen Kulturkampf nicht nur reaktiv, wir führen ihn aktiv. […]*
> *Wir brauchen keine Brandmauer gegen die AfD, wir brauchen eine Brandmauer gegen den globalistischen Wahn. Und die Brandmauer gegen den globalistischen Wahn, das ist die AfD. Was die woken Kräfte in Brüssel, Davos und New York entscheiden, zerstört unser Leben hier in Deutschland, in Lichtenberg, in Pankow, überall. Darum führen wir den Kampf auf allen Ebenen: lokal, national und global. […]*
> *Aktuelle Stunde zum UN-Zukunftsgipfel im Bundestag. Ich habe in meiner Rede dazu im Bundestag gezeigt, was die anderen alle verschwiegen haben: Das Ziel des UN-Generalsekretärs – eine Weltregierung installieren. Den globalen Notstand ausrufen können. Mit seinen Hintermännern von BlackRock, World Economic Forum, Gates und Co. […] Hinter der grünen Klimapolitik steckt die globale Finanzindustrie. Es geht nicht um Klimaschutz, es geht um Macht und Geld, um sehr viel Geld.“*[1433]

Der Deutschland-Kurier übertrug am 22. Februar 2023 live auf YouTube den Politischen Aschermittwoch der AfD Bayern in Osterhofen (BY), an welchem unter anderem auch Katrin Ebner-Steiner (MdL BY) als Rednerin teilnahm. In ihrem Redebeitrag äußerte sich diese unter anderem in verschwörungstheoretischer Weise:

> *„Wir [Anm.: die AfD] arbeiten nicht für Lobbyisten, Globalisten und Finanzeliten. Denn diese Leute verfolgen mit dem Allparteienkartell den Great Reset. […] Jetzt kommt mit mir auf eine Zeitreise. Ich nehme euch mit in eine Zukunft des Jahres*

[1433] Storch, Beatrix von: Bewerbungsrede auf dem Landesparteitag der AfD Berlin im Oktober 2024 in Jüterbog; veröffentlicht in: Instagram-Eintrag vom 14.10.2024, Kanal: „beatrix.von.storch“, abgerufen am 15.10.2024.

> *2040, nach dem Rot, Schwarz, Grün und Gelb noch weitere 17 Jahre regiert haben. Doch da müsst ihr jetzt durch. Die Bundesrepublik Deutschland wurde umbenannt in ‚Bunte Republik – nie wieder Deutschland' und der Bundestag in ‚Bunter Tag'. Das ist sowieso egal, denn die Regierungsgeschäfte werden jetzt direkt aus Brüssel und Washington erledigt."*[1434]

Am 24. November 2022 sprach der damalige Vorsitzende des AfD-Kreisverbands Schwandorf-Cham (BY) und Mitglied des Bezirkstags Oberpfalz Wolfgang Pöschl[1435] (BY) auf einem überparteilichen Vernetzungstreffen. Nachdem Pöschl die Anwesenden *„im Namen des AfD-Kreisverbands Schwandorf-Cham"* begrüßt hatte, führte er in seinem Redebeitrag aus:

> *„Während euer Bankkonto geplündert wird, fließt das Geld in die Taschen der globalistischen Superreichen, der globalistischen Eliten, wie Klaus Schwab, George Soros, Bill Gates, König Charles III von Großbritannien und so weiter. Und deren korrupten Handlanger wie früher schon Merkel und jetzt unsere rotgrünen Politdarsteller in München, Berlin und Brüssel. […] Mit allen Mitteln suchen sie nun nach Sündenböcken, um die Schuld am finanzwirtschaftlichen Zusammenbruch von sich abzuwenden. Die Zerstörer der freiheitlichen wirtschaftlichen und politischen Ordnung des Westens, die unermesslichen Reichtum gesammelt haben, wollen jetzt ihrer Verantwortung entkommen. […] Das haben wir übrigens auch den korrupten, verlogenen Rundfunkmedien zu verdanken. Um ihre Macht und ihr durch Unrecht gerafftes Geld vor einem Crash wie 1929 zu schützen, wollen die Profiteure eine neue Ordnung der Welt und des Wirtschaftssystems den Menschen auferlegen. In einer unheiligen Allianz mit machtgierigen Neomarxisten wollen die globalen Spieler ihre Macht in einer globalen, totalitären Herrschaft sichern, der sogenannten Global Governance. […] Sie haben uns Bürger dabei ausgenutzt und uns unseren Wohlstand genommen. Unsere Freiheit,*

[1434] Ebner-Steiner, Katrin: Redebeitrag auf dem Politischen Aschermittwoch der AfD Bayern; veröffentlicht in: www.youtube.com am 22.02.2023, Kanal: „Deutschland Kurier", abgerufen am 28.02.2023.

[1435] Gegen Wolfgang Pöschl lief ein Parteiausschlussverfahren, zu dessen Gründen und Ausgang keine Erkenntnisse vorliegen. Pöschl ist Stand Januar 2025 nicht mehr Mitglied der AfD.

unsere Demokratie, der Rechtsstaat, unsere Kultur, alles das wollen sie uns nehmen! Jetzt wollen sie uns auch noch eine neue, totalitäre Weltordnung aufzwingen, um uns zu unterwerfen und zu knechten."[1436]

Neben dem Verweis auf *„globalistische Eliten"* wie George Soros kommt der antisemitische Gehalt hier in der Bezugnahme auf *„durch Unrecht gerafftes Geld"* zum Ausdruck, worin ein Rückgriff auf die im Nationalsozialismus propagierte Unterscheidung zwischen „schaffendem" und „raffendem" Kapital zu sehen ist.

ee. Weitere antisemitische Aussagen und Positionen

Christina Baum (MdB, BW/ST) leitete am 25. Juli 2022 auf Telegram einen Post der Seite anonymousnews.org weiter, der vor dem Hintergrund eines manipulativen Videoclips mit Interview-Äußerungen des Bundespräsidenten a.D. Joachim Gauck dessen vermeintlichen Deutschland-Hass anprangerte.[1437] Während der gesamten 23-sekündigen Interviewsequenz wird per Splitscreen ein Standbild von Gauck mit gesenktem Kopf und einer Kippa eingeblendet.



Der Videoclip wie auch der Kommentar von anonymousnews.org reißen die Äußerungen Gaucks gezielt aus dem Zusammenhang. Denn obwohl Gauck seine in der ZDF-Sendung Markus Lanz am 13. Juli 2022 getätigten ablehnenden Äußerungen gegenüber Deutschland zweifelsfrei ausschließlich auf das nationalsozialistische Deutschland bezog, präsentieren sowohl der Clip als auch der Kommentar die Äußerungen so,

[1436] Pöschl, Wolfgang: Redebeiträge des Vernetzungstreffens; veröffentlicht in: www.youtube.com am 24.11.2022, Kanal: „Deutsche Konservative", abgerufen am 28.11.2022.
[1437] Baum, Christina: Videobeitrag; veröffentlicht in: Telegram-Beitrag vom 25.07.2022, Kanal: „Klartext von Dr. Christina Baum MdB", abgerufen am 15.08.2022.

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung des BfV

als bezögen sie sich auf Deutschland im Allgemeinen bzw. auf die heutige Bundesrepublik. In Kombination mit der demütigen Darstellung Gaucks mit Kippa wird suggeriert, der *„Deutschlandhass"* des früheren evangelischen Pastors Gauck hänge mit dessen Haltung gegenüber dem Judentum zusammen. Die Botschaft, dass das (ehemalige) deutsche Staatsoberhaupt sich dem Judentum untergeordnet habe, von Juden beeinflusst worden sei und deren deutschlandfeindliche Agenda umgesetzt habe, nimmt einen wesentlichen Topos des politischen Antisemitismus auf. Durch das kommentarlose Teilen des Posts macht sich Christina Baum diese antisemitische Position zu Eigen und verbreitet sie durch ihr Teilen.

In einem Facebook-Post vom 27. August 2023 äußerte sich Björn Höcke (MdL TH) zu dem Skandal um das antisemitische Flugblatt, das der aktuelle bayerische Wirtschaftsminister und stellvertretende bayerische Ministerpräsident Hubert Aiwanger als Schüler in seiner Tasche mit sich führte:

> *„Rechtzeitig vor der Landtagswahl hat Bayern seinen ‚Skandal': Der stellvertretende Ministerpräsident und Freie-Wähler-Chef soll als Jugendlicher ein antisemitisches Flugblatt verfaßt haben. Das Machwerk wurde im Zusammenhang mit der Berichterstattung neu verbreitet, und wer das liest, erkennt sofort, daß es sich dabei um einen geschmacklosen und morbiden Schüler-Scherz handelt, der nur so vor pubertären Allmachtsphantasien trieft. Es ist primitiv und dumm, nicht sonderlich lustig – aber eben auch kein politisches Manifest. Das ist eine klassische Jugendsünde, und es ist davon auszugehen, daß sich Hubert Aiwanger seitdem sittlich weiterentwickelt hat. Über 35 Jahre ist es her: Als er das verfaßt haben soll, hieß die Partei ‚Die Linke' noch SED und hat auf Menschen schießen lassen."*[1438]

Es handelt sich dabei um das folgende Flugblatt[1439]:

[1438] Höcke, Björn: Facebook-Eintrag vom 27.08.2023, abgerufen am 29.08.2023.
[1439] BILD: „Affäre um Auschwitz-Flugblatt: Söder bestellt Aiwanger ein" vom 28.08.2023, abgerufen am 06.05.2024.

B U N D E S W E T T B E W E R B :

Wer ist der größte Vaterlandsverräter?

TEILNAHMEBERECHTIGT: Jeder, der Deutscher ist und sich auf deutschem Boden aufhält.

TERMINSCHLUSS: 1.1.88

BEWERBER: Melden sich im Konzentrationslager Dachau zu einem Vorstellungsgespräch.

PREISVERTEILUNG: Die Beleger der Plätze 1-1000 dieses Wettbewerbes werden noch im Laufe des Januars abgeholt.

Und nun die zu gewinnenden Preise im Einzelnen:

1.Preis: Ein Freiflug durch den Schornstein in Auschwitz.
2. " : Ein lebenslänglicher Aufenthalt im Massengrab. (Ort nach Belieben).
3. " : Ein kostenloser Genickschuß.
4. " : Einjähriger Aufenthalt in Dachau. (Freie Kost und Logie).
5. " : Eine kostenlose Kopfamputation durch Fallbeil.
6. " : Eine Fahrkarte in die ewigen Jagdgründe. (Erfüllungsort ebenfalls das Vergnügungsviertel Auschwitz und Nebenlager).
7.-1000. Preis: Eine Nacht Aufenthalt im Gestapokeller, dann ab nach Dachau.

Wir hoffen auf zahlreiche Teilnahme und wünschen viel Vergnügen den Gewinnern der Plätze 1-1000!

In dem Flugblatt werden in hämischem Ton verschiedene nationalsozialistische Mord- und Verfolgungspraktiken angepriesen.[1440] Höcke bezeichnet das Flugblatt als *„klassische Jugendsünde*". Mit dieser Verharmlosung eines von Höcke selbst als antisemitisch bezeichneten Flugblatts, das von einem immerhin 16- bzw. 17-Jährigen verfasst wurde[1441] und das am Nationalsozialismus orientierte, brutalste Vernichtungsfantasien aufweist, verharmlost Höcke auch den grundsätzlich gegen die Menschenwürde gerichteten Antisemitismus.

Hans-Thomas Tillschneider (MdL ST) äußerte sich am 18. September 2023 in seinem Redetext zum „3. Preußenfest" am 15. September 2023 in Schnellroda (ST) auf seiner Facebook-Seite in ähnlicher Weise (vgl. auch Kapitel E. I. 4. b.):

[1440] Auch wenn in dem Flugblatt nicht explizit von Jüdinnen und Juden die Rede ist, wird durch den „1. Preis" eine Beseitigungsmethode von Leichen sowie das Lager Auschwitz herausgestellt, die unmissverständlich auf den Holocaust hinweisen. Insofern werden Jüdinnen und Juden hier als Inbegriff des gesuchten Vaterlandsverräters markiert.

[1441] Offenbar war Helmut Aiwanger (Jg. 1970) der Autor, nicht sein Bruder Hubert Aiwanger (Jg. 1971).

„Wenn einem 52jährigen Mann ein Flugblatt nachgetragen wird, in dem er als Schüler vor 35 Jahren darüber phantasiert haben soll, Vaterlandsverräter ins KZ zu schicken, dann ist das, was wir heute zu kritisieren haben, nicht die unbeholfene Provokation des pubertären Gernegroß von einst, sondern das schäbige Aufblasen einer solchen jugendlichen Verirrung, um draus Kapital zu schlagen. [...] Und deshalb stürzen sie sich auf Flugblätter, die dumme Jungen vor 35 Jahren verbreitet haben."[1442]

Tillschneider tut das Flugblatt als „*unbeholfene Provokation*", als „*jugendliche Verirrung*" von „*dummen Jungen*" ab. Wie Höcke, verharmlost auch Tillschneider damit den im Flugblatt enthaltenen mörderischen Antisemitismus.

Im selben Post äußerte sich Tillschneider, beworben mit einem Meme mit dem Text „*Schuld anerkennen, Schuldkult beenden!*":

„Ein ganzes Volk wurde gestraft für die Verbrechen einer Parteioligarchie, als wäre es selbst durch deren Unrechtsherrschaft allein noch nicht gestraft genug gewesen. [...] Groß war sicherlich die Schuld, aber gnadenlos auch die Strafe – so gnadenlos, daß die Strafe die Schuld gleich welcher Art bis in den letzten Winkel gesühnt und ausgetilgt hat. Wir können das Büßerhemd ein- für allemal ablegen und erhobenen Hauptes allen Völkern dieser Welt gegenübertreten und all diejenigen munter vor den Kopf stoßen, die unsere deutsche Schuld niemals getilgt wissen wollen, und zwar nicht, weil es ihnen um Gerechtigkeit ginge, sondern im Gegenteil, weil es ihnen einzig und allein darum geht, uns in maßloser Verdammung niederzuhalten – oder schlimmer noch – weil es gebrochene Geister sind, die sich nur noch in der Selbsterniedrigung gefallen."[1443]

Tillschneider räumt zwar die deutsche Schuld ein, vollzieht zugleich jedoch eine Täter-Opfer-Umkehr, indem er behauptet, die angeblich bereits getilgte Schuld werde den Deutschen unrechtmäßig noch immer vorgehalten. Die Betonung der angeblichen Gnadenlosigkeit nimmt den klassischen Vorwurf des religiösen Antisemitismus gegenüber den Juden auf, sie wären rachsüchtig und würden (anders als Christen) Sünden nicht vergeben. Weiterhin greift die Aussage, dass der Verweis auf deutsche Schuld

[1442] Tillschneider, Hans-Thomas: Facebook-Eintrag vom 18.09.2023, abgerufen am 19.09.2023.
[1443] Ebd.

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung des BfV

dazu diene, die Deutschen *„niederzuhalten"*, auf eine der häufigsten Topoi des sekundären Antisemitismus zurück, wonach der Holocaust von Juden als Instrument der Machtausübung eingesetzt werde. Darüber hinaus verweist auch die Formulierung, dass es sich um *„gebrochene Geister"* handle, die sich selbst erniedrigten, auf den Juden zugeschriebenen Status als der Inbegriff des Opfers und wertet sie damit ab. Tillschneider legt mit dieser Beschreibung nahe, dass es sich bei der von ihm angeklagten, niederträchtigen Personengruppe um Juden handelt.

Am 28. Februar 2022 verlinkte der damalige thüringische Landtagsabgeordnete Thomas Rudy auf Facebook unkommentiert auf den Text „Welche Rolle spielt die jüdische Komponente im Ukraine-Konflikt?" des Blogs Conservo. In dem auf den 21. Februar 2024 datierten Text, dem am Tag des Kriegsbeginns (24. Februar) ein Vorwort beigegeben wurde, vertritt der Autor Peter Haisenko die Auffassung, dass khasarische Juden[1444] als Oligarchen die Ukraine beherrschten, so wie dies auch in Russland der Fall gewesen sei, bis Präsident Putin sie dort entmachtet habe. Die khasarischen Juden würden laut Haisenko nun ihr im 10. Jahrhundert verlorenes Herrschaftsgebiet zurückerobern wollen und sich gegen Russland wenden:

> *„Die khasarischen Juden haben den Warägern, den Russen, nie verziehen. [...] Allerdings war die kommunistische Revolution in Russland von Juden/Khasaren beherrscht. Die gesamte Führung unter Lenin waren Juden und ihr Werk hat Russland als Sowjetunion mehr als sieben Jahrzehnte in einen Unterdrückungsstaat verwandelt, der sich nicht mehr frei entwickeln konnte. [...] Festzustellen ist sowohl für die Ukraine als auch Russland, dass alle Oligarchen dort Juden sind. [...] Während Putin mit seinem Amtsantritt die Macht der russischen Oligarchen gebrochen hat, fand das in der Ukraine nicht statt. Die letzten beiden Präsidenten nach dem Putsch sind Juden/Khasaren. Könnte man also annehmen, dass diese Khasaren ihr ursprüngliches Herrschaftsgebiet zurückerobern wollen? Der verbreitete Hass von Juden gegen Russen zeigte sich sofort nach der Machtergreifung von Poroschenko. [...] Der Jude Igor Kolomoiski hat mit seinen Söldnern, den sogenannten ‚Asov-Brigaden', in der Ostukraine gewütet, Infrastruktur vernichtet inklusive des neu gebauten Flughafens von Donezk. Der Punkt dabei ist,*

[1444] Die Khasaren waren eine zwischen dem 7. und 10. Jahrhundert im westlichen Zentralasien, dem nördlichen Kaukasus und Teilen Osteuropas dominierende Regionalmacht, deren wichtigste Religion das Judentum war. Der Begriff „Khasaren" wird, auch wenn dies sachlich unzutreffend ist, in weiten Teilen als Synonym für das osteuropäische Judentum insgesamt gebraucht.

dass gerade der Donbas und die Krim Zentren des khasarischen Herrschaftsgebiets waren und gerade dort ist man mehr Russland zugeneigt. […] Fakt ist, dass die Ukraine von khasarischen Juden beherrscht wird, Politiker und Oligarchen. Könnte ihr Ziel sein, auf dem Gebiet der Ukraine ein ‚kasarisches Israel' zu errichten und das kann dann nur in steter Feindschaft mit den Nachkommen der Waräger agieren, den heutigen Russen? […] Nimmt man an, die Khasaren in Kiew sehen sich den Traditionen ihrer Urahnen verpflichtet, bekommt ihr Umgang mit den abtrünnigen Teilen der Ostukraine eine Basis. […] Auch wenn ich hier nicht unbedingt die alleinige Ursache sehe, ist doch auffällig, dass die Hass-Kampagnen gegen Putin begannen, nachdem er die khasarischen Oligarchen in Russland entmachtet hatte. Der Zustand unter Jelzin war ja, dass die junge russische Föderation nahezu vollständig unter Kontrolle dieser Oligarchen stand und diese dabei waren, den Rest der russischen Nationalökonomie an ihre Freunde im Westen zu verhökern. Man könnte also auch sagen, dass diese Oligarchen Rache geübt haben an Russland für die Schmach vor 1.000 Jahren und der böse Putin hat ihnen da einen Strich durch ihre Rechnung gemacht. […] Ich sage hier auch unmissverständlich, dass es sich nur um einen ganz kleinen Teil der Khasaren handelt, der üble Machenschaften betreibt. Es ist mit Juden/Khasaren dasselbe wie mit jeder Ethnie: Wenige Prozent sind abgrundtief schlechte Charaktere, machtgierige Psychopathen. Das Problem ist nur, dass diese skrupellosen Schurken es geschafft haben, überall Positionen zu erobern, die es ihnen erlauben, den 95 Prozent anständigen Menschen ihre kriegerische Agenda aufzuzwingen. Ganz allgemein muss ich feststellen, das der gesamte Westen, inklusive der Ukraine, von Oligarchen dominiert wird. Russland eben nicht mehr. Wir erleben, dass die Dominanz dieser Kapitalgewaltigen zu nichts Gutem geführt hat. In der Ukraine aber ist dieser Zustand auf die Spitze getrieben. Oligarchen regieren das Land und sie sind Khasaren mit der Dauerkriegs-Historie. […] Nicht zu vergessen dabei, dass auch Merkel khasarische Wurzeln hat wie alle, die sich zwar aus dem Osten kommend Juden nennen, aber keine Semiten sind. Ob es da auch eine Rolle spielt, dass der US-Außenminister Antony Blinken ein Khasare ist?"[1445] [1446]

[1445] Rudy, Thomas: Facebook-Eintrag vom 28.02.2022, abgerufen am 01.03.2022.
[1446] Conservo: „Welche Rolle spielt die jüdische Komponente im Ukraine-Konflikt?" vom 24.02.2022, in: www.conservo.blog, abgerufen am 01.03.2022.

Haisenko entfaltet in seinem Artikel ein mehrere Jahrhunderte überspannendes antisemitisches Narrativ, das auf einer ganzen Reihe klassischer antijüdischer Ressentiments beruht. Hierzu gehört, dass Haisenko Juden gleichermaßen als Köpfe der kommunistischen Umwälzung und der kapitalistisch geprägten Bereicherung von Oligarchen in den postsowjetischen Staaten identifiziert: beide Gruppen bestünden ausnahmslos aus Juden. Juden werden somit entsprechend klassischer antisemitischer Propagandaschriften wie der „Protokolle der Weisen von Zion" entweder als Kommunisten oder als Kapitalisten dargestellt. Stets hebt der Autor zudem auf deren angebliche Machtposition in der Steuerung oder zumindest wesentlichen Beeinflussung historischer Abläufe ab. Laut Haisenko werde die Ukraine von Juden beherrscht, seien sie nun Oligarchen oder Politiker, die aktuell danach strebten, das vor eintausend Jahren verlorene Herrschaftsgebiet der Khasaren (nicht zuletzt die Ostukraine) wiederzuerlangen und für den damaligen Verlust Rache an den Russen zu üben. Haisenko behauptet hier einen unidirektionalen kollektiven Willen zur Herrschaft der von ihm als jüdisch bezeichneten Personen und erwähnt mehrmals, dass sie Russland nicht verzeihen könnten, es hassen würden und auf Rache aus wären, Kriege ohnehin eine Konstante in der Geschichte der khasarischen Juden seien. Damit greift er die aus dem Antijudaismus stammende Gegenüberstellung von alttestamentarischer (= jüdischer) Rache im Gegensatz zur neutestamentarischen (= christlichen) Vergebung auf. Im Weiteren nutzt er das Motiv einer jüdischen (Welt-) Verschwörung, wenn er den gesamten Westen als von Oligarchen – die er zuvor als Juden identifiziert hatte – dominiert sieht und auch die damalige Bundeskanzlerin Merkel und US-Außenminister Blinken hier miteinbezieht. Der Versuch der nachträglichen Abmilderung Haisenkos, dass er sich nicht auf alle khasarischen Juden beziehe, sondern lediglich diejenigen an den Hebeln der Macht meine, muss nach seinen Ausführungen, die sich stets auf ein undifferenziertes und in seinen Methoden und Zielen über Jahrhunderte stabiles und gleichgerichtetes Kollektiv beziehen, als bloße Schutzbehauptung gelten. Damit lassen sich sowohl in den verwendeten Bildern und Motiven als auch im gesamten Narrativ Belege für religiös, politisch und sozial begründeten Antisemitismus feststellen. Thomas Rudy macht sich durch das kommentarlose Teilen dieses Beitrags dessen gegen Juden gerichtete, antisemitische Aussage zu eigen.

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung des BfV

Am 12. Mai 2021 teilte Falko Keller, AfD-Stadtrat in Aschaffenburg (BY), auf Facebook einen Artikel, in dem über die Verbrennung einer israelischen Flagge vor einer Synagoge berichtet wurde. Dazu schrieb er:

> *„Tatsächlich ist es nur eine kleine Auswahl des Gesindels, dass Merkel und Co seit Jahren einschleusen. Weiterhin ist es ein Zeichen, dass die jüdische und muslimische Religion voller Hass ist, und hier nichts verloren hat“*[1447]

Keller unterstellt sowohl der muslimischen als auch der jüdischen Religion pauschal, *„voller Hass“* zu sein und spricht sich gegen jegliche Präsenz in Deutschland aus. Dies ist insbesondere vor dem Hintergrund bemerkenswert, dass die jüdische Religion im Bezugssachverhalt lediglich das Ziel einer Straftat war und Keller somit quasi eine Täter-Opfer-Umkehr vornimmt.

Thomas Herrig, zum damaligen Zeitpunkt Wahlkreiskandidat der AfD Lübeck für die Kommunalwahl 2023 Schleswig-Holstein und Beisitzer im Vorstand der JA Schleswig-Holstein, veröffentlichte am 6. Juli 2023 folgenden Tweet:

> *„1. #Israel ist ein Apartheitstaat. 2. Israel bricht Völkerrecht und gehört vor Gericht 3. Israel gehört zu den Treibern des antideutschen #Schludkult|s. 4. Israel kontrolliert nicht den Bundestag, hat aber großen Einfluss auf verschiedene Gremien westlicher Länder.“*[1448]

In einem weiteren Tweet am gleichen Tag schrieb er:

> *„5. #Israel kooperiert nicht mit der #AfD. Wie könnten sie auch eine Partei unterstützen, die für ein selbstbewusstes, starkes Deutschland kämpft. 6. Viele AfDler sind Zionisten, die Israel mehr lieben als ihr eigenes Land. 7. #FreePalestine“*[1449]

Die Aussage, dass Israel zwar nicht den Bundestag kontrolliere, aber großen Einfluss auf nicht näher genannte *„Gremien westlicher Länder“* nehme und Treiber des *„antideutschen Schuldkults“* sei, ist dabei als Beispiel für israelbezogenen und politischen Antisemitismus zu werten, da hier ein bestimmender Einfluss Israels insinuiert wird. Israel wird hier pauschal als völkerrechtswidrig agierendes Unrechtsregime dargestellt und somit dämonisiert, sodass hierin keine zulässige Israelkritik mehr gesehen werden

---

[1447] Keller, Falko: Facebook-Eintrag vom 12.05.2021, abgerufen am 30.07.2021.
[1448] Herrig, Thomas: Tweet vom 06.07.2023, abgerufen am 29.09.2023.
[1449] Herrig, Thomas: Tweet vom 06.07.2023, abgerufen am 29.09.2023.

kann.[1450] Zudem beinhaltet die Äußerung Elemente des sekundären Antisemitismus, indem unterstellt wird, Israel forciere bewusst eine von Herrig abgelehnte Form der Erinnerungskultur und profitiere damit letztlich hiervon.

Herrig schrieb am 21. August 2023 in einem Tweet außerdem:

> *„Türken haben Deutschland wieder aufgebaut, Afrikaner wiedervereinigt und eine andere Minderheit, die wir fast ausgerottet haben, regiert dieses Land."*[1451]

Der Tweet nahm Bezug auf einen ZEIT-Artikel, in dem eine Familie mit afrikanischer Migrationsgeschichte ihre Wahrnehmung von Rassismus darstellt. Das Judentum wird darin nicht thematisiert.[1452] Der unvermittelte Verweis auf *eine „andere Minderheit, die wir fast ausgerottet haben"*, die Deutschland regiere, ist auch vor dem Hintergrund der oberen Tweets entsprechend so zu verstehen, dass Herrig hier ein verbreitetes Narrativ des politischen Antisemitismus verwendet. Durch die Bezeichnung als *„Minderheit, die wir fast ausgerottet haben"* wird das Judentum zudem unwürdig auf die ihm in der NS-Zeit zugeschriebene Bestimmung zur Vernichtung reduziert und damit gravierend diffamiert.

Im Übrigen finden sich bei der AfD vermehrt Aussagen, in denen Antisemitismus durch einen Vergleich der COVID-19-Schutzmaßnahmen der Bundesregierung mit der Verfolgung von Minderheiten im Nationalsozialismus zum Vorschein kommt.

Florian Jäger, ehemaliger Bundestagsabgeordneter der AfD und zum damaligen Zeitpunkt Vorsitzender des AfD-Kreisverbands Fürstenfeldbruck (BY), veröffentlichte im Dezember 2021 Beiträge auf seinem Facebook-Profil, in denen er die Lage der Ungeimpften angesichts der pandemiebedingten Beschränkungsmaßnahmen mit der Situation der Juden im Nationalsozialismus verglich. So äußerte er in einem Video:

> *„Als im Herbst 1938 in der Reichspogromnacht jüdische Geschäfte geplündert, Synagogen in Brand gesteckt und Juden misshandelt und ermordet wurden, sprach die nationalsozialistische Propaganda davon, dass sich in dieser Nacht ja der Volkszorn, der berechtigte Volkszorn gegen die Juden, spontan entzündet hätte. Es war relativ klar, dass dieser so genannte Volkszorn weitaus weniger*

[1450] Vgl. zur Abgrenzung ausführlich: Beauftragter der Bundesrepublik für jüdisches Leben und den Kampf gegen Antisemitismus: „3D_Regel", in: www.antisemitismusbeauftragter.de, abgerufen am 23.05.2024.
[1451] Herrig, Thomas: Tweet vom 21.08.2023, abgerufen am 29.09.2023.
[1452] ZEIT: „Die Kinder können sich schon wehren, Papa" vom 17.01.2021, in: www.zeit.de, ohne Abrufdatum.

spontan war, als die nationalsozialistische Propaganda verkündet hat. Und es war sehr schnell in der Geschichte, dann vom organisierten Volkszorn die Rede. [...] Wer sich ein wenig in der Geschichte auskennt, der er erinnert sich an Joseph Goebbels, der, der einst mitgeteilt hat: ‚Unsere Geduld mit den Juden geht zu Ende. Wir werden ihn bald das freche Lügenmaul stopfen.' Reden wir über Markus Söder- Markus Söder wird nicht müde, von einer Pandemie der Ungeimpften zu reden. [...] Natürlich wissen wir, dass der Ungeimpfte an der Pandemie genauso wenig schuld war wie früher die Juden daran schuld waren, dass das Reich in einer wirtschaftlich desolaten Verfassung war. Aber die Politik ist damals wie heute am Ende. [...] Es gibt für diese Politiker kein Zurück mehr. Also muss ein Schuldiger gefunden werden. Und dieser Schuldige ist für Markus Söder natürlich nicht Markus Söder. Es muss der Ungeimpfte sein. Und das ist genau die Methode, mit der ein so genannter Volkszorn erzeugt wird. [...] All diese Dinge, dann ist der Schritt von der klassischen Diskriminierung bis zu tatsächlich gewalttätigen Ausbrüchen nicht mehr groß."[1453]

In dem zum Videobeitrag gehörigen Facebook-Post schrieb Jäger:

„Im Herbst 1938 entlud sich in der Pogromnacht ein sogenannter Volkszorn gegen Juden im Deutschen Reich. Jüdische Geschäfte wurden geplündert, Synagogen in Brand gesteckt und unzählige Juden wurden misshandelt und ermordet. Jedoch war dieser ‚Volkszorn' nicht so spontan ausgebrochen, wie die nationalsozialistische Propagandamaschienerie behauptete. Aktuell wird nach bekanntem Muster ein Sündenbock für das katastrophale Politversagen der Regierenden gesucht und Söder hat ihn gefunden. Es ist der ‚Ungeimpfte'."[1454]

Im Juli 2022 wurde Florian Jäger auf Grund der getätigten Aussagen wegen Volksverhetzung zu einer Geldstrafe verurteilt.[1455] Das Landgericht München bestätigte die Verurteilung im August 2023. Im Januar 2024 hob das Bayerische Oberste Landesgericht das Urteil auf und sprach Jäger frei, da das Berufungsgericht den Schutzbereich der Meinungsfreiheit rechtsfehlerhaft bestimmt habe. Die gegenständliche Aussage

---

[1453] Jäger, Florian: Videobeitrag, veröffentlicht in: Facebook-Eintrag vom 06.12.2021, Kanal: „Florian Jäger", abgerufen am 14.01.2022.
[1454] Jäger, Florian: Facebook-Eintrag vom 06.12.2021, abgerufen am 14.01.2022.
[1455] Merkur: „Geldstrafe für Ex-AfD-Bundestagsabgeordneten Florian Jäger wegen ‚Volksverhetzung'" vom 11.07.2022, in: www.merkur.de, abgerufen vom 12.07.2022.

lasse vielmehr verschiedene Interpretationen zu und könne nicht zwingend dahingehend ausgelegt werden, „*dass der Umgang mit Ungeimpften vergleichbar sei mit den Maßnahmen, denen die jüdische Bevölkerung in Deutschland bereits bei den Novemberpogromen 1938 ausgesetzt gewesen sei*".[1456]

Trotz der strafrechtlichen Bewertung des Bayerischen Obersten Landesgerichts kann die Aussage Jägers im Kontext der hiesigen Prüfung berücksichtigt werden, da die verfassungsschutzrechtliche Würdigung anderen Maßstäben folgt. Das Gericht hatte die Verurteilung nämlich vor dem Hintergrund aufgehoben, dass die Aussage so interpretiert werden könne, dass von der Politik immer einfache und populistische Lösungen und „Sündenböcke" gesucht würden, und dass das 1938 die Juden und heute die Ungeimpften seien. Dies genügt nach Ansicht des Gerichts nicht den Anforderungen an eine Verurteilung wegen § 130 StGB, der aufgrund des ultima-ratio-Charakters des Strafrechts recht hohe tatbestandliche Voraussetzungen aufstellt. Auch wenn Jäger damit nicht die Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung unmittelbar mit dem den Juden im Nationalsozialismus widerfahrenen Unrecht vergleicht, trägt er mit der Wahl gerade eben dieses Beispiels dennoch zur Verharmlosung der NS-Gräueltaten an den Juden bei.[1457] Damit ist die Äußerung ungeachtet ihrer strafrechtlichen Beurteilung gleichwohl als – wenn auch schwacher – Anhaltspunkt für antisemitische Bestrebungen bei der AfD zu bewerten. Florian Jäger trat im Juli 2024 aus der AfD aus.

Auch der baden-württembergische AfD-Kreisrat Günter Geng veröffentlichte im Mai 2021 auf seiner Facebook-Seite einen Beitrag, in dem er die Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie zum Anlass nahm, den Umgang mit nicht geimpften oder auf das Virus getesteten Personen mit der Ausgrenzung und Diskriminierung von Juden im Nationalsozialismus zu vergleichen:

> „*Gerade war ich auf der Gaß, wollte was essen. Es war so, wie mir meine Großeltern erzählten, wie es damals vor über 80 Jahren war. Man wollte eine Art ‚Ariernachweis' von mir sehen - es klang auch wie, man ‚verkaufe nichts an Juden'. Auf NEUDEUTSCH meint das natürlich den Impfausweis, den Corona-Test oder die Genesenen- Bescheinigung. Ohne sowas gibt es keinen Sitzplatz - keine Speisen oder Getränke. Ich sehe da kaum einen Unterschied mehr, zwischen der*

[1456] Bayerisches Oberstes Landesgericht: „Pressemitteilung 1 vom 17.01.2024", in: www.justiz.bayern.de, abgerufen am 18.03.2024.
[1457] Lichtenthäler, Keine Strafbarkeit wegen Volksverhetzung bei Äußerungen, FD-StrafR 2024, 803553 zitiert nach Beck-Online, abgerufen am 23.05.2024.

‚Merkulatur' und dem Dritten Reich. Was kommt als Nächstes? Wenn doppelt Geimpfte erneut an Corona erkranken, Geimpfte an den Folgen versterben - was ist denn das für eine RNA-Vakzin-Plörre? Oder ist es gar eine Art ‚Euthanasie-Programm'?"[1458]

Die Losung „Kauft nicht bei Juden" wurde während des im April 1933 vom NS-Staat ausgerufenen Boykotts jüdischer Geschäfte und Unternehmen sowie weiterer Berufs- und Dienstleistungszweige verwendet. Der Boykott gilt als eine Wegmarke in der Geschichte der nationalsozialistischen Judenverfolgung. Geng setzt mit seinen Ausführungen die Pandemiepolitik eines demokratisch legitimierten Staates mit der durch das NS-Regime vorgenommenen systematischen Diskriminierung jüdischer Bürger gleich. Damit verharmlost er den Antisemitismus und die Judenverfolgung im Nationalsozialismus. Dies gilt umso stärker für die provokative Suggestivfrage, ob die staatliche Impfpolitik ein „*Euthanasie-Programm*" darstelle.

Auch der Bundestagsabgeordnete Matthias Helferich (zum damaligen Zeitpunkt fraktionsloser MdB und AfD-Mitglied, seit 2025 Mitglied der AfD-Bundestagsfraktion, NW) veröffentlichte am 4. Mai 2021 einen Facebook-Beitrag, in dem er sich gegen eine mögliche Impfpflicht positionierte. Diesen Beitrag kommentierte ein Nutzer mit dem Bild eines sogenannten Judensterns mit der Aufschrift „*Nicht geimpft*". Dies stellt eine antisemitische Verharmlosung der historisch einzigartigen Verbrechen der Nationalsozialisten dar, indem die fiktive Impfpflicht mit der systematischen Verfolgung und Tötung der Juden zur Zeit des Nationalsozialismus gleichgesetzt wird.[1459]

Helferich widersprach diesem Kommentar auf seiner Facebook-Seite nicht und löschte ihn auch acht Wochen nach Veröffentlichung nicht von seiner Seite.[1460]

Der Bundestagsabgeordnete Stephan Protschka (BY) schrieb in Bezug auf die COVID-19-Maßnahmen am 13. August 2021 auf Twitter:

„Ich bin Jetzt ein Mensch zweiter Klasse, ich bin #Ungeimpf. Muss ich jetzt irgend eine Armbinde tragen?"[1461]

[1458] Geng, Günter: Facebook-Eintrag vom 24.05.2021, abgerufen am 25.05.2021.
[1459] Literatur und Rechtsprechung zur strafrechtlichen Einordung des „Ungeimpft-Sterns" sind uneinheitlich. Die Bewertung im Hinblick auf die Verfassungsschutzrelevanz bleibt hiervon jedoch unberührt, zumal sogar bzgl. des § 130 Abs. 3 StGB bestätigende Gerichtsurteile vorliegen. Vgl. hierzu Stegbauer, NStZ 2023, 400, 402 m. w. N., zitiert nach Beck-Online, abgerufen am 23.05.2024.
[1460] Helferich, Matthias: Facebook-Eintrag vom 04.05.2021, abgerufen am 29.06.2021.
[1461] Protschka, Stephan: Tweet vom 13.08.2021, abgerufen am 18.08.2021.

Die damalige Bundestagsabgeordnete Barbara Lenk (mittlerweile: Barbara Benkstein; SN) würdigte durch einen Vergleich zur Situation von Ungeimpften in einer Facebook-Story Opfer des Nationalsozialismus herab. Sie teilte ein Meme des Films „Inglourious Basterds", welcher u. a. die Geschichte der nationalsozialistischen Besatzung von Frankreich (fiktiv) darstellt.[1462] Die Figur Hans Landa (SS-Oberst), dargestellt von Christoph Waltz (zu sehen in dem Beitrag), ist im Film für das Auffinden von versteckten Juden bekannt. In dieser im Meme dargestellten Szene des Films versteckt sich eine jüdische Familie unter dem Fußboden und wird von einer bewaffneten Einheit mehrheitlich ermordet. Durch den Satz *„Sie verstecken Ungeimpfte unter ihrem Fußboden, nicht wahr?!"* setzt Lenk bewusst das im Film dargestellte Leid der Juden in Europa mit der Situation von Ungeimpften in Deutschland heute gleich und relativiert damit NS-Verbrechen.

ff. Keine Relativierung durch Solidaritätsbekundungen mit Israel nach dem 7. Oktober 2023

Fraglich ist, ob die Positionierungen der AfD und ihrer Vertreterinnen und Vertreter zu den terroristischen Anschlägen der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 auf eine Relativierung der festgestellten Anhaltspunkte für antisemitische Bestrebungen hinweisen. So äußerten sowohl der Bundesverband wie auch Teile der Gesamtpartei in Reaktion auf den Terrorakt Solidaritätsbekundungen.

Der AfD-Bundesverband veröffentlichte am 7. Oktober 2023 folgende Aussage auf Facebook:

> *„AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag zur Lage in Israel: Mit Erschütterung hat die AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag auf die Angriffe der Hamas auf Israel reagiert und fordert das sofortige Ende der Gewalt. […] Die Hamas ist eine Terrororganisation. Es wird nun endlich Zeit, die offenen und versteckten Finanzierungen dieser Organisation, auch aus Richtung der UN, der EU und von deutscher Seite, zu beenden. Unsere Gedanken sind bei den Opfern und ihren Familien."*[1463]

Die Bundesvorsitzende Alice Weidel (MdB, BW) schrieb in einem Beitrag auf Facebook am 12. Oktober 2023:

[1462] Lenk, Barbara: Facebook-Story vom 15.11.2021, abgerufen am 16.11.2021.
[1463] AfD: Facebook-Eintrag vom 07.10.2023, abgerufen am 30.10.2023.

> *„Der terroristische Angriff auf Israel hat uns alle tief geschockt. Die entschlossene Reaktion auf die Gräueltaten war notwendig und berechtigt. Deutschlands Beitrag muss sein, radikalislamistische Netzwerke zu zerschlagen und nicht weiter zu fördern."*[1464]

Der Co-Bundessprecher Tino Chrupalla äußerte am 11. Oktober 2023:

> *„Der Angriff der #Hamas auf #Israel ist zu verurteilen. Ich trauere um alle Kriegstote. Jetzt müssen die Staaten der Region auf Deeskalation setzen, um einen Flächenbrand abzuwenden. Diplomatie ist das Gebot der Stunde. Eine tragfähige Lösung für alle Seiten muss das Ziel sein!"*[1465]

Der damalige Bundestagsabgeordnete Norbert Kleinwächter (BB) reagierte darauf in einem Kommentar:

> *„#Hamas ist eine Terrororganisation. Als du in die #AfD eingetreten bist, war diese noch gegen islamistischen Terror. Den unterbindet und vernichtet man. Das Existenzrecht und die Sicherheit #Israels sind unverhandelbar. Auch deshalb sind wir Teil des #Westens."*[1466]

Die auf eine solche Verurteilung der Taten gestützte Solidarisierung mit dem Staat Israel stellt jedoch keine Auseinandersetzung oder Distanzierung von den belegten antisemitischen Äußerungen und Positionen dar, da Antisemitismus nicht erst dort beginnt, wo Anschläge auf das Leben von Jüdinnen und Juden gutgeheißen werden. Es ist möglich, die Tötung und Verschleppung von Menschen aus einem souveränen Land zu verurteilen und gleichzeitig antisemitische Narrative zu verbreiten. Dass ein terroristischer Anschlag verurteilt wird, hat keinen Einfluss auf die Feststellung der dargelegten vielfältigen Formen von Antisemitismus. Dies gilt umso eher vor dem Hintergrund, dass die AfD den Angriff stets auch zu dem Zweck der Propagierung der eigenen migranten- und muslimfeindlichen Positionen instrumentalisiert hat.

So schrieb der der AfD-Bundesverband auf Facebook am 13. Oktober 2024 weiter:

> *„Nahost-Konflikt auf unseren Straßen: Hamas-Kriminelle abschieben!"*[1467]

[1464] Weidel, Alice: Facebook-Eintrag vom 12.10.2023, abgerufen am 19.10.2023.
[1465] Chrupalla, Tino: Tweet vom 11.10.2023, abgerufen am 19.10.2023.
[1466] Kleinwächter, Norbert: Antwort auf einen Tweet vom 11.10.2023, abgerufen am 19.10.2023.
[1467] AfD: Facebook-Eintrag vom 13.10.2023, abgerufen am 30.10.2023.

Daniel Haseloff, Landesvorstandsmitglied der AfD Thüringen und ab 2024 auch Landtagsabgeordneter, schrieb in einem Beitrag auf X (ehemals Twitter) am 23. Oktober 2023:

> *„Herr im eigenen Haus! Seit der Eskalation zwischen #Israel und den #Gaza-Palästinensern spielen viele Akteure im patriotischen Lager Weltpolitik. Je nach Neigung will man mal Teheran bombardieren, mal die Zweistaatenlösung stärken, mal Friedenstruppen senden. Ich denke: Wir müssen als Opposition das stark machen, was unseren Wählern und uns selbst zuallererst am Herzen liegen sollte – Herr im eigenen Haus sein. Wir müssen dafür nicht Weltpolitik spielen. Reicht es nicht, wenn wir das Nahe, das Konkrete thematisieren? Drei Beispiele: 1. Wir haben uns immer für #Remigration eingesetzt. Das bleibt aktueller denn je: Denn mit der realexistierenden #Massenmigration importieren wir Konflikte, die nicht die unsrigen sind. 2. Wir sehen einer unfähigen Ampel-Koalition beim erneuten Scheitern zu: Die Evakuierung deutscher Staatsbürger funktioniert nur mit fremder Hilfe. Versagen der Staatsorgane heißt Kritik an den Verantwortlichen! 3. Wir beobachten eine neue Form der moralpolitischen Selbsterhöhung: Die #Ukraine-Fahne wird schnell ausgetauscht durch die nächste Nationalfahne. Hier heißt es also, das Establishment und seine willfährigen Helfershelfer zu kritisieren: Wann kümmert ihr euch um unsere Anliegen mit derselben Leidenschaft? Kurz gesagt: Herr im eigenen Haus sein. Das wäre schon was. Das heißt aber auch, Prioritäten zu klären. Für Weltpolitik sind derzeit andere zuständig."*[1468]

Die angeführten Aussagen in Bezug auf die Ermordung und Verschleppung von Menschen durch die Hamas in Israel lassen daher die Feststellung von Anhaltspunkten für Antisemitismus in der AfD nicht entfallen.

gg.Zwischenfazit

Die angeführten antisemitischen Äußerungen von AfD-Repräsentantinnen und -repräsentanten der Bundesebene bis zur Kommunalebene sind sowohl in ihrer Stärke, Codierung und thematischen Schwerpunkte unterschiedlich ausgeprägt. Bei den meisten Belegen handelt es sich um originäre Äußerungen der entsprechenden Personen, und

[1468] Haseloff, Daniel: Tweet vom 11.10.2023, abgerufen am 12.10.2023.

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung des BfV

nicht um Zustimmungen zu bzw. ein Zueigenmachen von Äußerungen Dritter, beispielsweise durch Weiterleiten oder Teilen fremder Social-Media-Postings.

Direkt geäußerter und unverstellt zum Hass gegen Jüdinnen und Juden aufstachelnder Antisemitismus ist dabei nicht festzustellen. Belegt werden kann hingegen die Verwendung klassischer antisemitischer Narrative, Motive und einzelner judenfeindlicher Ressentiments, die fast durchgängig durch Andeutungen, Codes und Chiffren ausgedrückt werden. Der politische Antisemitismus – der Juden als Strippenzieher des Weltgeschehens und verschwörerisch imaginiert und dies teils auf einzelne Personen wie etwa George Soros projiziert – ist die am häufigsten festzustellende Ausprägung, gefolgt vom sozialen Antisemitismus, der Juden zumeist eine besondere Beziehung zu Geld und damit auch eine besondere Machtstellung gegenüber Nicht-Juden attestiert. Nur in einem Fall wurde hingegen israelbezogener Antisemitismus festgestellt, die in der Gegenwart im Allgemeinen häufigste Form des Antisemitismus.

Die überwiegende Zahl der angeführten Belege nutzt die Chiffre „George Soros“ und vergleichbare andere Codierungen wie „Globalisten“. In einigen Fällen werden mehrdeutige Begriffe kombiniert, die nur in Bezug aufeinander und/oder im konkreten Äußerungskontext als eindeutig antisemitisch erkennbar sind, während sie isoliert mehrere Lesarten zulassen. Damit eröffnet sich für die jeweiligen Rednerinnen/Schreiberinnen bzw. Redner/Schreiber die Möglichkeit, das Argument einer angeblich stets unverfänglichen Lesart der betreffenden Aussage als Schutzbehauptung in Stellung zu bringen, zugleich aber dennoch zielgerichtet Äußerungen zu tätigen, die als antisemitisch codiert und von der Zuhörer- bzw. Anhängerschaft decodiert werden können.

Zielobjekt dieser Äußerungen sind zum einen Juden, zum anderen Personen, die – wie Klaus Schwab – nicht jüdisch sind, die jedoch mit antisemitischen Negativattributen belegt und beschrieben werden, wie sie typischer- und traditionellerweise auf Jüdinnen und Juden angewendet werden. Damit wird nicht nur die Menschenwürde von Jüdinnen und Juden angetastet, sondern auch diejenige von Nicht-Juden, indem sie unter antisemitischem Vorzeichen de facto zu Juden erklärt werden. Antisemitische Stereotype und Ressentiments werden auf diese Weise zielgerichtet zur Diffamierung und Herabwürdigung eingesetzt.

Die festgestellten Äußerungen weisen in der Gesamtschau allerdings weder in der Anzahl noch in der Qualität der Belege eine solche Intensität auf, dass für die Gesamtpartei AfD von einer vorherrschenden antisemitischen Prägung gesprochen werden

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung des BfV

kann. Ungeachtet dessen, dass die Reaktionen auf die Terroranschläge auf Israel nicht als entlastendes Moment zu bewerten sind, ist festzustellen, dass die meisten hier angeführten Belege zuvor entstanden sind. Dass insoweit zuletzt eher weniger Anhaltspunkte für Antisemitismus bei der AfD festzustellen waren, spricht gegen ein in der Gesamtpartei vorherrschendes antisemitisches Weltbild. Entsprechend kann in dieser Hinsicht keine Verdichtung der Anhaltspunkte hin zu einer Gewissheit festgestellt werden.